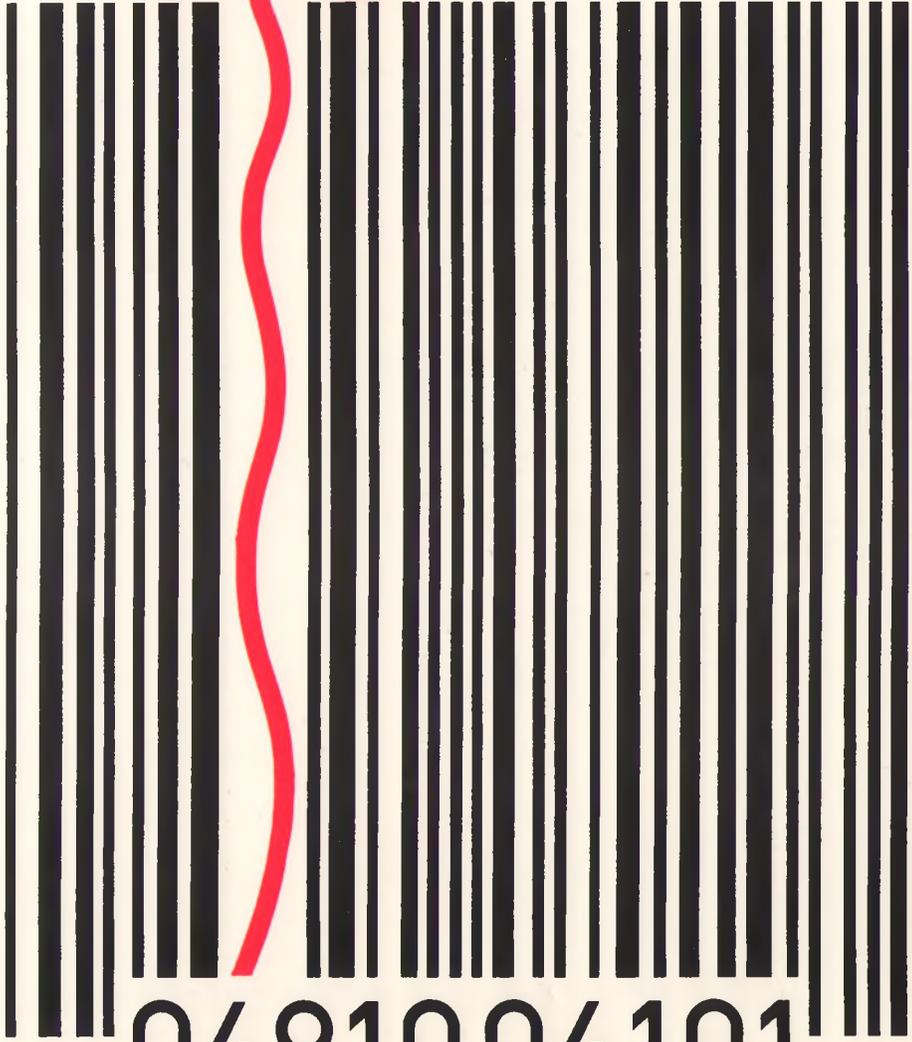


spw – 28

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



0491004101

Anders arbeiten – anders leben



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65

Tel.: (030) 461 7083

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,

Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1985.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-2. Tausend September 1985

Die spw erscheint 1985 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 1099 74 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegen — in Teilaufgaben — ein Prospekt des *Argument*-Verlags, Berlin/West, und eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, bei.

Inhalt

Editorial	259
Verlagsmitteilungen	261
<i>Jürgen Blume</i> : Heinrich Böll	262

Aktuelle Kommentare

<i>Frank Heidenreich</i> : Sozialdemokratische Grundsätze ohne geschichtlichen Grund	264
<i>Uli Schöler</i> : Glotzsche Korrekturen am Profil der SPD	267
<i>William Borm</i> / <i>Michael Staack</i> : Wie der Phoenix aus der Asche?	269
<i>Burkhard Exner</i> / <i>Jörg Grigoleit</i> / <i>Matthias Zipser</i> XII. Weltfestspiele: der Bär marschierte ein	273

Analysen

<i>Gerhard Heimann</i> Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung	276
<i>Norman Paech</i> 40 Jahre nach Potsdam — Ist die deutsche Frage noch offen?	283
<i>Ottwald Demele</i> / <i>Wolfgang Schoeller</i> Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik — zum Scheitern verurteilt?	290
<i>Hansjörg Herr</i> Mit Keynes gegen den Nachfragekeynesianismus. Oder: Was hat Keynes in der heutigen sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Diskussion noch zu sagen?	300
<i>Ursula Pausch-Gruber</i> SPD und Frauenfrage. Ein Beitrag zur Programmdiskussion	310

Diskussionsschwerpunkt: »Anders arbeiten — anders leben«

<i>Uwe Kremer</i> »Zukunft der Arbeit« — Zukunft der SPD	317
<i>Jochen Zimmer</i> Welche Zukunft der Freizeit? Thesen zur Entwicklung des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit	327
<i>Karin Renzelmann</i> Genossenschaften: Sozialistische Strategie oder individuelle Problemlösung?	338
<i>Volker Gransow</i> Die Massenmedien verschwinden. Vom fortgesetzten Strukturwandel der Öffentlichkeit	346

Dokumentation

- Jürgen Egert/Michael Müller/Horst Peter*: Entwurf: Die Zukunft der Arbeit. Sozialdemokratische Reformen für eine menschenwürdige Gesellschaft 351

Berichte

- Michael Wildt*
»Grabe, wo du stehst ...« 2. Geschichtsfest der Geschichtswerkstätten 15. bis 17. Juni 1985 in Hamburg 357
- Kurt Wand*
»Alternative Hafen- und Küstenkonferenz«. Bericht über die Konferenz der Grünen in Hamburg am 4. und 5. Mai 1985 359
- Gerwin Möller/Dieter Schönfelder*
Lebendiger Marxismus. Konferenz der Juso-Hochschulgruppen vom 14. bis 16. Juni 1985 in Frankfurt 361
- Frank Heidenreich*
Kontroversen unter Marxisten und Strategien der Linken in Europa ... 6. Volksuni vom 24. bis 27. Mai 1985 363
- Burkhard Exner*
Stärkere Hinwendung zur Sozialdemokratie. 25 Jahre Sozialistischer Hochschulbund — Jubiläumskongreß 366
- Burkhard Exner/Uwe Kremer*
Blockadekongreß. Bundeskongreß der Jungsozialisten am 22. und 23. Juni 1985 in Bonn 369

Leserbrief

- Betrifft:
Austromarxismusdebatte marxistischer Sozialdemokraten (Volker Gransow) 373

Besprechungen

- Oskar Lafontaine*: Der andere Fortschritt (*Traute Müller*) 376
- Stefan Kräke/Renate Hirsch-Borst/Fritz Schmoll*: Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie (*Karin Renzelmann*) 378
- Gerd Storm und Franz Walter*: Weimarer Linksozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? (*Frank Heidenreich*) 379

- Über die Autoren/innen 383

Editorial

Die SPD ist auf der Suche nach einem neuen Sinn. Damit hat sie die Programmkommission beauftragt, die nun alte Werte neu definiert, neue Werte konzipiert und vor allem das Verhältnis zwischen diesen ausführlichst diskutiert (vgl. den Beitrag von Frank Heidenreich in diesem Heft). Doch kommt der neue Sinn allein durch neue Werte? Das Problem des alten Sinns der deutschen Sozialdemokratie war es doch gerade, daß die Werte der siebziger Jahre auf Grund einer sich verändernden Welt kaum noch in politische Erfolge umgesetzt werden konnten: Der Traum von der Befriedung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Umverteilung des Bruttosozialproduktwachstums, durch eine technokratische Globalsteuerung, ist ausgeträumt, seitdem die ökonomischen Handlungsbedingungen für eine solche Politik sich verschlechtert haben und die ökologischen Katastrophen immer stärker ins Bewußtsein treten. Die Technik- und Fortschrittsgläubigkeit der deutschen Sozialdemokratie wurde immer mehr durch die weitreichenden negativen Beschäftigungseffekte der neuen Technologien in Frage gestellt.

Der neue Sinn muß also in einem in der wirklichen Bewegung der Dinge wurzelnden Projekt der gesellschaftlichen Veränderung begründet sein. Es reicht nicht aus zu sagen, was das Gute ist, wir müssen sagen können, wie wir es erreichen können, müssen Schritte angeben, deren erster heute massenhaft gemacht werden kann. Gefragt sind also realistische und massenhaft attraktive Strategien zur Gestaltung der »Zukunft der Arbeit« und der »Zukunft des Lebens«. Auf diesem Feld sind die Angebote der Linken, einschließlich der marxistischen Linken, dürftig. Zu sehr war in den letzten Jahren die Diskussion des sozialistischen Projekts getrennt von der Einflußnahme auf kurz- und mittelfristige Reformstrategien. Ein prinzipiell anderes Verhältnis der Menschen zur Technologieentwicklung und zum Technologieeinsatz im Sozialismus etwa kann nicht die abhängig Beschäftigten für die sozialistische Perspektive begeistern, wenn nicht die Aussicht auf eine sinnliche Erfahrbarkeit der ersten konkreten Schritte hin zu einer langfristigen Entwicklung heute schon für die einzelnen Individuen besteht. Einstweilen ist die Rechte noch überzeugender in der Lage, ihre Utopien als positiv befreiend in den Alltag der Einzelnen eingreifend darzustellen. »Die elektronische Vernetzung ermöglicht eine schnellere Erledigung von Bankoperationen und Bestellungen sowie die Vereinbarkeit von (Computer-Heim-)Arbeit und Kinderversorgung. Elektronische Vernetzung und Flexibilität ergeben eine größere Freiheit« — der Wirksamkeit dieses Diskurses wurde von der Linken bisher zwar Kritik, aber noch kein positiver Alternativentwurf gegenübergestellt.

Glottz ist einer der ersten SPD-Strategen, die das Feld »Zukunft der Arbeit« besetzen. Im Dilemma, auf der einen Seite die negativen Beschäftigungseffekte der neuen Technologien und die Gefahr der Zweidrittelgesellschaft zu sehen, auf der anderen Seite aber wegen der postulierten Notwendigkeit zur Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der BRD keine Alternative zur Förderung und Implantierung der neuen Technologien für möglich zu halten, macht er sich auf die Suche nach dem Positiven im Negativen: Den neuen Technologien muß eine positive Utopie abgepreßt werden. Und — nicht verlegen — findet er eine solche positive Utopie. Die Industriesoziologen Horst Kern und Michael Schumann haben in ihrem Buch »Das Ende der Arbeitsteilung« (München 1985) eine Theorie über die mit den neuen Technologien verbundenen Veränderungen im Produktionsprozeß vorgestellt. Danach machen die neuen Technologien in den industriellen Kernsektoren eine Fortsetzung der tayloristischen Arbeitsorganisation zunehmend un-

möglich. Ein Weitertreiben von technizistischen Rationalisierungsmodellen unter Beibehaltung einer strengen Trennung von Arbeitsplanung und Arbeitskontrolle auf der einen Seite und Arbeitsdurchführung auf der anderen Seite, erscheint auch vom Standpunkt des Kapitals immer weniger produktiv, obwohl derartige Rationalisierungskonzeptionen von einigen Kapitalfraktionen vertreten werden. Produktivitätssteigerungen werden zukünftig nur noch durch die Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter und die Re-/Integration von Tätigkeiten der Arbeitsplanung und -kontrolle in den direkten Produktionsprozeß möglich sein.

So erfreulich es ist, daß eine neuere industriesoziologische Diskussion in der SPD zur Kenntnis genommen wird, so erstaunlich ist die Art und Weise, in der dies geschieht. Verschiedentlich wird so getan, als ob mit den Thesen von Kern/Schumann bereits ein politikfähiger Vorschlag vorliegen würde, mit dem sich die Sozialdemokratie auf dem Feld »Zukunft der Arbeit« einen Namen machen kann. Dabei bleibt unbeachtet, daß Kern/Schumann ihre Thesen ausschließlich aus Untersuchungen in drei Branchen gewonnen haben und sie selbst auf die industriellen Kernsektoren beschränken. Über Qualifikationsentwicklungen in anderen Branchen und damit auch über die Grundlagen einer neuen Arbeitspolitik in diesen Bereichen herrscht also noch eine genauso große Unklarheit wie über die Politik angesichts des enormen Arbeitsplatzabbaus durch die neuen Technologien. Zudem weisen Kern/Schumann selbst darauf hin, daß die in den analysierten Tendenzen zur Höherqualifikation enthaltene Dynamik nur entfaltet werden kann, wenn die Bestimmung über die Arbeitsorganisation von ihrer privatistischen Verengung befreit wird. Damit weisen sie auf die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der betrieblichen Mitbestimmung hin, die der eifrigste Propagandist der Kern/Schumannschen Thesen, Glotz, nun so weitgehend nicht thematisiert haben möchte.

Damit kommt der Verdacht auf Glotz zu, daß er die gesamte Diskussion über die »Zukunft der Arbeit« benutzen will, um die Akzeptanz der von ihm verfolgten Strategie zur Modernisierung der Volkswirtschaft zu erhöhen. Die Anpassung der BRD-Ökonomie an die Anforderungen des Weltmarktes erfordert in den einzelnen Betrieben teilweise erhebliche technologische Umstellungen, die mit Entlassungen und Entwertungen von alten Qualifikationen verbunden sind. Sollen die Beschäftigten und die Gewerkschaften dennoch gewonnen werden, bedarf es in der Tat eines Angebotes im Sinne einer konkreten Utopie. Es ist die Aufgabe der marxistischen Linken in der SPD, die gegenwärtig in der Programmdiskussion gemachten Angebote zu konkreten Utopien daraufhin zu überprüfen, inwiefern sie wirklich eine Entfaltung der Handlungsfähigkeit der einzelnen Beschäftigten mit sich bringen, oder ob sie lediglich Teil einer Strategie zur Erhöhung der Akzeptanz einer Modernisierungsstrategie sind, die die Einflußmöglichkeiten der Arbeiterbewegung weiter zurückdrängt. Dies setzt eine permanente Beschäftigung mit den Veränderungen im Bereich der Arbeits- und Lebensorganisation voraus, der nicht nur der Schwerpunkt dieses Heftes, »Anders arbeiten — anders leben«, sondern auch der Schwerpunkt des nächsten Heftes, »Die wirtschaftspolitischen Konzepte der Sozialdemokratie«, gewidmet ist.

Andreas B. Westphal

Verlagsmitteilungen

1. Alternativen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

Unter diesem Arbeitstitel erscheint — rechtzeitig zur diesjährigen Frankfurter Buchmesse — im *spw*-Verlag ein Sammelband zur friedenspolitischen Diskussion in der SPD. Herausgeber dieses Bandes sind *Katrin Fuchs* (MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages), *Hajo Hoffmann* (Wirtschaftsminister im Saarland) und *Horst Klaus* (IG Metall).

Nach dem mühsam erkämpften Nein zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen und der Ablehnung der Sternenkriegspläne der USA befindet sich die SPD gegenwärtig auf der Suche nach einer friedenspolitischen Strategie, die sowohl für die Gesamtpartei akzeptabel als auch innerhalb der NATO realisierbar ist. Bereits auf dem kommenden Bundesparteitag soll die neue sozialdemokratische Sicherheitspolitik präsentiert werden.

Die Autoren dieses Bandes, namhafte Gewerkschafter und Sozialdemokraten (unter ihnen *Egon Bahr*, *Katrin Fuchs*, *Günter Gaus*, *Conny Gilges*, *Horst Klaus*, *Hajo Hoffmann*, *Wolfgang Zellner* und *Andreas Zumach*) wollen mit ihren Beiträgen den gegenwärtigen Diskussionsstand aufzeigen und sich kritisch in die Debatte einschalten. Themen sind u.a.: SDI und die neue amerikanische Kriegsführungsstrategie, die geplante Aufrüstung der Bundeswehr und ihre sozialen Folgen, Sicherheitspartnerschaft als Alternative zur Abschreckung, Möglichkeiten gewerkschaftlicher Friedensarbeit, die Zukunft der Friedensbewegung.

Der Band umfaßt 198 Seiten und kostet 23,- DM. Abonnenten der *spw* können in zum Vorzugspreis von 16,- DM incl. Versand beziehen. Bestellungen bitte schon jetzt an den *spw*-Vertrieb, Tegeler Str. 6 in 1000 Berlin (West) 65 richten!

2. Neue Verlagsräume

Verlag und Redaktion mußten erneut umziehen; unsere bisherige Ladenwohnung hätten wir im Laufe des nächsten Jahres räumen müssen. In Verbindung mit dem Projekt der EDV-Kooperation mit anderen Verlagen haben wir neue Räume bezogen. Ab sofort ist unsere Anschrift:

Tegeler Straße 6 · D-1000 Berlin (West) 65 · Tel. 030/461 70 83

3. Preiserhöhungen

Vier Jahre lang konnten wir die jetzigen Preise halten, die Kosten stiegen seit Anfang 1982 um 27,9%. Weitere Verteuerungen beim Druck sind für 1986 nicht auszuschließen. Die entstehenden Verluste bei der laufenden Zeitschrift können nicht getragen werden. Die Gesellschafterversammlung hat am 25. Mai 1985 folgende neue Preisstruktur, beginnend mit Heft Nr. 30, beschlossen (gültig ab 1. Januar 1986):

Einzelheft: 12,50 DM; Organisationspreis: 9,- DM

Jahres-Abo (4 Hefte incl. Versand) Inland: 39,- DM; Ausland: 42,- DM.

4. Buchmesse

Der *spw*-Verlag wird auch auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse vom 9. bis 14. Oktober mit einem Stand vertreten sein. Unsere Stand-Nr. ist 5.1 F 159. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Jürgen Blume

Heinrich Böll

Er ist nicht zu zerteilen. Die FAZ hat es versucht. Auf zwei großen Seiten wird er geehrt, aber gleichzeitig nur ein Teil von ihm wahrgenommen. Der politische Böll abgeschnitten, der Erzähler, der Schriftsteller herausgestellt. Als ob er nur das eine war. Als ob es nicht die *Katharina Blum* gab, die als literarisches Wort die Form der Auseinandersetzung Bölls mit einem Presseimperium war. Als ob er nicht auch zum Terrorismus seine Äußerungen gemacht hätte. Ihre Taten als Wahnsinn verstehend, sie politisch ablehnend, aber eben sich nicht verbieten zu lassen, weiterzudenken, zu fragen, was das für eine Gesellschaft ist, in der Menschen wie Ulrike Meinhoff keine andere Möglichkeit als individuellen Terror sahen, auf die Bedrohung durch einen immer mehr ausgeweiteten Staatsapparat mit einer solchen Hoffnungslosigkeit zu antworten.

Aber auch für uns Linke ist Böll unbequem gewesen. Er hat uns immer wieder daran erinnert, auch gegenüber unseren eigenen Wegen kritisch zu sein. Es ist notwendig, daß wir analysieren, unter welchen Bedingungen so etwas wie Stalinismus entstanden ist, warum vielleicht vieles nicht vermeidbar war. Aber es ist auch richtig, in jedem Fall zu fragen, ob das die einzige Möglichkeit war, »die Not zu wenden«. Und vor allem nicht zu vergessen, daß das nicht das ist, was wir wollen.

Mancher wird Bedenken formulieren, Böll, das war ja doch nur ein Moralist. Einer, der auf seine bürgerliche Freiheit bestand, deshalb gegen Berufsverbote, gegen die Pershing kämpfte. Sicher *nur* ein Moralist, sicher kein Analytiker, aber trotzdem, trotz allem eben das. Sicherlich hat er sich Illusionen gemacht, über die SPD, über Willy Brandt. Aber seien wir einmal ehrlich. Haben wir uns nicht auch Hoffnungen gemacht, als die Linke in Frankreich siegte? Haben wir nicht auch dort manchmal unsre analytische Fähigkeit zurückgestellt, um uns die Hoffnung zu erhalten, die wir auch brauchen, um weiter kämpfen zu können? Und es war vielleicht gerade seine christliche Moral, die ihn zu einem der schärfsten Kritiker »christlicher« Parteien und Institutionen machte.

Ich denke, es gehört zu einer notwendigen politischen Kultur der Linken in unserem Lande, Heinrich Böll auch so zu nehmen, wie er war, ihn nicht wie die FAZ zu zerschneiden, auch den Böll zu nehmen, der uns nicht paßte, der vielleicht manchmal vergaß, unter welchen Bedingungen die Verfolgungen in der Sowjetunion passierten, den Kritiker der Sowjetunion *und* den Kritiker der Herrschenden hierzulande. Und wütend zu sein, daß ein Heinrich Böll sterben mußte, aber andere so zählebig sind. Aber trotz aller Kritik an vielem, nicht zu vergessen, daß es *unser* Böll war, der mit in Mutlangen vor dem Tor saß gegen die Zerstörungsraketen. Daß er nicht denen überlassen werden darf, die mit ihrer genauen Aufteilung von Rubriken die Möglichkeit haben, den einen von dem anderen zu trennen. Und auch nicht einer Zeitung, die den Lebenden über Jahre mit einer beispiellosen Hetzkampagne überzog, aber den Toten mit einem Nachruf eines sozialdemokratischen Ex-Bundeskanzlers ehrt.

Und wir sollten ihn lesen. Weil gerade die Satiren, Romane und Erzählungen *seine* Form waren, politisch zu intervenieren. Sie boten ihm mit der *Fiktion* die Möglichkeit, das zu artikulieren, was in der großen Geschichte, die wir morgens unserer Zeitung entnehmen, unterzugehen droht. Die kleinen Widerständigkeiten im Alltag, an denen so etwas wie die »auch mögliche« *andere* Bundesrepublik sichtbar wird. So, wenn er der Militari-

sierung der Nachkriegsbundesrepublik in *Ende einer Dienstreise* das entgegengesetzt, was in der Realität hunderttausendmal nicht geschieht, eine Befehlsverweigerung. So, wenn in der *Katharina Blum* einmal ein Opfer der BILD-Geschichten zu Wort kommt, deren Liebe zu einem Terroristen erzählt wird, verstehbar und damit etwas zum Gegenstand wird, das in der BILD-Formel vom *Sympathisanten* nicht vorkommt und in den Gerichtsakten und Vernehmungsprotokollen nicht artikulierbar ist:

»Es kam zu regelrechten Definitionskontroversen zwischen ihr und den Staatsanwälten, ihr und Beizmenne, weil Katharina behauptete, Zärtlichkeit sei eben eine beiderseitige und Zudringlichkeit eine einseitige Handlung, und um letztere habe es sich immer gehandelt. Als die Herren fanden, das sei doch alles nicht so wichtig und sie sei schuld, wenn die Vernehmung länger dauere, als üblich sei, sagte sie, sie würde kein Protokoll unterschreiben, in dem statt Zudringlichkeiten Zärtlichkeiten stehe.«

Und schließlich danach gefragt wird, was sie dazu trieb, am Ende keinen anderen Ausweg zu sehen als einen Mord. Nicht der morgens in der BILD-Zeitung bis in Detail beschriebene Mord ist Bölls Gegenstand in dieser Erzählung. Ihn interessieren vielmehr die individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen eines solchen Handelns.

Das vor allem sollten wir von ihm lernen: Neben der »großen« Geschichte, auch auf die kleinen Widerstände zu achten, das in den »öffentlichen« Diskursen nicht Vorkommende zu artikulieren und nach den Bedingungen des Handelns zu fragen.

Aktuelle Kommentare

Frank Heidenreich

Sozialdemokratische Grundsätze ohne geschichtlichen Grund

Notizen zu einem Entwurf der Programmkommission

Anfang Juni überraschte das Parteiorgan die Leser und Mitglieder mit dem Entwurf für das Grundsatzkapitel des neuen SPD-Programms. Dreimal — so die einleitende Information — hatte die Kommission unter Leitung des Parteivorsitzenden eine Vorlage von *Thomas Meyer*, Mitglied der Grundwerte-Kommission, diskutiert und verändert. Das vorliegende Ergebnis (im folgenden zit. nach »Vorwärts«, Nr. 24 vom 8.6.85, S.19) wird die künftigen Diskussionen bestimmen und zudem in Denkweise und bis in Formulierungen den Text des 1988 zu beschließenden Programms vorwegnehmen.

Marxismus als eine Tradition des demokratischen Sozialismus

Positiv fällt an dem Entwurf die ausdrückliche Erwähnung des Marxismus auf: »Der demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln in klassischer Philosophie, Marxismus und christlicher Sozialethik.« Das Godesberger Programm 1959 hatte die völlige Abwendung vom Marxismus durch dessen Ignorierung markiert. Die Parteigeschichte wurde retuschiert, die marxistische Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verschwand hinter »Wirtschaftswunder«, Klassenkompromiß und Antikommunismus. Mit dieser ideologischen Sicht der Parteigeschichte bricht der neue Entwurf nicht nur aus der Absicht, den historischen Tatsachen gerechter zu werden; er trägt indirekt der Rekonstruktion einer marxistischen Gruppierung innerhalb des linken Parteiflügels im Anschluß an die Linkswendung der Jungsozialisten 1969 Rechnung. *Thomas Meyer* und auch *Willy Brandt* scheinen das geschichtliche Selbstbewußtsein vieler (und nicht allein marxistischer) Sozialdemokraten respektieren zu wollen, auch wenn wissenschaftlicher Sozialismus zur Fiktion wird, indem der Entwurf Marxismus und Christentum auf dieselbe Stufe der »Glaubenshaltungen« stellt.

Wie aber kommt marxistisches Denken als analytisches Instrument, als Vorschlag für aktuelle sozialdemokratische Politik zum Tragen? Die Kräfteverhältnisse in der Partei und die Überzeugungskraft der (in der Kommission sicher bekannten!) *Herforder Thesen* würde sicher überschätzen, wer auch nur Spurenelemente davon erwartet hätte. Niemand wird der Programmkommission eine marxistische Untersuchung der Gesellschaftsentwicklung und revolutionäre Politikvorschläge zutrauen. Was man ihr jedoch abverlangen muß, ist die Weiterentwicklung reformsozialistischer Positionen. Diese Aufgabe erfüllt der Entwurf »Unsere Grundsätze« in keiner Weise. Nur an einer einzigen Stelle des Grundsatzkapitels erscheinen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse der bundesdeutschen Gesellschaft in kritischem Licht.

Kapitalmacht einschränken — nicht aufheben

Warum die Macht des Finanzkapitals und die Tatsache kapitalistischen Privateigentums im Absatz über den Grundwert *Freiheit* und nicht im Kontext von *Gerechtigkeit* oder *Soli-*

darität thematisiert wird, bleibt das Geheimnis der Kommission. Vermutlich galt ihr der Gesichtspunkt der »Freiheit des einzelnen« besser geeignet, um eine Kritik an den herrschenden Produktionsverhältnissen akzeptabel werden zu lassen. Ist die individuelle Freiheit als Standpunkt der Kritik — wenn auch taktisch vielleicht günstig — weder unproblematisch noch selbstverständlich, so bleibt die Frage nach Gehalt und Perspektiven der Kritik. Der Entwurf schreibt:

»Die Freiheit des einzelnen ist nicht nur durch einen übermächtigen Staat, sondern ebenso durch unkontrollierte private Macht, die Macht des uneingeschränkten Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Finanzkapitals gefährdet.«

Auf den ersten Blick mag dies wie eine Kampfansage gegen das Kapital klingen. Aber nicht private Macht über gesellschaftliche Prozesse überhaupt, nicht die kapitalistische Organisation der Produktion selber, sondern allenfalls deren Schrankenlosigkeit wird beklagt. Die Macht der Aussage ist bei näherem Zusehen die Macht ihrer Adjektive: »*unkontrollierte* Macht ... des *uneingeschränkten* Privateigentums«. Die Artikulation des Problems bietet den Vorteil fehlender Eindeutigkeit und kann dadurch über praktische Schritte zu seiner Lösung schweigen. Denn zweierlei kann gemeint sein: Beschränkung der Macht des Kapitals, ohne die kapitalistische Form von Produktion und Verteilung als Basis auch politischer Macht in Frage zu stellen, oder Abschaffung der Macht des uneingeschränkten Privateigentums durch Beseitigung der nicht kontrollierbaren groß- und finanzkapitalistischen Unternehmungen.

Dreißig Jahre sozialdemokratischer Politik lehren, daß an die erste Alternative gedacht ist. Um dem Bedürfnis möglichst aller Teile der Partei entgegenzukommen, sich im neuen Programm wiederzuerkennen, spricht der Entwurf hier nicht offen; die reproduzierte Illusion wäre sogleich der Kritik ausgesetzt. Wäre das zweite, also eine Art antimonopolistische Stoßrichtung beabsichtigt, so hätte in diesem Kontext der Begriff »Kapitalismus« zur Bezeichnung der ganzen gegenwärtigen Produktionsweise nicht fehlen dürfen. Kapitalismus als Gegensatz zur »anderen [sozialistischen, d. Verf.] Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (Godesberg) bleibt im Entwurf unsichtbar. Die Kommission scheint gemischt-wirtschaftliche Strukturen mit der Wirklichkeit zu verwechseln. Hier systemüberwindende Perspektiven zu suchen und dem Entwurf zu unterstellen, gliche einem frommen Wunsch und entbehrt bei genauer Untersuchung des Texts jeglicher Grundlage.

Sozialdemokratische Grundwerte oder: der »Seufzer der bedrängten Kreatur«

Ausgangspunkt des Grundsatzkapitels sind in den beiden ersten Absätzen die Probleme der Friedensicherung und der Umweltzerstörung, die als »Grundvoraussetzungen menschlichen Lebens« thematisiert werden. Erfreulich ist, daß die Kommission das Überleben der Gattung nicht nur durch den Atomkrieg, sondern auch durch ökologische Katastrophen gefährdet sieht. Eine falsche Hierarchisierung hat indes die besondere Charakterisierung der Öko-Pax-Probleme (»Grundvoraussetzungen«) zur Folge: Massenarbeitslosigkeit und kapitalistische Ausbeutung, Ausplünderung der sogenannten Dritten Welt und unterdrückerische Geschlechterverhältnisse erscheinen als Probleme minderen Gewichts. Die Lösung der Öko-Pax-Fragen wird außerhalb ihres tatsächlichen Zusammenhangs mit den übrigen Grundproblemen der Menschheit gestellt. Die Abstraktion der Öko-Pax-Problematik von konkreten Interessen (großes Kapital, Militär etc.) blockiert den eingreifenden Zugang zur sozialen Wirklichkeit. Das Programm läuft so Gefahr, zu moralisieren statt politisierend zu wirken.

Noch deutlicher wird diese Tendenz bei Betrachtung der folgenden Absätze. Die anthropologischen Erörterungen haben die Forderung nach Toleranz und Pluralismus (auch innerhalb der Partei) zum Gegenstand und gelangen zu der Feststellung, daß Sozialdemokraten nicht über ein und dasselbe Menschenbild verfügen. Der Kernbegriff, über den sozialdemokratische Programmatik allgemeine Zustimmung herstellen zu können glaubt, wird der bürgerlichen Aufklärung und dem Grundgesetz entnommen — die *Würde des Menschen*. Der Preis dieser Art von Abstraktion ist der völlige Verzicht der Dimension der Geschichte. Gradezu unerträglich wird dieser Mangel in einer Passage, die eine allgemeine Begründung der Demokratie geben will:

»Der Mensch ist weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt. (...) Weil er fehlbar ist, sich irrt und auch zum Rückfall in Unmenschlichkeit fähig ist, wird Demokratie nötig.«

Statt Demokratie als Ergebnis von Kämpfen in der Geschichte zu behandeln — in Deutschland 1918/19 durchgesetzt und getragen nicht vom Bürgertum, sondern von der Arbeiterbewegung —, wird Demokratie anthropologisch abgeleitet. Der Unsinn, menschliche Unvollkommenheit mache Demokratie notwendig, kann nur in einen verwirrten Pfarrers- und Philosophenschädel kommen. Als ob die demokratischen Revolutionen wie die französische nicht aus bestimmten historischen Konstellationen und konkreten Interessen sozialer Gruppen und Klassen zu erklären wären! — Demokratie — weil Neigung zu Faschismus und Diktatur bestehe? Welch grandiose Tautologie? Was waren denn die Gründe für die Abwendung der Massen in Deutschland von der Demokratie, war nicht gerade die »Macht des uneingeschränkten Privateigentums an den Produktionsmitteln« interessiert am Sieg des Faschismus? Aber derart öde, konkretistische Fragen verblassen vor der übergreifenden anthropologischen Vision der Programmkommission.

Nicht besser geht es mit der Erörterung der Grundwerte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Anforderungen an sie sind dabei hoch gesteckt:

»Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus ... sind die Kriterien für unsere Beurteilung der politischen Wirklichkeit ... und zugleich Orientierung für das Handeln des einzelnen Sozialdemokraten.«

Auf dem Feld der Grundwerte soll die sozialdemokratische Spezifik bestimmt werden. Der Entwurf sieht sich denn auch vor einer heiklen Schwierigkeit. Schon die Grundwerte-Kommission (vgl. Eppler [Hrsg.], Grundwerte, Reinbek 1984) hatte mit Beunruhigung festgestellt, daß die politische Rechte die Sozialdemokratie begrifflich enteignen wolle: Freiheit! (der Unternehmer), Gerechtigkeit! (also Leistung), Solidarität! (statt Klassenkampf) schallte es aus dem Konrad-Adenauer-Haus. Wie also konnte der Grundwerte-Diskurs sozialdemokratische Identität sichern? Der Entwurf glaubt, des Rätsels Lösung gefunden zu haben:

»Die Grundwerte entfalten ihren Sinn nur, wenn sie gleichrangig sind, einander erläutern, ergänzen und begrenzen.«

Das Verhältnis der Grundwerte zueinander wird entscheidend. Dennoch irrt die Kommission, wenn sie meint, der Grundmangel sozialdemokratischen Selbstverständnisses habe darin bestanden, zu wenig über den Zusammenhang *seiner Grundwerte* nachgedacht zu haben. Er besteht nach wie vor in der Weigerung, den Zusammenhang *der wirklichen sozialen Probleme als Voraussetzung aller Wertorientierungen* zu begreifen. Das Fehlen eines konkreten geschichtlichen Bewußtseins konstituiert den ideologischen Himmel, an den identitätsstiftende politische Schlagworte geheftet sind. In dieser Denkstruktur ist Glauben

wichtiger als Überzeugen. Die Verneinung der Dialektik, das Denken in allgemeinen, der Geschichte scheinbar entrückten Prinzipien ist dann entweder nur Form der Durchsetzung (bürgerlicher) Sonderinteressen oder aber moralisierende Kritik ohne (die erhoffte) Wirkung. Sozialdemokratische Grundsätze, über deren Herkunft und deren praktische Funktion und Perspektive die Partei in ihrem Programm nicht handelt, verlieren unweigerlich ihre politische Verbindlichkeit und ihre identitätsstiftende Handlungsorientierung. Ein SPD-Programm als Konzept besinnlicher Sonntagspredigten?

Uli Schöler

Glotzsche Korrekturen am Profil der SPD

Das »Sommerloch« in Bonn ist allemal für eine Menge an sonst wenig beachteten Nachrichten, Meldungen und Versuchsballons gut. Wochenlang wurde in der Presse unter Beteiligung führender Sozialdemokraten darüber spekuliert, wer 1987 als Kanzlerkandidat gegen Kohl antreten soll. Dabei sind intern — auch durch personalpolitische Maßnahmen — schon alle Weichen für Johannes Rau gestellt. Eng damit zusammen hängt aber die Frage, mit welchem Profil die SPD als Partei hinter einem solchen Spitzenkandidaten präsentiert werden soll. Hier haben die zurückliegenden Landtagswahlen einige Akzentverschiebungen gebracht. Nach der Doppelwahl Saarland/Berlin schien es klar zu sein, daß nur eine zu den Grünen hin offene, eher links profilierte Partei Chancen hätte, erfolgreich in Wahlen zu bestehen. Nach dem Erdrutschsieg in NRW stehen die Vorzeichen plötzlich anders. Nun ist wieder die Präsentation eines bürgernahen Landesvaters gefragt, der möglichst alle Wählerschichten repräsentieren sollte, wobei natürlich allzu »radikale« Festlegungen in politischen Sachfragen eher schädlich wären. Zurück zum Sommerloch: am 25. Juni meldete der Parlamentarisch-Politische-Pressedienst, nach Auffassung von Peter Glotz sollte eine (künftige) europäische sozialdemokratische Parteiformation »Ideologien, wie auch das Ziel des demokratischen Sozialismus ... aufgeben.« Der Versuchsballon wurde erstaunlicherweise in der Presse völlig ignoriert. Immerhin verkündete Willy Brandt nur wenige Tage später in Bremen: »Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus als einer dauernden Aufgabe ... steht nicht zur Disposition.« Im später herausgegebenen Redetext von Glotz tauchte der vorgenannte Satz dann nicht mehr auf. Ein Betriebsunfall? Ich glaube nicht. Der anvisierte Verzicht auf die konkrete Utopie eines demokratischen Sozialismus — und sei sie durch die Umdeutung aus einer politischen Zielvorstellung in eine dauernde Aufgabe noch so konturenlos geworden — steht in engem Zusammenhang mit dem Profil, das die SPD für 1987 angepaßt bekommen soll.

Das darf der Parteilinken nicht gleichgültig sein, auch wenn in ihrem Verständnis ein »demokratischer Sozialismus« mehr zu beinhalten hätte, als bloße ständige »Tagesaufgabe« zu sein. Es würde nämlich auch eine ernstzunehmende Verschlechterung des Argumentationsspielraums für die Linke in der Partei mit sich bringen. Ein solcher Verzicht würde es noch mehr als bisher erlauben, unbeschadet moralischer Gewissensbisse wegen der Verletzung programmatischer Zielvorstellungen sozialdemokratische Regierungspolitik in Bund und Ländern an vermeintlichen Sachzwängen zu orientieren. Die Partei erhielt

te ein neues, modernes, technikfreundliches Profil, so wie es ja auch schon das gängige Schlagwort der »ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft« umschreiben soll. Für wen, in wessen Interesse, gegen welche Widerstände, mit welchen Zielen da etwas modernisiert werden soll, wird einem breiten, fast beliebigen Interpretationsspielraum überlassen. Dahinter steckt der auch programmatisch bereits mehrfach beschriebene Versuch, die SPD nach links *und* rechts ausgreifen zu lassen. Peter Glotz hat hier das Wort der »antagonistischen Kooperation«, eines Bündnisses der traditionellen Linken, der technischen Eliten und der nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale geprägt. Es ist viel darüber spekuliert worden, ob sich dahinter ein Konzept der großen Koalition verbirgt. Ich halte dies (im jetzigen Zeitpunkt) für eine Fehleinschätzung. Es handelt sich hier um ein Konzept für die SPD selbst, für ein Bündnis, das *in ihr* verwirklicht werden und das sie so wieder zur stärksten Partei machen soll. Wer dann als Koalitionspartner einer 45%-SPD in Frage kommt, ist eine sekundäre Frage und wird erst dann nach Bedarf entschieden.

Auf welch rutschigem Parkett sich Glotz mit diesem Konzept bewegt, zeigen seine Auftritte bei und Kontaktversuche mit Organisationen wie der Union der Leitenden Angestellten (ULA). Wenn Glotz glaubt, hier technische Eliten und nachdenkliche Minderheiten der Wachstumskapitale für die Sozialdemokratie gewinnen zu können, irrt er sich gewaltig. Zur Illustration: die ULA ist — in enger Kooperation mit der FDP — Vorreiterin in der Frage der Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte im Betriebsverfassungsgesetz, also dem Versuch, die Kraft der Gewerkschaften in den Betrieben entscheidend zu schwächen. In ihren Publikationen wird die Wende eher als zu halbherzig kritisiert. Schuld an der anhaltenden Krisensituation mit steigender Massenarbeitslosigkeit sind für solche Verbände allemal die Gewerkschaften, die den Unternehmen zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten aufgezwungen haben. Unter diesen Umständen ist es schon bedenklich, wenn Glotz Ende 1984 die Delegierten des 1. ULA-Kongresses mit den Worten begrüßt, es gebe (abgesehen von der Frage der Sprecherausschüsse) »eine Fülle von anderen Themen, bei denen Ihr Verband und Sozialdemokraten auch durchaus zu gemeinsamen Ergebnissen kommen können.« Und noch bedenklicher wird es, wenn er sich mit den Anwesenden gemeinsam die Frage stellt: »... wie schaffen wir es, den Faktor Arbeit ohne wilde Klassenkämpfe zu verbilligen, beispielsweise durch eine Entlastung der Lohnnebenkosten?« Ob er will oder nicht: mit solchen Fragen, angerissen auf der Veranstaltung einer offen *antigewerkschaftlichen* Organisation, schwächt Glotz den gewerkschaftlichen Standpunkt in den Auseinandersetzungen um die Abwehr der Politik des Sozialabbaus, Senkung der Lohnnebenkosten, dadurch Verbesserung der Ertragsfähigkeit der bundesdeutschen Unternehmen, das waren die Stichworte, mit denen die Wenderegierung die Schere bei den Sozialleistungen ansetzte. Wer hier die Gewerkschaften schwächt, der sät auch am eigenen Ast. In dieser Form heißt antagonistische Kooperation schlicht Selbstzerstörung. Ähnliche Überlegungen wie in seiner Rede vor der ULA-Konferenz finden sich in einem Glotz-Interview in der Zeitschrift »erfolgreich selbständig«. In diesem Mittelstandsblatt kommt er dann auch zu der erstaunlichen Feststellung: »Im übrigen gibt es nach unserer Ansicht keinen Widerspruch zwischen den Interessen der Selbständigen und der Arbeitnehmer.« Davon dürften die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik im Jahre 1985 wenig spüren. Das ganze Paket der Kürzung von Sozialleistungen, der Abbau von gewerkschaftlichen und Arbeitnehmerrechten im Betrieb fanden den ungeteilten Beifall von Arbeitgeberverbänden und Selbständigenorganisationen. Die ersten Schritte zur Wochenarbeitszeitverkürzung mußten gegen deren Widerstände mühselig erkämpft werden. Jahr

für Jahr scheitert der Kampf gegen Reallohnverluste an der Betonpolitik der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen.

All dies weiß natürlich Glotz auch. Trotzdem hält er hartnäckig an den Versuchen fest, den *Tanker* SPD durch die Klippen seiner antagonistischen Kooperation zu steuern. Der gleiche Glotz, der auf einer ULA-Konferenz über die Senkung der Lohnnebenkosten ohne wilde Klassenkämpfe nachdenkt, debattiert im Juni in Frankfurt mit linken Hochschul Lehrern und italienischen Kommunisten über eine Hegemonie der Linken in Europa. Der gleiche Glotz konstatiert in Referaten unter Bezug auf Marx den Kräfteverfall nationaler Regierungen aufgrund der internationalen Kapitalkonzentration und Wirtschaftsverflechtung. Aber für das eine oder das andere wird sich die SPD entscheiden müssen. Entweder sie versucht, mit anderen europäischen Linkskräften eine Hegemonie gegen das sich weiter konzentrierende internationale Kapital zu errichten, oder sie trägt schon im nationalen Rahmen durch eine Politik der Senkung der Lohnnebenkosten gemeinsam mit Verbänden wie der ULA zur Schwächung der Lohnabhängigen bei. Es wäre sicher zu wenig, der Konzeption, die SPD ideologisch hin zu antigewerkschaftlichen Kräften zu öffnen, nur das notwendige Scheitern prognostizieren zu wollen. Dafür steht auch für die Linke in der Partei zu viel auf dem Spiel. Das, was Glotz mit der antagonistischen Kooperation als Problemfeld beschreibt, und was er mit fragwürdigen Umarmungsversuchen praktisch anzugehen versucht, bedarf einer fundierten Antwort. Die Linke muß selbst positiv begründen, wie ihr Bündnis Konzept aussieht, mit dem sie den christlich-konservativen Block aus der Macht drängen will. Dabei sollte klar sein, daß sich dies nicht auf eine Addition der politischen Kräfte SPD und Grüne beschränken darf, sondern die sozialen Kräfte, die eine solche Politik zu tragen hätten, benennen muß. Dabei darf die Parteilinke nicht zulassen, daß der Begriff des Sozialismus aus dem Vokabular der SPD verdrängt wird. Vom »demokratischen Sozialismus als einer dauernden Aufgabe« zur konkreten Utopie einer »sozialistischen Demokratie« ist es allerdings programmatisch noch ein langer Weg.

William Borm und Michael Staack

Wie der Phoenix aus der Asche?

Die Zukunft der FDP ist nicht die Zukunft der Liberalen

Seit den Landesparlamentswahlen dieses Frühjahrs in West-Berlin, im Saarland, besonders aber in Nordrhein-Westfalen, scheint das parlamentarische Überleben der FDP wieder gesichert zu sein. Die Wende-Demokraten sind dabei, ihre vorübergehend an die Grün-Alternativen verlorene Rolle als drittstärkste Kraft im bundesdeutschen Parteiensystem zurückzuerobern. In der Bonner Regierungskoalition mit der CDU/CSU haben sich die Freien Demokraten gerade in letzter Zeit in doppelter Weise profiliert: als Interessenvertreter der Besserverdienenden und Verfechter des Sozialabbaus in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, als Verkünder der Kontinuität und als mäßigendes Korrektiv in der Außen- und Sicherheitspolitik. Das Selbstbewußtsein der FDP ist gewachsen, und dies wird auch nach außen demonstriert.

Tatsächlich jedoch muß die optimistische Oberflächenanalyse zahlreichen Bedenken begegnen. Gute Argumente sprechen dafür, daß der augenblickliche Aufwind für die Freidemokraten in einem ursächlichen Zusammenhang steht mit dem anhaltenden Verfall des Ansehens der konservativen Schwesterparteien des Regierungslagers und insbesondere mit den Folgen des peinlichen Dilettantismus von Bundeskanzler Helmut Kohl. Durch frühere Erfahrungen wird bestätigt, daß der Popularitätsverlust des größeren Koalitionspartners regelmäßig zunächst zur Stärkung des kleineren Partners führt, nach längerer Zeit aber die Schwächung beider Verbündeter nach sich zieht. Nach wie vor verfügt die FDP über keine Stammwählerschaft, die ihr das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde prinzipiell sichert. In den Bundesländern und den Kommunen verfügt sie nur noch über ein merklich reduziertes Fundament. Die Verluste nach der »Wende« zur Union (etwa 15.000 von 85.000 Mitgliedern verließen 1982 die Partei) sind nicht ansatzweise ausgeglichen.

Die FDP befindet sich in einem doppelten Dilemma, welches sie seit ihrer Gründung prinzipiell begleitet hat. Sie ist konfrontiert mit der Frage nach ihrer Funktion im Parteiensystem und mit der Frage nach ihrer inhaltlichen Orientierung.

Soll die FDP sich verstehen als eine Programmpartei, die mittels eines klaren Sachprofils versucht, eine hinreichende Wählerzahl an sich zu binden? Oder will sie Koalitionspartei sein, die gewählt wird, um einem Bündnis Mehrheiten zu sichern, die Alleinherrschaft einer Partei zu verhindern oder auf den größeren Partner korrigierend einzuwirken?

Soll sie die Partei des fortschrittlichen Liberalismus sein, der größtmögliche Freiheit für die größtmögliche Zahl von Menschen erreichen will und bei diesem Emanzipationsprozeß sowohl den Vorrang der Selbstverwirklichung als auch das Erfordernis materieller wie sozial verantworteter Freiheit berücksichtigt? Oder soll sie die Vertretung des Wirtschaftsliberalismus sein, die Verfechterin einer als Prinzip verstandenen freien Marktwirtschaft und die Interessenwahrerin der von dieser Wirtschaftsordnung meistbegünstigten sozialen Schichten?

In den 50er und 60er Jahren war die FDP eine nationalliberale Wirtschaftspartei mit punktuell fortschrittlich-liberalen außen- und rechtspolitischen Akzenten. Von der CDU/CSU grenzte sie sich vornehmlich durch Antiklerikalismus und Sozialstaatskritik ab. Dennoch blieb, zumindest auf Bundesebene, die Union für die Freien Demokraten der einzig denkbare Koalitionspartner. Mit der Sozialdemokratie war vor Verabschiedung des Godesberger Programms (1959) aus der Sicht der damaligen FDP eine gemeinsame Wirtschaftspolitik nicht möglich. Während der inhaltliche Richtungskonflikt um Fortschritts- oder Wirtschaftsliberalismus klar zugunsten des letzteren entschieden wurde, blieb die Frage nach der Funktion im Parteiensystem unbeantwortet.

In den 60er Jahren setzte sich in der FDP schrittweise die Überzeugung durch, daß die Ostpolitik der Adenauer-Regierungen, der die Partei ohnehin stets kritisch gegenübergestanden hatte, endgültig gescheitert war. Das Verlangen nach deutscher Wiedervereinigung unter westlichen Vorzeichen erwies sich als wirklichkeitsferne Proklamationsformel für Sonntagsreden; die Dialogverweigerung gegenüber den kommunistischen Nachbarn in Osteuropa hatte nichts bewirkt außer der Einschränkung des außenpolitischen Handlungsspielraums der Bundesrepublik Deutschland. Die große Debatte um die Notstandsgesetze (1966-68) weckte die alte rechtsstaatliche Sensibilität der Liberalen. Aufgerüttelt durch Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition, bekannte sich die Mehrheit der Partei zur Notwendigkeit innerer Reformen vor allem in der Bildungs- und Rechtspolitik.

Fortbestehende Gegensätze zur SPD in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wurden zweifach relativiert. Zum einen hatten sich die Sozialdemokraten in Godesberg für ökonomischen Reformismus entschieden und sozialistischen Vorstellungen weitgehend eine Absage erteilt. Zum anderen reduzierte die — ungeachtet der ersten Konjunkturkrise (1966-67) — prosperierende Volkswirtschaft die grundsätzlich fortwirkenden Verteilungskonflikte. Der Ausbau des Sozialstaates war aus den Wachstumszuwächsen finanzierbar.

Die erstmalige Umsetzung der neuen Übereinstimmungen in ein parteipolitisches Bündnis erfolgte 1963 mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition in Berlin. Sechs Jahre später wurde Willy Brandt von SPD und FDP zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt. Die gemeinsam für unausweichlich gehaltene, zeitgemäße Deutschland- und Ostpolitik konnte trotz des erbitterten Widerstands der nationalkonservativen Opposition verwirklicht werden.

Deutschland- und Ostpolitik, internationale Entspannung, Bildungs- und Rechtsreform: dies waren 1969 für Sozial- und Freidemokraten die Felder gemeinschaftlicher Ziele und Interessen. Für die spätere Entwicklung der Koalition war es bezeichnend, daß zwei wichtige Anliegen der SPD — Mitbestimmung (außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes) und Vermögensbildung — auf Drängen der FDP-Führung ausdrücklich aus dem ersten sozial-liberalen Regierungsprogramm ausgeklammert wurden.

Nach Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Volksrepublik (1973) war der dringende ostpolitische Regelungsbedarf zunächst erschöpft. Während die Rechtsreformen sorgfältige Beratung erforderten, konnten viele bildungspolitische Absichten nicht durchgesetzt werden, da dem Bund die Gesetzgebungskompetenz fehlte und die konservative Bundesratsmehrheit auch auf diesem Gebiet Blockadepolitik betrieb. Der reformerische Schwung der sozialliberalen Koalition erlahmte. Aus dem »historischen Bündnis« der Anfangszeit entwickelte sich eine Regierungszusammenarbeit der Normalität mit Stärken und Schwächen. Nach der ersten Energiekrise (1973) und der sich anschließenden, bis heute anhaltenden Krise des Weltwirtschaftssystems traten die verbindenden Reformziele in den Hintergrund. An deren Stelle rückten die ökonomischen und sozialen Verteilungskonflikte, durch die die Unterschiede zwischen den Regierungspartnern betont wurden.

Auf einzelne Auseinandersetzungen, die die »Wende« vom Herbst 1982 ankündigten, soll hier nicht eingegangen werden. Festgehalten werden muß, daß insbesondere im Verhältnis von fortschrittlichen Liberalen und reformwilligen Sozialdemokraten zahlreiche Chancen zur inhaltlichen Stabilisierung der Koalition gerade auf dem wirtschafts- und sozialpolitischen Gebiet ungenutzt geblieben sind. Während es der überwiegende Teil der fortschrittlichen Liberalen vorzog, außerwirtschaftliche Politikbereiche zu bearbeiten, betrachteten manche Sprecher des linken Flügels der SPD die Linksliberalen in der FDP als lästige Konkurrenz. Konkurrenzdenken statt Kooperationswillen kennzeichnete weitgehend auch das Verhältnis der Jugendorganisationen von SPD und FDP, Jungsozialisten und Jungdemokraten, zueinander.

Die Mehrheit der Fortschrittsliberalen erkannte zu spät, daß der Wirtschaftsflügel ihrer Partei zu einem Wechsel der Regierungskoalition mitten in der Legislaturperiode fest entschlossen war. Ihr Widerstand erfolgte anfangs unkoordiniert und konnte die »Wende« nicht mehr aufhalten.

Die sozial-liberale Koalition zerbrach, weil sich die Mehrheit der FDP mit ökonomischen Argumenten zum Zweck der sozialen Statussicherung für die Durchsetzung ihrer Interessen im Bündnis mit der CDU/CSU entschied. Erneut wurde die These bestätigt,

daß der Hauptstrom der Liberalen sich in wirtschaftlichen Krisenzeiten und Abschnitten zugespitzter Verteilungskämpfe besitzbürgerlich konservativ verhält und nach rechts wendet. Die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschuß als einem grundsätzlichen Symbolkonflikt um Sicherheit und Entspannung trug ergänzend dazu bei, durch Erosion des Fundaments außenpolitischer Gemeinsamkeiten den Zusammenhalt des Bündnisses zu zerstören. Aber die sozial-liberale Koalition zerbrach vor allem auch, weil die Sozialdemokratie unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts sich programmatisch und praktisch-politisch so auffächerte, daß sie nicht nur integrationsunfähig und in ihrer Identität bedroht wurde, sondern als Gesamtheit bewegungsunfähig, was die wirtschaftsliberalen Neigungen des Partners noch beförderte. Auf das in den Freiburger Thesen (1971) der FDP begründete Bündnis des fortschrittlichen Bürgertums mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung folgte die Neuauflage der konservativen Bürgerkoalition der fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre.

Die »Wende« in der Regierungszusammenarbeit hat bei den Freien Demokraten auch zu einer grundsätzlichen Veränderung ihrer programmatischen Orientierung geführt. In der heutigen FDP dominiert der Wirtschaftsflügel und dessen in vielen Sachfragen rechts von der Union anzusiedelnde Politik. In der Substanz ist die Partei herabgesunken zu einer bundesweiten Industrie- und Handelskammer. Eine fortschrittlich-liberale Strömung von Gewicht ist trotz des unbestreitbaren konsequenten Engagements Einzelner nicht mehr vorhanden. In der Rechts- und Innenpolitik hat die FDP freiheitseinschränkende Absichten der Union blockieren oder mildern können. Gestaltende liberale Reformpolitik findet auf diesen Gebieten nicht mehr statt. Die Partei distanziert sich von den nach 1969 von ihr mitverantworteten Sozialreformen, befürwortet ein anti-gewerkschaftliches Verbändegesetz und vertritt mit ihren heutigen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen unverblümt das Konzept einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, in der Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose und andere Benachteiligte stehen.

Wenn in letzter Zeit von »alten und neuen Gemeinsamkeiten« zwischen FDP und SPD in der Außenpolitik gesprochen wird, bleibt vorerst ungeklärt, wo es hier um symbolische Deklaration und wo um reale Politik geht. Der Bundesaußenminister wird noch zu beweisen haben, daß er sich gegenüber den Nationalkonservativen in der CDU/CSU durchsetzen kann.

Die Freien Demokraten verzichten im Augenblick darauf, aus eigenem Recht gewählt werden zu wollen. Sie überleben als Koalitionspartei, die sich als unentbehrlich für die gemeinsame Regierungsausübung mit der Union empfiehlt und die in ihrer Existenz von dieser Konstellation abhängig ist. Die neue Politik der FDP, sich als Interessenvertreterin der Besserverdienenden eine eigene Klientel zu verpflichten, scheint jedoch insofern erfolgreich zu sein, als der CDU/CSU Wähler abgezogen werden können. Die Fünf-Prozent-Hürde aber kann auf diesem Wege heute noch nicht übersprungen werden.

Es ist außerordentlich gewagt, eine Prognose über die weitere Entwicklung der FDP abgeben zu wollen, denn der Weg der Partei wird wesentlich von unkalkulierbaren äußeren Einflüssen bestimmt. Als sicher kann gelten, daß eine »Rückwende« der Freien Demokraten zu fortschrittlich liberaler Politik mit entsprechenden koalitionspolitischen Konsequenzen auf absehbare Frist ausgeschlossen ist. Schwer vorstellbar ist es auch, daß sich engagierte Bürger mit linksliberalen Vorstellungen unter den herrschenden Umständen der FDP anschließen, wodurch deren Kurs längerfristig verändert werden könnte. Für solches Engagement gibt es bessere Alternativen.

Gleichwohl spricht vieles dafür, daß eine inhaltlich auf den Wirtschaftsliberalismus und

funktional auf die Mehrheitsbeschaffung für die Rechtskoalition reduzierte FDP parlamentarisch überleben kann. In der Geschichte der Bundesrepublik hat sich gezeigt, daß sowohl im Bund als auch in einer Reihe von Ländern eine Partei allein nur im Ausnahmefall die absolute Mehrheit gewinnt. Diese Regel gilt auch für die CDU/CSU. Solange die Union auf eine Mehrheitsbildung durch die Freidemokraten angewiesen ist und solange diese wenigstens eine geschickte ökonomische Interessentenpolitik betreiben, haben sie gute Chancen, auch noch 1990 im Deutschen Bundestag vertreten zu sein.

Gerade angesichts dieser Perspektive muß betont werden, daß die Zukunft der FDP nicht gleichbedeutend mit der Zukunft der Liberalen ist. Die Geschichte der liberalen Parteien in Deutschland war schon immer auch eine Geschichte ihrer Spaltungen. Dennoch haben sie Richtungsweisendes bewirken können. Ohne die Beteiligung liberaler Auffassungen im Prozeß politischer Meinungsbildung erscheint die künftige Entwicklung der Bundesrepublik schwer vorstellbar.

Diese These zu bejahen, beantwortet noch nicht die Frage nach der politischen Organisation. Der 1982 unternommene Versuch, die fortschrittlichen Liberalen in einer eigenständigen Partei zusammenzufassen, ist mißlungen. Die Linkliberalen verfügen nicht oder nicht mehr über parteibildende Kraft.

Fortschrittliche Liberale und Sozialdemokraten sind die natürlichen Verbündeten in einer linken Mehrheit gegen die Union. Die SPD bleibt auf Partner angewiesen, wenn sie wieder regieren will. Die fortschrittlichen Liberalen können — besonders in der Rechts-, Ökologie-, Entspannungs- und Kulturpolitik — dazu beitragen, die Basis der SPD zu verbreitern und progressive Zielsetzungen in der Sozialdemokratie zu stärken. Wenn auch das sozial-liberale Bündnis als Parteienverbindung 1982 zerbrochen ist, so sollte doch der Versuch unternommen werden, es heute als soziales Bündnis neu zu begründen.

Burkhard Exner/ Jörg Grigoleit/ Matthias Zipser

XII. Weltfestspiele: der Bär marschierte ein

»Nun ist davon die Rede, wegen der Moskauer Vorkommnisse werde es auf der Linken zu einem 'Klärungsprozeß' kommen.« (FAZ vom 9.8.85)

Bärenflagge, Kostüme und Stadionanzeigen standen im Mittelpunkt des offiziellen bundesdeutschen Interesses an den Weltfestspielen in Moskau. Bereits bei den Festspielen in Berlin (DDR) 1973 und Havanna (Cuba) 1978 gab es ähnliche Konflikte. Es marschierte jeweils eine eigene nationale Delegation aus West-Berlin bei der Eröffnungsveranstaltung ein. Damit verdeutlicht die Sowjetunion immer wieder aufs Neue ihren Standpunkt, daß West-Berlin nach ihrer Rechtsauffassung ein politisch eigenständiges Völkerrechtssubjekt darstellt. Sie begibt sich damit regelmäßig in dieser Frage in einen Widerspruch zur absoluten Mehrheit der bundesdeutschen Linken, die zwar die besondere Lage West-Berlins zur Kenntnis nimmt, aber zu Recht nicht den Status der Stadt als eine selbständige politische Einheit mißverstehet. Um derartigen Konflikten diesmal zuvorzukommen, wurde bereits im Vorfeld der XII. Weltfestspiele ein Kompromiß ausgehandelt. So sollte die »Delegation aus West-Berlin« nicht den Rang einer nationalen Delegation erhalten (die Dele-

gertenkarten, die Einmarschfolge bei der Eröffnung, die Ansage im Stadion und die entsprechende Anzeige auf der Tafel im Stadion sollten dies deutlich machen). Der Kompromiß wurde auf zahlreichen Treffen des Internationalen Vorbereitungs Komitees und in weiteren politischen Gesprächen zwischen der SPD und der KPdSU ausgehandelt. Umstritten war bis zuletzt die Frage, ob die Delegation aus West-Berlin eine Bärenfahne mit sich führen dürfe. Ein offensichtlich großes Interesse an der Auseinandersetzung über die Bärenfahne hatte »unser Mann in Moskau«, Rudolf Hartung. Bereits im Vorfeld der Weltfestspiele wurde über Eskalationsstufen der Reaktion auf das Mitführen einer Bärenfahne nachgedacht. Die Eskalationsstufen reichten von dem Mitführen einer Bärenfahne in der BRD-Delegation bis hin zur Abreise. Vor diesem Hintergrund wurde bei allen weiteren Gesprächsterminen sehr hoch gepokert.

Am Tag der Eröffnung marschierte dann bekanntlich eine Delegation aus West-Berlin, die allerdings als »Delegation West-Berlins« auf der Anzeigetafel angekündigt wurde, mit einer Bärenfahne ins Lenin-Stadion ein. Als Antwort darauf erklärte ein Großteil der BRD-Delegation, daß sie nun nicht mehr bereit sei, in das Stadion einzuziehen. Lediglich die im Arbeitskreis Festival zusammengeschlossenen Organisationen (DFG-VK, VVN/VdA, SDAJ, MSB Spartakus, SHB etc.) beteiligten sich am Einmarsch. Von diesem Zeitpunkt an stand West-Berlin im Mittelpunkt des Interesses gerade auch der bürgerlichen Presse. Berichtete man im Vorfeld kaum über die Weltfestspiele, so berichtete man jetzt über jedes Detail der Eröffnungsveranstaltung. In den Delegationen einzelner Verbände und Jugendorganisationen wurde offen über eine Abreise diskutiert. Man sah sich von den Veranstaltern getäuscht und zweifelte teilweise sogar daran, ob die Sowjetunion überhaupt in der Lage sei, Absprachen einzuhalten. Der restliche Geschäftsführende Arbeitsausschuß (GAA), bestehend aus RPJ-Verbänden, dem Bundesjugendring und der Sportjugend — beschloß bekanntlich in der folgenden Nacht eine Beratungspause für die Dauer von einem Tag, um eine Stellungnahme des Veranstalters zu den Vorfällen abzuwarten. Der Veranstalter wie auch das Vorbereitungs Komitee aus West-Berlin waren offensichtlich von der Schärfe der Reaktion und den Folgen überrascht. Die Abreise eines Teils der BRD-Delegation — mit einer Gesamtstärke von 550 Teilnehmern eine der größten auf dem Festival — hätte den politischen Schaden weiter vergrößert. Er hätte sich von der Beteiligung an künftigen Weltfestspielen bis hin zum Jugendaustausch erstrecken können. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der SPD überhaupt nichts an einer Abreise eines Teils der BRD-Delegation lag. Somit beteiligte sich nun auch Rudolf Hartung an der Begrenzung des entstandenen politischen Schadens, indem auch er sich für eine weitere Beteiligung am Festival einsetzte. Der Zauberlehrling versuchte, die Geister, die er gerufen hatte, wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Mit der offiziellen Entschuldigung für die Anzeige im Stadion entspannte sich die Situation innerhalb der BRD-Delegation. Bedenklich muß jedoch stimmen, daß gerade auch von einigen Juso-Delegierten anläßlich dieser Auseinandersetzung die Fähigkeit der Sowjetunion zur Entspannungspolitik generell in Zweifel gezogen wurde — ein sicherlich sehr übereilter und kurzsichtiger Schluß. Unterstützt wurde diese Einschätzung durch ein entsprechendes Medienecho. Die sofortige Rückkehr aus Moskau wurde gefordert, um ein »politisches Zeichen« zu setzen. Im Laufe der Woche änderte sich jedoch zumindest bei einem Teil der Presse die Berichterstattung. Mit Rückenwind aus der SPD wurde das »besonnene« Verhalten der »Mehrheits«-BRD-Delegation anerkannt. Insbesondere wurde gewürdigt, daß die Auseinandersetzung um West-Berlin jetzt das offensive Angehen von weiteren politisch heiklen Themen möglichst gemacht hätte. Neben den Diskussions-

beitragen zum Status der Stadt bzw. zu den Perspektiven der Entspannungspolitik wurde über Beiträge der Delegation zu Gewerkschaftsrechten in Polen, Kriegsdienstverweigerung in der DDR und Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Sowjetunion berichtet. Vorläufiger Höhepunkt der Pressekampagne war jedoch der Artikel in der FAZ vom 9.8.85: »Wichtiger [als die Auseinandersetzung um Geld und Status der Stadt; d. Verf.] ist die Auseinandersetzung, die in Moskau zwischen den Parteien und Gruppen der Linken begonnen hat.« In diesem Artikel werden genüßlich die Vorsitzenden der »demokratischen Jugendverbände« zitiert, die auf die kommenden Auseinandersetzungen in Bündnisgesprächen hinweisen. Die FAZ greift damit geschickt den Tatbestand der breiten Verärgerung über das AK-Festival-Spektrum auf.

Der Schaden, der sich nach dem gewagten Pokerspiel aller Seiten einstellte, wird wohl erst in den kommenden Monaten voll zu überblicken sein. So wird sich herausstellen, ob in Zukunft ein so breites Bündnis, wie es zu diesen Weltfestspielen in Form des GAA geschaffen wurde, möglich sein wird. Es muß auch verhindert werden, daß sich die Auseinandersetzungen um den Berlin-Status negativ auf die Arbeit insbesondere der Friedensbewegung auswirken. Der bürgerlichen Presse gelang es zumindest mit der Statusfrage, die Weltfestspiele zu diffamieren und das Bündnis fortschrittlicher Kräfte zu gefährden. Heiner Geißler konnte bei den Finanzen zum politischen Schlag ausholen. Nicht nur die Zuschüsse für die Delegierten und die Kulturwoche in Moskau wurden gestrichen, sondern erstmals wurde auch den Jugendverbänden untersagt, aus ihrem eigenen Bundesjugend-Etat die Unkosten zu begleichen. Damit wird eklatant in die Autonomie der Jugendorganisationen eingegriffen. Die SPD-regierten Länder haben bereits erklärt, daß sie sich an die Anweisung aus Bonn nicht halten werden. Der Juso-Bundvorsitzende beabsichtigt, gegen Geißler zu klagen. Die Bedeutung dieses Eingriffs wird erkennbar, wenn man sich vor Augen hält, daß dies auch Finanzsperren für andere Friedens-Aktionen heißen kann.

Für die West-Berliner wurde erneut dokumentiert, daß das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 Kompromißcharakter trägt. Es war ein entscheidender Schritt zur Klärung des Status der Stadt und damit wichtiger Bestandteil der Entspannungspolitik selbst. Es muß in der Zukunft auch darum gehen, weitere Vereinbarungen auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens zu treffen, um die jetzt noch bestehenden offenen Fragen zu klären. Dies scheint angesichts der nach wie vor bestehenden unterschiedlichen Interpretationen des Status der Stadt um so dringlicher. Die auf dem Festival geführten Auseinandersetzungen um diese Frage können in ihrem Ergebnis nicht als Erfolg betrachtet werden, wie dies bei Teilen der BRD-Delegationsleitung zur Zeit der Fall ist. Sie haben zu einer massiven Diffamierung der Weltfestspiele in der Öffentlichkeit der BRD und West-Berlin geführt. »40 Jahre danach« und angesichts der SDI-Projekts der USA wurde dem Gedanken der Weltfestspiele damit wahrlich ein Bärenienst erwiesen.

Analysen

Gerhard Heimann

Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung

1. Europa und die Vereinigten Staaten: zwei Kontinente rücken auseinander

Kaum sind auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gegen den erbitterten Widerstand eines großen Teils des Volkes amerikanische Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II mit atomaren Sprengköpfen stationiert worden, sind die Amerikaner dabei, ein neues Kapitel ihrer globalen und prinzipiellen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu schreiben. Diesmal geht es unmittelbar um militärische Überlegenheit. Das Programm heißt »Strategic Defense Initiative«, kurz SDI, eine Bezeichnung, die schönfärberisch verschleiert, was eigentlich gemeint ist: Durch eine wahnwitzige Militarisierung des Welt-raums soll das Fenster der eigenen Verwundbarkeit geschlossen werden. Die USA planen, abgefeuerte gegnerische Raketen durch einen Abwehrschirm frühzeitig erkennen und noch in ihrer Aufstiegsphase zerstören zu können. Abgesehen von den zu erwartenden gravierenden technischen Problemen, die sich bei der Entwicklung eines solchen Systems noch ergeben werden, sind die politischen Folgen schon heute erkennbar.

Die erste Überlegung ist grundsätzlicher Natur: Gelänge es einer der beiden Supermächte, gleichgültig, ob den Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion, gegenüber der anderen unverwundbar zu werden, dann würde die Gefahr eines Angriffskrieges unkalkulierbar groß. Wer die gegnerischen Raketen zum größten Teil ausschalten könnte, für den würde das militärische Risiko eines eigenen Angriffs kalkulierbar und selbst der Nuklearkrieg gewinnbar. Auf der anderen Seite würde er den Gegner zwingen, über kurz oder lang gleich-zuziehen. Ein neuer Wettlauf um das am schnellsten zu realisierende und effektivste Abwehrsystem würde beginnen. Aber nicht genug damit. Die Erfahrung spricht dafür, daß kein noch so perfektes System vollständige Sicherheit bieten kann. Also würden wirksamere Offensivwaffen in so großer Zahl produziert werden, daß ein noch so kleiner Prozentsatz der das Ziel erreichenden Nuklearsprengköpfe genügen würde, um den Gegner wieder verwundbar zu machen. Die Folge wäre ein gigantisches Wettrüsten, das sowohl neue Defensivsysteme im Weltraum wie mehr und noch wirksamere strategische Offensivwaffen umfassen würde.

Die zweite Überlegung bezieht sich auf Europa. Das sich aus einer solchen Entwicklung ergebende Szenario enthält alle Bestandteile puren Wahnwitzes. Für Europa wäre dies eine Katastrophe, selbst wenn es überleben sollte. Schon die Gesetze der Geographie und der Physik sprechen dagegen, daß Westeuropa in gleicher Weise geschützt werden könnte, wie das für die Vereinigten Staaten angestrebt wird, immer vorausgesetzt, es geht überhaupt. Europa würde zu einer Zone minderer Sicherheit bei gleichzeitig erhöhter Gefahr eines begrenzten Nuklearkrieges, ausgelöst durch die Macht, die sich als erste für unverwundbar hält, oder eines Präventivkrieges, ausgelöst durch die andere Macht, die nicht in der Lage ist, zeitgleich mitzuziehen. Die bisher friedenssichernde Stabilität in Europa würde in Labilität umschlagen. Immer mehr Menschen würden sich fragen, wozu ein Bündnis noch taugt, dessen Führungsmacht durch einseitige Maßnahmen den Frieden ausgerechnet in der Region gefährdet, die geschützt werden soll. In den Staaten Mittel- und Osteu-

ropas könnte der Lebensstandard nicht weiter steigen; von der Bevölkerung würden erneut Opfer verlangt werden, um die ungeheuren Mittel aufzubringen, die der größte Rüstungswettlauf in der Geschichte der Menschheit erfordern würde. Nach den aus der Zeit des Kalten Krieges bekannten Mechanismen der inneren Machtsicherung würde das Primat der Kriegs- und Mangelwirtschaft flankiert werden durch eine Militarisierung des Denkens und eine forcierte Reideologisierung des Ost-West-Konflikts auf beiden Seiten. Selbst wenn der Krieg nur »kalt« bliebe, in jedem Fall würde er die Entspannungspolitik endgültig begraben.

SDI ist das vielleicht schlimmste, aber nicht einzige Beispiel, in welcher Weise die Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf ihre Verbündeten ihre Interessen, oder das, was sie dafür halten, verfolgen. Diese Politik hat bereits in der Endphase der Carter-Administration eingesetzt. Offenbar sind die innenpolitischen Veränderungen in den USA sehr viel grundlegender, als daß sie nur mit dem derzeitigen Präsidenten Reagan erklärt werden könnten. Unvermindert werden durch eine defizitäre Haushalts- und damit Hochzinspolitik Geldströme aus Europa in die Vereinigten Staaten gelenkt, um damit dort einen Aufschwung auf Pump und eine Hochrüstungspolitik zu finanzieren. Während die USA immer mehr Handelsbarrieren gegen Importe aus Europa errichten, versuchen sie gleichzeitig, den europäischen Handel mit den RGW-Staaten durch ein weitgehendes Verbot von Technologietransfer zu behindern. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Die gegenüber Mittel- und Südamerika praktizierte Politik bedeutet, daß die Vereinigten Staaten offenbar nicht bereit sind, in diesem Raum auf Dauer sozialistische Staats- und Gesellschaftssysteme zu dulden. Der Vergleich mit der anderen Großmacht drängt sich geradezu auf, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen. Eine solche Politik führt nicht nur zu direkten oder indirekten Verletzungen des Völkerrechts, sondern auch zu immer größer werdenden Rissen im sogenannten Wertesystem des Westens. Ein Wertesystem, das, wie im Fall Nicaragua, den Sozialismus als prinzipiell feindlich ausgrenzt und verhindert, daß die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für einen demokratischen Sozialismus überhaupt geschaffen werden können, widerspricht den größten und besten Traditionen Europas, in denen der Sozialismus als notwendiges und legitimes Kind des Humanismus und Liberalismus begriffen wird.

Nehmen wir alles zusammen, dann wird deutlich, welche schwerwiegenden Veränderungen im Verhältnis Westeuropa-USA in der Zeitspanne von Kennedy bis Reagan stattgefunden haben. Auch damals waren die Interessen nicht wirklich deckungsgleich; aber sie wurden weitgehend als deckungsgleich wahrgenommen. Inzwischen macht es fast Mühe, Gemeinsames zu benennen und überzeugend zu begründen. Damals war es nötig, eine spezifisch deutsche und europäische Variante der Entspannungspolitik zu begründen, um im bereits fortgeschrittenen Entspannungsdialo g der Großmächte nicht abgehängt zu werden. Heute versucht Europa verzweifelt, wenn auch immer noch zu halbherzig, die Entspannung wenigstens in dieser Region der Erde zu bewahren. Es zeigt sich ein grundlegender Unterschied zu den Vereinigten Staaten: Während die Vereinigten Staaten immer auch die Option »Kalter Krieg«, Politik der Stärke bis hin zu militärischer Überlegenheit haben, hat Europa diese Option nicht, weil die Wunden der Teilung nur langsam verheilen und einer langen historischen Perspektive des Friedens bedürfen und weil eine Alternative zum Frieden in Europa die endgültige Auslöschung dieses Kontinents bedeuten würde. Manch einer in den Vereinigten Staaten mag der Hoffnung sein, daß selbst in diesem schlimmsten Fall die USA noch davon kommen könnten, eine Hoffnung, die durch eine Reihe von geographisch begrenzten Stellvertreterkriegen in vielen Teilen der Welt zumindest dem

Anschein nach bestätigt wird. Je weniger die Interessen Westeuropas in der amerikanischen Politik gut aufgehoben sind, desto intensiver muß Westeuropa eine eigene Politik formulieren und durchsetzen. Dies ist im wesentlichen das, was *Horst Ehmke* die »Selbstbehauptung Europas« genannt hat. Ein Westeuropa, das gezwungen wird, stärker auf eigenen Beinen zu stehen, führt zwangsläufig zu einer Neubestimmung der europäischen Balance.

2. Selbstbehauptung statt Militarisierung Europas

Eine von den Vereinigten Staaten im höherem Maße unabhängige europäische Politik muß auf andere Weise als bisher mit dem auf Westeuropa lastenden Hegemonialdruck der Sowjetunion fertig werden. Was das konkret heißt, darüber ist bisher kaum öffentlich, sondern nur hinter den verschlossenen Türen von Kommissionen, Seminaren und ausgetragenen Foren gesprochen worden. Entsprechend wenig gefestigt sind die Meinungen und vorläufigen Ergebnisse solcher Diskussionen. Fraglich ist inzwischen allerdings fast alles, auch die Glaubwürdigkeit eines Westeuropa wirklich einschließenden strategischen Nuklearschirmes der Vereinigten Staaten. Aber wenn von den Bereichen der Sicherheit die Rede ist, in denen Westeuropa eine zunehmend eigene Verantwortung übernehmen muß, dann ist in erster Linie die konventionelle Rüstung gemeint und darüberhinaus, falls der Vorschlag ABC-Waffen-freier Zonen in Europa ernst genommen werden soll, auch der Teil von ABC-Waffen, der nicht zur strategischen Reserve der Vereinigten Staaten zählt. Das sind inzwischen zwei von drei, im Sprachgebrauch der NATO »Triade« genannten Elemente.

Am meisten wird zur Zeit über Vorschläge diskutiert, die, je nachdem, eine konventionelle Um- oder Aufrüstung Westeuropas zum Ziel haben. Eng verknüpft damit ist die Frage, unter welchen Voraussetzungen ABC-Waffen-freie Zonen in Europa geschaffen werden können und welche Gebiete sie umfassen sollen. Ohne hier einzelne Lösungen darstellen und begründen zu können, werden zwei gravierende Momente immer deutlicher. Die erste Gefahr liegt darin, daß der Versuch unternommen werden könnte, die Sicherheit Europas allein auf militärische Leistungen zu begründen. Dies würde zu einer Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft, die bisher vermieden werden konnte, und zu einer zusätzlichen Aufrüstung Westeuropas führen: zuerst auf konventionellem Gebiet, später auch in nuklearer Hinsicht. Die zweite und vielleicht noch bedeutendere Gefahr liegt in einem psychologischen Problem begründet. Die Sowjetunion wird die US-amerikanischen Demonstrationen der Stärke ihrerseits mit erhöhten militärischen Anstrengungen beantworten. Ein zusätzliches Aufrüsten Westeuropas muß bei der Sowjetunion weitere Bedrohungsängste auslösen, die sie zu unberechenbaren Handlungen veranlassen können.

Der Denkfehler solcher Aufrüstungsstrategien für Westeuropa liegt in der Fehleinschätzung, daß das Verhältnis »Westeuropa und Sowjetunion« gleichermaßen durch eine globale und prinzipielle Rivalität bestimmt sei wie das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Gäbe es nicht nach wie vor einen irrationalen und fast unausrottbaren Antikommunismus, müßte eigentlich längst klar geworden sein, daß die Interessen Westeuropas und der Sowjetunion weniger konträr als komplementär sind. Westeuropa braucht Rohstoffe, die die Sowjetunion reichlich hat. Die Sowjetunion braucht Kapital, eine entwickelte Technologie und eine ausreichende Infrastruktur, um ihre Rohstoffreserven zu erschließen, alles Güter, die in einem industrialisierten Westeuropa in einem so hohen Maße vorhanden sind, daß dafür neue Märkte erschlossen werden müssen. Langfristig noch wichtiger ist,

daß ein neuer Krieg in Europa die Existenz aller europäischer Völker, zu denen die Russen zählen, bedrohen würde. Was an Gegensätzen bleibt, sind die in den verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen bedingten Systemunterschiede. Es gibt keinen Grund, sie zu verharmlosen; aber es darf nicht zugelassen werden, daß sie zur Wiederbelebung des Kalten Krieges instrumentalisiert werden.

Eine vernünftige Analyse der tatsächlich von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung Westeuropas muß also die vielen Felder komplementärer oder sogar identischer Interessen einbeziehen. Sie darf deshalb auf keinen Fall den Militärexperten überlassen bleiben, deren militärische Analysen auf der Annahme des schlimmsten Falles (worst case scenarios) beruhen — und zwar in zweifacher Hinsicht: Die eigenen militärischen Fähigkeiten werden nach unten gestuft, die Annahmen über die gegnerischen Möglichkeiten werden jedoch als makellos und überragend nach oben angehoben. Dies muß zwangsläufig zu einer permanenten Überschätzung des Gegners und zu immer neuen Nachrüstungen führen.

Eine Bedrohungsanalyse, die militärische, geographische und wirtschaftliche Faktoren einbezieht, wie sie von *Andreas von Bülow* in seinem Beitrag »Alpträume West gegen Alpträume Ost« entwickelt worden ist, zeigt sehr anschaulich, daß der Westen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt militärisch bei weitem überschätzt. Die immer wieder behauptete Unterlegenheit der NATO z.B. in Divisionen und Mannschaftsstärken kommt i.d.R. durch ein gezieltes Weglassen der französischen und spanischen Verbände, als auch durch die Ausklammerung der Verstärkungsverbände zustande. Die NATO besitzt darüber hinaus bei technischem Kriegsgerät wie Kampfsschiffen, Flugzeugträgern, amphibischer Landungskapazität und der Marineinfanterie insgesamt eine deutliche Überlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt. Eine leichte Überlegenheit sowjetischer U-Boote wird durch geographische Nachteile sowie durch einen amerikanischen Vorsprung bei der U-Boot-Bekämpfung kompensiert. Weitere Beispiele finden sich im Bereich der Luftwaffe und auf dem Gebiet der Kernwaffen; sie zeigen, daß der Warschauer Pakt den NATO-Staaten stets unterlegen, auf wenigen Feldern gleichwertig ist. Dabei ist ein Problem des Warschauer Paktes in dem oben genannten Kräftevergleich nicht einmal einbezogen worden. Man kann nicht davon ausgehen, daß bei einem Angriff des Warschauer Paktes auf Westeuropa alle nichtsowjetischen Truppen ohne weiteres zur Verfügung stünden. Wie verlässlich wären denn, so ist zu fragen, in einem solchen Konflikt die militärischen Potentiale Polens oder der CSSR? Aber selbst wenn man dem Warschauer Pakt volle Kampfbereitschaft und -fähigkeit unterstellt, so muß er (im für ihn schlimmsten Fall) zusätzlich zur NATO und Frankreich auch China und Japan als seine Gegner in Rechnung stellen.

Alles in allem, die Sowjetunion ist militärisch stark, jedoch ist sie weder konventionell noch atomar so stark, daß sie aus einer kriegerischen Aktion gegen einen NATO-Staat Gewinn ziehen könnte. Es gibt daher keinen Grund, einen neuen konventionellen Rüstungswettlauf zu beginnen. Was Westeuropa braucht, um vor politischer Erpressung durch die Androhung militärischer Gewalt sicher zu sein, ist eine genügend abschreckende Verteidigungsfähigkeit, die ihre politische, nicht militärische Funktion durch eine *strukturelle Nichtangriffsfähigkeit* unterstreicht. Erst in diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die bisher erarbeiteten Konzepte sozialdemokratischer Sicherheitspolitik (ABC-Waffen-freie Zonen in Europa, eine realistische Bedrohungsanalyse, die politische Faktoren einbezieht, und die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit) mehr als nur einzelne Mosaiksteinchen sind. Sie sind die eigentlich tragenden Pfeiler einer Politik der Selbstbehauptung Europas, die nicht zwangsläufig in einer Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft enden muß.

Damit stellt sich die Frage, welche europäischen Bündnispartner die deutschen Sozialdemokraten für ihre sicherheitspolitische Konzeption finden. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Lern- und Denkprozeß, der zur Zeit gerade bei den französischen Sozialisten stattfindet, von besonderem Interesse. Offen oder unausgesprochen sahen sie bisher in der mit Waffen aller Art, vor allem auch mit amerikanischen Waffen vollgestopften Bundesrepublik ein vor der Sowjetunion schützendes Glacis Frankreichs. Würde man z.B. wackere eigenössische Sozialdemokraten nach ihrer Meinung fragen, würde sich herausstellen, daß auch sie die Bundesrepublik als Glacis zu schätzen wissen und ihre eigene Sicherheit nicht nur auf die bewaffnete Neutralität der Schweiz gründen. Das erklärt, weshalb deutsche Sozialdemokraten in der Nachrüstungsdebatte in Westeuropa weit und breit ziemlich isoliert waren.

Um so mehr ist es von allerhöchster Bedeutung, wenn nun die französischen Sozialisten beginnen, die Sicherheit Frankreichs als untrennbar verbunden mit der Bundesrepublik zu denken. Das führt zwar nicht zwangsläufig zur Übernahme der übrigen Bestandteile sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, aber öffnet wenigstens die Tür zu den notwendigen Lernprozessen. Auch in Frankreich kann man sich nicht mehr vorstellen, daß man selbst von einem Konflikt im Herzen Europas verschont bliebe, während die Bundesrepublik besetzt oder gar zerstört wäre. Damit ist der entscheidende Schritt getan, die »vitalen Interessen« Frankreichs so zu definieren, daß sie nicht nur das Sanktuarium Frankreich, sondern auch die Bundesrepublik umschließen. *Jaques Huntzinger*, Internationaler Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, führte dazu in einer Rede auf der ersten Konferenz der sozialistischen Parteien der NATO-Staaten am 21. März 1985 in Lissabon folgendes aus:

»Das prioritäre Interesse Frankreichs im Bereich der Sicherheit ist die Verhinderung eines bewaffneten Konflikts in Westeuropa und, für den Fall, daß ein Konflikt unglücklicherweise ausbricht, die sofortige Beendigung des Konflikts durch eine unmittelbare Beteiligung an der Verteidigung des angegriffenen Territoriums auch außerhalb seiner Grenzen.«

Und in einem Bericht über die Sicherheit in Europa, den die Sozialistische Partei Frankreichs Anfang Juli 1985 verabschiedete, lautet der Kernsatz:

»Frankreich hat ein wesentliches, noch steigendes Interesse daran, daß seine globale Abschreckung und seine Verteidigung zum Vorteil Westeuropas wirkt und damit zuerst zum Vorteil des Territoriums, das am weitesten vorne liegt und in Europa am verwundbarsten ist, aber zugleich Frankreich benachbart ist, das ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.«

Wie immer man das Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft zu einer Politischen Union im übrigen beurteilen mag, der eigentliche Schritt ist getan, wenn die Bundesrepublik und Frankreich erkennen, daß mehr als mit anderen ihr Schicksal untrennbar miteinander verbunden ist.

3. Die Überwindung der Teilung Europas heißt, den trennenden Charakter von Grenzen aufzuheben.

Es war eine bedeutende Leistung des Essener Parteitages von 1984, sicherheitspolitische Überlegungen, wie sie als Folge der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung und der Friedensforschung entstanden sind, mit dem europapolitischen Aspekt zu verbinden. Was immer noch fehlt ist eine neue Konzeption der Deutschlandpolitik, die sich mit den anderen Elementen zu einer in sich konsistenten Politik der Europäisierung Europas zusammenfügt. Deutschlandpolitik ist nicht länger ein Nebenkriegsschauplatz, den man ge-

trost den Transit-, Verkehrs- und Wirtschaftsexperten überlassen kann, sondern der unverzichtbare Schlußstein in einer Ordnung, die sich in Umrissen bereits abzeichnet, aber weiter entwickelt werden muß, bis sie verdient, europäische Friedensordnung genannt zu werden.

Das ist ein methodischer Ansatz, der es nicht erlaubt, sich mit der Lebenslüge Adenauer'scher Politik weiter bequem einzurichten. Das politische Doppelspiel, einerseits mit starken Worten die staatliche Einheit Deutschlands ständig zu beschwören, andererseits in Wirklichkeit aber eine unumkehrbare Westintegration der Bundesrepublik zu betreiben, konnte so lange folgenlos gespielt werden, wie die Linien dieser sich von Anfang an ausschließenden Positionen im Nebel einer unbestimmten europäischen Zukunft verloren. Je konkreter aber der politische Entwurf einer europäischen Ordnung wird, in der Grenzen und Staaten um des Friedens willen nicht länger infrage gestellt werden dürfen, um so mehr wird offenbar, daß die Lebenslüge der CDU/CSU in ihrem objektiven Teil schlicht ein politischer Betrug ist, der subjektiv nur dadurch gemildert wird, daß dem Betrug an dem Bürger ein Selbstbetrug vorangegangen ist. Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten besteht darin, zu verhindern, daß aus der Lebenslüge einer Partei die Lebenslüge der gesamten Republik wird.

Die Wahrheit ist sehr einfach. Die Bundesrepublik ist für die künftige Ordnung Westeuropas unverzichtbar. Ohne die Bundesrepublik wäre Westeuropa politisch, wirtschaftlich und militärisch nur ein Torso. Von Westeuropa bliebe nur die jenseitige Küste der Vereinigten Staaten, nicht mehr als ein Brückenkopf der westlichen Großmacht auf dem Kontinent, unfähig, eine selbständige, gleichberechtigte und partnerschaftliche Rolle gegenüber der Sowjetunion zu spielen, am Ende ohne eigene politische und kulturelle Identität. Schon aus diesem Grund kann es einen deutschen Sonderweg in den Neutralismus — ob mit oder ohne staatliche Einheit — nicht geben. Wer im Schnittpunkt der Weltpolitik liegt, kann sich nicht wie ein politischer Aussteiger verhalten.

Eine ähnliche Rolle wie die Bundesrepublik für die Europäische Gemeinschaft spielt die DDR für das sozialistische Staatensystem Mittel- und Osteuropas. Ein Herausbrechen in der einen oder anderen Richtung scheidet aus. Also wird es Zeit, eine Ordnungsvorstellung, die mehr der Vergangenheit als der Zukunft angehört, die auch anderswo an Kraft und Faszination verliert, das Modell der nationalstaatlichen Einheit zu ersetzen durch die Vision eines west- und eines osteuropäischen Staatensystems, die, frei von Angst und gegenseitiger Erpressung, gleichberechtigt und partnerschaftlich zusammenarbeiten. Auch in einer solchen Ordnung Europas wird es noch lange Staaten und Grenzen geben; aber die Zusammenarbeit muß durch wachsende Interdependenzen und Vernetzungen von oben und unten einen Grad erreichen, in dem der trennende Charakter von Grenzen Schritt für Schritt aufgehoben wird. Ganz spitz formuliert, heißt das: Die dauerhafte Zweistaatlichkeit Deutschlands steht nicht, wie allgemein nachgeplappert wird, einer Überwindung der Teilung Europas im Wege; sie ist aller Wahrscheinlichkeit nach sogar eine notwendige Voraussetzung, weil erst sie die Stabilität gewährleistet, die Partnerschaft und Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinaus ermöglicht.

Eine solche Lage ist, falls historische Vergleiche überhaupt zulässig sind, für Deutschland nicht prinzipiell neu. Wer die deutsche Frage auf die Frage der staatlichen Einheit reduziert, wie das in nationalkonservativen Kreisen üblich ist, denkt ahistorisch und nicht einmal wirklich konservativ. Eigentlich ist es der Normalfall der deutschen Geschichte, daß die friedenssichernde Stabilität der europäischen Balance die Bildung eines deutschen Nationalstaates im Herzen Europas ausgeschlossen hat.

Vor dem Hintergrund der gesamten deutschen Geschichte erschließt sich die Erkenntnis, daß die staatliche Einheit der Deutschen bestenfalls ein Aspekt unter vielen, aber nicht etwa die eigentliche Substanz dieses Themas ist. Die europäische Mitte spiegelte in den Jahrhunderten deutscher Geschichte sehr unterschiedliche Gestaltungen wider. Davon war das Bismarck-Reich, das übrigens auch nicht die staatliche Einheit aller Deutschen brachte, nur eine Variante. Wenn verhindert werden soll, daß das preußisch-deutsche Reich insgeheim das Muster und Vorbild einer künftigen Lösung der deutschen Frage bleibt, dann muß zuvor das Scheitern dieses spezifischen Versuchs der politischen Organisation der europäischen Mitte analysiert und offengelegt werden. Daß das Bismarck-Reich lediglich 75 Jahre überdauerte und daß es obendrein Kristallisationspunkt, wenn nicht gar Ursache zweier Weltkriege wurde, beruht nicht auf Zufällen. Das Deutsche Reich war zu schwach, um die Hegemonie in Europa errichten und behaupten zu können; aber es war dennoch so stark und expansiv, daß es von der ersten Stunde an als latente Bedrohung von seinen europäischen Nachbarn empfunden wurde.

Es drängt sich geradezu die Vermutung auf, daß der Nationalstaat zur Organisation der Mitte Europas strukturell untauglich ist. Vor dem Hintergrund der ganzen deutschen Geschichte und der jüngsten Erfahrungen erscheint die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage kurzatmig und gewaltsam. So wie das Entstehen der deutschen Nation nicht gebunden war an die Voraussetzung eines einheitlichen Staates im modernen Sinne, so wird auch das Weiterbestehen nicht davon abhängen. Angesichts der auf die europäische Mitte einwirkenden zentrifugalen Kräfte ist politische Vielgestaltigkeit nicht unbedingt Schwäche, sondern eine Stärke, die ihre prägende Wirkung nicht im Staatlichen erschöpft.

Norman Paech

40 Jahre nach Potsdam — Ist die deutsche Frage noch offen?

I.

Die »deutsche Frage« hat immer wieder ihre Konjunktur, nicht nur bei Schlesiertreffen und Gedenktagen. Sie gehört zum Standardrepertoire der bürgerlichen Zeitungen und wird von einem stetigen Strom kostenloser Literatur vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen belebt. Heftiger werden die Wellen im Teich, wenn einer einen Stein hineinwirft und damit die glatte Oberfläche des herrschenden Konsenses zerstört, wie jüngst der ehemalige Justizminister *Jürgen Schmude*, der für die Abschaffung des Wiedervereinigungsgebotes in der Präambel des Grundgesetzes plädierte.

Diese Forderung ist bereits von verschiedener Seite, von den GRÜNEN ebenso wie von *Theodor Eschenburg* erhoben worden. Sie markiert die noch schwache, aber stärker werdende Opposition gegenüber schlesischen Visionen von der Rückeroberung der deutschen Ostgebiete. Die Geschwindigkeit und Geräuschlosigkeit, mit der die Führung der SPD selbst diesen Stein wieder aus dem Teich gefischt hat, spricht für seine Gefährlichkeit, für die Befürchtung, daß er so ruhig dort nicht liegen bleiben wird. Schon im Januar 1984 hatte die Bundestagsfraktion der SPD zugunsten einer gemeinsamen Stellungnahme aller Fraktionen im Bundestag auf die Position verzichtet, »daß die Deutschlandpolitik der Tatsache Rechnung tragen müsse, daß das deutsche Volk als Folge des zweiten Weltkrieges in zwei voneinander unabhängige Staaten unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnung lebe« (Bericht der Abgeordneten *Werner* und *Heimann* vom 18.1.1984).

Man verzichtet auf Tatsachen um der Gemeinsamkeit einer Politik willen, die sich an allseits mißverständliche, da unbegründbare Rechtsfiktionen klammert. Diese lauten in der »Gemeinsamen Stellungnahme«: »Wir halten daran fest, daß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik keine völkerrechtlichen Beziehungen bestehen können wie zwischen Staaten, die füreinander Ausland sind.« Dieser Politik ist auch jenes Neujahrsgrußwort 1985 des langjährigen CDU-Abgeordneten *Edgar Jahn*, Präsident der »Pommerschen Abgeordnetenversammlung«, zuzurechnen, das den Beschluß des Bundestages vom 13. Juni 1950 zur aktuell gültigen politischen Richtlinie erklärt:

»Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben.«

Nicht nur Polen soll sich seiner gegenwärtigen Grenzen nicht sicher sein können, auch die DDR muß sich ihre Unvollkommenheit und ihren Provisoriumscharakter täglich vorhalten lassen. Die Bundesrepublik erstreckt nicht nur ihre Staatsbürgerschaft auf alle Staatsbürger der DDR, indem sie sie als Deutsche i.S. der Art. 16 und 116 GG begreift und demgemäß — wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über den Grundlagenvertrag von 1973 formulierte: »innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes, durch alle ihre diplomatischen Vertretungen ... wie jeden Bürger der Bundesrepublik« behandelt, sondern die Bundesregierung will auch keine Grenzen zwischen der BRD und der DDR sehen wie etwa zwischen der BRD und Frankreich. Sie läßt durch 8 Herren des Bundesver-

fassungsgerichts verkünden, »daß es sich bei der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD um eine staatsrechtliche (also nicht völkerrechtliche) Grenze handelt ähnlich denen, die zwischen Ländern der BRD verlaufen.« (BVerfGE 36, S. 1ff.)

Dies ist die faktische Verneinung der selbständigen Völkerrechtssubjektivität, der Territorialhoheit und territorialen Integrität der DDR und wird mit Kuriositäten wie der »Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen« in Salzgitter untermauert. Nach der offiziellen Aufgabendefinition dieser Stelle vom 8. Mai 1969 — ein zufälliges Datum? — werden dort Handlungen und Taten auf dem Territorium der DDR registriert, und zwar Tötungshandlungen, Gerichtsurteile, deren Merkmal exzessive und unmenschliche Strafen sind, Mißhandlungen im Verlauf von Strafverfahren und -vollzug der DDR und Fälle von Verschleppung und politischer Verdächtigung, die einen anderen der Gefahr politischer Verfolgung aussetzt. Diese Stelle hat zwar keine Strafverfolgungsbefugnisse, kann aber ihre Erkenntnisse an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgeben.

Die DDR wird strafrechtlich praktisch als »Inland« verstanden, wenn auch der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 26. November 1980 den Inlandsbegriff des Strafrechts auf das Gebiet der Bundesrepublik zurückgenommen hat, aber aus der fortbestehenden gemeinschaftlichen Staatsangehörigkeit eine »Schutzpflicht« des Strafgesetzgebers auch für die Deutschen in der DDR ableitet. In einfachen Worten: Man will für den Zeitpunkt der Wiedervereinigung besser gerüstet sein als nach dem Untergang der faschistischen Herrschaft. Dann soll das Gericht der westlichen Freiheit über die Delinquenten der östlichen Unfreiheit kommen — geordnet nach den Registraturen von Salzgitter. Verständlich, daß man in der DDR auch deswegen skeptisch auf die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit schaut.

II.

Dies ist ein Topf quirlender nationaler und gesamtdeutscher Träume, mit dem Deckel des Wiedervereinigungsgebotes vor dem Verdampfen bewahrt. Nehmen wir eine Gabel und fischen wir nach der Substanz dieser noch unfertigen Suppe, so bleibt uns das alte »Deutsche Reich in den Grenzen von 1937« an den Zinken hängen.

Es gibt zwar genügend schlesische und pommersche Stimmen, die auch noch Sudeten- und Memelland reklamieren (hier verschwimmt die Grenzziehung zwischen Vertriebenenverbänden und Neofaschisten), zur Diskussion steht aber vor allem das Deutsche Reich. Dieses besteht nämlich in den Köpfen der Juristen und Politiker immer noch fort. Mit den Worten des ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. *Willi Geiger*:

»Das Grundgesetz geht davon aus, daß Deutschland (das Deutsche Reich), also der Staat, der den zweiten Weltkrieg begonnen und verloren hat, mit dem Zusammenbruch und der Kapitulation seiner bewaffneten Streitkräfte nicht untergegangen ist ... Dieses Rechtssubjekt Deutschland ist auch nach der Kapitulation durch keinen Akt der Feind-, der Besatzungs- oder der Schutzmächte, durch kein Übereinkommen, gleichgültig zwischen welchen Vertragspartnern, und durch keine politische Entwicklung zerstört worden oder untergegangen; es ist nach wie vor desorganisiert und handlungsunfähig, aber rechtlich existent.« (Zur Rechtslage Deutschlands, NJW (Neue Juristische Wochenschrift) Nr. 41/1983.)

Das Reich ist seit 40 Jahren tot — und dennoch am Leben? Es lebt gleichsam in den Schluchten der Geschichte fort, juristisch mumifiziert — um irgendwann und irgendwie wieder aufzutauchen. Wie wird diese Chimäre, dieses Deutsche Reichs-Dornröschen begründet?

Die in der Bundesrepublik absolut vorherrschenden Vertreter der Lehre vom Fortbestand des Deutschen Reiches gehen von der klassischen Lehre Jellineks aus, nach der ein Staat dann existiert, wenn ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und die Staatsgewalt vorhanden sind. Zweifelhaft kann dabei nur die Fortexistenz der Staatsgewalt nach dem 8. Mai 1945 sein, für deren Nachweis es vor allem auf die Ziele und das Verhalten der Alliierten ankomme. Die »bedingungslose Kapitulation« sei nichts anderes als ein rein militärischer Vorgang gewesen, er tangiere die Staatlichkeit des Deutschen Reiches und seine Völkerrechtssubjektivität überhaupt nicht. Ein Wechsel der Herrschaftsgewalt — und damit ein Erlöschen der völkerrechtlichen Staatlichkeit des Deutschen Reiches — hätte 1945 nur in zweierlei Weise erfolgen können: durch rechtsgeschäftliche Übertragung von der Regierung Dönitz — was wohl nicht geschehen sei — oder durch die Übernahme der Staatsgewalt durch die Alliierten. Das hätte aber die Annexion vorausgesetzt, die die Alliierten in der Tat immer abgelehnt haben. Die mit der Deklaration der vier Mächte vom 5. Juni 1945 verkündete Übernahme der »obersten Regierungsgewalt in Deutschland« wird nicht als Aneignung der Staatsgewalt — d.h. der *Souveränität* — angesehen, sondern lediglich als Übernahme der *Regierung* des Deutschen Reiches. Die Beendigung der Ausübung effektiver deutscher Staatsgewalt soll nur scheinbar zum Wegfall der deutschen Staatsgewalt und damit zum Untergang des Deutschen Reiches geführt haben; tatsächlich sei es zwar handlungsunfähig geworden, aber rechtsfähig geblieben. Allein dieses Ergebnis entspreche auch dem Grundsatz der Kontinuität im Völkerrecht, nach dem im Interesse der Völkergemeinschaft Veränderungen im tatsächlichen Status nicht einfach zum Untergang des Staates führe — die Verantwortlichkeit des Völkerrechtssubjektes müsse solange erhalten bleiben, bis überhaupt kein Zweifel mehr an der Unabänderlichkeit des Unterganges bestehe. Der ebenso wichtige völkerrechtliche Grundsatz der Effektivität, nach dem von einer Staatsgewalt überhaupt nur bei ihrer effektiven Ausübung gesprochen werden kann, wird dabei stillschweigend der rechtlichen Fiktion geopfert.

Wer sich aber einmal in das Reich der Fiktion begeben hat, kommt nicht mehr daraus heraus. Und so müssen wir in dieser Vorstellungswelt bleiben, wenn wir die notwendige Anschlußfrage stellen, was BRD und DDR seit 1945 sind, wenn das Deutsche Reich noch fortexistiert? Sie können es ja nicht abgelöst haben — aber leben wir vielleicht in zwei Staaten, dem Reich und der BRD? — Hier werden die Schwierigkeiten der Begründung so unüberwindbar, daß die Vertreter der herrschenden Lehre die Kunst des Argumentierens vollständig verläßt und sie von der Rechts- zur Glaubensfiktion überwechseln. Die Jurisprudenz kehrt in den Schoß der Theologie zurück.

Sicheres Indiz dafür ist die Fülle der Konstruktionen, die bemüht werden, um die Kontinuität von Reich und Republik staatsrechtlich zu begründen: Identitäts-, Teilidentitäts-, Kongruenz-, Schrumpfstaats-, Staatskern-, Teilordnungs- und Dachtheorie. Herrschend geworden ist die Identitätstheorie, die eine Identität zwischen Deutschem Reich und BRD und DDR behauptet, und zwar in der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Variante; nach der die BRD mit ihrem reduzierten Territorium eben nur teildentisch mit dem Deutschen Reich sei:

»Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich', — in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings 'teildentisch', so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. Die Bundesrepublik umfaßt also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, un-

beschadet dessen, daß sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts 'Deutschland' (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den 'Geltungsbereich des Grundgesetzes', fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes).« (Bundesverfassungsgericht E 36, S. 1ff.)

Man leugnet durchaus nicht die Schwierigkeiten mit dieser Konstruktion, weil offensichtlich nicht unterschieden wird zwischen rechtlicher, räumlicher, politischer und staatsorganisatorischer Identität: »Rechtliche Identität zwischen zwei historisch aufeinanderfolgenden staatlichen Erscheinungsbildern meint nicht mehr und nicht weniger, als daß beide ein und dasselbe Rechtssubjekt sind. Daran ändert sich nichts dadurch, daß die Staatsform wechselt, daß sich die Verfassung grundlegend oder gar revolutionär geändert hat, oder daß das Territorium durch Gebietsabtretungen drastisch kleiner geworden ist, wenn nur die Identität durch die neue Verfassung dieses Staates bekräftigt wird und der darin zum Ausdruck kommende politische Wille lebendig bleibt« (W. Geiger, NJW 83, a.a.O.). Diesem politischen Willen wird derzeit kräftig Nahrung gegeben, ohne daß die Begründungen überzeugender würden.

Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß die Alliierten 1945 die oberste Gewalt übernehmen hatten und diese nicht gemeinschaftlich auf die BRD zurückübertragen wurde. Wenn einige im Deutschlandvertrag von 1952/54 die Übertragung der Souveränität des Deutschen Reiches durch die Westalliierten auf die Bundesrepublik sehen, gehen sie großzügig über die an sich hochgehaltene Viermächteverantwortung hinweg, denn es fehlte an der notwendigen Zustimmung der Sowjetunion. — Die größte Schwierigkeit ist jedoch, daß diese Theorie mit der Realität nicht in Einklang zu bringen ist. Unmittelbar einleuchtend und ohne Fiktion ist nur der Untergang des Deutschen Reichs mit dem Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft, die *debellatio*, auch wenn man den Kapitulationsakt als rein militärischen Vorgang betrachtet.

Die deutsche faschistische Gewalt wurde beseitigt und sollte durch eine neue demokratische, antifaschistische und antimilitaristische Staatsgewalt ersetzt werden, das war das Ziel und die Botschaft der Potsdamer Konferenz. Um dies zu erreichen, mußten die Alliierten über die Rechte bloßer Besatzungsmächte, wie sie nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 begrenzt sind, hinausgreifen und die Souveränität über das Land und seine Bewohner ausüben. Sieht man sich die politischen, ökonomischen und juristischen Maßnahmen nach der Kapitulation genauer an, so wird man erkennen, daß diese völkerrechtlich nur möglich waren bei Ausübung der vollen Souveränität, nicht aber lediglich bei einer Besetzung (*occupatio bellica*), bei der die Alliierten die Haager Regeln hätten beachten müssen — was sie ausdrücklich abgelehnt haben. Durch die *debellatio* i.S. der faktischen Auslöschung des Deutschen Reichs als Rechtssubjekt waren die Siegermächte legitimiert, die Verhältnisse in Deutschland entsprechend ihren Kriegszielen zu ordnen. Da sie dies nur gemeinschaftlich unternehmen konnten, entsprach ihre Herrschaft einem *Kondominium*, wonach ein Gebiet unter die Verwaltung mehrerer Staaten gestellt wird, welche zusammen und gemeinschaftlich die Souveränität über ein Land vorübergehend ausüben. Das ist weniger als eine Annexion, die die Alliierten nicht wollten, aber mehr als eine Besetzung, die ihnen eine Neuordnung im vorgesehenen Umfange auch nicht erlaubt hätte.

Endgültig mußte die Fiktion von der Fortexistenz des Deutschen Reiches mit der Wiederaufrüstung der BRD und ihrer Einbeziehung in die Nato 1955, mit der sie sich von einem Staatsfragment in einen mit militärischen Instrumenten ausgerüsteten praktisch sou-

veränen Staat verwandelte, aufgegeben werden. Spätestens jetzt war die Vision eines deutschen Gesamtstaates auf absehbare Zeit erloschen. Die vier Besatzungsmächte — juristisch präziser Kondominalmächte — hatten ihre auf Zeit gedachte kollektive Gewaltübernahme nicht zu dem von ihnen ursprünglich vorgesehenen Ziel, der Begründung eines neuen einheitlichen, demokratischen und antifaschistischen Völkerrechtssubjekts Deutschland führen können. Sie hatten statt dessen zwei neue Staaten als Rechtsnachfolger des früheren Reiches in ihrem (zunächst gemeinsamen) Herrschaftsbereich entstehen lassen, die trotz aller vorläufigen Souveränitätsbeschränkungen eigene Völkerrechtssubjekte waren, an denen alle Fiktionen eines fortexistierenden Deutschen Reiches scheitern mußten.

Mit dieser hier im wesentlichen von *Hans Kelsen* bereits 1944 entwickelten und von *Abendroth*, *Nawiasky*, *Ridder*, *Rumpf* u.a. vertretenen Theorie tut man zwar der Realität keine Gewalt an, wohl aber manchen Träumen an ein Großdeutschland: Man muß die Grenzen zwischen den beiden Staaten ebenso als völkerrechtliche wie staatsrechtliche Grenzen anerkennen, wie die Staatsbürgerschaft zwischen souveränen Staaten —, und die Salzgitterstelle könnte als Heimatmuseum des kalten Krieges für Touristen geöffnet bleiben.

III.

Allerdings wäre damit noch nichts über das Schicksal jener Gebiete östlich der Oder/Neiße gesagt, die zunächst unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt wurden. Denn die in Aussicht gestellte Friedensvertragsregelung hätte unabhängig von der Frage der Kontinuität oder Diskontinuität des Reiches über die Neuordnung dieser Gebiete entscheiden können.

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 stand auf jeden Fall fest, daß Polen auf Kosten Deutschlands einen Gebietszuwachs mindestens bis zur Linie Oder/östliche Neiße erhalten sollte. Im einzelnen wurde für eine Friedenskonferenz die Möglichkeit einer Grenzkorrektur insbesondere im Gebiet zwischen westlicher und östlicher Neiße und im Raum Stettin offengehalten. Der Kompromiß lautete, »daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll« (Abschnitt IX b Potsdamer Abkommen). Für die Konferenzmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien war die Grundentscheidung über die Verschiebung der deutschen Ostgrenze gefallen. Insoweit waren die Gebietsabtretungen im Osten für die Konferenzmächte faktisch endgültig, und vieles spricht dafür, daß dies auch rechtlich so war. Noch im Juli 1946 war *Lucius D. Clay* für die Oder/Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands eingetreten. Von der Offenheit des Schicksals der Ostgebiete sprach erstmals der Außenminister der USA *Byrnes* im September 1946 in seiner Stuttgarter Rede.

Doch auch wenn man der Meinung ist, daß auf der Potsdamer Konferenz keine abschließenden völkerrechtlich verbindlichen Regelungen über die deutschen Ostgebiete getroffen worden waren, sondern diese einem Friedensvertrag vorbehalten worden seien, kann man zumindest heute nicht mehr an der Tatsache vorbeigehen, daß die Bundesrepublik Deutschland für sich mit dem Moskauer Vertrag vom 12.8.1970 und dem Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 — sowie bereits die DDR mit dem Görlitzer Vertrag mit Polen vom 6.7.1950 — die bestehenden Grenzen Polens und der Sowjetunion als verbindlich anerkannt hat.

Der Einwand lautet sogleich: Eine endgültige Entscheidung über den Status der ehemaligen Ostgebiete hätte nur im Einvernehmen mit allen vier Mächten erfolgen können —

das ergibt sich aus den Vorbehaltsrechten der Alliierten ebenso wie aus dem Potsdamer Abkommen. Weder die BRD noch die DDR allein hätten also in konstitutiver Weise Polen und der Sowjetunion Gebiete übertragen können. Es bedurfte in jedem Falle der Zustimmung der Alliierten, die jedoch nicht zwangsläufig mit einem Friedensvertrag verbunden zu sein brauchte.

Die Westmächte gaben seinerzeit Noten zu dem Moskauer und Warschauer Vertrag ab, in denen die Verträge zwar »in vollem Umfang« und im Falle des Warschauer Vertrages sogar »zustimmend« zur Kenntnis genommen wurden, in denen aber auch ausdrücklich betont wurde, daß »die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in Bezug auf Deutschland nicht berührt werden und nicht berührt werden können.« Auf der anderen Seite fehlte in den Noten eine eindeutige Ablehnung, Kritik oder Widerstand gegen die Anerkennung der Grenzregelung, die bei einer so wichtigen Frage in Mitteleuropa unbedingt notwendig gewesen wäre, um juristisch noch Gegenargumente gegen die Position zu haben, daß diese Gebiete endgültig zu Polen und zur Sowjetunion gehören. Die britische Regierung erklärte vielmehr am 20. November 1970 unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Anerkennung der polnischen Westgrenze ihre volle Unterstützung zum Warschauer Vertrag, worauf die *Times* auf eine de-jure-Anerkennung der Oder/Neiße-Linie als Polens Westgrenze schloß. Eine ähnliche Erklärung gab der amerikanische Präsident *Richard Nixon* am 1. Juni 1972 bei seinem Besuch in Polen ab — und die sowjetische Zustimmung wird man ohnehin unterstellen können.

Dies alles spricht so eindeutig für die volle völkerrechtliche Souveränität Polens und der Sowjetunion über die ehemals reichsdeutschen Gebiete, daß der immer wieder zitierte Friedensvorbehalt im Potsdamer Abkommen — sollte er je zu einem Friedensvertrag mit einem Gesamtdeutschland führen — nur noch die deklaratorische Feststellung des bestehenden territorialen Zustandes vollziehen könnte. Damit ist auch unter ein weiteres »schlesisches Dauerthema« der Schlußpunkt zu setzen: Die Erklärung, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag abgegeben hat, »daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann ... ein wiedervereinigtes Deutschland kann also durch den Vertrag nicht gebunden werden«, ist völkerrechtlich — und das ist die einzig maßgebende Ebene — unerheblich. Sie zeigt zudem die Widersprüchlichkeit der Fiktion, wenn die BRD einerseits die rechtliche Identität mit dem Deutschen Reich beansprucht, in diesem Fall aber behauptet, nicht für dieses rechtlich handeln zu können.

Diese deutsche Frage, die Frage der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie nach Polen und zur Sowjetunion hin ist also genauso wenig offen, wie die nach 1945 gegenüber Frankreich, den Niederlanden und Belgien neu geregelten Grenzen. Oder hat man schon jemals die Bundesregierung verlautbaren hören, daß auch hier noch alles bis zum Friedensvertrag offen sei?

IV.

Wenn dem nun so ist, wie es ist, was Realisten zunehmend anerkennen: Warum derart absurde Fiktionen, um eine Kontinuität, ja Identität mit einem Deutschen Reich zu begründen, das in den letzten zwölf seiner Jahre immerhin ein mörderisches faschistisches Regime gewesen ist? — Am Anfang stand ein sehr profanes aber für viele existentielles Problem: Juristen und Staatsdiener sind Beamte. Bei Untergang des Reiches wären ihre Beamtenpositionen und -ansprüche auch untergegangen, so aber nur suspendiert: Die Ansprüche liefen fort. Das Ergebnis war, daß von 53 000 in den Westzonen entlassenen Beamten ca. 52 000 wieder eingestellt wurden.

Wichtiger wurde jedoch die strategische Funktion: In dem frühen Stadium der Bemühungen um eine volle Souveränität hatte sich die Bundesrepublik nicht nur politisch, sondern auch militärisch der Containment-Politik der USA und des Westens zur Verfügung gestellt. Sie hatte gleichsam einen »Freiheits«-Pakt mit den USA geschlossen, in den sie ganz Deutschland, also auch den Rest noch einbringen wollte. Der Kern dieses Paktes ist in Art. 7 des Deutschlandvertrages von 1954 formuliert, wo es heißt, daß »bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung ... die Bundesrepublik und die drei Mächte zusammenwirken (werden), um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.« Damals wurde vereinbart, daß es keine Entspannung mit der Sowjetunion und keine Abrüstung geben solle, ehe Deutschland nicht in »Frieden und Freiheit« wiedervereinigt wäre.

Also nicht nur Wiedervereinigung, sondern diese unter kapitalistischen Vorzeichen und dazu noch die alten Ostgebiete. Je ferner die Realität, desto ungezwungener die Träume. Der Parlamentarische Staatssekretär *Ottfried Hennig* vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen möchte ihnen die konkrete Form eines »Rechts auf Heimat« geben und damit die Geschichte anhalten: »Die militärische Inbesitznahme des Gebietes eines zur Waffenstreckung genötigten Gegners, sei es auch eines völkerrechtswidrigen Angreifers, begründet, solange kein Friedensvertrag geschlossen ist, keinen rechtsgültigen Gebietserwerbstitel, sondern Besatzungspflichten. Da die Besatzungsmacht die Zivilbevölkerung des besetzten Gebietes weder deportieren noch zur Abwanderung zwingen darf, war die Vertreibung der ansässigen deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie völkerrechtswidrig.« Dies ist nichts anderes, als der juristische Kern dessen, was in der VR Polen Revanchismus genannt wird.

Dieser »Deutschlandpolitik« den Sumpf trockenenzulegen, auf dem er blüht, kann nicht allein durch die Streichung einer Passage in der Präambel des Grundgesetzes erfolgen. Aber ihm die juristische Nahrung zu entziehen, so daß die »deutschlandpolitischen Blüten« langsam auf dem trockenen Boden zweier souveräner Staaten und endgültiger polnischer Grenzen verwelken können — wie vor Jahren mit der Hallstein-Doktrin geschehen — dieses könnte ein Beitrag realistischer Politik der Völkerverständigung sein². Nehmen wir das Urteil des hier doch so hoch geschätzten amerikanischen Historikers *Gordon Craig* »Über die Deutschen« ernst, daß die verkrampften Bemühungen der Deutschen, ihre Nation international in Erscheinung zu bringen, immer nur zu einem »destruktiven Nationalismus« geführt habe. »Die ganze Frage einer deutschen Nation«, so Craig, »ist eine Funktion der Großmachtpolitik und kann nicht von den Deutschen allein entschieden werden.«

Anmerkungen

- 1 Dieser Mann muß es wissen, er spricht gewissermaßen in authentischer Interpretation, da er in eigener Person die aktive Kontinuität vom faschistischen Reich zur demokratischen Republik verkörpert: Von 1941-1943 Staatsanwalt am Sondergericht in Bamberg, war er an mehreren Todesurteilen gegen polnische Landarbeiter beteiligt, deren Gnadengesuche er dann ablehnte. 1975 traf sich dieser Jurist mit dem erzkonservativen Hitler-Gegner Fabian von Schlabrendorff im Bundesverfassungsgericht auf der gemeinsamen Basis eines tiefen Antikommunismus, um der Berufsverbotepraxis die verfassungsgerichtliche Lizenz zu erteilen. 1983 warnte er die Bundesregierung, sie »würde unverantwortlich handeln, wenn sie vor den Verhandlungen über einen Friedensvertrag zur Grenzfrage amtlich ein Wort verlauten ließe; sie brächte sich und vor allem Deutschland, den Partner eines Friedensvertrags, um einen wertvollen Verhandlungsbeitrag, für den ein Preis (eine Gegenleistung) gefordert werden kann.«
- 2 Vgl. auch den Beitrag von *Gerhard Heimann* (SPD-MdB) in diesem Heft.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik — zum Scheitern verurteilt?

Sowohl die nachfrage- als auch die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik erscheinen als in sich geschlossene Konzeptionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise. In der Praxis hat sich jedoch in fast allen westlichen Industriestaaten die Politik der Angebotsförderung durchgesetzt, obwohl sie für die Arbeitnehmer nachweislich mit erheblichen Opfern verbunden ist. Selbst sozialdemokratisch geführte Regierungen, die ursprünglich mit einem Konzept der Krisenüberwindung durch Steigerung der Nachfrage angetreten waren, sind mehr oder weniger offen zu einer Politik der Kostenentlastung bei den Unternehmen und zur Kürzung der Staatsausgaben übergegangen (so z. B. seinerzeit die sozial-liberale Koalition in der Bundesrepublik und jüngst die Regierung Mitterrands in Frankreich). Diese wirtschaftspolitische Kehrtwendung ist um so erstaunlicher, als die angebotsorientierte Politik weder in den USA noch in England, wo sie seit Jahren konsequent durchgeführt wird, zu einem Wirtschaftsaufschwung geführt hat. Die folgende Untersuchung befaßt sich mit den Ursachen des bisherigen Scheiterns der Krisenüberwindung durch Nachfrageausweitung. Es werden die Probleme analysiert, die dazu geführt haben, daß sich auch in sozial-demokratisch geführten Regierungen die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik durchgesetzt hat und Überlegungen zu der Frage angestellt, wie das Modell der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik in der Praxis besser abgesichert werden könnte.

1. Das Konzept der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik

Die Begründung für eine Strategie der Nachfragesteigerung

Die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik beruht auf einer Erklärung der allgemeinen Ursachen von Konjunkturkrisen, die wie folgt umrissen werden können: Ein konjunktureller Aufschwung setzt sich so lange fort, wie die Produktionskapazitäten und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gleichgewichtig wachsen. Steigt die Nachfrage aber langsamer als die Produktionskapazitäten, bleibt sie also auch nur relativ zurück, dann wird ein sich selbst verstärkender Krisenmechanismus ausgelöst. Da die Produktionsanlagen im Verhältnis zur Nachfrage zu rasch ausgebaut worden sind, verschlechtert sich allmählich die Kapazitätsauslastung. Das veranlaßt die Unternehmen, den weiteren Ausbau der Anlagen zu stoppen. Damit sinkt die Nachfrage nach Investitionsgütern absolut und die Auslastung im Bereich der Investitionsgüterindustrie sinkt noch weiter ab. Die rückläufige Produktion in diesem Sektor führt zur Verminderung der Beschäftigung und damit auch der Lohn Einkommen. Die Konsumnachfrage geht zurück. Der Staat erhält weniger Steuereinnahmen und senkt bei konservativer Ausgestaltung seiner Politik seine Ausgaben ebenfalls, so daß die Endnachfrage weiter fällt. Die Auslastung der Anlagen vermindert sich noch mehr und der wirtschaftliche Abwärtstrend setzt sich weiter fort. Er wird erst dann aufgehalten, wenn sich die Auslastung wieder verbessert.

»Naturwüchsig« wird die Schere zwischen Angebot und Nachfrage allmählich wieder geschlossen durch folgende Entwicklungen:

- a) Durch massenhafte Firmenzusammenbrüche werden die Produktionskapazitäten drastisch verringert. In den verbleibenden Betrieben werden technisch an sich fällige Ersatzinvestitionen hinausgezögert oder gänzlich unterlassen, so daß sich die Produktionskapazitäten auch hier vermindern.

b) Nach einer (un)gewissen Zeit steigt die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern wieder an, wenn nämlich z.B. der private Pkw ersetzt werden muß. Allerdings hat der Anstieg des Konsums bei sinkenden Reallöhnen zur Voraussetzung, daß noch ausreichend Sparguthaben vorhanden sind.

Die Unternehmen sehen sich allmählich zur Durchführung der lange hinausgezögerten Ersatzinvestitionen gezwungen, wenn sie nicht aus dem Markt ausscheiden wollen. Der Wiederanstieg der Ersatzbeschaffungen von langlebigen Konsumgütern sowie die Zunahme der (Ersatz-)Investitionen führen zu einer besseren Auslastung der noch verbliebenen Produktionsanlagen und lösen einen konjunkturellen Aufschwung aus. Allerdings ist dieser »urwüchsige« Prozeß der Krisenüberwindung mit ungeheuren sozialen Kosten (Massenarbeitslosigkeit etc.) und mit einem gigantischen Verlust an möglichem Sozialprodukt verbunden.

Die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik soll deshalb dazu dienen, den konjunkturellen Abwärtstrend schneller zu stoppen und einen neuen Aufschwung einzuleiten, indem die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage durch eine gezielte Politik der Nachfragesteigerung rascher geschlossen wird. Der erwartete Wirkungsablauf dieser konjunkturpolitischen Strategie kann folgendermaßen skizziert werden:

Eine Erhöhung der Massenkaukraft führt zur Steigerung der Produktion zunächst vor allem im Konsumgütersektor. Der Anstieg der Kapazitätsauslastung bewirkt dort eine Senkung der Fixkostenbelastung und eine Erhöhung der Produktivität, wodurch der vorangegangene Lohnkostenanstieg zumindest teilweise, wenn nicht vollständig ausgeglichen wird.¹ Bei ausreichend starker Nachfrage muß der Konsumgütersektor nicht nur fällige Ersatzinvestitionen zügiger durchführen, sondern auch Erweiterungsinvestitionen tätigen. Damit steigt, wenn auch zeitverzögert, die Nachfrage im Investitionsgütersektor ebenfalls. Dadurch erhöht sich auch hier die Beschäftigung, was zu einem weiteren Anstieg der Massenkaukraft, der Gewinne sowie des Steueraufkommens führt. Die erhöhte Massenkaukraft bewirkt ein weiteres Ansteigen der Konjunktur, so daß der Staat allmählich dazu übergehen kann, den Anstieg seiner Ausgaben zu drosseln und damit sein Haushaltsdefizit, das durch die expansive Politik in der Krise entstanden ist, abzubauen.

Die konservative Kritik an der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik

Von Konservativen wird gegen eine kreditfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben vor allem vorgebracht, daß eine Ausweitung der Staatsverschuldung das Zinsniveau weiter in die Höhe treiben und die Inflation anheizen müßte. Dadurch, so wird argumentiert, werde die Kreditfinanzierung für weite Bereiche der Investitions- und Konsumgüternachfrage zu teuer. Daher verdränge der Staat bei einer Erhöhung seiner kreditfinanzierten Ausgaben die privaten Nachfrager und behindere so den konjunkturellen Aufschwung. Dieser These sind mehrere Fakten entgegenzuhalten:

1. Mit einer bewußt durchgeführten Erhöhung seiner Ausgaben (mit dem Ziel der Stützung der Konjunktur und damit der Sicherung der Beschäftigung) kommt der Staat in der Krise lediglich einer ungewollten »passiven« Verschuldung zuvor. Eine solche »passive« Staatsverschuldung entsteht dann, wenn die Steuereinnahmen als Folge der Krise rascher fallen, als die Staatsausgaben gekürzt werden können. Beispielsweise sinkt bei zunehmender Arbeitslosigkeit das Lohnsteueraufkommen, während gleichzeitig mehr Arbeitslose gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe geltend machen. In den USA zum Beispiel ist zu beobachten, daß trotz — bzw. gerade wegen der Reagan'schen Sparpolitik die Staatsverschuldung ständig neue Rekorde erreicht, weil durch die Sparmaßnah-

men die Konjunktur gedrosselt und das Steueraufkommen weiter vermindert wird. Von einer »passiven« Erhöhung der Staatsverschuldung gehen jedoch, anders als bei einer aktiven Ausweitung der kreditfinanzierten Ausgaben, keine positiven Beschäftigungseffekte aus.

2. Gelingt es dem Staat, durch eine kreditfinanzierte Ausweitung seiner Nachfrage die Produktion und damit auch die Beschäftigung zu erhöhen, dann fließen ihm im Gegenzug vermehrte Lohn- und Unternehmenssteuern zu. Dies bedeutet, daß sich staatliche Ausgabenprogramme zu einem großen Teil quasi selbst finanzieren. Die OECD bestätigt diesen Sachverhalt angesichts der anfänglichen Ausdehnung der staatlichen Nachfrage in Frankreich wie folgt: »Das steile Ansteigen der staatlichen Ausgaben wurde zum Teil wieder durch wachsende Einnahmen ausgeglichen. Hierdurch hielt sich das Defizit im öffentlichen Sektor, obwohl es sich ausweitete, dennoch bis zum Jahresende 1981 in vergleichsweise engen Grenzen ...«²

3. Die gegenwärtige Höhe des Zinsniveaus in der Bundesrepublik ist keinesfalls allein durch die Staatsverschuldung verursacht. Die Höhe des Zinssatzes ist nur zu erklären aus dem Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Kreditnachfrage und dem gleichzeitigen Geldangebot, das von der Bundesbank reguliert wird. In starker Anlehnung an die Notenbankpolitik der USA verfolgt die Bundesbank hierzulande bewußt eine »Politik des knappen Geldes« mit der erklärten Absicht, das Zinsniveau hoch zu halten. Würde die Bundesbank das Kreditangebot dagegen ausweiten, läge das Zinsniveau bei gleicher Höhe der Staatsverschuldung niedriger. Eine Verringerung der Staatsverschuldung ist kein sinnvoller Weg, das Zinsniveau zu senken, weil dies die Konjunktur viel zu stark belastet. Statt dessen muß das Geldangebot gezielt ausgeweitet werden.

4. Auch wenn man vorstehend behandelte Punkte konservativer Kritik an der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik nicht teilt, muß man sich der Frage stellen, warum die Unternehmer selbst diese Politik ablehnen, obwohl ihnen doch eine erhöhte Nachfrage, eine verbesserte Kapazitätsauslastung, fallende Stückkosten und steigende Gewinne versprochen werden. Bei der Beantwortung dieser Frage muß unseres Erachtens berücksichtigt werden, daß die Interessenlage der Unternehmen keineswegs einheitlich ist. Während die Last steigender Löhne sofort von allen Unternehmen zu tragen wäre, würden in erster Linie die Konsumgüterhersteller unmittelbare Nutznießer der erhöhten Massenkaufkraft sein, weil die Übertragung des konjunkturellen Aufschwungs auf die Industriebereiche, die konsumfernere Produkte herstellen, einige Zeit in Anspruch nehmen würde. In der Zwischenzeit aber müßten auch diese Industrien die höheren Löhne zahlen.

Aber selbst die einzelnen Unternehmen der Konsumgüterindustrie können nicht mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Nachfrage gerade nach ihren Produkten und nicht nach denen der Konkurrenz steigen wird. So müßten etwa die Hersteller von Produkten minderer Qualität eventuell sogar mit einem Rückgang der Nachfrage rechnen, weil die Konsumenten dazu übergehen könnten, Produkte besserer Qualität zu kaufen.

Daraus ergibt sich schlüssig, daß die Unternehmen aus ihrer individuellen Interessenlage heraus niemals freiwillig höhere Löhne zahlen werden und von daher auch nicht zu einer Zustimmung zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik »überredet« werden können — obwohl es ihnen natürlich recht ist, wenn die Kaufkraft steigt, was aber letztlich nichts anderes besagt, als daß es ihnen recht ist, wenn *andere* Unternehmen höhere Löhne zahlen.

2. Die französischen Erfahrungen mit der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik

Am aktuellen Beispiel Frankreich, in das die politische Linke in Westeuropa einige Zeit lang ihre großen Hoffnungen gelegt hat und die nun offensichtlich bitter enttäuscht wird, soll im folgenden zunächst die Problematik der konkreten Umsetzung der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik analysiert werden.

Zum Sieg des Sozialisten Mitterrand bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai 1981 hat entscheidend ein Wahlprogramm beigetragen, dessen Kernstück die Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit Hilfe einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik war. Die Übernahme der Regierung durch Sozialisten und Kommunisten erfolgte zu einem Zeitpunkt synchron verlaufender tiefgreifender Wirtschaftskrisen in den westlichen Industriestaaten, in denen zudem eine konservative Stabilitätspolitik betrieben wird. Der von der französischen Linken Mitte 1981 eingeschlagene Weg bedeutete daher nicht zuletzt einen wirtschaftspolitischen Alleingang gegenüber den wichtigsten westlichen Industriestaaten.

In das erste Jahr der Regierung Mitterrands fielen u.a. folgende Maßnahmen³:

- Der Haushalt wird betont expansiv gestaltet, um das Netz sozialer Sicherung auszuweiten, staatliche Beschäftigungsprogramme zu finanzieren sowie beschäftigungsfördernde Maßnahmen einzuleiten. So werden die Mindestrenten um 20 und die Zuschüsse zur Familien- und Wohnungshilfe um 25 Prozent angehoben. Im öffentlichen Dienstleistungsbereich werden ca. 50.000 Neueinstellungen vorgenommen und 7.000 befristete Stellen in unbefristete umgewandelt. Der Staat übernimmt 50 Prozent des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung, wenn die Unternehmen Jugendliche bis zu 26 Jahren, Dauerarbeitslose über 45 Jahre oder alleinstehende Frauen einstellen. Bei der Einstellung Jugendlicher bis zu 20 Jahren wird der Sozialversicherungsbeitrag ganz vom Staat übernommen.
- Die staatlich festgesetzten Mindestlöhne werden 1981 um ca. 15 und 1982 um weitere 15 Prozent angehoben.
- Die wöchentliche Arbeitszeit wird gesetzlich auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich gesenkt, um hiermit den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bis 1985 einzuleiten. Das Rentenalter wird auf 60 Jahre gesenkt.
- Die Ausweitung des staatlichen Sektors durch die Verstaatlichung einer Reihe von Konzernen und Großbanken gegen volle Entschädigung (40 Mrd. Fr) sollte schließlich den expansiven Wirtschaftskurs stärken und absichern.

Diese Maßnahmen zeigen zunächst folgende Wirkung⁴: Die Rezession, die Mitte 1980 eingesetzt hatte, wurde gestoppt. Das Bruttosozialprodukt (BSP) und die industrielle Produktion nahmen bis Mitte 1982 wieder zu (Zuwachs des BSP in der zweiten Jahreshälfte 1981 = 2,5; im ersten Halbjahr 1982 = 1,7 Prozent). Die Produktion der Konsumgüterindustrien, die von 1980 bis Mitte 1981 rückläufig war, nahm bis Mitte 1982 wieder zu. Die leichte Belebung der Konjunktur erbrachte bereits erste Ansätze einer sich teilweise selbst finanzierenden wirtschaftlichen Expansion. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte verhindert werden.

Es zeigte sich jedoch schon frühzeitig, daß diese im internationalen Alleingang verfolgte, primär aus binnenwirtschaftlichen Überlegungen resultierende Politik in wachsendem Maße mit außenwirtschaftlichen Problemen konfrontiert wurde: Die Exporte, die im ersten Halbjahr 1981 zugenommen hatten, verringerten sich vom dritten Quartal dieses Jahres bis zur Mitte 1982 um jahresdurchschnittlich 10,5 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Importe, die in der ersten Jahreshälfte 1981 rückläufig wa-

ren, nahmen von Mitte 1981 bis Mitte 1982 um 6 Prozent jahresdurchschnittlich gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zu. Das Defizit der Handelsbilanz erreichte damit einen bisherigen Rekordstand von 93 Mrd. Fr.

Diese Entwicklung ist vor allem auf folgende Ursachen zurückzuführen: Die Inflationsrate in Frankreich lag bereits Mitte 1981 mit 13,6 Prozent erheblich über dem Durchschnitt der OECD-Staaten (10,1 Prozent) und insbesondere der wichtigsten konkurrierenden Handelspartner (Bundesrepublik 5,9; USA 10,5, Japan 5,0 Prozent); sie erhöhte sich 1982 auf über 14 Prozent, während die OECD-Staaten im selben Zeitraum rückläufige Inflationsraten aufwiesen.

Die Einbindung des Franc in das Europäische Währungssystem (EWS) mit relativ festen Wechselkursen war beibehalten worden. Außerdem blieb Frankreich als Mitglied der OECD, des GATT und der EG gegenüber Importen prinzipiell offen. Auf dem Gebiet der Wechselkurse und der Liberalisierung des Außenhandels insbesondere gegenüber der EG, mit der Frankreich einen Großteil seines Warenaustauschs realisiert (die Importe zu ca. 45, die Exporte zu ca. 48 Prozent)⁵ wurden die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beibehalten. Unter diesen Bedingungen mußte jedoch der von Frankreich verfolgte Kurs expansiver Wirtschaftspolitik außenwirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen: Die im Vergleich zu den übrigen OECD-Staaten sehr hohen Inflationsraten in Frankreich konnten nicht durch freie Wechselkurse bzw. durch laufende Abwertungen des Franc außenwirtschaftlich neutralisiert werden. So verteuerten sich die französischen Exporte gegenüber den wichtigsten Konkurrenzländern, deren Inflationsrate teilweise nur halb so hoch war, und die Konkurrenzposition der ausländischen Anbieter verbesserte sich gegenüber der französischen Industrie erheblich.

Die dramatische Entwicklung des Außenhandelsdefizits 1981/82 erhielt ihre Dynamik jedoch vor allem durch die fehlende außenwirtschaftliche Absicherung, weil die wichtigsten konkurrierenden Industriestaaten zur gleichen Zeit eine entgegengesetzte, auf die Steigerung des Exports setzende Stabilitätspolitik verfolgten. So führten die oben erwähnten wirtschaftlichen Maßnahmen in Frankreich zwar zu Lohnerhöhungen und einer Steigerung der konsumtiven Nachfrage, die beibehaltenen Rahmenbedingungen einer weitgehend offenen Wirtschaft führten jedoch dazu, daß sich die erhöhte interne Nachfrage nicht im erforderlichen Umfang auf das inländische Warenangebot konzentrierte.

Die Kaufkraft der privaten Haushalte, die im zweiten Halbjahr 1981 um 3,9 und im ersten Halbjahr 1982 um weitere 4 Prozent zugenommen hatte, begann nämlich ins Ausland abzufließen, wodurch der eingeschlagene Weg einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik konterkariert wurde: Nach einem Rückgang der industriellen Produktion um 0,5 Prozent im ersten Halbjahr 1981 (1980 insgesamt minus 1,6 Prozent) war diese in der zweiten Jahreshälfte 1981 real um 2 und bis Mitte 1982 um 1,3 Prozent gewachsen, ging jedoch in der zweiten Jahreshälfte 1982 um 4,3 Prozent zurück.⁶

Die hohen Importe, die wesentlich aus langlebigen Konsumgütern bestanden, hatten den positiven Wirkungsablauf im Inland unterbrochen und zusätzlich Beschäftigung exportiert. Die Arbeitslosigkeit konnte daher trotz beschäftigungswirksamer Maßnahmen nicht gesenkt werden, sondern sie verblieb auf dem erreichten Niveau. Das Stagnieren der Nachfrage nach heimlichen Produkten bremste den Prozeß eines sich weitgehend selbst finanzierenden Aufschwungs, wie er ansatzweise 1981 sichtbar geworden war.

Diese vor allem außenwirtschaftlich bedingten Probleme der praktischen Umsetzung der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik haben die französische Regierung zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Die gegensteuernden Maßnahmen, die im März 1983 verabschie-

det wurden, weisen unverkennbar in die Richtung einer angebotsorientierten Stabilitätspolitik und sehen u.a. folgende Schritte vor⁷:

- Die expansive Haushaltspolitik wird durch eine rigide Sparpolitik abgelöst. Die Defizite im Haushalt sollen abgebaut und die Sozialversicherung »saniert« werden. Die Gesamtnachfrage wurde 1983 um 65 Mrd. Fr gesenkt, was etwa 2 Prozent des französischen Bruttosozialprodukts entspricht.
- Die Zuschüsse zum System der Sozialversicherung wurden gekürzt und durch erhöhte Eigenbeiträge ausgeglichen.
- Das Ziel, bis 1985 die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gesetzlich zu verankern, wurde aufgegeben. Die Tarifverträge sollen keine Klausel eines Teuerungsausgleichs mehr enthalten. »Mit dem Lohnstopp hat die sozialistische Regierung zum ersten Mal seit 1950 den Versuch gewagt, die Preis-Lohn-Spirale zu brechen. (...) Was Rechtsregierungen in diesem Lande nie erhoffen konnten, wird jetzt, unter Protesten und Bedauern zwar, akzeptiert ...« (FAZ, Nr. 264 v. 13.11.82).
- Die reduzierte konsumtive Nachfrage sollte dazu führen, den Importüberhang abzubauen und die Handelsbilanz bis Ende 1984 auszugleichen.
- Die Inflationsrate soll schrittweise auf das Niveau der wichtigsten Handelspartner gesenkt werden. Von einer sinkenden Inflationsrate sowie von gezielten Maßnahmen zur Kostenentlastung der Unternehmen wird erwartet, daß schließlich auch die Exporte wieder zunehmen werden, wodurch sich auch das Niveau der Investitionen und der Beschäftigung erhöhen soll.

Dieser Kurswechsel stellt die Konsequenz aus einer grundsätzlichen Entscheidung dar: Frankreich soll eine »offene Wirtschaft« bleiben, wird auch weiterhin keine Bardepots auf Importe erheben und wird nicht aus dem EWS ausscheiden (Delors).⁸

Das Festhalten an diesen Prinzipien (bei einer im Ausland vorherrschend verfolgten konservativen angebotsorientierten Strategie der Krisenbewältigung) heißt für Frankreich, eine Wirtschaftspolitik einzuleiten, die ebenfalls primär auf die Förderung des Exports und der internationalen Konkurrenzfähigkeit abstellt.

Ungeachtet der besonderen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen Frankreichs geht dieses erneute Einschwenken einer Linksregierung auf die Grundzüge angebotsorientierter Stabilitätspolitik über die unmittelbare Bedeutung Frankreichs hinaus. Es demonstriert ein Defizit, das die bisherigen erfolglosen praktischen Versuche wie auch Diskussionen und tagespolitischen Forderungen einer nachfrageorientierten Politik kennzeichnet: die mangelnde Berücksichtigung oder gar das Verkennen der Bedeutung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer nachfrageorientierten Krisenbewältigung.

3. **Schlußfolgerungen für die praktische Umsetzung des Konzepts der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik**

Nicht zuletzt aus den jüngsten französischen Erfahrungen mit der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik lassen sich einige allgemeine Schlußfolgerungen ziehen für die praktische Umsetzung dieser wirtschaftspolitischen Konzeption:

Im Interesse der angestrebten Wirkungskette muß sichergestellt werden, daß die Steigerung der inländischen *Kaufkraft* möglichst weitgehend *im eigenen Land nachfragewirksam wird*. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Ausweitung der Nachfrage vorwiegend über den privaten oder über den öffentlichen Konsum abgewickelt werden sollte.

a) Für eine Erhöhung der individuellen Einkommen spricht, daß auf diese Weise der persönliche Handlungsspielraum des Einzelnen am stärksten ausgeweitet würde. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß erfahrungsgemäß ein Teil der privaten Einkommen gespart und damit nicht unmittelbar nachfragewirksam wird. In der Bundesrepublik beträgt die Sparquote der privaten Haushalte zur Zeit etwa 14 Prozent. Da bedeutet, daß der Anstieg der Nachfrage entsprechend abgeschwächt wird, wenn ihre Expansion durch Erhöhung der individuellen Einkommen abgewickelt wird. Dagegen könnte die Regierung per politische Entscheidung sicherstellen, daß ein bestimmtes Kaufkraftvolumen über die öffentliche Hand zu 100 Prozent nachfragewirksam wird.

b) Es ist zudem kaum möglich, sicherzustellen, daß sich eine Steigerung der privaten Nachfrage weitgehend auf das inländische Waren- und Dienstleistungsangebot bezieht. Vor allem in kleineren Volkswirtschaften ist davon auszugehen, daß das heimische Warenangebot nicht die ganze Breite der Nachfrage, insbesondere die nach langlebigen Konsumgütern (Autos etc.) abdeckt. Folglich ist bei Erhöhung gerade der individuellen Einkommen damit zu rechnen, daß ein mehr oder weniger großer Teil des Kaufkraftzuwachses lediglich dem Import von langlebigen Konsumgütern dient, also in das Ausland abfließt. Dazu zwei Beispiele:

In Frankreich wuchs die private Nachfrage im zweiten Quartal 1981 um 3,9 und im ersten Quartal 1982 um 4,0 Prozent, während die staatlichen konsumtiven Ausgaben in den entsprechenden Zeiträumen nur um 1,7 bzw. 3,0 Prozent erhöht wurden.⁹ Dadurch, daß die Nachfragesteigerung überwiegend durch eine Erhöhung der privaten Einkommen und weniger der öffentlichen Ausgaben erfolgte, wurde das Abfließen konsumtiver Nachfrage begünstigt.

Für eine relativ kleine Volkswirtschaft, wie z.B. Österreich, trifft das in erhöhtem Maße zu. Die Handelsbilanz dieses Landes weist nämlich ein strukturelles Defizit auf, das nur durch hohe Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz (Tourismus) ausgeglichen werden kann. Eine Erhöhung der privaten Kaufkraft würde zu vermehrten Importen, vor allem von langlebigen Konsumgütern führen, ohne daß ihnen notwendigerweise auch vermehrte Deviseneinnahmen gegenüberstünden. Eine Konsequenz daraus wäre unter Umständen eine steigende Auslandsverschuldung. Unter solchen Bedingungen wäre die Versuchung besonders groß, durch eine Drosselung der realen Massenkaukraft, die Importe zu senken und so ein gegebenes Zahlungsbilanzdefizit abzubauen.

Mit dem Abfließen eines Großteils der neu geschaffenen Kaufkraft wäre die oben beschriebene Wirkungskette bereits an ihrem Anfang unterbrochen oder zumindest gefährdet. Als Resultat der Kaufkraftsteigerung bliebe nämlich lediglich eine Erhöhung des inländischen Kostenniveaus und eine ungleichgewichtige Entwicklung der Handelsbilanz, während der Beschäftigungseffekt zu einem Großteil im Ausland einträte. Auf diese Weise würde obendrein jenen konservativen Regierungen in die Hände gespielt, die über eine restriktive Politik im Inneren eine Expansion des Warenexports anstreben. Bei einer Ausweitung der öffentlichen Ausgaben dagegen könnte auch in kleineren Ökonomien sichergestellt werden, daß die Nachfrage im Inland wirksam wird und damit die beabsichtigten positiven Wirkungen auch tatsächlich eintreten.

Ein zentrales Problem der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik ist in der *richtigen Dimensionierung* der zu ergreifenden Maßnahmen zu sehen, weil schwere politische Rückschläge zu befürchten sind, falls sich die erhofften Erfolge nur in mäßigem Umfang einstellen. So dürfte z.B. umstritten sein, daß die ersten, nachfrageorientierten Maßnahmen der Mittelrand-Regierung zumindest zeitweise das weitere Absinken der Konjunktur

und damit den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich aufgehalten haben. Dies ist zwar bereits ein (relativer) Erfolg der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik angesichts der gleichzeitigen Krisenverschärfung in fast allen anderen Staaten, da jedoch der Effekt der Kaufkraftsteigerung sowie der Arbeitszeitverkürzung (lediglich um 1 Stunde pro Woche und das auch nur mit einem Lohnausgleich für die unteren Lohngruppen) nicht stark genug war, die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu senken, entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß diese Art der Wirtschaftspolitik das Arbeitslosenproblem eben auch nicht lösen kann. Die Beschäftigten sahen ihren Arbeitsplatz nach wie vor gefährdet, die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen hatte keinen Arbeitsplatz erhalten. Faktisch diskreditiert sich die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik somit selbst, wenn sie wegen zu zaghafter Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen »nur« dazu führt, die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu stoppen, ohne darüber hinaus auch das bereits bestehende Heer der Arbeitslosen zügig abzubauen. Die konservative Politik des »Gürtel-enger-schnallens« kann auf die in der Bevölkerung fest verwurzelte Vorstellung des »Sparen-müssens« in schlechten Zeiten zurückgreifen. Fatalerweise ziehen viele Bürger nämlich eine Parallele zwischen dem Verhalten eines individuellen Privathaushaltes bei sinkendem Einkommen und dem erforderlichen Verhalten des Staates bzw. einer Volkswirtschaft als Ganzem. Daher bleibt die Sparpolitik bei der Masse der Bevölkerung offenbar selbst dann noch glaubwürdig, wenn sich trotz (bzw. gerade wegen) der Sparmaßnahmen die Krise noch verschärft. In einem solchen Fall wächst eher noch die Zustimmung dafür, daß eben noch mehr gespart werden muß. Die unorthodoxe Politik der Ausgabensteigerung bei sinkenden Einnahmen in der Krise kann sich dagegen in den Augen der Öffentlichkeit nur dadurch rechtfertigen, daß sie nicht nur relative, sondern auch spürbare absolute Erfolge in der Produktions- und Beschäftigtenentwicklung vorzuweisen hat.

In der Bundesrepublik wächst die Arbeitsproduktivität durchschnittlich pro Jahr um etwa 3 Prozent. Das bedeutet, daß die Beschäftigten bei gleicher Arbeitszeit 3 Prozent mehr Waren erzeugen — oder daß die gleiche Warenmenge mit einem um 3 Prozent geringeren Zeitaufwand hergestellt werden kann. Um das gegebene Niveau der Beschäftigung zumindest zu halten, muß also entweder die Produktion jährlich um 3 Prozent ausgedehnt oder die Arbeitszeit um 3 Prozent pro Jahr gesenkt bzw. eine entsprechende Kombination aus beiden Maßnahmen realisiert werden. Will man darüber hinaus die gegenwärtige Arbeitslosigkeit abbauen, dann muß ein stärkeres Wirtschaftswachstum und/oder eine massivere Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt werden.

Die Aufgabe, die Unternehmen zu Neueinstellungen zu bewegen, wird jedoch wesentlich dadurch erschwert, daß es in den stark unterausgelasteten Industrien zur Zeit erhebliche Produktivitätsreserven gibt. Als beispielsweise nach Überwindung des konjunkturellen Tiefpunktes im Jahre 1975 die Industrieproduktion in der Bundesrepublik 1976 um 6,9 Prozent stieg, erhöhte sich die Kapazitätsauslastung im gleichen Zeitraum von 77 auf 80 Prozent. Damit war ein Anstieg der Arbeitsproduktivität um 8,6 Prozent verbunden. Das war der wesentliche Grund dafür, daß sich die merkliche Steigerung der Industrieproduktion seinerzeit nur unwesentlich auf dem Arbeitsmarkt niederschlug: die Zahl der Arbeitslosen sank lediglich von 1975 = 1.074.000 auf 1976 = 1.060.000. Gegenwärtig beträgt die Auslastung der industriellen Anlagen in der Bundesrepublik, wie 1975, wieder 77 Prozent. Das läßt erwarten, daß eine Erhöhung der Industrieproduktion zunächst zu einer verbesserten Kapazitätsauslastung — und damit verbunden — zu einer ähnlich starken Beschleunigung des Produktivitätsanstiegs wie 1976 führen wird. Eine Erhöhung der Industrieproduktion wird sich daher nur dann relativ rasch auf dem Arbeitsmarkt in Form von

Neueinstellungen in nennenswertem Umfang niederschlagen, wenn sie eine Größenordnung von 8 bis 9 Prozent überschreitet. Erreicht man dagegen »nur« eine Wachstumsrate von z. B. 5 oder 6 Prozent, dann würde der positive Beschäftigungseffekt (Neueinstellungen) erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung eintreten, nämlich erst nach der Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäts- und Produktivitätsreserven. Selbst wenn in den nächsten Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 6 Prozent verwirklicht werden könnte, würde unter sonst gleichen Umständen das Ziel der Vollbeschäftigung erst um das Jahr 1990 erreicht werden. In den siebziger Jahren betrug das jährliche Wirtschaftswachstum durchschnittlich jedoch nur 3,2 Prozent. Es scheint also unrealistisch, davon auszugehen, daß durchschnittliche Wachstumsraten von 6 Prozent tatsächlich erreicht werden könnten. Daher ist es erforderlich, die Arbeitszeit rasch zu verkürzen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Für die Bundesrepublik ist anzumerken, daß ein Teil der Arbeitslosigkeit durch den Rückgang der Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern entstanden ist. Da dieser Nachfrageausfall nur teilweise durch eine entsprechende Steigerung der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern ausgeglichen werden kann, drängt sich eine Verkürzung der Arbeitszeit förmlich auf. Die Arbeitszeitverkürzung müßte mit vollem Lohnausgleich erfolgen. Diese Forderung ergibt sich erstens aus dem Bestreben, die individuellen Lohneinkommen nicht noch weiter zu schmälern; zweitens ist sie dadurch begründet, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich zu einer Einschränkung der Endnachfrage führen und damit der Strategie der Krisenüberwindung durch Erhöhung der Massenkaufkraft zuwiderlaufen würde.

Realistischerweise muß davon ausgegangen werden, daß der nachfrageorientierte Weg der Krisenbewältigung nicht in allen wichtigen Industriestaaten gleichzeitig besritten wird und deshalb im Alleingang eines oder mehrerer Länder durchgeführt werden müßte. Unter den Bedingungen einer weitgehend offenen Wirtschaft ist jedoch die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik der konservativen, angebotsorientierten Stabilitätspolitik insofern unterlegen, als diese darauf abzielt, die Unternehmen von der Kostenseite her zu entlasten und die Exporte zu steigern. Hierdurch wird das Land, in dem eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik betrieben wird, gezwungen, auf die Exportoffensive des Auslandes zu reagieren, d. h. gegensteuernde Maßnahmen zu ergreifen. Umgekehrt hindert die Verfolgung einer Politik der Nachfragesteigerung in einem Land die konkurrierenden Staaten keineswegs an der Fortsetzung ihrer angebotsorientierten Politik — sie erhöht vielmehr sogar die Erfolgsaussichten ihrer Strategie. Das Beispiel Frankreichs hat demonstriert, daß eine expansive Wirtschaftspolitik ohne hinreichende außenwirtschaftliche Absicherung Gefahr läuft, Nachfrage vor allem für die konkurrierenden Industriestaaten zu schaffen und dadurch faktisch den entgegengesetzten, angebotsorientierten Wirtschaftskurs zu unterstützen. Sofern nicht sichergestellt werden kann, daß zumindest der weit überwiegende Teil der zusätzlich geschaffenen Binnennachfrage im Lande bleibt, fehlt der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik die Grundlage für die praktische Umsetzung. Die verbleibende Nachfrage reicht dann nicht aus, die inländische Produktion im Konsum- und Investitionsgütersektor hinreichend auszuweiten. Kapazitätsauslastung und Ertragslage der Unternehmen bleiben unzulänglich, Beschäftigung und staatliche Einnahmen erhöhen sich nicht, d. h. der beabsichtigte Wirkungsablauf der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik kommt nicht in Gang oder wird frühzeitig gestoppt.

In welche Richtung die gegensteuernden Maßnahmen weisen müßten, um die nachfrageorientierte Politik gegen die forcierte Auslandskonkurrenz abzusichern, wird an der Kritik des ehemaligen Industrieministers und Wortführers des linken Flügels der sozialisti-

schen Partei Frankreichs, Chevènement, am Sparprogramm des neuen Wirtschaftsministers Delors deutlich: Frankreich soll aus dem EWS ausscheiden und den Wechselkurs des Franc freigeben, um die hohen Inflationsraten außenwirtschaftlich zu neutralisieren. Ebenso gelte es, die französische Wirtschaft bzw. die expansive Wirtschaftspolitik durch Importrestriktionen wie Bardepots auf Importe ausreichend zu schützen. Die Stabilitätspolitik Delors setze auf die Konjunkturbelebung des Auslands und unterwerfe sich den wirtschaftlichen Zwängen der westlichen Industriestaaten. Statt dessen gelte es, durch eine ausreichende außenwirtschaftliche Absicherung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine »nationale Vollbeschäftigungspolitik« möglich werde, die der »Logik unseres sozialistischen Programms« folge.

Die dargestellten Probleme einer Umsetzung der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik erklären noch nicht, warum sie die verschiedenen Links-Regierungen zu einer Hinwendung zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und nicht umgekehrt zu einer außenwirtschaftlichen Absicherung der Politik der Nachfragesteigerung veranlaßt haben, die diese Politik letztlich erst ermöglicht hätte.

Dieses Phänomen entzieht sich unseres Erachtens einer im engeren Sinne ökonomischen Erklärung und verweist auf politische Durchsetzungsprobleme einer nachfrageorientierten Politik. Außenwirtschaftlich steht die Regierung vor der schwierigen politischen Aufgabe, den heimischen Markt vor der Exportoffensive anderer Industriestaaten abzuschirmen. Intern ist zu erwarten, daß eine expansive Lohn-, Sozial- und Beschäftigungspolitik auf den massiven Widerstand der Unternehmer treffen wird; diese werden versuchen, durch Entlassungen, Kapitalflucht, Investitionszurückhaltung etc. diesen Weg der Krisenbewältigung zu unterlaufen und durch wirtschaftliche Störversuche zum Scheitern zu bringen. Die Fähigkeit zur Bewältigung dieser Aufgaben hängt von der Bereitschaft und dem Durchsetzungsvermögen der Arbeitnehmer ab, eine Wirtschaftspolitik zu verteidigen, die zwar nicht die wiederkehrenden zyklischen Krisen beseitigen, die aber zumindest die Lasten der Krise für die Arbeitnehmer entscheidend abmildern kann.

Anmerkungen

- 1 Die OECD bestätigt in ihrem Länderbericht zu Frankreich diesen Zusammenhang: »Ungeachtet eines steilen Anstiegs der Löhne verlangsamte sich in der verarbeitenden Industrie 1981/82 der Zuwachs der Lohnstückkosten. Dies ist dem Umstand geschuldet, daß durch die wirtschaftliche Belebung Produktivitätsgewinne erzielt wurden ...« OECD, Economic Surveys, France, Paris 1983 (im folgenden: OECD, France), S.23.
- 2 OECD France, S.61.
- 3 Siehe hierzu die beiden OECD-Berichte: OECD, France Januar 1982 sowie März 1983. Ebenso: Richard Jaekel, Probleme außenwirtschaftlicher Absicherung alternativer Wirtschaftspolitik: Das Beispiel Frankreich, o.O., o.J. (Msk.).
- 4 Siehe hierzu: OECD, France, S.11ff.
- 5 Die Importe zu ca. 45%, die Exporte zu ca. 48%, aus: OECD, France, Anhang.
- 6 OECD, France, S.16.
- 7 Siehe hierzu: OECD, France sowie Handelsblatt, März 1983ff.
- 8 Vgl. Handelsblatt März 1983.
- 9 OECD, France, S.16.

Hansjörg Herr

Mit Keynes gegen den Nachfragekeynesianismus

Oder: Was hat Keynes in der heutigen sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Diskussion noch zu sagen?

Fast über alle Parteigrenzen hinweg hat sich die Meinung durchgesetzt, daß Keynes' wirtschaftspolitische Konzeptionen die Probleme der »heutigen Welt« nicht mehr in den Griff bekommen könnten. Mit der Unmöglichkeit des Keynesianismus einhergehend, sprechen viele auch vom Ende des »sozialdemokratischen Zeitalters«. Als empirische Referenz für derartige Thesen werden oft die Konzeptionen und Ergebnisse der sozialliberalen Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre herangezogen. Der vorliegende Aufsatz zeigt, daß dieser *Nachfragekeynesianismus* eine liberalistische Verkürzung, wenn nicht Verzerrung der Keynes'schen wirtschaftspolitischen Vorstellungen darstellt und daß Keynes zu einer Reihe von Problemen der »heutigen Welt« bereits einige theoretisch und praktisch weitreichende Vorstellungen entwickelt hatte.

Im ersten Teil des Aufsatzes sollen kurz die derzeitigen sozialdemokratischen Vorstellungen zur Lösung der Wirtschaftskrise dargestellt werden, um dann im zweiten Teil die Keynes'sche Vision einer instabilen Geldökonomie zu entwickeln.

1. Sozialdemokratische Angebotspolitik

Betrachtet man die laufende wirtschaftspolitische Diskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie¹, so zeigen sich zwei zentrale, allerdings zusammenhängende Politikfelder: sozialdemokratische Angebotspolitik und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft.

Zumindest bei der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß der traditionelle Staatsnachfragekeynesianismus, unterstützt durch expansive Geldpolitik, in den siebziger Jahren wegen Inflation und außenwirtschaftlichen Restriktionen zerbrochen ist — just in der Situation, in der er seine Feuerprobe hätte bestehen müssen. Somit kann Rapp zugestimmt werden, wenn er konstatiert:

»Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die politische Gestaltung wirtschaftlicher Zukunft immer weniger Sache von 'Quantenmechanik' und immer mehr zu einer Frage der Psychologie und des Vertrauens geworden war. (...) Anreizprogramme wurden so von der Wirtschaft in die laufenden Investitionsprogramme integriert, so daß die Anreizwirkungen in Mitnahme-Effekten versickerten: die Programme selbst verpufften als Strohfeder, Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen blieben aus.«²

Globalsteuerung alten Stils hat abgedankt, Innovationsförderung ist gefragt. Nehmen wir wiederum Rapp: »Ich rate der Partei zu einem kräftigen Schluck Schumpeter und zu etwas weniger Keynes.«³ Rapps Vorschlag mündet dann in die klassische Angebotspolitik:

»Die Bejahung der aktiven Rolle des Staates führt heute überwiegend zu der Einsicht, daß es mehr auf rahmen- und datensetzende Politik und weniger auf Maßnahmen-Aktionismus, mehr auf Ordnungs- und weniger auf Prozeßpolitik, mehr auf Koordinierung und weniger auf Administration ankäme.«⁴

Nun mag man Rapp eher dem rechten Parteiflügel zurechnen, jedoch vertritt Roth, immerhin Vorsitzender der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand

der SPD, im Kern die gleiche Option. Generell soll die Investitionsentscheidung dem mikroökonomischen Kalkül der Unternehmen überlassen werden. »In unserer Wirtschaftsordnung sollte die Initiative zu Investitionen und die konkrete Ausgestaltung strikt im Unternehmen verbleiben.«⁵ Auch hier hat die Wirtschaftspolitik ausschließlich die Funktion, ein investitionsfreundliches Klima zu erzeugen, das dann aus dem mikroökonomischen Kalkül der Unternehmen heraus zur Akkumulation führen soll. Bei Roth spielen »eine arbeitsorientierte Finanzpolitik, die die Masseneinkommen sichert und die öffentliche Investitionstätigkeit erhöht«⁶ sowie eine Erhöhung der Rentabilität von Produktivkapital im Vergleich zu zinstragendem Kapital die Hauptrolle. Letzteres soll durch die steuerliche Förderung von Selbstfinanzierung der Unternehmen sowie durch eine Quellensteuer bei Zinseinkommen erreicht werden. Um sich von der US-Wirtschaftspolitik abkoppeln zu können, wird daneben eine Koordination der europäischen Währungs- und Geldpolitik angestrebt. Daneben werden Arbeitszeitverkürzungen und eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung gefordert.⁷ Am weitesten gehen noch Rappe/Steinkühler, wenn sie traditionelle Globalsteuerung als »nach wie vor nützlich«⁸ einstufen sowie »eine Tür zur direkteren Steuerung der gesellschaftlichen Investitionstätigkeit offenhalten wollen«. Ergänzend zu der konsequenten Ausschöpfung der bestehenden staatlichen Steuerungsinstrumentarien sind investitionslenkende Maßnahmen notwendig. Auch in einem neuen SPD-Programm »muß die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Unternehmen offengehalten werden«.⁹ Gleichwohl ähnelt auch bei Rappe/Steinkühler die grundsätzliche Stoßrichtung den Positionen von Rapp und Roth.

Der Kern der wirtschaftspolitischen Vorstellungen besteht in einer Verbesserung der Rahmenbedingungen der privaten Akkumulation. Sicherlich unterscheidet sich hier die sozialdemokratische Variante dieser Politik von der konservativen. So wird versucht, die Marginalisierung eines Teils der Gesellschaft zu verhindern, die Lasten gerechter zu verteilen, die Rechte der Arbeitnehmer nicht einzuschränken etc. Von der ökonomischen Logik her — nicht in der konkreteren Ausgestaltung — gibt es kaum einen Unterschied zu konservativen Konzeptionen. Die Wirtschaftspolitik hat zu versuchen, ein geeignetes Investitionsklima zu schaffen und zu *hoffen*, daß die Kalküle der privaten Investoren darauf anspringen. Damit wird das Primat der Ökonomie gegenüber demokratischer Gestaltung anerkannt. Damit muß anerkannt werden, daß Wirtschaftspolitik, sowohl Staatsausgabenkeynesianismus als auch Angebotspolitik, scheitern kann. Damit muß auch anerkannt werden, daß Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen letztlich akzeptiert werden muß — Phasen von Vollbeschäftigung waren in der Geschichte der modernen Geldökonomie nur Ausnahmen, Arbeitslosigkeit die Regel.

Das Fatale der gegenwärtigen ökonomischen Konstellation besteht darin, daß ohne direktere Eingriffe in interne Marktgesetze und auch ohne eine Änderung der außenwirtschaftlichen Strategie realistisch nur Angebotspolitik als Stützmittel privatwirtschaftlicher Entwicklungslogik möglich ist. Keynes war gegenüber dem sozialdemokratischen Keynesianismus und gegenüber jeglicher Angebotspolitik radikal: er war bereit, Marktprozesse soweit außer Kraft zu setzen, bis die Instabilität einer Geldwirtschaft überwunden ist. Ein wesentliches Ziel der folgenden Ausführungen wird es dann auch sein, die Keynes'sche Vision einer regulierten Geldökonomie anzudeuten.

Doch zuvor soll noch kurz auf das zweite Bein der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, eingegangen werden. Betont wird — meines Erachtens korrekt — der Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit eines innovativen Schubs und der Lösung der Umweltproblematik.

Grundsätzlich kann der Stoßrichtung zugestimmt werden, daß die Wirtschaftspolitik zur Lösung der Umweltproblematik eine Mischung aus staatlichen Infrastrukturmaßnahmen, der Internalisierung externer Effekte in das Preissystem sowie direkten Geboten und Verboten verfolgen sollte. Es ist allerdings eine Illusion, über Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung die Probleme der Arbeitslosigkeit gleich mitlösen zu können.

Die Problematik der Umweltpolitik liegt in ihren Konsequenzen für die stoffliche Struktur der Produktion und Konsumtion. »Ökologischer Umbau« ist bisher bei der SPD wie bei den Gewerkschaften nichts als eine Worthülse. Trotz des Schulterschlusses zwischen Rappe und Steinkühler bleiben in der SPD alle harten Umweltkonflikte offen. So ist völlig unklar, was der ökologische Umbau in bezug auf Atomenergie, den Stellenwert des Autos im anzustrebenden Verkehrssystem, die chemische Industrie etc. bedeuten soll.

2. Die Keyneschen Vorstellungen zur Regulierung einer Geldökonomie

Bei der Darstellung der Keyneschen Vision handelt es sich um eine längerfristige Perspektive, die folglich zwingend abstrakt bleiben muß und nur grobe Schlaglichter werfen kann. Ökologische Aspekte werden auf dieser Ebene weitgehend ausgeklammert, könnten jedoch bei Konkretisierungen eingearbeitet werden.

2.1 Die Kontrolle der Investitionstätigkeit

Die entscheidende Nachfragekomponente sind die Investitionen des Unternehmenssektors. Das Investitionsvolumen und damit die Akkumulationsdynamik wird durch das Verhältnis zwischen Zinssatz und *erwarteter* Profitabilität von Geldvorschüssen in den Produktionsprozeß reguliert. Entscheidend für die erwartete Verwertung des Produktivkapitals ist für Keynes »der Zustand des Vertrauens«¹⁰, der die gesellschaftliche Stimmungslage der Investoren widerspiegelt. Der Zustand des Vertrauens ist kein mechanischer Reflex der ökonomischen Entwicklung, sondern beinhaltet für die Ökonomie im engeren Sinne *exogene* Einflüsse des politisch-sozialen Systems. So spielen sicherlich die politische Stabilität, die Intensität der Klassenauseinandersetzung, der gesellschaftliche Konsens über die erwünschte Produktivkraftentwicklung und Lebensweise etc. eine entscheidende Rolle zur Herausbildung einer bestimmten Erwartungsstruktur. Das Investitionsvolumen, welches sich, wie betont, aus dem Zusammenspiel von Zinssatz und erwarteter Verwertung von Produktivkapital ergibt, reguliert das Einkommensniveau, die Konsumnachfrage und letztlich auch die Beschäftigung.

An dieser Stelle deutet sich das Dilemma der Wirtschaftspolitik an. Ein staatlicher Nachfrageimpuls hat nur dann eine Chance, die Produktion anzuregen, wenn er auf die langfristigen Erwartungen der Investoren wirkt. Da die laufende Nachfrage — zumal wenn sie vom Staat kommt — ein eher unbedeutender Baustein des Zustandes des Vertrauens ist, gibt es *keinerlei Mechanismus zwischen Deficit-spending und der Anregung der Investitionstätigkeit*. Staatliche Nachfrage kann dann nur noch dem reduzierten Anspruch genügen, die Auslastung der Kapazitäten zu stabilisieren und damit eine Krise zu mildern — nicht mehr und nicht weniger. Versucht der Staat, über Deficit-spending einen Aufschwung zu erzwingen, so schafft er bei stagnierenden oder gar schrumpfenden Kapazitäten eine Überschußnachfrage, die inflationär wirkt. Staatsnachfrage erzeugt dann Inflation und erhöht die Profite der Unternehmen.¹¹

An der Möglichkeit der Inflation zerbricht auch die Strategie, über die Stärkung der

Massenkaufkraft eine Akkumulationsbewegung zu induzieren. So gerechtfertigt eine Erhöhung der Geldlöhne auch sein mag, markttheoretisch ergibt sich als Resultat nur die Erhöhung des Preisniveaus.¹² Äußerst wichtig in der Keynesschen Vorstellung sind allerdings nach unten resistente Geldlöhne, da nur sie während eines Abschwungsprozesses Deflation, die zu einem gewaltigen und eigenständigen Krisenfaktor werden kann, verhindern.¹³

Keynes hatte gänzlich andere Vorstellungen zur Regulierung einer Geldwirtschaft. Wenn er von einer »sozial geleiteten Investitionsrate«¹⁴ spricht, so hat er nicht Staates- oder Konsumnachfrage im Auge. Obwohl Keynes auch Verstaatlichungen nicht ausschloß¹⁵, plädierte er für eine *direkte mengenmäßige Regulierung des Investitionsvolumens durch einen relevanten Sektor halb-autonomer Unternehmen*.

»Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; — Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden — wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muß —; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen.«¹⁶

Die sich abstimmenen halb-autonomen und staatlichen Unternehmen, die sich alle durch den Verkauf von Waren und Dienstleistungen finanzieren, sollen dann, so Keynes, das Investitionsvolumen so steuern, daß bei Aufrechterhaltung von Preisstabilität Vollbeschäftigung erreicht wird. »Hauptziel muß also eine planvolle Politik zur Bestimmung der jeweiligen Gesamtsumme der fortlaufenden Kapitalanlage öffentlicher und halböffentlicher Körperschaften sein.«¹⁷ Dabei gilt es, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten »zwischen der gesamten Bewegung neuer Kapitalanlage und den insgesamt verfügbaren Quellen für Kapitalanlage auf dem Preisniveau, dessen Aufrechterhaltung wir zur Vermeidung von Inflation und Deflation anstreben.«¹⁸ Die Strukturvorgaben des öffentlichen und halb-autonomen Sektors könnten auch ein wichtiger Bestandteil der ökologischen Umgestaltung von Produktion und Konsumtion werden. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen halb-autonomen Unternehmen sowie mit den öffentlichen Unternehmen ist demokratischen Mechanismen zu unterwerfen und keinesfalls einer zentralen Planungsbehörde. Ebenso sind unternehmensinterne Demokratisierungen anzustreben. Vergesellschaftung ohne solche strukturellen Veränderungen bringt wenig, wie die Erfahrung in verschiedensten Ländern zeigt.

2.2 Außenwirtschaftliche Regulierung

Die meisten keynesianischen Politikempfehlungen krankten an einem unüberbrückbaren Widerspruch: die Verbindung von binnenwirtschaftlicher Globalsteuerung und gleichzeitig unregulierten Außenwirtschaftsbeziehungen. Ökonomisch völlig widersprüchlich wird das Konzept, wenn interner Keynesianismus mit einer Weltmarktoffensive verbunden werden soll.¹⁹ Letztlich dominiert bei offener Außenflanke doch immer wieder das Primat der externen Stabilisierung.²⁰ Dabei gilt es zu betonen, daß selbst das schwachbrüstige Deficit-spending der außenwirtschaftlichen Absicherung bedarf, um nicht nach kürzester Zeit zu scheitern.

Das Primat externer Stabilisierung setzt sich in einer unregulierten Geldökonomie in erster Linie über Kapitalbewegungen durch. Eine national notwendige Zinssenkung, die in aller Regel eine notwendige Voraussetzung zur Anregung der Investitionstätigkeit ist, wird durch außenwirtschaftliche Zwänge verhindert. Bei international höheren Zinsen (und kapitalfreundlicherer Wirtschaftspolitik generell) als im Inland führen Kapitalabflüsse zu einer Abwertung der eigenen Währung. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung ist eine Abwertung — vor allem eine abrupte — kein sicheres Mittel zur Steigerung der Exporte. Bei mengenmäßig unelastischer Importnachfrage kann sogar durch die Abwertung ein Handelsbilanzdefizit erzeugt werden. Wichtiger erscheint jedoch, daß die steigenden Importpreise das inländische Preisniveau erhöhen und dadurch den Wettbewerbsvorteil der Abwertung zumindest teilweise vernichten. Ein Land gelangt dann leicht in eine Abwertungs-Inflations-Abwertungs-Spirale, die sehr schnell zur Weltmarktklinie in der Wirtschaftspolitik zurückzwingt. Wirkt die Fiskalpolitik, die neben der Politik des leichten Geldes das zweite Bein der Globalsteuerung darstellt, ebenfalls inflationär, gelangt die betroffene Nation in einen Inflationsstrudel mit internem und externem Zerfall des Geldes. Als Beispiele für die beschriebene Konstellation können die USA in der Zeit zwischen dem Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods 1973 und dem Übergang zur Hochzinspolitik schon unter Carter 1978 sowie die Wirtschaftspolitik in Frankreich nach dem Sieg der Sozialisten zum Beginn der 80er Jahre gelten. Beide Nationen mußten ihre expansiven Wirtschaftspolitiken wegen des Zusammentreffens von Kapitalflucht, Abwertung, Inflation und steigenden Handelsbilanzdefiziten abbrechen.

Eine marktmäßig geschicktere Politik scheint es zu sein, expansive Fiskalpolitik mit Hochzinspolitik zu verbinden. Aber auch diese Variante des Keynesianismus hat einen Pferdefuß. Sollte sich die inländische Konjunktur trotz der negativ wirkenden hohen Zinsen doch entwickeln, so spitzt der mit einem konjunkturellen Vorlauf einer Nation entstehende Importüberschuß die außenwirtschaftlichen Probleme ebenfalls zu. Um den Wechselkurs zu halten, muß die Hochzinspolitik permanent aufrechterhalten bleiben, um entsprechende Kapitalzuflüsse zu erzeugen. Mittelfristig manövriert sich eine Nation mit dieser Strategie in eine Schuldnerposition. Es müssen zur Aufrechterhaltung des Wechselkurses dann über hohe Zinsen nicht nur Kapitalzuflüsse zur Deckung der Importüberschüsse, sondern zusätzlich auch zur Begleichung des laufend steigenden Schuldendienstes angezogen werden. Für diese Konstellation mag als Beispiel die USA ab 1982 gelten. Expansive Fiskalpolitik zusammen mit einem Aufschwung²¹ und gleichzeitiger Hochzinspolitik zur Stabilisierung des Dollars schmolzen die US-Gläubigerposition dahin. Die USA ist auf dem Weg zur größten Schuldnernation der Welt, was sich mit ihrem Hegemonieanspruch nun überhaupt nicht verträgt. — Als Resultat läßt sich festhalten, daß ohne außenwirtschaftliche Regulierung eine keynesianische Wirtschaftspolitik — und bestehe sie nur aus Deficit-spending — unmöglich ist. Auch flexible Wechselkurse, denen man vor der Erfahrung der siebziger und achtziger Jahre die fantastische Wirkung eines Schutzfilters zwischen In- und Ausland zugesprochen hatte, können eine Nation nicht vor außenwirtschaftlichen Zwängen schützen.²² Keynes sah die Problematik deutlich und war auch bereit, den Marktmechanismus an dieser Stelle zu opfern.

»Ich sympathisiere daher mehr mit denen, die die finanzielle Verknüpfung zwischen den Nationen sehr stark lockern wollen, als mit denen, die sie zu steigern gedenken. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen — das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber laßt Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, und vor allem laßt die Finanzen in erster Linie nationale sein.«²³

Im Zentrum der Erlangung nationaler Autonomie steht die Kontrolle des privaten Kapitalverkehrs.²⁴ Die Wechselkurse sind dann im wesentlichen so zu regulieren, daß die Leistungsströme zwischen den Nationen eine mittelfristig ausgeglichene Struktur annehmen, es also weder einen Export von Arbeitslosigkeit über Exportoffensiven noch den Aufbau von Gläubigerpositionen gibt. Welcher Währungsraum sich für eine Außenregelung anbietet — für die Bundesrepublik wäre dies wohl nur im Rahmen von Europa oder Teilen davon sinnvoll —, wie die Beziehungen innerhalb des Währungsraums geregelt werden können und in welcher Intensität die internationale Arbeitsteilung wünschenswert erscheint, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Abgesehen von allen Problemen der außenwirtschaftlichen Regulierung, sollte deutlich geworden sein: Einen extensiven Keynesianismus zu fordern, der mehr als ein Abfedern der Krise sein soll, und gleichzeitig so zu tun, als ob dies keine grundlegende Änderung der gesamten herrschenden Entwicklungslogik implizieren würde, ist dumm oder unehrlich.

Generell sollte eine Nation, unabhängig von außenwirtschaftlichen Restriktionen, den Spielraum für eigenständige Entwicklungen erlangen. Vielfalt der gesellschaftlichen Modelle sollte dabei den Vorrang vor einem vereinheitlichten Weltsystem erhalten.

»Entscheidend ist, daß für die nächste Generation keine Gleichförmigkeit des ökonomischen Systems in der ganzen Welt erwartet werden kann ...; ferner, daß wir so frei wie möglich sein müssen von Störungen durch Veränderungen in anderen Ländern, um unsere eigenen Lieblingsexperimente zur Formung der idealen und sozialen Republik der Zukunft durchführen zu können.«²⁵

2.3 Die Regulierung des Preisniveaus

Langfristig wird im Keynesischen System das Preisniveau primär durch die Bewegung der Geldlöhne bestimmt. Entscheidend ist, daß eine kumulative Inflation (oder Deflation) nur durch eine sogenannte Lohn-Preis-Lohn-Spirale ihren Antrieb erhalten kann.²⁶ Damit ist im Keynesischen System ein Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität angelegt. Führt eine anhaltende Akkumulationsphase zum Aufsaugen der Reservearmee, so beginnen nach den Marktgesetzen auf dem Arbeitsmarkt die Geldlöhne zu steigen. Höhere Geldlöhne senken in einer Aufschwungsphase jedoch nicht die Profite, sondern erhöhen nur die Preise, da die Unternehmen ihre Kostenerhöhungen leicht überwälzen können. Gesellt sich auf Grund nachhinkender Nominalzinssteigerungen und Verlusten der Geldhaltung eine Flucht in Sachwerte hinzu, so ist der Weg zur Erosion des Geldsystems beschritten. Für die Zentralbank bleibt dann letztlich — will sie sich nicht ihrer eigenen Basis berauben — der strukturelle Zwang, über Hochzinspolitik die Inflation auf Kosten von Arbeitslosigkeit zu brechen. Arbeitslosigkeit wird über diesen Mechanismus zu einer Funktionsbedingung einer unregulierten Geldökonomie.²⁷ Damit hat Keynes, ähnlich wie Marx, einen endogenen Grund für die Notwendigkeit einer Reservearmee in marktgesteuerten Systemen angegeben. Während für Marx die Reservearmee allerdings zur Niedrighaltung der Reallöhne, die bei Vollbeschäftigung den Profit zusammendrücken würden, nötig ist, wird bei Keynes die Reservearmee zur Verhinderung einer Preis-Lohn-Preis-Spirale notwendig.

Die Krise der siebziger Jahre ist zu einem guten Stück der Inflationsbekämpfung mittels Hochzinspolitik geschuldet, die 1973 in der Bundesrepublik begann und mit dem Schwenk zur Hochzinspolitik in den USA 1978 abgeschlossen wurde.²⁸ Das Dilemma der Zentralbank bzw. der Wirtschaftspolitik besteht dann darin, daß sie die kontraktiven Mengen-

wirkungen ihrer Politik nicht kontrollieren kann. Unter Umständen muß sie hohe Arbeitslosenraten zur Zurückführung der Inflation hinnehmen.

Es läßt sich über die Intensität der Inflationsbekämpfung sowie über das Ausmaß einer tolerierbaren Inflationsrate diskutieren, es läßt sich jedoch nicht an dem strukturellen Zwang der Zentralbank, die Funktionsbedingungen des Geldwesens aufrechtzuerhalten, vorbeireden. Damit hat auch jeder wirtschaftspolitische Vorschlag die Konsequenzen auf das Preisniveau zu berücksichtigen bzw. muß relative Preisstabilität anstreben.

Die Stabilisierung des Preisniveaus zerfällt in zwei getrennte Probleme. Zunächst ist das Geldlohniveau als Basis der Preisbewegung aus einer marktmäßigen Bestimmung herauszunehmen. Eine längerfristige Vollbeschäftigungssituation bei stabilem Preisniveau ist nur bei einer Verhinderung von Geldloohnerhöhungen möglich. Um es hart zu sagen: Ein Preisstopp von Waren macht wenig Sinn, die gesellschaftliche Regulierung der Geldlöhne wird aber zur Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökonomie bei Vollbeschäftigung. Das bestehende Tarifvertragswesen bildet in diesem Zusammenhang durchaus den geeigneten Ausgangspunkt zur Kontrolle der Geldlöhne.

Zwar ist durch eine Stabilisierung der Geldlöhne eine kumulative Bewegung des Preisniveaus ausgeschlossen, jedoch können immer noch Preisniveauschwankungen auf Grund der Investitionsnachfrage auftreten. Weicht das Investitionsvolumen vom freiwilligen gesellschaftlichen Nichtkonsum ab, so erfolgt der Ausgleich über die Preise. Die Investitionstätigkeit muß demnach so gesteuert werden, daß diese bei Vollbeschäftigung dem gesellschaftlichen Nichtkonsum entspricht. Bei Keynes haben, wie gezeigt, die öffentlichen und halböffentlichen Unternehmen in diesem Zusammenhang eine zentrale Funktion.

2.4 Die Beseitigung des zinstragenden Kapitals

Wir kommen nun an einen Punkt, der von Keynesianern oftmals speziell ungeliebt ist, jedoch einen wesentlichen Bestandteil der Keynesschen Vorstellungen über eine regulierte Geldökonomie ausmacht. Zinsen sind für Keynes nicht nur arbeitsloses Einkommen, sondern zudem leistungslos.

»Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals.«²⁹

Der Kapitaleigentümer hat durch die vorherrschende Trennung von Eigentum und Leitung eines Unternehmens keine echte Funktion mehr, er kassiert ausschließlich parasitär ab. Konsequenterweise befürwortet Keynes dann auch den »sanften Tod des Rentiers, des funktionslosen Investors«.³⁰

Nach Keynesscher Theorie verschwindet mit dem Zins auch der Profit, da der Zins der einzige Grund ist, warum im Produktionsprozeß der Zwang zur Erzielung eines Überschusses besteht.³¹ Würde der Zins verschwinden, so würde die Konkurrenz auf den Warenmärkten keinen Profit mehr zulassen. Einzelne Unternehmen könnten neben der Entlohnung der Arbeitsleistungen (einschließlich der Leitungsfunktionen) nur noch temporäre Überschüsse wegen Monopolstellungen, Vorsprünge in der Produktivkraft etc. erzielen. Die positiven Effizienzmerkmale einer marktgesteuerten Ökonomie würden auch bei einem längerfristigen Zinssatz und einer Profitrate von Null erhalten bleiben, da die verschiedenen Unternehmenstypen ihre Geldvorschüsse über Verkäufe erwirtschaften müßten und Marktlagen Gewinne noch möglich wären.

Damit wird die Vorstellung von Keynes deutlich: Das Bankensystem ist so zu regulieren, daß der Zinssatz längerfristig Null wird.³² Die Abstimmung der Investitionsnachfrage mit dem freiwilligen Nichtkonsum ist primär mit Hilfe der Investitionstätigkeit des öffentlichen und halböffentlichen Sektors vorzunehmen. Der Zinssatz hätte seine Funktion als Steuerungsgröße der Investitionen und als Inflationsbremse eingeübt.

3. Schlußbemerkung

Die Keynesischen Vorschläge können durchaus als eine schlüssige Vision einer regulierten Geldökonomie aufgefaßt werden. Sie sind von gängigen keynesianischen Politikempfehlungen meilenweit entfernt. Staatlicher Budgetkeynesianismus im Sinne von Globalsteuerung hat im Rahmen einer unregulierten Geldökonomie zur Dämpfung von konjunkturellen Schwankungen sicherlich eine Funktion. Zur Regulierung einer Geldökonomie, d.h. zur Regulierung der überzyklischen Akkumulationsdynamik, ist letzterer untauglich.

Keynes plädierte im Kern für eine gemischte, demokratisierte Wirtschaft mit einem staatlichen und besonders einem halb-autonomen Sektor. Daneben sollte der Marktprozeß weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Keynes hat nicht ausgeführt, wie die verschiedenen Unternehmensformen intern strukturiert sein könnten. Besonders für den weiterhin rein marktvermittelten Sektor ist eine Vielfalt von Unternehmensverfassungen denkbar. Genossenschaftliche Modelle bis hin zur Erhaltung der gegenwärtigen Unternehmensform, besonders bei Kleinunternehmen, erscheinen am günstigsten.³³

Die Keynesische Vision einer regulierten Geldökonomie ist notwendig abstrakt, bietet jedoch nach meiner Ansicht den geeigneten Rahmen für eine Diskussion ökonomischer Alternativen, die über einen absolut systemimmanenten Budgetkeynesianismus hinausgehen. Dabei kann erst die historische Erfahrung zeigen, welche konkrete Form eine regulierte Geldökonomie annehmen könnte. Keynes hat für eine Offenheit der Entwicklungsmöglichkeiten plädiert.

»Der neue Wirtschaftsstil, auf den hin wir uns vorwärts tasten, ist seiner Natur nach Experiment. Wir haben vorläufig noch keine klare Vorstellung von dem genauen Inhalt unserer Wünsche gewonnen. Wir werden ihn entdecken, indem wir vorwärts schreiten, und wir müssen unsere Pläne mit unserer Erfahrung in Einklang bringen.«³⁴

Sicherlich beinhaltet jedes Experiment Risiken. Die Risiken der Entwicklung einer unregulierten Geldökonomie sollten jedoch auf keinen Fall als geringer eingeschätzt werden.

Anmerkungen

- 1 Als Diskussionspapiere vgl. W. Roth, MdB, Leitlinien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, Bericht vor der SPD-Bundestagsfraktion am 26.3.85; H. Rapp, MdB, Neue wirtschaftspolitische Fragen seit »Godesberg« und mögliche Antworten, Vortrag auf der Tagung »Godesberger Programm und die Probleme unserer Zeit«, Gustav-Heinemann-Akademie, Freudenberg, 6. bis 9.10.83; H. Rappe und F. Steinkühler, Diskussionsvorlage zur Programmdiskussion der SPD vom 14.3.85. Für eine Übersicht der Positionen vgl. W. Wendl, Sozialdemokratische Programmideen — Zwischenbilanz der wirtschaftspolitischen Debatte der SPD, in: *spw* 27, 1985, S.207.
- 2 Rapp, a.a.O., S.67.
- 3 Rapp, a.a.O., S.70.
- 4 Rapp, a.a.O., S.69.

- 4 Rapp, a.a.O., S.69.
- 5 Roth, a.a.O., S.4.
- 6 Roth, a.a.O., S.9.
- 7 Vgl. Roth, a.a.O., S.14, 17 und 12.
- 8 Rappe/Steinkühler, a.a.O., S.15.
- 9 Rappe/Steinkühler, a.a.O., S.14.
- 10 Vgl. J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1936, S.125f.
- 11 Zur Kreislaufwirkung der verschiedenen Nachfragekomponenten vgl. H.-P. Spahn, »Überschüssige« Ersparnisse und Profite als Ursache der Stagnation? In: WSI-Mitteilungen 5/1983, S.281ff.
- 12 In der Keynesschen Theorie sind die Geldlöhne längerfristig die Bestimmungsgröße des Preisniveaus und nicht die Geldmenge, wie bei den Monetaristen. Mit den Kategorien der Einkommensinflation, die im Kern durch die Bewegung der Geldlöhne bestimmt wird, und der Gewinninflation, die durch ein Auseinanderfallen der Investitionsnachfrage und der freiwilligen gesellschaftlichen Nichtkonsumtion entsteht, ist Keynes in der Lage, die entscheidenden Inflationsursachen analytisch zu isolieren. Vgl. J.M. Keynes, Vom Geldes, Berlin 1931, S.101ff.
- 13 Bei Steigerung der Produktivkraft müssen die Geldlöhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung ansteigen, um Preisstabilität zu erhalten. Resistente Geldlöhne bedeuten demnach bei Produktivkraftentwicklungen zumindest Lohnerhöhungen mit einer Rate, die der Steigerung der Produktivität entspricht.
- 14 Vgl. J.M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., S.275.
- 15 Vgl. J.M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., S.319.
- 16 J.M. Keynes, Das Ende des Laissez-Faire, München und Leipzig 1926. Abgedruckt in: H. Mattfeldt (Hrsg.), Keynes — Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S.111.
- 17 J.M. Keynes, Die Währungspolitik der britischen Arbeiterpartei. In: Die Arbeit, 9, 1932. Abgedruckt in: H. Mattfeldt, a.a.O., S.176.
- 18 J.M. Keynes, Die Währungspolitik ..., S.176.
- 19 So vertreten etwa Rappe und Steinkühler, daß »der offene und ungehinderte Waren- und Kapitalverkehr auf längere Sicht Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung des eigenen Außenhandels« sind. Allerdings sollte man zugestehen, daß sie für die Bundesrepublik den »gesunden Außenhandel« wichtiger als Globalpolitik einschätzen. Letzterer wird recht bescheiden angesetzt. »In der Finanz- und Haushaltspolitik ist 'Globalsteuerung' über die öffentlichen Haushalte als Element einer verstetigenden Konjunkturtheorie nach wie vor nützlich.« Seltsamerweise wird der Globalsteuerung in den USA dann doch eine gigantische Macht zugesprochen, denn es wird angefügt: »Der Aufschwung in den USA ist vor allem ein Ergebnis eines 'deficit-spending' großen Maßstabs.« (vgl. Rappe/Steinkühler, a.a.O.)
- 20 Vgl. H. Riese, Theorie der Inflation, Manuskript an der Freien Universität Berlin, Dezember 1984, Kap. VI und VII, erscheint demnächst als Buch.
- 21 Der Aufschwung in den USA ist nicht einer keynesianistischen Politik an sich geschuldet, sondern Ausdruck einer wesentlich politisch bedingten Verbesserung des Zustandes des Vertrauens. Die gleiche Politik wäre vermutlich unter Carter inflationär verlaufen.
- 22 Vgl. H. Herr, Kapitalistische Weltwirtschaft und alternative Währungspolitik. In: M. Ernst-Pörksen (Hrsg.), Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der Alternativen, Argument-Sonderband 104, Berlin/W. 1984.
- 23 J.M. Keynes, Nationale Selbstgenügsamkeit. In: Schmollers Jahrbuch (57), 1933, S.79.
- 24 Kapitalverkehrskontrollen sind selbstverständlich unter gegebenen Bedingungen schwer durchzuführen. Die Entflechtung von multinationalen Unternehmen und Bankzusammenschlüssen ist für effektive Kapitalverkehrskontrollen sicherlich eine Voraussetzung.
- 25 Vgl. J.M. Keynes, Nationale Selbstgenügsamkeit, a.a.O., S.83.
- 26 Vgl. J. Robinson, The Economics of Hyper-Inflation, Collected Economic Papers, Vol.1, Oxford 1960, S.69.

- 27 Vgl. H. Riese, *Wirtschaftspolitik unter veränderten historischen Bedingungen*, Frankfurter Hefte 10/1979, S.21.
- 28 Die Hochzinspolitik ab den siebziger Jahren ist nicht ausschließlich der Inflationsbekämpfung geschuldet. Durch den Hegemonieverlust der USA, ausgedrückt im Zerfall des Dollars, ist ein Multi-Währungs-Standard entstanden, der aus strukturellen Gründen zu Währungskämpfen tendiert. Die Geschichte des Währungssystems ab dem Zusammenbruch von Bretton-Woods besteht dann auch im gegenseitigen Zwang zur Hochzinspolitik. Von 1973 bis 1978 diktierte wesentlich die Bundesrepublik das Weltzinsniveau. Zur Verteidigung des radikal zerfallenden Dollars mußten die USA ab 1978 als letzte marktmäßige Möglichkeit Hochzinspolitik betreiben. Seit diesem Zeitpunkt diktiert sie das Weltzinsniveau.
- 29 J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, S.317.
- 30 J.M. Keynes, ebd.
- 31 Vgl. J.M. Keynes, *Allgemeine Theorie ...*, S.179 und 184f. Hinter dem nach unten starren Zinssatz, der wiederum den Profit bedingt, steht bei Keynes die Liquiditätsprämie. Die Liquiditätsprämie ist der subjektive Ausdruck der Annehmlichkeit und der Sicherheit der Geldhaltung. Bei steigender Unsicherheit, beispielsweise in der Krise, steigen Liquiditätsprämie und damit auch Zinssatz an. An diesem Beispiel zeigt sich, daß die Zinshöhe und damit auch der Profit bei Keynes grundsätzlich »willkürlich« sind und damit auch auf Null fallen können.
- 32 Keynes sah das Bankensystem voll unter der Kontrolle der Zentralbank. Diese Vorstellung ist zu einfach. Neben einer bestimmten Zentralbankpolitik sind auch Änderungen in den Verfassungen der Geschäftsbanken und anderer Finanzintermediäre zur Kontrolle des Kreditangebots notwendig.
- 33 Anlehnend an neoklassische Vorstellungen werden derzeit eine ökologische oder arbeiterfreundliche Marktwirtschaft gefordert. Dabei sollen die Mikroeinheiten andere, demokratischere Verfassungen erhalten. So lobenswert solche Anregungen sind, als Problem bleibt bestehen, daß sie den Auktionator zur gesellschaftlichen Abstimmung benötigen. Die von Keynes betonte makroökonomische Instabilität können solche Ansätze nicht überwinden.
- 34 J.M. Keynes, *Nationale Selbstgenügsamkeit*, a.a.O., S.86.

Ursula Pausch-Gruber

SPD und Frauenfrage

Ein Beitrag zur Programmdiskussion

»Früher, nachdrücklicher und radikaler als jede andere Partei hat die deutsche Sozialdemokratie die Frauenfrage zu ihrem Thema gemacht. Und doch gilt das Wort des alten Wilhelm Liebknecht von 1890, für sie gebe es keine Frauenfrage, denn die Frauenfrage sei ein Teil der sozialen Frage.«

Das schreibt Susanne Miller 1978 in ihrem Beitrag »Frauenrecht ist Menschenrecht« (Brandt 1978, S.71). Und später heißt es in dem selben Beitrag in bezug auf das Godesberger Programm: »Von Emanzipation, diesem alten, in unseren Tagen wiederentdeckten Begriff, war dort nicht die Rede.«

Hat die SPD die Frauenfrage wirklich zu ihrem eigenen Thema gemacht? Oder genauer: Haben die sozialdemokratischen Männer sie als ein Problem erkannt, das nach wie vor ungelöst ist; das vor allem eine Veränderung männlicher Denk- und Verhaltensweisen erfordert hätte und noch erfordert und das mit der formalen und rechtlichen Gleichstellung und mit ökonomischer Unabhängigkeit nicht gelöst werden kann? Zeigen die Programme der Partei in der Vergangenheit nicht vielmehr überdeutlich, daß die sozialdemokratischen Männer Äußerungen weiblicher Kultur nicht zur Kenntnis nahmen oder sogar abgelehnt haben?

Mit Marx und Engels fing es an, das Nicht-zur-Kennntnis-nehmen: 1790 hatte die Französin Olympe de Gouges der Erklärung der Menschenrechte durch den Pariser Konvent die »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« entgegengestellt, weil sie erkannt hatte, daß es sich bei den vom Konvent verfaßten »Menschenrechten« ausschließlich um *Männerrechte* handelte. In der Präambel wird die Legitimation des Staates in Frage gestellt, der nur die Rechte der »männlichen Klasse« zu schützen bereit ist. Gouges leitet daraus das Recht eines weiblichen Widerstandes ab. Angestrebt wird der androgyne Staat, in dem der Staatsapparat von Männern und Frauen getragen wird. »Die Artikel antizipieren eine nicht patriarchalische, egalitäre Gesellschaft. Indem sie die weiblichen und männlichen Rechte und Pflichten gleichermaßen berücksichtigen, sind sie in ihrer demokratischen Radikalität und moralischen Integrität den Konzepten männlicher Philosophen und Politiker weit überlegen.« (Weiland 1983, S.76)

Es wird die Aufnahme der Frauen in die Nationalversammlung gefordert, eine Neuverteilung des Eigentums unter den Geschlechtern, da die Rechtlosigkeit und politische Machtlosigkeit der Frauen von der ungleichen Eigentumsverteilung herrühre. Im Anhang zu den Rechten der Frau wird ein Gesellschaftsvertrag vorgeschlagen, der den bisherigen Ehekontrakt ersetzen soll.

Im gleichen Jahr wie das Kommunistische Manifest erschien die Erklärung von Seneca Falls. Sie beginnt mit der Feststellung, daß Männer und Frauen gleich geschaffen und vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind, zu denen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen eingesetzt werden, die den Rechtsgrund ihrer Macht aus der Zustimmung der Regierten ableiten und *denen der Gehorsam verweigert werden darf, wenn sie ihren Zweck nicht erfüllen*. Dieses Recht sei für die Frauen nach langem, geduldigem Leiden unter dem Despotismus des Männerstaates zur Pflicht geworden (vgl. Menschik 1976, S.29). Auch in

Deutschland gibt es bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts Zeugnisse des Feminismus, wenn es auch nicht zu organisatorischen Ansätzen wie in Frankreich und den USA kam. Immerhin war u.a. 1802 die Schrift von Amalie Holst erschienen »Über die Bestimmung des Weibes zu höherer Geistesbildung«, in der sie gegen die von Männern erfundene Natur des Weibes polemisiert (vgl. Schröder 1979, S.155). Diese frühen Zeugnisse weiblicher Emanzipation wurden von den Vätern des wissenschaftlichen Sozialismus übersehen, obwohl Marx und Engels selbst eine Reihe von Untersuchungen über die Geschichte der Familie und die gesellschaftliche Rolle der Geschlechter angestellt haben, wie z.B. in den »Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie« (1844), in der »Lage der arbeitenden Klasse in England« (1845), in »Die heilige Familie«, »Die deutsche Ideologie« (1945-46), im Kommunistischen Manifest (1847) und in der Zehnstundenbill (1850). Tatsache ist, daß trotz sprunghaft zunehmender Industriearbeit von Männern und Frauen in den Jahren von 1800 bis 1848 (ein Viertel der Beschäftigten waren Frauen) das Problem der Arbeiterschaft erst relativ spät bewußt wurde.

»Die Einstellung der Arbeiter zur Frauenfrage hängt offensichtlich davon ab, ob die Frauen als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt auftreten oder ob sie sich auf die vorwiegend Frauen beschäftigenden Industriezweige beschränken. Dringt die Frauenarbeit über ausgesprochene Frauenberufe hinaus, so entwickelt sich der 'proletarische Antifeminismus', der erst relativ spät durch die sozialistische Aufklärung der Männer und durch die gemeinsame Organisation der Arbeiter beiderlei Geschlechts überwunden wird.« (Thönnessen 1969, S.12)

In der Programmatik des 1863 gegründeten Lassalleschen *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* wird die Frauenfrage unter dem Gesichtspunkt der männlichen Interessen und bürgerlicher Familienideologie geführt. So beschloß die 6. Generalversammlung 1867:

»Die Beschäftigung der Frau in den Werkstätten der großen Industrie ist einer der empörendsten Mißbräuche unsres Zeitalters. Empörend, weil die materielle Lage der Arbeiterklasse dadurch nicht gehoben, sondern verschlechtert wird und die Arbeiterbevölkerung besonders durch die Vernichtung der Familie zu einem elenden Zustand versetzt wird, in dem sie auch den letzten Resten von idealen Gütern verliert, den sie immer noch hatte.«

1866 veröffentlichte die *deutsche Abteilung der Internationalen Arbeiterassoziation* in London eine Denkschrift, in der es u.a. heißt, es seien Humanitätsträume, durch die Heranziehung der Frauenwelt zur handwerksmäßigen Produktion usw. die Lage des weiblichen Proletarists zu verbessern.

»Schafft Zustände, worin jeder herangereifte Mann ein Weib nehmen kann und es wird keines jener armseligen Geschöpfe mehr vorhanden sein, das in der Vereinzelung der Verzweigung Beute wird. (...) Den Frauen und Müttern gehören die Haus- und Familienarbeiten, die Pflege, Überwachung und erste Erziehung der Kinder, wozu allerdings eine angemessene Erziehung der Frauen und Mütter vorausgesetzt werden muß. Die Frau und Mutter ... soll die Gemütlichkeit und Poesie des häuslichen Lebens vertreten, Anmuth und Schönheit in die gesellschaftlichen Umgangsformen bringen und den Lebensgenuß der Menschheit veredelnd erhöhen.«

Anders beurteilte der *Deutsche Arbeiterverein* die Frauenerwerbstätigkeit. Wohl unter dem Einfluß von Louise Otto-Peters und dem von ihr gegründeten *Allgemeinen Deutschen Frauenverein* und in der Erkenntnis, daß die Industrie auf weibliche Arbeitskräfte nicht verzichten könne, hatte der Fabrikant Moritz Müller auf dem 3. Vereinstag in Stuttgart 1865 folgende Anträge durchgesetzt:

»Der Arbeitertag erklärt: daß er aus national-ökonomischen Rücksichten [Umschreibung für die Tatsache, daß Frauenarbeit schon damals billiger zu haben war als Männerarbeit; d. Verf.] die hohe Bedeutung der Mobilmachung der weiblichen Arbeitskraft anerkennt. — Der Arbeitertag erklärt: daß er für das weibliche Geschlecht jene Befreiung für die richtige hält, welche zur Selbständigkeit und zu ernster Pflichterfüllung führt, und damit zu jener Gleichberechtigung und Gleichstellung, welche ernste Arbeit unter ersten Arbeitern erwerben muß. — Der Arbeitertag erklärt: daß es künftig die Aufgabe der Arbeitervereine mit sein muß, durch Belehrung und durch die moralische und materielle Unterstützung die Arbeiterinnen zu veranlassen, im gleichen Sinne wie die Arbeiter Arbeiterinnenvereine zu gründen, nach den Prinzipien der Selbsthilfe und Assoziation.«

Die Lage war einigermmaßen paradox: die Arbeiter lehnten die weibliche Erwerbstätigkeit wegen der Konkurrenz der Frauen ab, die Kapitalisten traten für die weibliche Erwerbstätigkeit ein und wurden unterstützt von den Arbeiterführern, die in der weiblichen Erwerbstätigkeit den entscheidenden Schritt zur Emanzipation der Frauen sahen, z.B. Julius Motteler, der auf dem Eisenacher Parteitag 1869 gesagt hatte: »Das Ideal der Emanzipation des weiblichen Geschlechtes kann nur erreicht werden in der sozialistischen Ordnung der freien Arbeit.« Beide Gruppen hatten ihre Interessen im Auge und gingen von der gebräuchlichen Interessenidentität zwischen proletarischen Männern und Frauen aus. Vor allem auf der Grundlage dieser Interessenidentität wurde in den folgenden Jahren mit dem marxistischen analytischen Instrumentarium eine sozialistische Emanzipationstheorie erarbeitet. Danach war die Integration der Frau in die Arbeitswelt und ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Manne der unfehlbare Weg in die Freiheit und »dem letzten Rest von Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen« (Friedrich Engels). In den Programmen von Nürnberg (1868) und Eisenach (1869) sind die andauernden Auseinandersetzungen mit der Frauenfrage, die inzwischen auch das Wahltreue umfaßten, nicht zu erkennen. 1875, im Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands findet sich die Forderung nach dem Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit der Frauen schädigenden Arbeit. 1878 erschien August Bebel's Buch »Die Frau und der Sozialismus«.

»Bebel wies der sozialistischen Bewegung die Aufgabe zu, die Freiheit der Frau, die im Verlaufe des geschichtlichen Prozesses durch die im Privateigentum wurzelnde Männerherrschaft verloren gegangen sei, auf der höheren Ebene der sozialistischen Gesellschaftsordnung wiederherzustellen. Er leitete aus der Unterdrückung der Frau als Geschlechtswesen ihre Gemeinsamkeit mit dem Proletariat her und erwartete vom Sozialismus die Emanzipation der Frau wie des gesamten Proletariats.« (Thönnessen 1969, S.38).

Das Buch fand großen Widerhall bei den proletarischen Frauen, es beeinflusste viele der herausragenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung und die sozialdemokratischen Männer insoweit, als es den Streit um die Bedeutung der weiblichen Erwerbstätigkeit für die Emanzipation der Frau beendete zugunsten der Erwerbstätigkeit beendete. Bedeutsam bleibt ebenso, daß es der gesellschaftlichen Organisation der Hausarbeit und Kindererziehung das Wort redete und diese damit aus der alleinigen Zuständigkeit der Frauen löste.

1889 hatte Clara Zetkin ihre grundlegende Schrift zur Emanzipationsfrage veröffentlicht, die die Politik der Sozialdemokratie zur Frauenbefreiung bis zum Ende des 1. Weltkriegs bestimmte: »Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart«. Zetkin forderte die weibliche Erwerbstätigkeit, aber die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle. Die volle Emanzipation der Frau, stellte sie fest, sei in letzter Instanz eine ökonomische Frage, die in engem Zusammenhang stehe mit der Arbeiterfrage und nur mit ihr gelöst werden könne.

Auf dem Parteitag von Eisenach (1891) wurde ein Programm beschlossen, das in der Frauenfrage eine herausragende Position einnimmt, in dem der Antifeminismus gebrochen schien:

»... die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassengesellschaft und der Klassen selber und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.« (Dowe/Klotzbach 1984, S.189f.)

Es wird dann »ein allgemeines, gleiches und direktes Wahl- und Stimmrecht ... aller über 20jährigen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts« sowie »die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Mann benachteiligen«, gefordert.

In der Folgezeit war weniger das schon von Luise Otto-Peters aufgestellte Postulat »Arbeit für alle« umstritten, als die Forderung nach Schutz für die arbeitenden Frauen. Alle diese Forderungen waren für Männer und Frauen berechtigt, wenn man sich die Bedingungen der arbeitenden Menschen zu dieser Zeit vorstellt. Daß sie über den Mutterschutz hinaus vor allem für Frauen erhoben wurden (und damals wie heute für die Beschäftigung von Frauen zu Benachteiligungen führten), ist wiederum Ausdruck der fortbestehenden patriarchalischen und antifeministischen Tendenzen in der Sozialdemokratie. Dazu Eduard Bernstein: »Der Ruf 'Kein Arbeiterschutz für Frauen, der nicht für Männer besteht' ist ein falscher, bürgerlicher Frauenrechtelei entnommen.«

Bei der Bewertung der vorgestellten Fakten ist zu bedenken, daß Frauen in der beschriebenen Zeit weder Mitglieder der Partei noch der Gewerkschaft sein konnten.

Mit der Zulassung der Frauen zur Parteimitgliedschaft (1908), mit den Flügelkämpfen zwischen Marxisten und Revisionisten, mit der Stärkung der Gewerkschaft innerhalb der Arbeiterbewegung ist nach bisherigen Erkenntnissen der auf dem Eisenacher Parteitag eingenommene radikale Standpunkt in der Frauenfrage mehr ein theoretischer geblieben, dem die Praxis der Partei und die Einstellung der sozialdemokratischen Männer zunehmend weniger entsprachen. Dazu Thönnessen:

»Der Absage an den Marxismus entsprach eine skeptische Haltung gegenüber der Frauenemanzipation und eine sich spießig-wohlwollend gebärdende, aber darum nicht weniger effektive Ablehnung der Forderung der Frauen nach gleichberechtigter Mitarbeit in der Partei. Da die politisch aktiven Frauen in der Sozialdemokratie aufgrund ihrer besonderen Stellung als sowohl im Arbeitsprozeß und in der Gesellschaft wie auch in der Partei diskriminierter 'fünfter Stand' vielfach Anhänger der revolutionären Theorie waren, befanden sie sich in der schwierigen Lage, gleichzeitig von zwei sich überschneidenden Fronten, der des Revisionismus und jener des proletarischen Antifeminismus bekämpft zu werden.« (Thönnessen 1969, S.78)

Obwohl nach den Spaltungsprozessen fast alle führenden Genossinnen der alten Frauenbewegung die SPD verlassen hatten und die praktische Politik der Nachkriegszeit das Recht der Frauen auf Arbeit mit Billigung der Sozialdemokraten eklatant verletzte (aber nun endlich das bis dahin umstrittene Wahlrecht brachte), wird in das Görlitzer Programm von 1921 der für die Frauen entscheidende Text des Erfurter Programms wieder aufgenommen und ergänzt im Forderungskatalog nach einem allgemeinen Frauenrecht auf Erwerb; in der Rechtspflege wird die Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern gefordert, in der Schul- und Kulturpolitik die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter

durch beide Geschlechter. Bei diesen Programmpunkten ist nicht zu erkennen, wieweit sie auf der Überlegung beruhen, daß die »Natur der Frau« sie für diese Aufgaben besonders bestimmte, oder ob es um die Öffnung neuer Berufe für Frauen ging.

Das Heidelberger Programm (1925), die letzte programmatische Aussage der SPD vor der Zerschlagung der Republik durch den Faschismus, hält ebenfalls an dem emanzipatorischen Ansatz fest. In der Praxis der SPD-Frauenarbeit spielte die Emanzipation jedoch keine entscheidende Rolle mehr. Die Fraktion betrieb, was Clara Zetkin bisssig »Frauenrechtelei« genannt hatte, die rechtliche und formale Gleichstellung der Frau in der Verfassung und im Bürgerlichen Gesetzbuch; die ehemals so politische Frauenarbeit der Partei war auf das »Mütterlich-Soziale«, auf das eigentlich Weibliche umgelenkt worden mit der Gründung eines Hauptausschusses für die Arbeiterwohlfahrt. Er wurde von Marie Juchacz geleitet, die zugleich Frauenbeauftragte des Parteivorstands blieb.

Nicht zuletzt aus dem gewerkschaftlichen Lager war seit Jahren der Feldzug gegen die Frauenerwerbstätigkeit weitergeführt worden. Nun war man innerparteilich zur Auffassung von den »natürlichen Aufgaben der Frau« zurückgekehrt. Aus der politischen Arbeit wurden die Frauen in die Sozialarbeit gedrängt.

Die Weimarer Verfassung hatte den Frauen das Wahlrecht gebracht und eine Gleichstellung zwischen Männern und Frauen, in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht blieben sie jedoch auch in der Republik unterdrückt. Nur die kulturellen Vorfelddorganisationen der SPD und der Gewerkschaften blieben Nischen einer sozialistischen Kultur: dort waren Koedukation im Kinder- und Jugendalter selbstverständlich, die »Freie Liebeswahl« (Bebel) Grundlage für die Eheschließung der jungen Frauen und Männer. Und doch: entgegen den erlebbaren Fakten, daß für den Unterhalt der Arbeiterfamilien und der Familien der kleinen Angestellten auf die Frauenlöhne nicht verzichtet werden konnte, im Handwerk und in der Kleinlandwirtschaft die Mitarbeit der Ehefrauen unerlässlich war, daß die Industrie selber an der weiblichen Arbeitskraft interessiert war, festigte sich die Vorstellung in Millionen sozialdemokratischen Männerköpfen, daß die ideale gerechte Gesellschaft erst dann erreicht sei, wenn die Frauen keinem außerhäuslichen Erwerb nachgingen.

Nach dem 2. Weltkrieg und dem Ende des Faschismus erkämpften die sozialdemokratischen Frauen, unterstützt von einigen Mitkämpferinnen aus der alten bürgerlichen Frauenbewegung — zunächst gegen den Widerstand der eigenen Genossen — den Gleichheitsartikel des Grundgesetzes. Dieser unbestreitbare Fortschritt mag der Grund dafür sein, daß weder in der Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 noch im Aktionsprogramm von 1952 (beschlossen) und 1954 (erweitert) die Gleichberechtigungsforderungen von Erfurt, Görlitz und Heidelberg wieder aufgenommen werden. Unter »Ziele und Aufgaben« heißt es dort:

»... die Sozialisten kämpfen deswegen für die Gleichberechtigung aller Menschen und für ihre geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit, die in der bestehenden Gesellschaft nicht verwirklicht werden kann.« (Dowe/Klotzbach 1984, S.315)

Vielleicht hat diese Formulierung aber auch etwas damit zu tun, daß die alte Frauenemanzipationstheorie nun als marxistisch verworfen wurde, denn zu den Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes, so heißt es später in dem Text, gehören in Europa Christentum, Humanismus und klassische Philosophie. Den Verdacht, daß die Frauenemanzipationstheorie wegen ihrer marxistischen Wurzeln fallengelassen wurde, daß diese als ein Hindernis auf dem Weg zur Volkspartei betrachtet wurde, daß sie die nun zur Partei stoßenden Mittelschichten verschrecken und als ein Angriff auf deren Familienideale verstanden wer-

den könnte, verstärkt das Godesberger Programm. — »Frau — Familie — Jugend« heißt das Kapitel, in dem Frau vorkommt. Darin heißt es:

»Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden. Der Frau müssen die gleichen Möglichkeiten für Erziehung und Ausbildung, Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung geboten werden wie dem Mann. Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben. Hausarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden. Hausfrauen und Mütter bedürfen besonderer Hilfe, Mütter von vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Kindern dürfen nicht genötigt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen.« (Dowe/Klotzbach 1984, S.376)

Nichts mehr von dem allgemeinen Recht auf Erwerbsarbeit, nichts mehr von Arbeit für alle. Nichts mehr davon, daß die Erwerbsarbeit eine Voraussetzung für die Emanzipation der Frauen ist. Sicher hat die Aussage, keine Mutter solle aus wirtschaftlichen Gründen genötigt sein zu arbeiten, ihren richtigen Sinn in einer Gesellschaft, in der Millionen Kriegerwitwen mit kleinen und kleinsten Renten Kinder versorgen sollten. Doch rechtfertigte diese Situation die Forderung, Hausarbeit als Berufsarbeit anzuerkennen und die patriarchalische Fürsorge nicht nur den Müttern, sondern auch den Hausfrauen zukommen zu lassen, und über den Mann und Vater in der Familie kein Wort zu verlieren? Nichts auch davon, daß unser Familienbegriff sich von den Vorstellungen anderer unterscheiden könnte und müßte.

In die wichtige Phase der Konsolidierung der zweiten Republik ging die sozialdemokratische Partei mit einem völlig bürgerlichen Frauen- und Familienbild. Erst durch außerparlamentarische Bewegung und Frauenbewegung der späten 60er Jahre und die zunehmende Frauenbeschäftigung in den Zeiten der Hochkonjunktur und fortdauernde ungleiche Bezahlung sowie durch die verbesserte Bildung der Mädchen, lebte die Diskussion innerhalb der SPD über Frauenfragen wieder auf, bei den Jusos ebenso wie in den SPD-Frauengruppen und ab 1972 in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Beweise dafür: Die Kampagne »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« (von Annemarie Renger gestartet), die Reform des §218 StGB, die Familienpolitische Konferenz der AsF 1974 in Bremen und im Anschluß daran die Erarbeitung eines familienpolitischen Programms der Partei sowie der Versuch der AsF, auf marxistischer Grundlage Grundsätze für die AsF-Arbeit zu formulieren (Braunschweiger Papier der AsF). Bezeichnend für die Einstellung der Partei: Der Eiertanz um das familienpolitische Papier, das auf dem Hamburger Parteitag 1977 endlich beschlossen wurde. Es enthält den Satz: »Familien sind auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften eines oder mehrerer Erwachsener mit einem oder mehreren Kindern.« Für die Diskussion dieses Papiers war auf dem Parteitag weniger als eine Stunde Zeit vorgesehen. Parteiführung, Regierungsmitglieder und Bundestagsfraktion scheuten die öffentliche Aussprache über einen Bereich, wo man sich auf Druck der Basis, insbesondere der Frauen, von der bürgerlichen Familienideologie endlich deutlich absetzte. Vorher war in den Orientierungsrahmen '85 auf Druck der AsF ein Kapitel »Gleichstellung der Frau« eingefügt worden, nachdem die Frauen zunächst nur im ersten Kapitel unter »den Schwächsten in unserer Gesellschaft, insbesondere den Frauen, den Kindern ...« etc. aufgetaucht waren. Nun heißt es in diesem ersten Kapitel:

»... die überlieferte gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen abzubauen und beiden Geschlechtern gleichwertige Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung in Beruf, Familie und in der Wahrnehmung öffentlicher Ämter und Funktionen zu sichern.« (Dowe/Klotzbach 1984, S.399) Und unter 4.6: »Die Gleichstellung der Frau ist ein gesellschaftliches Problem, das nur gemeinsam von Männern und Frauen bewältigt werden kann. Die SPD wird diese Politik nur

dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernst macht.« (ebd., 496)

In diesen Beschlüssen aus den 70er Jahren zeigt sich eine Tendenzwende in der Programmatik, die vor allem auf den Kampf der Frauen in der Partei zurückzuführen ist, die aber auch von der Frauenbewegung und anderen sozialen Bewegungen beeinflusst wurde. Wenn das neue Programm die Zustimmung der selbstbewußt und anspruchsvoll gewordenen weiblichen Mitglieder und der weiblichen Mehrheit der Bevölkerung finden soll, muß es Lebensentwürfe enthalten, die von weiblicher Autonomie und Selbstbestimmung ausgehen, die Gleichheit von Männern und Frauen über den rechtlichen und ökonomischen Rahmen hinaus als eine kulturelle Umwälzung beschreiben, die die aus der ökonomischen und sexistischen Unterdrückung resultierende Teilung des Lebens, des Denkens, des Fühlens und Handelns aufheben. Nur eine Teilung kann akzeptiert werden: die gerechte Teilung aller Arbeit, der bezahlten und der unbezahlten, zwischen Männern und Frauen in Wirtschaft und Verwaltung, im Hause und in der Gesellschaft. Es muß deutlich werden, daß die SPD einer Politik verpflichtet ist, die das männliche Monopol der Macht und die Macht der industriellen und bürokratischen Komplexe und die von ihnen ausgehende strukturelle Gewalt bricht.

Literaturverzeichnis

- Brandt, Willy (Hrsg.), 1978: Frauen heute — Jahrhundertthema Gleichberechtigung. Köln, Frankfurt/M.
- Dowe, Dieter, und Kurt Klotzbach, 1984: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn
- Menschik, Jutta (Hrsg.), 1976: Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. Köln
- Scharping, Rudolf, und Friedhelm Wollner (Hrsg.), 1973: Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm. Diskussionsbeiträge zum OR 85. Reinbek b. Hamburg
- Schröder, Hannelore (Hrsg.), 1979: Die Frau ist frei geboren. Texte zur Frauenemanzipation. Bd.1. 1789-1876. München
- Thönnessen, Werner, 1969: Frauenemanzipation — Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933. Köln, Frankfurt/M.
- Weiland, Daniela (Hrsg.), 1983: Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland und Österreich. Biographien, Programme, Organisationen (Hermes Handlexikon). München

Diskussionsschwerpunkt

Uwe Kremer

»Zukunft der Arbeit« — Zukunft der SPD

1. Reformismus und konkrete Utopie

Die »Zukunft der Arbeit« rückt immer mehr in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Projektionen: Die jüngsten Ergebnisse aus der Programmkommission beim Parteivorstand machen dies ebenso deutlich wie das ambitionierte Wirtschaftsprogramm der Schleswig-Holsteiner SPD und stark beachtete gewerkschaftliche Beiträge zur Programmdebatte der SPD. Wenn es richtig ist, daß die hegemoniale Kraft der Arbeiterbewegung von der Besetzung des Feldes »Zukunft« und der Entwicklung einer entsprechenden »konkreten Utopie« abhängt, und wenn es weiterhin als wahrscheinlich gelten kann, daß in der Arbeiterbewegung die Sozialdemokratie und in der Sozialdemokratie der Reformismus auf absehbare Zeit dominant bleiben werden, so ergibt sich die Schlüsselfrage nach dem *Verhältnis von Reformismus und konkreter Utopie*. Und dies ist zugleich die Frage nach der historischen Perspektive von Reformismus und Sozialdemokratie.

Ralf Dahrendorf hat schon vor einiger Zeit das »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« kommen sehen (Dahrendorf 1983), eine Einschätzung, die auch in weiten Teilen des linken bzw. alternativen Lagers in den vergangenen zehn Jahren sehr verbreitet war. Und auch unter marxistischen Sozialdemokraten konstatierte man zwar nicht das Ende der Sozialdemokratie, dafür aber den Niedergang bzw. die Zukunftslosigkeit des Reformismus (vgl. zur Kritik an dieser Auffassung Kremer 1983). Dem könnte zunächst entgegengehalten werden, daß sich der sozialdemokratische Reformismus gegenwärtig bester Gesundheit zu erfreuen scheint und sich im übrigen alle bisherigen Prognosen über sein baldiges Ableben als historisch falsch erwiesen haben. Doch reicht diese Argumentation mit Blick in die Zukunft sicherlich nicht aus, weswegen ich einige weitere Bemerkungen zur historisch-systematischen Einordnung der Problemstellung folgen lassen möchte.

Zunächst zum Begriff der »konkreten Utopie«. Ich gehe davon aus, daß eine im gesellschaftlichen Maßstab wirksame »konkrete Utopie« eine *politisch-ideologische* Komponente beinhaltet. Sie spielt eine Schlüsselrolle im Kampf um Wertorientierungen, Zukunftsvorstellungen und andere Faktoren, die im gesellschaftlichen und Alltagsbewußtsein wirksam sind und das persönliche/massenhafte Handeln beeinflussen bzw. strukturieren. Mit anderen Worten: Sie spielt eine Schlüsselrolle im *Kampf um Hegemonie*. Die Wirksamkeit einer »konkreten Utopie« beruht zugleich aber auf ihrer *politisch-ökonomischen* Substanz, auf dem angestrebten bzw. faktisch zugrundeliegenden *Modell der Regulierung* der ökonomischen und sozialen Beziehungen, das in der »konkreten Utopie« politisch-ideologisch reflektiert wird. Eine gesellschaftlich wirksame »konkrete Utopie« beinhaltet also ein gesellschaftliches *Projekt*, das auf dem *Zusammenhang von Hegemonie und Regulierungstyp* beruht. Bei der Debatte um die »Zukunft der Arbeit« geht es notwendigerweise um einen solchen Zusammenhang, um ein solches Projekt.

Zukunftsdebatten und Zukunftsvisionen entfalten dann besonders große Brisanz und Wirksamkeit, wenn ein gesellschaftlicher Regulierungs- und Hegemonietyp in eine grundlegende Strukturkrise gerät bzw. ein längerer Zyklus kapitalistischer Entwicklung seinen

krishenhaften Abschlul3 findet, weil die Entwicklung der Produktivkräfte mit dem iberkommenen Regulierungstyp nicht vereinbar ist und in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein neuer Typ von Regulierung und Hegemonie etabliert werden mu3 (vgl. zur Strukturbruch-These: Altvater 1983; Deppe 1985). Eine derartige historische Situation war offenkundig mit der gro3en Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre und ihren gewaltsam potenzierten Ausläufern bis Ende der 40er Jahre gegeben. In dieser Zeit fand eine grundlegende Neuformierung der sozio-politischen Kräfte in den kapitalistischen Industrieländern statt, die mit der Entwicklung von »konkreten Utopien« im obigen Sinne verbunden war.

Am schwedischen Beispiel la3t sich am deutlichsten zeigen, wie sich ein neuer, keynesianisch-wohlfahrtsstaatlicher Typus von sozialdemokratischem Reformismus herausbildete — gestutzt auf die massenwirksame konkrete Utopie des schwedischen »Volkshelms«, bezogen auf das Regulierungskonzept eines »Sozialstaatskapitalismus« und realisiert im Kompromi3 zwischen Monopolkapitalismus und »Wohlfahrtsstaat« (vgl. zu Schweden Meidner/Hedborg 1984; Buci-Glucksmann/Therborn 1982). Es handelte sich gewisserma3en um eine »reformistische Utopie«, die ma3geblichen Einflu3 auf die Entwicklung und Ausgestaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, insbesondere in Nord- und Westeuropa ausubte: Sie ist insofern Realität geworden, als sie die Rolle der Massen und der Arbeiterorganisationen in Staat und Gesellschaft entscheidend vorangetrieben, die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse grundlegend verändert und die Strukturen des Alltagslebens und -bewu3tseins tief geprägt hat (vgl. Buci-Glucksmann/Therborn 1982; Therborn 1984; Deppe 1984 und 1985).

Ein Ruckblick auf diesen — auslaufenden — Zyklus von kapitalistischer Entwicklung und reformistischer Arbeiterbewegung la3t es zumindest geboten erscheinen, mit jenem infantilen »Marxismus« zu brechen, der den realen historischen Reformismus auf seine Funktionalität für das Monopolkapital reduziert bzw. ihm jede *eigenständige* Gestaltungskraft abspricht. Da3 eine »reformistische Utopie« in der Realität zugleich abgeschliffen oder gar deformiert wird, liegt allerdings in der Natur von Projekten angelegt, die den grundsätzlichen Rahmen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und staatsmonopolistischer Regulierung akzeptieren: Die westdeutschen Sozialdemokraten können darauf wohl die meisten Lieder singen. Dies hei3t aber noch lange nicht, da3 die westdeutsche Sozialdemokratie in der Debatte um die »Zukunft der Arbeit« in einem neuen Zyklus kapitalistischer Entwicklung keine Chance hätte.

2. Sozialdemokratie und Zukunftsdebatte — heute

Frank Deppes These vom »Utopieverlust der Arbeiterbewegung« ist für die reformistische Sozialdemokratie zu spezifizieren: Wir stehen am Ende eines gro3en Zyklus von Kapitalismus und Arbeiterbewegung, wobei sich die *vorwartsweisende* Kraft des gewachsenen keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulierungsmodells (mit staatsmonopolistischer Dominante) zunehmend erschöpft hat. Dies gilt international und erst recht für die BRD, war die westdeutsche Arbeiterbewegung doch im Rahmen des vergangenen Zyklus eher ein Nachzügler. Allerdings hat dieses Modell selbst Verschiebungen in der Struktur von Alltagsleben und Alltagsbewu3tsein, neue persönliche Lebenschancen und Gestaltungsspielräume für die Massen eröffnet, die in Konfrontation mit der zerbrechenden kapitalistischen Expansionsdynamik und der Krise des bisherigen Regulierungstyps zum Ausgangspunkt veränderter und neuer Zukunftsvorstellungen und -hoffnungen werden.

In dieser Situation ist der konservativ-reaktionäre »Revanchismus«, der versucht, den gewachsenen Einfluß der Arbeiterbewegung und den dadurch ausgelösten Zwang zum Klassenkompromiß wieder zu zerstören, auf dem Feld der »Zukunft« chancenreich, solange die Arbeiterbewegung selbst auf diesem Gebiet nicht in eine neue Offensive gelangt, die den zentralen Herausforderungen Rechnung trägt: der veränderten kapitalistischen Akkumulationsdynamik, der Umwälzung der technologischen Basis, der Umstrukturierung des Gesamtarbeitskörpers bzw. der Klassenstrukturen, der Verschiebungen im Verhältnis von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Freizeit und den damit einhergehenden Wandlungen in den Bewußtseins- und Bedürfnisorientierungen der Massen, die zumeist unter dem Stichwort »Wertewandel« abgehandelt werden.

Insoweit nun die »Zukunft der Arbeit« in den Mittelpunkt der Programmdebatte der SPD gerückt und damit eine Verbindung von Zielvorstellungen/Wertorientierungen und politisch-ökonomischem Regulierungsmodell angestrebt wird, handelt es sich hierbei um einen durchaus rationalen Vorgang. Der »marxistische« Streit, ob es sich hierbei um ein integrationistisches Ablenkungsmanöver der Parteiführung, eine historische Chance für die Renaissance des Marxismus in der SPD oder um einen »utopischen Sozialismus« handelt, geht an dieser Tatsache völlig vorbei (und interessiert außer den Streitenden offenbar niemanden). Ob allerdings die Konturen der Debatte gegenwärtig so klar sind, daß sich »an der Diskussion über die Zukunft der Arbeit ... auch parteiintern die politischen Strömungen und Tendenzen (scheiden)« (SOST 1985a), darf angesichts der Unübersichtlichkeit der Positionsbestimmungen bezweifelt werden. Dennoch will ich im folgenden versuchen, die Beiträge etwas zu »sortieren«.

2.1 Öko-sozialistische Positionen

Der erste maßgebliche Schub für eine inhaltliche Neuorientierung der SPD auf dem Gebiet der »Zukunft« setzte Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre unter dem Stichwort »Öko-Sozialismus« ein. Formuliert wurde diese Position insbesondere von Johanno Strasser und Klaus Traube (1980 und 1981), die sich damit frontal gegen die »Zukunftslosigkeit« zur Wehr setzten, welche sich in der SPD während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt zunehmend ausgebreitet hatte. Die kapitalistische Krise galt ihnen zuallererst als eine Krise des industrialistischen Wachstumsmodells und des damit verbundenen kompensatorisch-entfremdeten Bedürfnissystems. Die ökologische Zerrüttung als gesellschaftliches Zentralproblem lasse sich nicht unter dem Primat von Warenproduktion und Produktivitätswachstum bewältigen. Die sozialen Folgen industrialistischer Dynamik und eines entfremdeten Erwerbsarbeitssystems seien nicht mehr länger durch einen etatistischen Sozialstaat auffangbar. Das bisherige sozialdemokratische Politikmodell mußte vor diesem Hintergrund als untauglich erscheinen, um die »Zukunft des Fortschritts« (so der Titel des Buches von Strasser/Traube) zu meistern.

Statt dessen wurde von den Öko-Sozialisten eine Abkehr vom industriellen Wachstumsmodell zugunsten möglichst geschlossener ökologischer Wirtschaftskreisläufe gefordert. Einer weiteren Fixierung auf den entfremdeten Erwerbsarbeitssektor sollte mit der Förderung von Subsistenzwirtschaft und Eigenarbeit begegnet, Erwerbssektor und Staat dezentralisiert werden. Die Entwicklung der Utopie einer dualen ökologischen Gleichgewichtswirtschaft schloß die Anforderung ein, kapitalistische Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Ob die Arbeiterbewegung um einer derartig restriktiven »Zukunft« willen zum Angriff auf die Kapitalmacht bereit sein würde, durfte wohl bezweifelt werden. Zwar konnte sich dieser Ansatz in Teilen der intellektuellen Parteilinken vorübergehend ausbrei-

ten und die Oberhand gegenüber »traditions-sozialistischen« Ansätzen reformistischer und marxistischer Provenienz gewinnen. Nach der Bonner Rechtswende wurden öko-sozialistische Ansätze aber zunehmend durch Abdrängung und integrative Vereinnahmung aufgesplittert, so daß sie als zusammenhängende radikale Alternative eigentlich nicht mehr vorhanden sind.

Klaus Traubes jüngster Versuch (Traube 1985), diesem Prozeß der modernistisch-integrativen Vereinnahmung von einigen Teilen öko-sozialistischen Gedankenguts (»ökologische Modernisierung«) bei Abdrängung anderer — v.a. technologieskeptischer — Teile entgegenzutreten, mutet doch recht hilflos an: Mit Traubes Appell, sich auf die »Sicherung des Erreichten« und die »Beschneidung der Auswüchse« zu beschränken (vgl. ebd., 11), läßt sich das Feld der »Zukunft« heute nicht mehr besetzen. Faktisch läuft er auf eine drastische Beschränkung der Produktivkraftentwicklung und ihrer progressiven Potentiale hinaus, womit er den »modernistisch-integrativen« Positionen allemal unterlegen bleibt.

Demgegenüber hält sich Oskar Lafontaine mit der Perspektive eines »anderen Fortschritts« (1985) alles offen. Unter der Parole »Verantwortung statt Verweigerung« versucht er zum einen öko-sozialistisches Gedankengut neu aufzuwärmen (insbesondere den Anti-Industrialismus und die Dualwirtschaft), dies zum anderen aber so abzuschleifen und zu verbreiten, daß auch einer modernistisch-integrativen Position letztlich zugestimmt werden kann (vgl. die Rezension in diesem Heft). Auch Lafontaine drückt damit die Hilflosigkeit des Öko-Sozialismus in der Entwicklung von Zukunftsperspektiven aus.

2.2 Modernistisch-integrative Positionen

Der zweite, »modernistisch-integrative« Schub kam 1983 und insbesondere 1984 direkt aus dem »Parteizentrum«, das sich nun ebenfalls verstärkt der »Zukunft der Arbeit« wandte. Die deutlichste Gegenposition zu Strasser/Traube nahm im letzten Jahr Peter Glotz mit seiner »Arbeit der Zuspitzung« ein. Statt von einer »Krise des Industrialismus« zu reden, konstatiert Glotz eine »Restrukturierungskrise des Kapitals« und die Unzulänglichkeit des staatlichen Innovations- und Steuerungspotentials angesichts der Verwerfungen auf dem Weltmarkt, der Umwälzungen der technologischen Basis des Nationalkapitals und des Aufbrechens des sozialen Konsenses zwischen den Klassen. Sein Konzept der »sozial gesteuerten Innovation« stellt vor diesem Hintergrund den Versuch dar, einen neuen Typus ökonomischer und sozialer Regulierung unter maßgeblicher Beteiligung der Arbeiterbewegung zu etablieren.

Dreh- und Angelpunkt ist für Glotz ein offensives Herangehen an die neuen Technologien: »Wir müssen versuchen, der Technik statt der Vision des Schreckens eine befreiende Utopie abzupressen.« (1984, 155) Die Konturen dieser Utopie deuten sich in folgenden Eckpunkten an, die von Glotz in seinem eher essayistisch gehaltenen Werk allerdings nicht systematisch herausgearbeitet worden sind: Reprofessionalisierung der Produktionsarbeit im Zuge der industriellen Automation, insgesamt aber eine Verschiebung vom traditionellen Industriesektor zum Informatiksektor, zu produktionsbezogenen und personenbezogenen (Human-)Dienstleistungen, fortschreitende Arbeitszeitverkürzung und die Nutzung erweiterter Handlungsspielräume in Beruf und Freizeit, Erwerbs- und Eigenarbeit durch eine breit angelegte Qualifizierungsoffensive. Grundmuster der sozialen Steuerung ist die »antagonistische Kooperation« zwischen den Klassen bei Ausweitung von Mitbesitz und Mitbestimmung seitens der Arbeitnehmer. Kapitalistische Marktwirtschaft und exportorientiertes Wachstum werden als Rahmenbedingungen nicht in Frage gestellt, sondern bewußt akzeptiert.

Man mag Peter Glotz alles mögliche vorhalten: Jedenfalls hat er besser als die meisten SPD-Linken (die Jusos eingeschlossen) den marxistischen Grundsatz verstanden, daß eine gesellschaftliche Kraft, die zur politischen Macht bzw. zur Hegemonie strebt, die progressiven Seiten der Produktivkraftentwicklung verkörpern muß. Die Zukunft der Arbeiterbewegung ist in der Tat daran gebunden, eine *offensive* Position zu den sogenannten neuen Technologien zu entwickeln, die die Zukunftschancen für das Arbeiten und Leben der Bevölkerungsmehrheit darlegt und ihre Realisierung in Angriff nimmt.

Ich denke, daß dies die inhaltliche Grundlage für die von Traube (s.o.) beklagte Ausbreitung der modernistisch-integrativen Position ist: denn diese Position greift — freilich in oft falscher und illusionärer Weise — die Entwicklung neuer Produktionskonzepte und Qualifizierungstypen (vgl. Kern/Schumann 1984), das »Arbeit-und-Technik«-Programm der IG-Metall (vgl. Benz-Overhage 1984) und andere *Ansätze mit progressiven Potentialen* auf und besetzt damit das Feld der »Zukunft«.

Eine ähnliche Position eines integrativen Modernismus hat im übrigen auch Johannes Rau (1983 und 1984) in mehreren Beiträgen zur »Zukunft der Arbeit« eingenommen. Während Glotz dualwirtschaftlichen Ansätzen und der Förderung von Eigenarbeitsformen eher nüchtern gegenübersteht, predigt Rau offensiv den Wert der Selbsthilfe, des Ehrenamtes und der Eigenarbeit: Faktisch propagiert er einen kompensatorischen Beschäftigungssektor ohne Erwerbscharakter bzw. mit prekären Arbeitsformen, der die Opfer der Modernisierungspolitik versorgen soll. Ebenso wie die Integration einer qualitativen ökologischen Schwerpunktsetzung in das Konzept der »ökologischen Modernisierung« führt auch diese Einpassung dualwirtschaftlicher Ansätze zur Abschleifung öko-sozialistischer Positionen.

2.3 Gewerkschaftliche Beiträge

In den letzten Monaten konnte man einen dritten Schub von Debattenbeiträgen verzeichnen, der vor allem aus dem gewerkschaftlichen Bereich kam (vgl. Rappe/Steinkühler, Steinkühler, Brusis): Die Erfahrungen mit der Bonner Wende-Politik und die Aufarbeitung der gewerkschaftlichen Kämpfe, insbesondere um die Arbeitszeitverkürzung, haben zu einem wachsenden gewerkschaftlichen Interesse an der Entwicklung von politischen Zukunftskonzepten geführt. Die fortschreitende technologische Entwicklung, die Umstrukturierungen im gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörper (Arbeitslosigkeit, Segmentierung, Flexibilisierung) und die Veränderungen in Bewußtseinsformen und Wertorientierungen unter den Lohnabhängigen stellen Herausforderungen für gewerkschaftliche Organisation und Politik dar, die in der Tat eine umfassende, die Zukunft der Arbeits- und Lebensweise thematisierende *Politisierung* des gewerkschaftlichen Handelns erforderlich macht (vgl. SOST 1985).

Die gewerkschaftlichen Beiträge betonen die Zentralität des Erwerbssektors und die Bedeutung hoher Produktivität und Komplexität der »Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft« als Grundlage für die persönliche Entlastung der arbeitenden Menschen in Beruf, Freizeit, politischem und kulturellem Leben. Hierin sind sich Gewerkschafts»rechte« und Gewerkschafts»linke«, Hermann Rappe und Franz Steinkühler — in meinen Augen zu Recht! — völlig einig gegenüber grün-alternativen bzw. öko-sozialistischen Positionen. Während bei Rappe allerdings die Einbindung in das modernistisch-integrative Lager klare Sache ist, bleiben die Optionen von Steinkühler, der IG Metall und anderer eher »linker« Gewerkschaftssektoren diesbezüglich noch unklar. Jedenfalls herrscht hier in der Frage der Weltmarktanpassung und Exportorientierung wesentlich größere Skepsis gegen-

über der Position von Glotz und Rappe vor. Bezweifelt wird auch, daß die Tendenzen zu neuen Produktionskonzepten und neuen hochwertigen Qualifizierungstypen von sich aus so stark sind, daß sich die Zukunftschancen über die Kooperation von Kapital und Gewerkschaften erschließen lassen. Und dementsprechend groß ist die Überzeugung von der Notwendigkeit, Zukunftskonzepte in Verbindung mit den Klassenauseinandersetzungen zu sehen.

Durchgängig fordern die Gewerkschafter umfassendere Maßnahmen unter dem Stichwort »Wirtschaftsdemokratie« als sie etwa bei Glotz zu erkennen sind. Ilse Brusis hat dazu ein Konzept in die Programmdiskussion eingebracht, das allerdings über die bisherigen Vorstellungen des DGB nicht hinausgeht: Im Mittelpunkt stehen Mitbestimmung und Beteiligung am Produktivvermögen. Auch diesmal fehlt eine *offensive* Einarbeitung des Gemeineigentums in die »Zukunft der Arbeit«: Die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen bewegen sich doch recht deutlich im Rahmen von »antagonistischer Kooperation« mit dem Kapital auf der Grundlage von »mixed-economy«-Konzepten.

Entscheidend ist die Frage, ob sich die Positionsfindung in der IG Metall unter »ideologischer« Führung von Franz Steinkühler weiter verdichtet: Offensiver Zugriff auf die progressiven Potentiale der technologischen Entwicklung (Arbeit-und-Technik-Programm), d.h. ihre Nutzung für Qualifizierung, Humanisierung und Gewinnung von Zeitsouveränität zugunsten der Arbeitnehmer; Arbeitszeitverkürzungen, die aber nicht als Ersatz für die Gestaltung der Erwerbsarbeit gelten dürfen und daher — lt. Steinkühler — langfristig an Grenzen stoßen; Ausbau beschäftigungsintensiver sozial-kultureller Dienste in öffentlicher Regie; Kombination dieser Faktoren zur gewerkschaftlichen Beeinflussung des »Freizeit«-Bereiches und des gesamten Lebenszusammenhanges der arbeitenden Menschen; darüber schließlich vermittelt: Steuerung des Klassenformierungsprozesses, dessen Komplexität noch weiter zunehmen wird. Von hier aus wäre zu überdenken, ob die Reichweite der vorgeschlagenen wirtschaftsdemokratischen Instrumente diesem breiten Zugang zur »Zukunft der Arbeit« gerecht werden kann.

2.4 Beiträge aus dem Spektrum der Parteilinken

Gegenüber den »modernistischen« Positionen aus dem Partei»zentrum« und den Gewerkschaften haben sich vergangene Beiträge aus dem Bereich der sogenannten Parteilinken eher blaß ausgenommen, wofür insbesondere die mangelnde Bewältigung der öko-sozialistischen Glanzzeiten verantwortlich ist. Zugespitzt könnte man zwei Tendenzen unterscheiden: Im Partei-Linken-Antrag zum Essener Parteitag 1984, im jüngsten Programmbeschluß der Schleswig-Holsteiner SPD, bei Oskar Lafontaine, Sigrid Skarpelis-Sperk u.a. sowie in den Ausarbeitungen der AG »Arbeit, Technik, Wirtschaftsstruktur« beim Parteivorstand werden am kapitalistischen Charakter des Akkumulationsprozesses völlig vorbegehende Krisenerklärungen mit einer eher deskriptiven, in den Konsequenzen eher widersprüchlich-ratlosen Position zu den sogenannten neuen Technologien verbunden. Dies wird überlagert durch die großen Hoffnungen, die auf die Förderung von sogenannten selbstbestimmten Arbeitsformen und »persönlichkeitsfördernder« Eigenarbeit gesetzt werden. Während sich allerdings allgemein die Auffassung von der Zentralität des Erwerbsarbeitssektors zumindest verbal durchgesetzt zu haben scheint (so Eppler 1985), ist davon bei der Schleswig-Holsteiner SPD wiederum nicht die Rede. Statt dessen wird am »Begriff der Arbeit« herumgebastelt mit der Konsequenz: »Selbstbestimmte Tätigkeiten im Bereich der Freizeit, der Eigenarbeit und bestimmter Ehrenämter, der Nachbarschafts-

hilfe, Familienarbeit und genossenschaftlichen Kooperation müssen als gleichwertig neben die Erwerbsarbeit treten«.

Eine andere Tendenz spiegelt sich in den Ausarbeitungen der Wirtschafts-AG des »Frankfurter Kreises« und Peter von Oertzens sowie im Beschluß des letzten Bundeskongresses der Jungsozialisten wider: Hier wird der Umstrukturierung und der Gestaltung der Erwerbsarbeit und der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen eine eindeutige Priorität beigemessen. Insofern gibt es insbesondere Übereinstimmungen mit den Positionen im Bereich der IG Metall. Die Entwicklung selbstbestimmter Tätigkeiten im Rahmen erweiterter persönlicher Entfaltungs- und Wahlmöglichkeiten hat erst vor diesem Hintergrund eine Perspektive und bleibt somit gebunden an den Primat des Erwerbssektors und der öffentlichen und gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht. Allerdings bleiben auch diese Ausführungen schwammig und unzureichend in der Positionsbestimmung gegenüber den sogenannten neuen Technologien und den Umstrukturierungsprozessen zwischen traditionellem Industrie-, Informations- und sonstigen Dienstleistungssektoren. Klar herausgearbeitet ist aber bei der Wirtschafts-AG der Partei-Linken wie auch bei den Jungsozialisten die Position, daß die »Zukunft der Arbeit« für die Arbeiterbewegung nur dann ausreichend gestaltbar ist, wenn die herrschende außenwirtschaftliche Orientierung relativiert und binnenwirtschaftliche Zusammenhänge gestärkt werden.

Insgesamt betrachtet befindet sich die Parteilinke im Bereich der Zukunftsdebatte noch in der Defensiv gegenüber der modernistisch-integrativen Position, auch wenn wichtige Fortschritte auf ihrer Februar-Tagung in Oer-Erkenschwick (vgl. Kremer 1985) in Rechnung gestellt werden.

2.5 Vorläufige Gesamteinschätzung des Diskussionsstandes

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß gegenwärtig ein Ausgreifen modernistisch-integrativer Zukunftsperspektiven innerhalb der Partei festzustellen ist (Stichwort: »ökologische Modernisierung«). Offen bleibt, ob sich daraus tatsächlich ein zusammenhängendes »reformistisches Projekt« entwickeln läßt oder damit nur ein schlechter sozialdemokratischer Pragmatismus kaschiert werden soll. Peter Glotz bemüht sich jedenfalls redlich, sein »Projekt der Moderne« insbesondere mit industriesoziologischer Unterstützung weiter auszuweilen (vgl. seine Diskussion mit Kern, Schumann, Rappe und Hauchler in der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3/85). Einige Grundprobleme werden aber noch mit großer Kühnheit übergangen: *Erstens* ist die implizite Grundannahme zu bezweifeln, daß sich aus der »dritten industriellen Revolution« heraus in absehbarer Zeit eine neue »lange Welle« kapitalistischer Prosperität ergeben könnte. Vom Tempo *stofflich-technologischer* Innovationen läßt sich noch nicht auf die Bereinigung der strukturellen Überakkumulation von Kapital schließen, die im Rahmen der gegenwärtigen nationalen und internationalen Regulierungsmechanismen auch kaum zu bewerkstelligen ist. Realistischer ist die Gefahr einer erneuten Weltrezession und der Fortsetzung tiefgehender nationaler Krisenprozesse. Mit anderen Worten: Die stofflichen Grundlagen für ein »Projekt der Moderne« werden sich schneller entwickeln als die ökonomischen. Vor *diesem* Hintergrund muß die »Zukunft der Arbeit« unter kapitalistischen Bedingungen skeptisch beurteilt werden.

Dieses Problem tritt dann besonders stark hervor, wenn *zweitens* die »Zukunft der Arbeit« von der flexiblen Anpassung an die Weltmarktentwicklung abhängig gemacht wird — und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen, die nach einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Orientierung verlangen, sondern auch aufgrund von Segmentierungs- und Spaltungsprozessen unter den Lohnabhängigen, die damit fast zwangsläufig verbunden

wären. Zu den Auswirkungen einer solchen Weltmarktorientierung auf die Struktur des »Gesamtarbeitskörpers« werden aber bemerkenswerterweise kaum Aussagen getroffen. Folgende Problemstellung läßt sich daran *drittens* anschließen: Auch die Einführung neuer Produktionskonzepte und Qualifizierungstypen stellt sich gegenwärtig als Bestandteil solcher Segmentierungs- und Spaltungsprozesse unter den Lohnabhängigen dar. Eine *breite* Requalifizierung müßte erst einmal gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt, mit einer am binnenwirtschaftlichen Bedarf orientierten strukturpolitischen Offensive und der Schaffung qualifizierter Dienstleistungen in vorrangig öffentlicher Regie verbunden werden.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich schließlich *viertens* eine weitere Problemstellung: Angesichts der eher noch zunehmenden ökonomischen Probleme ist es zu bezweifeln, ob die wachsende Komplexität des Produktivkraftsystems, die dramatischen Umstrukturierungen im »Gesamtarbeitskörper« und die erforderlichen Umlenkungen materieller Ressourcen im Rahmen der Glotzschen Konzeption bewältigt werden können. Seine »sozial gesteuerte Innovation« mit einem Schuß »Wirtschaftsdemokratie« mutet eher wie ein Vabanquespiel um die »Zukunft der Arbeit« an. Die Positionen aus den Reihen der Parteilinken wirken demgegenüber — wie schon angedeutet — recht defensiv. Es fehlt an einer *modernen* Alternative zum integrativ-modernistischen Kurs des Partei»zentrums«, von der aus sich eine Politik der Humanisierung, Qualifizierung, Arbeitszeitverkürzung, Gewinnung persönlicher Zeitsouveränität und des Ausbaus sozial-kultureller Dienstleistungen begründen lassen könnte. Eine solche Politik würde voraussetzen, daß z.B. die Nutzungsmöglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für die Gestaltung von Erwerbsarbeit und »Freizeit«, für die breite Aneignung von Informationen, Wissen und Werken, für die demokratische Kontrolle komplexer gesellschaftlicher Prozesse und für die Erweiterung persönlicher Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten offensiv herausgearbeitet werden. Es käme z.B. darauf an, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit als gesellschaftliches Gestaltungsinstrument zu begründen und nicht auf eine Ausgleichsfunktion gegenüber angeblicher »technologischer Arbeitslosigkeit« zu reduzieren.

Am Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung hier und jetzt und am Kampf um die zukünftige Nutzung der sogenannten neuen Technologien wäre zu zeigen, daß die »Zukunft der Arbeit« wirksame vergesellschaftende Eingriffe in den ökonomischen Mechanismen beinhalten muß: Dies gilt auch noch unter kapitalistischen Rahmenbedingungen. Insgesamt scheinen mir die schon skizzierten Ansätze im Bereich der IG Metall noch am ehesten geeignet, eine zusammenhängende linke Alternative für die »Zukunft der Arbeit« zu entwickeln — zumal diese Ansätze im Unterschied zu manchen Parteibeiträgen den Bezug auf die realen gesellschaftlichen Kämpfe erkennen lassen. Es wäre zu wünschen, wenn sich die Diskussionen im Gewerkschaftsbereich und in der Parteilinken auf dieser Grundlage verschränken würden.

3. Zukunft der Arbeit — Zukunft der Sozialdemokratie

Zu Anfang war die Rede von der historischen Perspektive von Sozialdemokratie und Reformismus und von einer »konkreten Utopie« als gesellschaftlichem Projekt, das auf dem Zusammenhang von Hegemonie und Regulierungstyp beruht. Ich will vorweg betonen, daß der gegenwärtige kapitalistische Strukturbruch angesichts seiner Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Massen im nationalen und internationalen Maßstab ebenso wie

die große Krise vor etwa 50 Jahren grundsätzlich auf eine sozialistische bzw. revolutionäre Perspektive verweist. Schließlich ist auch der gegenwärtige Strukturbruch ein Resultat der aufgestauten systembedingten Widersprüche zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Historisch betrachtet ist er zudem Ausdruck der Tatsache, daß es der westeuropäischen Arbeiterbewegung im Gefolge von Wirtschaftskrise und imperialistischem Krieg nicht gelungen ist, einen sozialistischen Typ der Regulierung ökonomischer und sozialer Beziehungen zu etablieren. Realität wurde statt dessen die Koexistenz von staatsmonopolistischer Regulierung und keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichem Modell der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Unter den absehbaren ökonomischen Bedingungen würde aber ein neues »reformistisches Projekt« eine enorme Kraftentfaltung der Arbeiterbewegung voraussetzen, um die eigene soziale Basis zu sichern, die Arbeits- und Lebenschancen der Massen zu verbessern und den Klassengegner zur Kooperation zu *zwingen*. Dies wiederum setzt einen harten »Stellungskrieg« mit dem Kapital voraus, an dessen Ende *möglicherweise* eine »Zukunft« aus neuen Produktionskonzepten, massenhafter Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, reduzierter und gleichmäßig verteilter Erwerbsarbeitszeit, erweitertem Spielraum für selbstbestimmte Tätigkeiten, erweiterten öffentlichen Dienstleistungen und ausgebauter »Wirtschaftsdemokratie« steht — unter Aufrechterhaltung kapitalistischer Rahmenbedingungen und Herrschaftsmechanismen.

Die offene Frage für die »Zukunft der Arbeit« lautet, ob der schon für das reformistische Projekt notwendige Einsatz und damit verbundene Risiken und Kosten für die Arbeiterbewegung es nicht rechtfertigen, die Erfolge eines solchen Kampfes um die »Zukunft der Arbeit« *unumkehrbar* zu machen und eine weitergehende, sozialistische Perspektive einzuschlagen. Da sich eine solche Frage erst in der konkreten historischen Situation stellt und erst aus der konkreten Kampfpraxis heraus beantwortet werden kann, besteht unsere Aufgabe darin, einen gemeinsamen Vormarsch der gesamten Arbeiterbewegung entlang gemeinsam formulierter Etappenziele und Zukunftsvorstellungen in die Wege zu leiten und an der gesellschaftlichen Gestaltungskraft einer Arbeiterbewegung zu arbeiten, die auf absehbare Zeit reformistisch bleiben wird.

Literaturverzeichnis

- AG »Arbeit, Technik, Wirtschaftsstruktur«, 1985: Die Zukunft und die Bedeutung der Arbeit (hekt.)
- AG Wirtschaftspolitik des Frankfurter Kreises, 1985: Die Zukunft gestalten — Diskussionsplattform für die sozialdemokratische Linke (hekt.)
- Altwater, Elmar, 1983: Der Kapitalismus in einer Formkrise. In: D. Albers u.a.: Aktualisierung Marx'. Berlin/W.
- Benz-Overhage, Karin, 1984: Die Fabrik der Zukunft. Wie werden wir morgen arbeiten? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10
- Brusis, Ilse, 1985: Demokratisierung der Wirtschaft. Abgedr. in: Jungsozialisten Bayern: Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben. München
- Buci-Glucksmann, Christine, und Göran Therborn: Der sozialdemokratische Staat. Hamburg
- Dahrendorf, Ralf, 1983: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. Stuttgart
- Deppe, Frank, 1984: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Köln
- ders., 1985: Arbeiterbewegung in Westeuropa 1945-1985. In: Marxistische Studien — IMSF Jahrbuch 8. Frankfurt/M.

- Eppler, Erhard, 1985: Instrumente und Prozeduren. In: Sozialismus 3
- Glötz, Peter, 1984: Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken. O.O.
- Jungsozialisten in der SPD, 1985: Anders arbeiten — anders Leben. Einstieg in eine sozialistische Zukunft (hekt.)
- Kern, Horst, und Michael Schumann, 1984: Das Ende der Arbeitsteilung. Rationalisierung in der industriellen Produktion. München
- Kremer, Uwe, 1983: Vor einem neuen Stadium des Reformismus? In: *spw* 20
- dies., 1985: »Anders arbeiten — anders leben«? Die Parteilinke im Umbruch. In: *spw* 26
- Lafontaine, Oskar, 1985: Der andere Fortschritt — Verantwortung statt Verweigerung. Hamburg
- Meidner, Rudolf, und A. Hedborg, 1984: Modell Schweden. Modell einer Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt/M., New York
- Oertzen, Peter von, 1985: Linke Mehrheiten. Abgedr. in: Sozialismus, H.3
- Rappe, Hermann: Für eine klare Abgrenzung der Gewerkschaften von den Grünen
- Rappe, Hermann, und Franz Steinkühler, 1985: »Hohe Wachstumsraten sind kein Ziel an sich«. In: Frankfurter Rundschau vom 2.5.
- Rau, Johannes, 1983: Die Zukunft der Arbeit. Dokumente und Meinungen 2/83 (hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Landesregierung NRW)
- dies., 1984: Die dritte industrielle Revolution und die Zukunft der Arbeit. Rede vor dem Essener Parteitag. Parteitagsprotokoll, 2. Tag
- Skarpelis-Sperk, Sigrid, 1984: Zur Zukunft der Arbeit (hekt.)
- SOST (Sozialistische Studiengruppen), 1985: Rohentwurf einer neuen Gewerkschaftspolitik. In: Sozialismus, H.5
- dies., 1985a: Die SPD und die Zukunft der Arbeit. In: Sozialismus, H.6
- SPD-Schleswig-Holstein, 1985: Zukunft der Arbeit (auszugsweise abgedr. in: Vorwärts, Nr.29)
- Steinkühler, Franz, 1985: Lebens- und Arbeitsbedingungen gestalten. Interview. Abgedr. in: Sozialismus 5
- Strasser, Johano, und Klaus Traube, 1980: Die Zukunft des Fortschritts. In: Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz. O.O.
- dies., 1981: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. Bonn
- Therborn, Göran, 1984: Perspektiven der Arbeiterbewegung. In: Sozialismus, H.4 und 5
- Traube, Klaus, 1985: Technologiedebatte. In: Sozialismus, H.7/8

Jochen Zimmer

Welche Zukunft der Freizeit?*

Thesen zur Entwicklung des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit

Den roten Faden meiner Argumentation möchte ich in Form von vier Thesen voranschicken.

1. Es geht mir nicht um pfiffige neue Konzepte und Einsatzorte von Freizeitpädagogik, sondern um die Perspektiven für eine sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeits- und Freizeitpolitik. D.h., ich diskutiere betriebliche, gewerkschaftliche und freizeitpolitische Bedingungen für den gar nicht so utopischen Anspruch, z.B. im Bereich einer Zeitung, die Qualifizierung von Phnotypistinnen und Setzern zu Redakteuren bei gleichzeitiger drastischer Reduzierung der Arbeitszeit durchzusetzen. Was verhindern soll, daß die wegrationalisierten Sekretärinnen und Setzer überhaupt erst Objekte einer Pädagogik der »erzwungenen Massenfreizeit«¹ werden, während überlastete Lohnschreiber von mehr Freizeit in immer entfernteren Paradiesen träumen.

2. So wenig wie das Wegrationalisieren der Jedermannsarbeit eine Naturgesetzlichkeit ist, sondern eine der Privatisierung von Rationalisierungsgewinnen, so wenig geht das Industriesystem der Bundesrepublik auf eine Freizeit- oder postindustrielle Gesellschaft zu. Bis heute hat noch niemand diese angeblichen Trends empirisch plausibel machen oder gar quantifizieren können.

3. Die wichtigste Perspektive für eine humane Freizeit- und Arbeitspolitik sehe ich in der konsequenten Stärkung einer sich seit einiger Zeit in den industriellen Kernsektoren abzeichnenden Tendenz zur Aufhebung der Arbeitsteilung in Formen der Reprofessionalisierung der Arbeit und des Wachsens der Produktionsintelligenz. Insofern sehe ich keine Alternative in der Fortschreibung der schlechten Realität, sondern wie Kern/Schumann im »Neo-Industrialismus«.²

4. Eine gewerkschaftliche Strategie innerhalb der Privat- und Kommerzfreizeit, die nur gebannt auf die Manipulationsmöglichkeiten der neuen und alten Medien starrt und zunächst dort über den Hebel politisch-repräsentativer institutioneller Interessenpolitik anzusetzen versucht, begibt sich gerade derjenigen außerparlamentarischen Basis einer politischen Alltagskultur, die eine Demokratisierung der Medien überhaupt erst durchsetzbar machen könnte. Zentraler Ort der ideologischen Auseinandersetzungen im Freizeitbereich sind nicht die Märkte der Vergnügungsindustrie oder die Nur-Medien, es sind vielmehr, so anachronistisch dies auch klingen mag, die Organisationen und Vereine. Gerade hier wieder emanzipatorische Gehversuche zu forcieren, ist für eine gewerkschaftliche Freizeitpolitik um so notwendiger, als Gewerkschaftsbewegung immer auch praktisch-alltägliche Lebensreform und die Verbindung von betrieblicher und allgemeiner Interessenorganisation war und weil Kritikfähigkeit, Eigeninitiative und Autonomie nicht billiger als durch die Organisation der realen und weiterzuentwickelnden Ansprüche, d.h. durch Änderung des Alltagsverhaltens und durch selbstorganisierte eigene Produktionsformen, zu haben sind. Die Organisation und Verteidigung von Interessen im Reproduktionsbereich, die heute hauptsächlich von Gruppen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen wahrgenommen

* Redigierte Fassung eines Referates auf der »Woche der Wissenschaft« der diesjährigen Ruhrfestspiele.

werden, von Bürgerinitiativen, Freien Radio Clubs, aber auch Schrebergartenvereinen, war noch in der Weimarer Republik in der Form der sozialdemokratischen Kultur- und der kommunistischen sogenannten Massenorganisationen selbstverständlicher Teil des proletarischen Lagers und machte einen nicht unerheblichen Teil dessen Realitäts- und Utopiefähigkeit aus.

Zur Ideologie der Freizeitgesellschaft

Spätestens seit Beginn der bis heute anhaltenden Weltwirtschaftskrise sind die methodischen und theoretischen Grundlagen des politischen Handelns im Freizeitbereich grundsätzlich umstritten.

Die sozialliberale Bundesregierung hatte 1974 eine integrierte »freizeitpolitische Konzeption« angekündigt und durch das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) eine ganze Anzahl von Studien insbesondere zu Chancengleichheiten im Freizeitkonsum, zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zur freizeitorientierten Infrastruktur sowie zu Freizeitinstitutionen erarbeiten lassen und diese dann 1976 in der Schriftenreihe des BMJFG veröffentlicht.³ Wegen der zu erwartenden Streitigkeiten um die Kompetenz in diesem Bereich der Kultur- und Strukturpolitik und wohl auch, weil zahlreiche betroffene Vereine, Verbände und freie Träger sich energisch Vorgaben für ihre Arbeitsinhalte verbateten, verzichtete die Bundesregierung schließlich auf die Vorlage einer solchen Konzeption.

Die formulierten hohen Erwartungen und Versprechungen einer weitgehend arbeitsfreien »Freizeitgesellschaft«, die je nach Standort als Bedrohung der herrschenden Eliten oder als Chance für bürgerliche Inkorporation der Mittelschichten und der Arbeiterschaft verstanden wurden, mußten angesichts der sich abzeichnenden Massenarbeitslosigkeit zurückgenommen werden. Endgültig machte die Strategie der Arbeitgeberverbände, jede Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verhindern, die Ideologie von der Freizeitgesellschaft als Integrationsideologie unbrauchbar. Darüber hinaus zeigen auch die Daten der empirischen Zeitbudgetforschung, daß seit etwa 1978 bei steigender Massenarbeitslosigkeit und leicht abnehmender Arbeitszeit die wirklich disponible Zeit abnahm, da mehr und mehr Zeit zur Subsistenzsicherung für Arbeitswege, Behördengänge, Anwege zu Freizeiteinrichtungen, Heimwerken oder Schwarzarbeit verloren ging.⁴ Für kommunale Freizeitpolitik schwand die Hoffnung, daß mit ihrer Hilfe die Versagungen und Belastungen der heteronomen Arbeitswelt ausgeglichen werden könnten, da sich offensichtlich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Entwicklung der Verkaufs-, Verwaltungs- und Industriearbeit auch hier viel stärker auswirkten, als die Theoreme von der Freizeitgesellschaft angenommen hatten, deren Blick eher auf die sozialpazifizierende Wirkung sogenannter sinnvoller Freizeitgestaltung gerichtet war. Bildung und Einkommen, d.h. die Klassenlage, entscheiden heute so wesentlich über die Selbstverwirklichungsmöglichkeiten in der Nicht-Arbeitszeit, d.h. es potenzieren sich die Defizite aus der Arbeitswelt so, daß die mehrfach benachteiligten Gruppen wie berufstätige Frauen, Ausländer, kinderreiche Familien, Schichtarbeiter, Arbeitslose und Rentner nur noch mit einem von den meisten Kommunen nicht mehr leistbaren Aufwand mit den gleichen Freizeitchancen ausstatten ließen wie andere Gruppen.

Mit dem versiegenden Quell erweiterter Reichtumsproduktion und mit der endgültig seit Beginn der Mitte-Rechts-Koalition forcierten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums werden die Errungenschaften der individuellen Reproduktion wieder in Frage

gestellt. Heute wären die Veränderungen in den Überbaubereichen (neue Sinnlichkeit, lebenswerte Umwelt, Aufhebung bornierter Geschlechterrollen oder auch nur die Reform des frauenfeindlichen Scheidungsrechtes) ohne heftige Verteilungskämpfe nur bei einem ökonomischen Wachstum durchsetzbar, dessen soziale und ökologische Folgekosten die vorhandenen Diskriminierungen noch verschärfen müßten. Nur konsequent erachten die neueren Theorien von der Freizeitgesellschaft, insbesondere die von der sogenannten postindustriellen Gesellschaft, Freiheit und Sinnerfüllung in dem zu vernachlässigenden Reich der reinen Notwendigkeiten als nicht mehr möglich. Sinnerfüllung und Selbstbestätigung sollen für die Nicht-Klasse der nachindustriellen Proletarier, wie *André Gorz* für die Zukunft fordert, im abgespaltenen großen Reich der Freiheit gesucht und gefunden werden. Dagegen wäre festzuhalten, was bereits *Karl Marx* im »Kapital« beschreibt:

»Es kostet Jahrhunderte, bis der 'freie' Arbeiter infolge entwickelter kapitalistischer Produktionsweise sich *freiwillig* dazu versteht, d.h. *gesellschaftlich* gezwungen ist, für den Preis seiner gewohnheitsmäßigen Lebensmittel seine ganze aktive Lebenszeit, ja seine Arbeitsfähigkeit selbst, seine Erstgeburt für ein Gericht Linsen zu verkaufen.«⁵

Unbeschadet der Einschränkung der Herrschaft der Warenästhetik und der Heteronomie der Arbeit sind die Verhältnisse, in die die Menschen hineingeboren werden, heute und sicher auch mittelfristig so, daß sie sehr wohl bereit sind, »ihre Arbeitsfähigkeit für ein Gericht Linsen zu verkaufen«. Der Ausschluß von der Arbeit, der zunächst anscheinend nur die Ausgrenzung aus wichtigen Bereichen der konsumptiven Reproduktion bedeutet, ist gleichzeitig Ausschluß von der Berufstätigkeit, Ausschluß nicht nur vom zentralen Medium des Lebensunterhalts, sondern noch wichtiger von dem der sozialen und individuellen Kontakte, von Anerkennung, Heimat im Beruf, Persönlichkeits- und Identitätsbildung. Die soziale Bedeutsamkeit auch der heteronomen Arbeit ist so groß, daß sie es unserem Kapitalismus ermöglicht, die gesellschaftlich produzierte Massenarbeitslosigkeit und deren Folgekosten den arbeitslosen Individuen anzulasten.

In dem Maße, wie Freizeit als soziokulturelles Innovationspotential und als Kampfplatz ideologischen und gesellschaftspolitischen Fortschritts unter den Bedingungen der Individualisierung der Arbeitssuchenden und der Privatisierung der Krisenlasten ihre Form ändert, wird die theoretische Trennung von Arbeit und Freizeit, wird zunehmend der arbeitspolare Freizeitbegriff ein Mangel. Eher geeignet als das glücksverheißende Paradigma Freizeit scheint mir der weite Kulturbegriff des angloamerikanischen und französischen »socioculture«, als ein komplexer, umfassend an der Entfaltung der menschlichen Wesenskräfte orientierter Oberbegriff. In diesem Sinn trennt die UNESCO-Empfehlung über die Teilnahme und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben vom 30. November 1977⁶ sehr klar den Menschen nicht von seinem sozialen Wesen, sondern nimmt seine Umweltaneignung, sein Glücksstreben und seine sozialen und politischen Identitäten ernst, wenn sie formuliert, daß

»die Teilnahme möglichst vieler Personen und Vereinigungen an einer Vielzahl freiwilliger kultureller Betätigungen für die Entfaltung der menschlichen Grundwerte und der Würde des Einzelnen unerlässlich ist und daß der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu den Kulturgütern nur dann gewährleistet werden kann, wenn soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, die es den Betroffenen nicht nur ermöglichen, diese Güter zu genießen, sondern auch aktiv an allen Äußerungen des kulturellen Lebens und am Prozeß der kulturellen Entwicklung teilzunehmen.«

Die Dialektik von Kulturbedeutsamkeit der Arbeit und der Emanzipation auch der dispo-
niblen Zeit versuchte bereits *Karl Marx* in den »Grundrissen« zu fassen: »Die freie Zeit ...

hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt, und als dies andere Subjekt tritt es dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.«⁷ Ebenso gilt: Die in der Arbeit erworbenen neuen Fertigkeiten, sinnlichen Fähigkeiten, Bedürfnisse oder neues Wissen erweitern auch die berufsspezifischen menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Beziehung von Berufsarbeit und eigenkultureller Tätigkeit unterliegt dabei bereits nach Marx' Erfahrung einer schwerwiegenden ideologischen Borniertheit, die zum Stolperstein so manchen Freizeit- und Freiheitserziehungskonzeptes wurde. In einer Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise erscheint den Individuen ihre Stellung innerhalb der materiellen Produktion als Konsequenz von Faktoren der Distributionssphäre, wobei sie die gesellschaftlichen Verhältnisse für naturgemäß und ewig ansehen. Dieses vorherrschende Bewußtsein lautet sprichwörtlich »arbeiten, um zu leben«. Hier ist die Abtretung der eigenen Sinne und Fähigkeiten im Arbeitsprozeß ausgedrückt, gleichzeitig werden alle Hoffnungen auf ein »Bei sich Sein« auf das Reich der Freizeit nach der Arbeit projiziert.

An dieses ideologische Alltagsbewußtsein knüpfen heute einzelne Vertreter linker Varianten des sogenannten Postindustrialismus an. Ihre Utopien einer befreiten Gesellschaft sind dualistische. Neben einem hochentwickelten, funktionierenden Industriesystem heronomener Arbeitsteilung und wohl auch unter Beibehaltung des Verhältnisses zur Dritten Welt soll sich die autonome Sphäre der sinnvollen Eigenarbeit — so etwa *André Gorz* oder *Joseph Huber* — entwickeln.

Fragen einer arbeitnehmerorientierten Freizeit- und Arbeitspolitik an die Entwicklungstrends der Arbeitsgesellschaft

Während wir heute ein Arbeitslosenheer von gut vier Millionen Menschen haben, macht bei den Sozialwissenschaftlern das Wort von der »Sinnkrise der Arbeit« oder der »Krise der Arbeitsgesellschaft« die Runde. Ursache dieser Krisen soll die gewandelte Relevanz der Arbeit innerhalb unserer Gesellschaft sein. Dabei wird üblicherweise das Theorem vom Ende der Arbeitsgesellschaft in der öffentlichen Diskussion mit der Konzeption der »Dualwirtschaft« als einer möglichen Alternative zur kritisierten Industriegesellschaft in Verbindung gesetzt. Mit dem Verweis auf die Hegemonie des »nachindustriellen Neoproletariats der Status- und Klassenlosen«, der »Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter«, wie *André Gorz* die kollektiven Subjekte seiner Utopie nennt⁸, werden nicht nur die aktuellen und sicher auch noch mittelfristigen, verheerenden zerstörerischen Folgen der erzwungenen Freizeit der Massenarbeitslosigkeit auf die Individuen und deren beginnende Loslösung aus ihren ehemaligen kollektiven Schutzorganisationen nicht problematisiert, sondern auch die Möglichkeiten ebenso grob unterschätzt, die in der Opposition innerhalb der Arbeitssphäre liegen. Wenn wir die Zukunft der Freizeit nicht in der Verwaltung von Massenarbeitslosigkeit bei einer weiter bestehenden heteronomen industriellen Restproduktion suchen wollen, ist ein Blick auf die möglichen Entwicklungstrends der Industriearbeit nötig, um Aussagen über die Träger einer neuen Arbeits- und Freizeitpolitik und deren Strategie wagen zu können. Nur eine solche, *auch* auf die Durchgestaltung der Arbeitssphäre gerichtete Politik kann erfolgreich 1. Verteidigungskämpfe im Reproduktionsbereich, 2. die in Ansätzen beginnende Reaktivierung des lebensreformerischen und Selbsthilfeanspruchs von Kollektivorganisationen der Arbeitenden wie z.B. innerhalb der Naturfreunde oder mancher Siedlungsgenossenschaft sowie 3. die Abwehr der Individualisierung und Entsolidarisierung mit dem betrieblichen Machtkampf um die Zeitverfugung verknüpfen.

Der entflammte »Kulturkampf um die Zeitverfügung«, wie *Oskar Negt* jüngst den von den Konservativen begonnenen Feldzug gegen kollektive Arbeitszeitverkürzungen nannte⁹, richtet sich innerhalb ihrer Strategie der Individualisierung von Arbeitenden und Arbeitsverhältnissen auf die Loslösung von den Gewerkschaften und darauf, über Arbeitszeit und Arbeitszeitverkürzungen jeweils im einzelnen entscheiden zu können. So wird es darauf ankommen, mit genügend Phantasie gemeinsame Projekte, die sowohl arbeitsplatzbezogene Masseninteressen als auch Verteidigungskämpfe im Reproduktionsbereich, also das, was wir uns angewöhnt haben »neue soziale Bewegungen« zu nennen, zusammen zu bekommen. Aus deren gegenseitiger Blockade besteht zur Zeit ein Gutteil der bürgerlichen Hegemonie.

Goetz ging bereits 1983 davon aus, daß die »Nicht-Klasse der nachindustriellen Proletariat« eine aktuelle gesellschaftliche Mehrheit sei. Sei würde mit der Entfaltung der Autonomie der Eigenarbeit beschleunigt anwachsen und die in seinem Entwurf in ihrer historischen Dynamik zu vernachlässigenden Betreiber des alten Industriesystems (Arbeit- wie Kapitalseite) marginalisieren.¹⁰ Tatsächlich war seit 1975 ein Drittel der Arbeitnehmer zumindest zeitweise arbeitslos, und in den industriellen Kernbereichen Großchemie, Werkzeugmaschinenbau und Automobilproduktion sind zwischen 10 und 30% der Arbeiter mit banalisierter und anonymisierter Arbeit beschäftigt. All das ist sicher nicht bereits eine neue Mehrheit »unqualifizierter Arbeiter ohne Status«.¹¹ Die diesen wenigen Zahlen zugrundeliegenden Prozesse deuten eher auf widersprüchlichere Entwicklungen als auf eine bloße Polarisierung.

So bringen auch *Horst Kern* und *Michael Schumann* vom Göttinger SOFI-Institut die von ihnen analysierten Rationalisierungsbewegungen in den industriellen Kernbereichen auf den Begriff der *Segmentierung* als neuer Variante der Polarisierung. Nach umfangreichen empirischen Studien geben sie folgende Prognose für die Folgen der fortschreitenden Rationalisierung.¹² In den Kernindustrien Auto, Werkzeug, Chemie zeichnet sich ein Trend zur Aufhebung der Arbeitsteilung in der Form der Wiedereinführung und Verankerung von Produktionsintelligenz sowohl als Voraussetzung als auch als Folge neuer Produktionskompete ab. Dieser arbeitspolitische Paradigmenwechsel fällt mit einer Verschärfung der Abgrenzung nach außen zusammen. Aus diesen beiden Gründen bezeichnen Kern/Schumann die Entwicklung der Arbeitsteilung als »Segmentierung«. Nach den SOFI-Studien treffen wir heute auf eine markt- und produktökonomische Konstellation, in der weitere Taylorisierungen nicht mehr tragfähig sind, da die Kapitalverwertung bei der Produktion hochkomplexer Qualitätswaren unter breitflächigem Einsatz neuer Technologien auf optimale Arbeitseinsatzkonzepte ganzheitlichen Aufgabenzuschnitts und auf die breite Verwendung von Arbeitsintelligenz angewiesen ist. Entgegen dem Konzept werkstattexterner Planung und Disposition und rein ausführender Fertigung, das als reale Entwicklung sozusagen die materielle Basis des »Postindustrialismus« ist, setzt sich daneben immer mehr die Position durch, daß Arbeitsintelligenz, savoir faire und Erfahrung der Produktion, als notwendiges Medium der Produktivkraftentwicklung gebraucht wird. Billiger, d.h. ohne pfleglicheren Umgang mit der Ware Arbeit, ist höhere Produktivität heute nicht zu bekommen.

Die Arbeitsveränderungen in Richtung auf eine neue Professionalisierung, die sich durchaus nicht nur in der wachsenden Nachfrage nach wenigen geschickten, diagnosefähigen, verhaltenssicheren Arbeitern für automatisierte Großanlagen erschöpft, ergäben erstmals in der Geschichte des Kapitalismus die Chance des breitflächigen Abbaus der Heteronomie der Berufsarbeit. Sicher ist damit in keiner Weise eine Systemfrage gestellt, aber

die Voraussetzung für die entscheidende Verbesserung des kompetenten, autonomen und selbstbewußten Verhaltens im Arbeitsprozeß ist durch die Verbreiterung der Produktionsintelligenz gegeben. Die Dialektik der Persönlichkeitsentwicklung innerhalb und außerhalb der Arbeit — die nicht mehr von der Arbeit erschöpften und zerstörten Individuen und Kollektive entfalten außerhalb der Arbeit ihren Eigen-Sinn, solche kulturelle und soziale Kreativität richtet sich auch wieder auf neue Regulationsmöglichkeiten im Arbeitsprozeß — diese Dialektik bestimmt die Qualität jeder Freizeitpolitik. Ihre arbeitspolitische Grundlegung muß zwei grundsätzliche Kampfaufgaben umsetzen: 1. Da die Segmentierung unabgefedert die Schwelle des Zugangs zur Arbeit erhöhen würde, bedeutet dies zunächst die Forderung nach *Sozialisierung des verbleibenden Arbeitsvolumens*, d.h. nach effektiver allgemeiner Arbeitszeitverkürzung; 2. die Forderung nach Sozialisierung der *Rationalisierungslasten*, d.h. für die Kernindustrien Entlassungsschutz und Besitzstandssicherung für die Beschäftigten, für die Krisenindustrien sozial gestützter Ausstieg durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, ökonomische Absicherung und professionelle Weiterqualifizierung.

Betrieblich stehen einer solchen sozialen Modernisierung zumindest folgende konterkarierende Tendenzen entgegen: die Beschränkung und Kumulierung der Qualifikation auf möglichst wenige Arbeitnehmer; das Bestreben, Qualifikationen eng betriebs- oder gar prozeßbezogen zu begrenzen; und die bekannte Politik, Funktionsausweitung als Anlaß für Arbeitsintensivierung, Individualisierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit nach oben herzunehmen.

Hegemoniale Strukturen und soziale Diskriminierungen in Kommerz- und Privatfreizeit

Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre partizipierte die lohnabhängige Bevölkerung mit einiger zeitlicher Verzögerung an der beschleunigten Kapitalakkumulation. Es kam deutlich zu einer schrittweisen Verbesserung der Lebensverhältnisse, zu einer kontinuierlichen Steigerung des realen Geldeinkommens sowie zum Anwachsen der Soziallohnanteile wie Kindergeld, Wohngeld, BAFöG, Sozialhilfe oder Mietzuschuß. Die Entstehung massenhaft zahlungsfähiger Nachfrage ermöglichte die Kapitalisierung großer Bereiche der Reproduktionssphäre, die noch unter den Bedingungen der Armutssolidarität und des sozialistischen kulturellen Lagers der Weimarer Republik in kommunikativen Strukturen geregelt waren.

Die Erweiterung und Differenzierung der privaten Konsumtion führte zu deren Transformation. Viele Aufwendungen und Aktivitäten, die bis in die Weimarer Zeit zur Sicherung, Erhaltung und Pflege der Arbeits- und Reproduktionsfähigkeit von den Arbeitenden individuell oder kollektiv in zahlreichen kulturellen Praxen und Organisationen wie Unterstützungskassen, Spar- und Bauvereinen, Genossenschaften geleistet wurden, wurden durch staatlich gesicherte Sozialinstitutionen wie Krankenkasse, Renten- und Sozialversicherung, sozialer Wohnungsbau übernommen. Damit wurde ein wichtiger Bereich selbstbestimmter Eigenaktivität ausgetrocknet und steht heute zur kollektiven Krisenbewältigung nicht mehr zur Verfügung. Allerdings wurde damit gleichzeitig der Raum für andere kulturelle Nutzungen erweitert. Diese Aktivitäten beschränken sich allerdings gerade nicht auf passive Konsumtion in durch Ware-Geld-Beziehungen geregelten Bereichen. Der Kernbereich der kulturellen Praxen in der freien Zeit ist der Verein bzw. sind ähnliche Organisationsstrukturen. Seit dem Entstehen unserer Republik sind immer 50 bis 60% der Bevölkerung sozial in Vereinen verflochten, wobei die Hälfte in zwei oder mehreren

Vereinen aktiv ist. Von den Männern sind gar 73% in Vereinen organisiert. Die besondere, auch ideologische Bedeutung der Vereine für die Lebensweise in der freien Zeit machen einige Trends und spezifische Diskriminierungen deutlich¹³:

1. Die Gewerkschaftszugehörigkeit hat bis vor wenigen Jahren im Gegensatz zu anderen Berufsverbänden kontinuierlich zugenommen. Noch heute steigt der Organisationsgrad. Zumindest bis in die späten siebziger Jahre scheint mir dieser Trend ein deutlicher Hinweis auf die *Verschränkung sozialer Beziehungen im Freizeit- und Arbeitsprozeß* zu sein.
2. Der Einfluß der Musik- und Gesangsvereine sowie der kirchlichen Organisationen ist rückläufig.
3. Der Organisationsgrad der Sportvereine wächst weiter trotz allen Geredes von der Krise des Vereins.
4. Besonders expandieren Sportvereine und Organisationen, die die Intensivierung des Verhältnisses zur Natur zum Gegenstand haben.
5. Die Vereinsmitgliedschaft sinkt mit niedrigem Einkommen und niedriger Bildung. Mittelschichten und Bürgertum sind deutlich überrepräsentiert, insbesondere in den Vorstandsfunktionen. Bei den bürgerlichen Mitgliedern häufen sich auch die Mehrfachmitgliedschaften. — D.h., die Ideologen des Bürgertums sind doppelt und dreifach in den Vereinen verankert. Dort, wo insbesondere gesellschaftliches und politisches Wissen, wo Werte und Loyalitäten vermittelt werden, und zwar mehr und glaubhafter als in den traditionellen ideologischen Apparaten, wie etwa der Schule oder in den Nur-Medien, steht ein relevanter Teil der Bevölkerung unter dem Einfluß bürgerlicher Hegemonie.
6. Seit dem Verzicht der Sozialdemokratie 1945, ihre kulturellen Vorfeldorganisationen wiederzugründen, und dem fruchtlosen Versuch, über sogenannte sozialistische Gesinnungsgruppen im mitgeschaffenen neuen Einheitssport auf die politische und kulturelle Entwicklung im Sport einzuwirken, hat sich das ehemals mächtige sozialdemokratische Lager fast vollständig aufgelöst. Der wohl auch wenig konsequent betriebene Ansatz, mit dem Hineingehen in die Einheitsvereine das Ghetto der Industriearbeiterchaft zu verlassen und so neue Angestelltenschichten, die Intelligenz und das Kleinbürgertum ideologisch zu inkorporieren (Konzept der Volkspartei), scheiterte. So stehen heute dem bürgerlichen ADAC, DSB, Alpenverein, Roten Kreuz und den Heimatvereinen allenfalls noch der gewerkschaftliche, als soziale Basisstruktur jedoch nicht aktive ACE, die Naturfreunde, der ASB und die Solidarität gegenüber.

Auf der Grundlage dieser gewissermaßen doppelten strukturellen Hegemonie des Bürgertums in den Überbauereichen (traditionelle Diskriminierung der Arbeiter im Verein und Kolonialisierung der kommunikativen Lebensbereiche durch die Unterhaltungsindustrie) erfolgt nun die konservativ-reaktionäre Wende-Strategie der Individualisierung und Aufspaltung, der verstärkten Konkurrenz um Arbeit, der Ausgrenzung wachsender sogenannter Randgruppen in Ghettos oder Nischen, des Abbaus des Soziallohns durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Risikoverlagerung auf die Individuen oder der Zwang zur Flexibilität. Der so entstehende zunehmende Druck auf die Familie vom Aufschieben von Anschaffungen oder Urlaubsverzicht bis zum Selber-Strümpfestopfen, Nutzgärtnern und Auto-Selberreparieren soll in der Wende-Strategie durch Video und Verkabelung medienpolitisch aufgefangen werden: Die Flucht ins Häuslich-Private, die Familie und vor allem die neuen Medien lassen die engen Grenzen des Alltags vergessen; Aufregung auf der Mattscheibe und Gewinn- und Kampfspiele sollen aus vermeintlicher und wirklicher Ohnmacht Spannung aufbauen.

Solche Zukunftsaussichten treffen auf eine Freizeit- und Arbeitszeitrealität, die bereits humanisierungsbedürftig genug ist. *Neu* ist die reale Bedrohung materieller Bedürftigkeit und Verelendung. Etwa die Hälfte der Arbeitslosen hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Etwa zwei Millionen Menschen sind unter die Armutsgrenze gedrückt worden, so liegt das Einkommen eines Sozialhilfe beziehenden arbeitslosen Stahlarbeiters mit einem Kind rund 20% unter dem Existenzminimum. Selbst Arbeiter und Angestellte, die relativ gut verdienen, rutschen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit unter die Armutsgrenze ab. *Alt* sind die Diskriminierungen auf der Ebene der Freizeitchancen. Nach der vom BMJFG in Auftrag gegebenen INFAS-Studie von 1975 sind folgende Bedingungen besonders diskriminierend¹⁴:

- einseitige körperliche oder zeitliche Arbeitsbelastung — beispielhaft durch Nacht- und Schichtarbeit,
- Doppel- und Mehrfachbelastungen wie Berufs- und Hausfrauenarbeit und Kindererziehung,
- ungenügendes Wohnumfeld, schlechte Verkehrs-, Erholungs- und Versorgungsinfrastruktur.

Hinzu kommt der Widerspruch, daß bei steigender gesellschaftlicher Produktivität die Kapitaleseite sich einseitig die Rationalisierungsgewinne aneignet und eine industrielle Reservearmee schafft, während gerade Beschäftigte, die ohnehin besonderen Belastungen am Arbeitsplatz ausgesetzt sind, nahezu die Hälfte der tariflichen Wochenarbeitszeit zusätzlich als Mehrarbeit erbringen müssen. Unter den angedeuteten Bedingungen ist die Masse der Beschäftigten von souveräner Disposition über ihre Zeit weit entfernt. Im Gegenteil: Unter zunehmender körperlicher und psychischer Anspannung und Belastung, bei steigenden Überstunden, steigender Schicht- und Nachtarbeit und zunehmenden Wegstrecken zur Arbeitsstätte ist von der alten Forderung der Arbeiterbewegung nach 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Schlaf und 8 Stunden Ruhe, Muße und Bildung ein minimaler Rest von für die Mehrzahl der Arbeitnehmer 2 Stunden am Abend übriggeblieben.¹⁵

Was wären nun Forderungen an eine Politik für mehr Zeitsouveränität in der Arbeit und im Alltag? — Der mir zentral erscheinende Punkt einer Arbeitspolitik der Reprofessionalisierung wurde bereits diskutiert und soll hier nur nochmals in Erinnerung gerufen werden. Eine weitere Gruppe von arbeits- und sozialpolitischen Forderungen sowie von raumordnungspolitischen Vorstellungen wird heute weitgehend an der legislativen Umsetzbarkeit scheitern. Der Sinn, sie dennoch aufzustellen, liegt darin, auch für repräsentative Politik öffentliche Kampfplätze anzubieten, die ein Mehr an Zeitsouveränität vom Wunsch zum Kampfziel transportieren. Arbeitspolitisch wäre vom Gesetzgeber zu erreichen:

- die Anpassung der AZO von 1938 an die reale 40-Stunden-Woche bei Ausschluß der exzessiven Mehrarbeitsmöglichkeiten,
- die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für benachteiligte Arbeitnehmergruppen,
- die Verschärfung der Schutzvorschriften für Nacht- und Schichtarbeit,
- die Revision und Verschärfung des Jugendarbeitsschutzes,
- die Erhöhung des Mindesturlaubes bei Wegfall der Regenerationspflicht und Pflichtanspruch auf Urlaub.

Raumordnungspolitisch besteht die Forderung nach der überfälligen Reform des Bodenrechts, um kommunale Freizeit- und Infrastrukturpolitik betreiben zu können. Vergleichbar utopisch wirkt sicher auch die Forderung nach der Verpflichtung gemeinwirtschaftlicher Baugesellschaften zur Erstellung von Mustersiedlungen gegen die individuelle Land-

schaftsersiedelung und zu sanften, d.h. sozial- und ökologisch verträglichen, materialbehaltsamen Sanierungen. Gleiches gilt für die Aufrechterhaltung der Versorgung durch kleinere Läden in den Wohnungsgebieten und auf dem flachen Land durch den COOP.

»Sozialismus heißt, das ganze Leben in demokratischen Organisationen gestalten«

(Karl Renner 1931)

Um im Kampf um Zeitverfügung und Realitätsdefinitionen gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, wird es neben der beschriebenen Herstellung von kritischer Öffentlichkeit notwendig sein, in den kulturellen und sozialen Alltagspraxen Ansätze und Bruchstellen zu suchen, die in der Rekonstruktion von Arbeiterkultur, in der Selbstorganisation des gesamten Lebenszusammenhangs Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzungen um Entfaltungsmöglichkeiten und für die Überwindung zurückgedrängter und eingeschränkter Handlungsfähigkeit bieten. So will ich mich zum Schluß auf einen exemplarischen und mir dabei besonders sensibel erscheinenden Anknüpfungspunkt, nämlich der persönlichkeitsproduktiven und interessegeleiteten Aktivität im Freizeitbereich am Scharnier zwischen neuen und alten sozialen Bewegungen beschränken — auf den Touristenverein »Die Naturfreunde«. ¹⁶

So wie die Naturfreunde seit ihrer Gründung Ende letzten Jahrhunderts ein Scharnier zwischen den Fraktionen der Arbeiterbewegung sowie zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlicher Lebensreform und Naturromantik waren, bezog dieser Freizeitverband der Arbeiterbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik seine Dynamik aus seiner Scharnierfunktion zwischen Formen und Inhalten der traditionellen Arbeiterpolitik und dem außerparlamentarischen Massenprotest. Zunächst einmal organisiert der Verein in seinen Referaten und Fachgruppen eine Vielzahl sozialer Praxen: Ski-, Berg- und Wassersport, Foto, Esperanto, Reisen und Motortouristik, Natur- und Heimatkunde, Umweltschutz und Allgemeinbildung. Mit — heute würden wir sagen — »Greenpeace«-Methoden arbeiteten sie als ökologisches Frühwarnsystem: In Antikriegswanderungen besetzten sie in der Weimarer Republik symbolisch Truppenübungsplätze oder gaben Wanderführer für in Privatbesitz befindliche und gesperrte Landschaften heraus, in den fünfziger Jahren verhinderten sie gegen den Widerstand der Belegschaft und Gewerkschaft einer Zementfabrik das Abtragen des Hörnles in der Schwäbischen Alb und besetzten das von den Briten als Bombenabwurfplatz mißbrauchte Nist- und Brutgebiet des Knechtsandes in der Nordsee. Als SPD und DGB Ende der fünfziger Jahre aus der »Kampagne Kampf dem Atomtod« aussteigen, ist die Naturfreundejugend Mitinitiator und als einzige beteiligte intakte Arbeiterjugendorganisation gewichtiger Träger des Ostermarsches.

Die kulturellen Formen der Naturfreundejugend bestimmten nicht nur so manche »Jugendbewegtheit« des Ostermarsches — etwa die Form der Demonstrationswanderung selbst, Gitarre und Manchestersamthose als Ausrüstungsgegenstände —, die Naturfreundejugend trug auch zahllose Innovationen der APO mit: Straßentheater, Politrock, Wandmalerei oder antiautoritäre Gruppen- und Lagerpraxis — Medien, die bis heute Allgemeingut der emanzipatorischen Jugendverbandsarbeit wurden. Gewissermaßen als selbsterzieherische Verbindung sozialer Praxen im Freizeitbereich läßt sich die Herausbildung der politischen Jugendkulturarbeit der Naturfreundejugend in den enddsechziger und Anfang der siebziger Jahre folgendermaßen programmatisch zuspitzen:

— Ausgehend von musisch-kulturellen Interessen der Gruppe sollen die Abhängigkeit der eigenen Bedürfnisse von der Außenwelt erfahren, die Bedürfnisse erweitert und kriti-

sche und genußvolle Wahrnehmung der kulturellen, natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt trainiert werden.

- Über die Herstellung von Produkten, mittels derer mit anderen kommuniziert werden kann, soll sinnliche Erfahrung und soziales Lernen, dann ästhetisches und soziale Kreativität zusammenkommen.
- Die Erkenntnis der Regelmäßigkeit von Spielen und Kooperationen vermittelt die Einsicht in die Änderbarkeit von Regeln.
- Handwerkliche, künstlerische und sportliche Ausdrucksfähigkeiten werden erweitert. Dabei schärft die gemeinsame kreative Umsetzung von Bedürfnissen das Bewußtsein dafür, die Verständigung über gemeinsame Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu forcieren.
- Letzteres soll schließlich das Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsinteresse zunächst einmal in den Einrichtungen der Verbandsarbeit fördern, Erfolgserlebnisse vermitteln und die Konfliktfähigkeit stärken.

In einem homologen Lernprozeß, nämlich dem des bewußten Wahrnehmens der engen Grenzen der Gestaltungsmöglichkeit unseres Alltags, der Verunsicherung und des Veränderungsstrebens steht heute Krisenprotest und Identitätssuche, stehen Lebensreformbewegungen und die Verteidigungskämpfe der Bewegungen im Reproduktionsbereich. Seit Ende der siebziger Jahre ist der Umwelt- und Aufrüstungsprotest den ideologischen Einflüssen der sogenannten neuen Mittelschichten, intellektuellen und zumeist gut ausgebildeten Angestellten und Beamten ausgesetzt, die seismographisch zuerst auf Umweltzerstörung, atomare Bedrohung und kapitalistische Krise reagierten. Durchaus konservative Optionen stehen hier neben emanzipatorischen Tendenzen, deren organisatorische Träger wie die Naturfreundejugend in ihrer heutigen Form auf den vorhergegangenen Zyklus außerparlamentarischer Massenproteste insbesondere der Jugend- und Studentenbewegung zurückgehen. Die Friedensdemonstrationen, Ostermärsche oder der Kampf gegen die Startbahn West haben nicht wenige Angehörige der traditionellen Arbeiterklasse mobilisiert und mögen dort sogar die Mehrzahl ihrer Sympathisanten finden. In diesen Bewegungen nehmen sie — und das ist der springende Punkt — jedoch in der Regel individuell und nicht in der organisierten Verzahnung mit ihren Arbeitsinteressen teil. Die Trennungen der Lebenswelten und die damit verbundenen Blockaden der sozialen Bewegungen gehen auch durch die Individuen selber — etwa durch die Naturfreundin, die Feministin, Hausbesitzerin, Gewerkschafterin und Eintracht-Fan ist und die für sich die Möglichkeit einer Integration finden muß. Die Naturfreunde haben exemplarische Projekte hervorgebracht, die versuchen, den gesamten Lebenszusammenhang in einem sozialistischen Projekt zu organisieren und aus den durch die Individuen gehenden Brüchen Scharniere zu machen: In der konflikthaften Ausrufung der Mehrzahl der Naturfreundehäuser zu Atomwaffenfreien Zonen, im Ausbau des Bundeshauses »Kanzelwandhaus« zum Ökozentrum, in der Schaffung der Sommerschule auf dem Fellhorn, in der Beteiligung an der »Kulturkooperative Ruhr«, der Schaffung des Bremer Arbeitslosenselbsthilfefprojekts »techno-coop« oder im sanfteren Tourismus, wie z.B. den ökologisch verträglichen Skikursen und -freizeiten mitsamt dem Durchsetzen des Skifahrverzichts bei Schneehöhen unter 30cm.

Solche notwendig noch bornierten sozialen Praxen schaffen Lernorte innerhalb der Arbeiterbewegung, die ohne Utopie- und Realitätsverluste Politik und Alltag lustvoll miteinander verknüpfen und Politik sinnlich machen. Vor dem Hintergrund einer authentischen ökologischen und sozialistischen Tradition sind mir die kleinen Fluchten der Naturfreunde legitime Utopien — weil sie Änderungsperspektiven aus Unbehagen am *eigenen* Leben

sind. Der kulturkritische Imperativ von der »Sinnvollen Freizeitgestaltung« hat dagegen nur die Denunziation des Anderen als des Barbarischen zu bieten.

Anmerkungen

- 1 Zu freizeitpädagogischen Konzepten des administrativen Umgangs mit Arbeitslosigkeit, die freundlich als »erzwungene Freizeit« umschrieben wird, vgl. Deutsche Gesellschaft für Freizeit (Hrsg.): Erzwungene Freizeit — Erfahrungen in europäischen Nachbarländern, Düsseldorf 1983.
- 2 Horst Kern, Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung. Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984.
- 3 Schriftenreihe des BMJFG, Bde. 101-102, Stuttgart u.a. 1976.
- 4 Vgl. etwa SOST (Hrsg.): Kulturindustrie und Ideologie. Teil I, Hamburg 1980, S.201ff.
- 5 Marx-Engels-Werke (MEW), Bd.23 (Kapitel I), Berlin/DDR 1962, S.287 (Hervorh. d.d. Verf.).
- 6 Bundesratsdrucksache 638/77.
- 7 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1974, S.599.
- 8 André Gorz: Abschied vom Proletariat, Reinbek 1983, S.87.
- 9 Vgl. Oskar Negt: Gesellschaft der zwei Realitäten, in: Erziehung und Wissenschaft, Nr. 11/1984, S.20.
- 10 Gorz, a.a.O., S.89,91.
- 11 Horst Kern, Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung! — Eine Herausforderung für die Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1985, S.27-39, S.38.
- 12 Kern/Schumann, a.a.O., S.28-31.
- 13 Vgl. zum folgenden die derzeit umfassendste Zusammenfassung von soziologischen Daten zu Verein und Vereinskultur von Friedhelm Kröll, Stephan Bartjes, Rudi Wiengarn: Vereine. Geschichte — Politik — Kultur. Informationsbericht Nr. 36 des IMSF, Frankfurt/M. 1982.
- 14 infas: Chancenungleichheit in der Freizeit. Eine Sekundäranalyse von Umfragedaten, Bd. 101 der Schriftenreihe des BMJFG, Stuttgart 1976.
- 15 Vgl. etwa die SOST-Berechnungen von 1980, die damals noch auf zwischen 2.44 und 3.56 h kommen (SOST, a.a.O., S.202).
- 16 Vgl. Jochen Zimmer (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984.

Karin Renzelmann

Genossenschaften: Sozialistische Strategie oder individuelle Problemlösung?

Bei der Formulierung alternativer Gesellschaftsutopien hatte die Diskussion um Genossenschaften einen festen Platz. Angesichts der aktuellen kapitalistischen Krise einerseits und der durch die außer Kontrolle geratenen Produktivkraftentwicklung bedingten Sinnentleerung der Welt andererseits wird diese Form der Ökonomie heute wieder verstärkt propagiert. Mit dem sicher zutreffenden Argument, daß Genossenschaften auf eine lange und teilweise erfolgreiche Tradition in der organisierten Arbeiterbewegung zurückblicken können, wird jedoch von den Verfechtern dieser Organisationsform eine kritisch-realistische Auseinandersetzung über die Genossenschaften eher erschwert. Dabei bestimmt weitgehende Unkenntnis über ihre Geschichte, ihre Möglichkeiten, aber auch über ihre Probleme und über die Alternativen zu ihr die Einschätzungen.

Der Bereich, in dem die theoretische Diskussion bisher am weitesten fortgeschritten ist, ist der des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Dieser wird von seinen Befürwortern sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Hinblick auf die Formulierung neuer Lebenszusammenhänge als die geeignetste Lösung eines zukünftigen sozialen Wohnungsbaus verstanden. Außer Frage stehen sollte, daß neben der plakativen Forderung nach Vergesellschaftung des Reproduktionsbereiches Konkretisierungen für den zentralen Komplex dieses Bereiches — nämlich »Wohnen« in der ganzen Bandbreite seiner Bedeutung — auf der Tagesordnung stehen müssen. Marxisten allerdings haben zu fragen, ob dieses durch Vergenossenschaftlichung, vor allem, was das wirksame Ausschalten kapitalistischer Profitlogik betrifft, geschehen und zur politischen Programmatik werden kann.

Gegen die Mythologisierung der Genossenschaftsgeschichte

Genossenschaften waren in ihrem ideologischen Selbstverständnis äußerst unterschiedlich; überliefert hingegen ist fast nur der Mythos der proletarischen Gegenökonomie. Das Charakteristische aller Genossenschaften ist, daß Individuen ein Bedürfnis aus eigener Kraft nicht befriedigen können und sich zu einer Gruppe zusammenschließen, um durch Konzentration — in aller Regel ihrer finanziellen Mittel — im Produktionsbereich ein Unternehmen aufzubauen, das über eigene Produktionsmittel verfügt und den erwirtschafteten Profit nicht privat abschöpfen läßt, sondern z.B. als Investitionsmittel zur Erweiterung der Produktion verwendet, um im Handel mit Konsumentenorganisationen den kosteninduzierenden Zwischenhandel auszuschalten, wobei Konsumgenossenschaften die Waren billiger abgeben.

Die ersten Genossenschafts-Gründungen wurden im Zuge der 48er-Revolution als Projekte der Arbeiterverbrüderung vorgenommen (vgl. Eisenberg 1985). Es handelte sich in der Gründungsphase bis zum Erlaß der Sozialistengesetze 1878 fast ausschließlich um Produktivgenossenschaften, und hierum rankte sich auch die theoretische Auseinandersetzung. Nun sind Genossenschaften zwar immer als Selbsthilfe für unterprivilegierte Schichten — sprich Arbeiter — verstanden worden, aber gerade im 18. Jahrhundert ist vielfach eine Perversion des Selbsthilfe-Gedankens zu beobachten: Der Arbeiter sollte sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen, in den ihn die frühkapitalistische Industriegesell-

schaft gebracht hatte. Allgemein wurde zwar die unerträgliche Lage der Proletarier gesehen, die Motivation, zu ihrer Veränderung beizutragen, resultierte jedoch zumeist aus der Befürchtung, daß eben diese Not die Arbeiter radikalisieren könnte und sie den sich gerade bildenden autonomen Arbeiterorganisationen zutriebe. So propagierten z.B. *Victor Aimé Huber* und der Mainzer Bischof *Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler* von katholisch-christlicher Ethik durchdrungene genossenschaftliche Zusammenschlüsse der Arbeiter, die in einer monarchischen, streng ständestaatlichen Ordnung als selbständige Unternehmer tätig werden und die verzweifelte wirtschaftliche Lage verbessern sollten.

Die bekanntesten Genossenschaftstheoretiker dieser Zeit waren *Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, der die Bauern in bis heute funktionierenden Verbänden organisierte, um sie vor aggressiven Händlern und Fabrikanten zu schützen, und *Hermann Schulze-Delitzsch*, der ein ähnliches Modell für mittelständische Handwerker entwickelte. Für den Lohnarbeiter, der den kapitalistischen Produktionsbedingungen am schutzlosesten ausgeliefert war, hatte er jedoch nur den zynischen Rat parat, es dem Handwerker gleichzutun und aus eigener Kraft durch Fleiß und Sparsamkeit seine wirtschaftliche Lage zu ändern.

Der Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins *Ferdinand Lassalle* war der schärfste Kontrahent Schulze-Delitzsch'; im liberalen industriellen Bürgertum sah er den Gegner der Arbeiterklasse. Er propagierte sogenannte Produktivassoziationen mit Staatshilfe und kooperierte mit dem monarchistisch-autoritären Staat Preußens, um Bismarcks Unterstützung zu gewinnen. Diese Haltung forderte bei *Marx* und *Engels* erbitterten Widerspruch heraus, da sie fürchteten, die Arbeiter würden als »Pensionäre des preußischen Polizeistaats« verkommen. Deutlich ist Lassalles Einfluß im Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei von 1875:

»Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages. (...) Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.« (Abendroth 1978, S.107)

Karl Marx antwortete hierauf in den »Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei« mit der bissigen Bemerkung:

»Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft 'entsteht' die 'sozialistische Organisation der Gesamtarbeit' aus der 'Staatshilfe' ... Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanlehn ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!« (MEW 19, S.26)

Einige Jahre zuvor hatte *Friedrich Engels* sich bereits in drei Zeitungsartikeln¹ gegen proudhonistische Lösungsvorschläge der Wohnungsnot im Industrieproletariat, die einen Eigentumserwerb mittels der Mietzahlungen vorsahen, ausgesprochen. Tatsächlich wendeten sich die Proudhonisten nicht an Arbeiter, sondern Handwerker und den bürgerlichen Mittelstand; die Arbeiterexistenz sei derart unsicher, daß sie keine zukünftigen und ortsgebundenen Verpflichtungen eingehen könne. Im 1887 zur zweiten Auflage erschienenen Vorwort spielt Engels auf die Affinität sozialdemokratischer Funktionäre und Reichstagsabgeordneter zu kleinbürgerlichen Sozialismus-Vorstellungen an: »Damit ist man denn für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen und kann je nach

Umständen selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten 'Hebung der arbeitenden Klasse' sympathisieren.« (MEW 21, S.328)

Dies sind die wesentlichen Positionen, welche bis in die heutige Zeit die theoretische Kontroverse um Genossenschaften bestimmen: Einerseits die bürgerlich-mittelständische, teilweise auch patriarchalische Konzeption der Genossenschaften als Zusammenschlüsse gegen zu aggressives Wirtschaften des Großkapitals. Im Wohnungsbausektor findet sie ihre Entsprechung in den Genossenschaften, die ihre Klientel nach ständischen Prinzipien berufsbezogen auswählten wie die Beamten-Heimstättenwerke. Auf der anderen Seite die Arbeiterbewegung, die durchweg Genossenschaften als eine Wirtschaftsform in der sozialistischen Gesellschaft verstand. Der reformistische Teil jedoch erblickte darin die geeignete Strategie, die kapitalistische Gesellschaftsordnung Schritt für Schritt zu reformieren und die Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Wohingegen der marxistische Flügel auf revolutionäre Umwälzung der Produktionsweise orientierte, die die grundsätzliche Voraussetzung jeglicher sozialistischer Produktion und somit auch Reproduktion ist: »Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst.« (MEW 19, S.22)

Man wird der marxistischen Linken — und Marx selbst — nicht gerecht, wenn man ihr unterstellt, sie wolle zugunsten der revolutionären Gesinnung auf Verbesserungen der akuten Lebenssituation des Proletariats verzichten oder diese gar bekämpfen.² Festzustellen ist, daß von Kautsky über Luxemburg bis Bebel alle exponierten Vertreter die dringende Notwendigkeit sofortiger Verbesserungen der Lebensumstände der Arbeiter und oben-drein den Lerneffekt für die zukünftige Gesellschaft, der mit Selbsthilfe bzw. -verwaltung verbunden ist, immer betont haben. Stellvertretend für alle sei hier *Clara Zetkin* angeführt:

»Ich war nie eine Gegnerin der genossenschaftlichen Bewegung überhaupt und stehe nicht einmal den Baugenossenschaften feindlich gegenüber, wenngleich ich überzeugt bin, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. (...) Wie die Dinge geschichtlich gelagert sind, kann gegenwärtig der proletarische Klassenkampf noch nicht der Durchführung der sozialistischen Ideale selbst gelten. Er muß sich vielmehr in der Hauptsache in dem Ringen um die Möglichkeiten der Kampfesfähigkeit des Proletariats erschöpfen. (...) Von der 'komischen' Vorstellung zu schweigen, daß der Sozialismus sich stückweise in die kapitalistische Gesellschaft einschmuggeln lasse.« (Zetkin 1901)

Die Haltung der Arbeiterorganisationen

1897 waren die sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaften aus dem Dachverband ausgeschlossen worden, 1903 traf das gleiche Schicksal die Konsumgenossenschaften, die mittelstandsfeindlicher, sozialdemokratischer Tendenzen verdächtigt wurden. Durch diese Ausgrenzung war zwar die Gefahr der bürgerlich-staatlichen Annexion der sozialistischen Genossenschaften vordergründig gebannt, jedoch entzündete sich im Rahmen des »Reformismus-Streits« eine erbitterte Debatte um das Für und Wider. Die Stellungnahme der SPD zu den Genossenschaften hing von den innerparteilichen Kräfteverhältnissen ab. Mit der grundlegenden Veränderung, sowohl was die Mitgliederzahl als auch das -gefüge betrifft, konnte sich nach der entschiedenen Ablehnung um die Jahrhundertwende der Genossenschaftsgedanke in der SPD bis zum Ersten Weltkrieg allmählich durchsetzen. Von den »alten Orthodoxen« machte schließlich *Karl Kautsky* seinen Frieden mit der Genossenschaftsbewegung, indem er die »Drei-Säulen-Theorie« entwickelte: der Arbeiter als

Staatsbürger in der Arbeiterpartei, als Produzent in der Gewerkschaft und als Konsument in der Genossenschaft. Diese Position reflektiert, daß entgegen der anfänglichen Entwicklungen im Produktionsbereich während der Zeit der Weimarer Republik Konsumtion und Wohnungsbau die eigentlichen Schwerpunkte der Genossenschaftsbewegung wurden.

Nach dem Zusammenbruch der monarchistischen Ordnung 1918 schienen alle Voraussetzungen für eine umfassende Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu bestehen. Nach dem Scheitern der sozialistischen Revolution in Deutschland waren die Arbeiter auf andere Strategien verwiesen, wollten sie ihre politische und ökonomische Lage verbessern. Die Genossenschaften erlebten in der Weimarer Republik einen ungeheuren Aufschwung.

Wie es unter anderen politischen Konstellationen besser gehen kann, zeigte das sogenannte »Rote Wien« der Zwischenkriegszeit. In der österreichischen Sozialdemokratie hatte sich der Austromarxismus mit seinem führenden Theoretiker Otto Bauer durchgesetzt. Neben der Reform des Bildungswesens war der direkte kommunale (und nicht der genossenschaftliche!) Wohnungsbau das hauptsächliche Politikfeld der Austromarxisten um den Bürgermeister *Karl Seitz* und den Finanzstadtrat *Hugo Breitner*. Mittels rigider Mieterschutzgesetzgebung und Erhebung einer progressiven Wohnbausteuer und diverser anderer Luxussteuern kam der spekulative private Mietwohnungsbau fast vollständig zum Erliegen, und die Gemeinde Wien konnte aus diesen Steuern ein umfangreiches Bauprogramm finanzieren. Auch in architektonischer Hinsicht war es richtungweisend, und die großen Höfe des Gemeindewohnungsbaus im Roten Wien zeugen noch heute vom Stolz der Arbeiter auf ihre Kultur (vgl. Frei 1984).

Im Deutschland der Weimarer Republik waren diese Wege nicht gewollt oder nicht gangbar und so schlossen sich die Arbeiter verstärkt in Genossenschaften zusammen, um die ihnen durch die staatliche Politik verweigerten Bedürfnisse überhaupt oder besser zu befriedigen. Auf diese Art entstand ein dichtes Netz von sozialistischen Genossenschaften, so daß ein Arbeiter im Extremfall sein gesamtes Leben in dieser Gegenkultur verbringen konnte: Zum Arbeiten ging er in die Produktionsgenossenschaft, seine Lebensmittel und andere Dinge des Bedarfs kaufte er in der Konsumgenossenschaft, er wohnte in einer Wohnungsbaugenossenschaft und nutzte die Bildungs- und Freizeitveranstaltungen von Genossenschaften, Partei und Gewerkschaft.

Dieses immer gern gezeichnete idealistische Bild entsprach jedoch bei näherem Zusehen kaum der Wirklichkeit. Die Wohnungsnot war neben der Arbeitslosigkeit die schlimmste Geißel für Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte. Gerade im Hamburg der zwanziger Jahre waren die Zustände katastrophal. Ein Wohnungsbauprogramm brachte der Stadt zwar die heute noch viel beachteten großen Wohnblöcke, aber die Mieten waren für einen Arbeiter nicht erschwinglich, schon gar nicht, wenn zur Miete auch noch ein Genossenschaftsanteil zu entrichten war. Somit wohnten z.B. im Block der Schiffszimmer-Genossenschaft in der Jarrestadt fast ausschließlich der »Arbeiteraristokratie« zuzurechnende Gemeinde- und Facharbeiter, die typische Klientel der SPD. Andere Arbeitergruppen, die häufig mit der KPD sympathisierten, mußten sich weiterhin mit den Kleinwohnungen der Vorkriegszeit begnügen und taufte den Block »Bonzenburg« bzw. eine Siedlung in Barmbek-Nord »Bonzenhausen«. Die Sozialdemokratie warb dennoch auf Plakaten unbeirrt mit dem Slogan: »Stützt den genossenschaftlichen Wohnungsbau! Wählt sozialdemokratisch!«

Ein anderer Zweig der Wohnungsversorgung auf genossenschaftlicher Basis — wenn auch teilweise in anderen Unternehmensstrukturen — sind die eng mit den Gewerkschaften verknüpften Gesellschaften. Ihren Ausgang nahm diese Entwicklung in den ersten

Jahren der Weimarer Republik: Um der Massenarbeitslosigkeit im Bauhandwerk zu entfliehen, taten sich arbeitslose Handwerker zusammen und gründeten die sogenannten Bauhütten, die 1920 unter dem von verschiedenen Gewerkschaften getragenen Verband sozialer Baubetriebe (VsB) zusammengefaßt wurden. Auf der Konsumentenseite wurde 1924 von den freien Gewerkschaften als Dachverband der entsprechenden Genossenschaften und gemeinnützigen Gesellschaften die Deutsche Wohnungsfürsorge AG (DEWOG) gegründet, die in Berlin einen Regionalverband mit dem Namen Gemeinnützige Heimstätten AG (GEHAG) erhielt. Allgemein kann in diesem Ausbau eines großflächig organisierten, zentralistischen Netzes von Baubetrieben und Wohnungsverwaltungsgesellschaften die Begründung des gewerkschaftlichen Wohnungsbaus gesehen werden.³ Die Zerschlagung dieser Organisation durch die Nazis erfolgte zwar nicht in Form einer generellen Auflösung, dafür waren sie wirtschaftlich ein zu bedeutender Faktor, sondern durch Gleichschaltung, indem die Vorstände mit Faschisten besetzt wurden. In einer radikalen Umstrukturierung wurden die Gesellschaften der Deutschen Arbeitsfront eingegliedert, regionalisiert und dabei umgetauft in *Neue Heimaten*.

Die Nachkriegssituation ist bekannt: DEWOG und GEHAG bestehen weiterhin, fristen jedoch ein zur Bedeutungslosigkeit verkommenes Dasein, das gewerkschaftliche Wohnungsunternehmen *Neue Heimat* (Hamburg) ist für die soziale Wohnungsversorgung der BRD dafür um so bedeutender, nachdem der Bundesvorstand des DGB 1954 beschloß, alle wohnungswirtschaftlichen Beteiligungen dort einzubringen. Die *Neue Heimat* der Nachkriegszeit wurde ein nach kapitalistischem Konzept funktionierender Konzern, und dieses war gerade auch in der Person ihres ersten Vorstandsvorsitzenden begründet, der die Wirren der ersten Jahre der BRD dazu nutzte, ein fast autokratisch geführtes Imperium mit sich selbst, einem »Barockfürst« (Stern 3/1973), gleich an der Spitze zu etablieren. Die Frage ist, wie sich die notwendige Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und gewerkschaftlich-gemeinnützige Ideale miteinander verknüpfen lassen. Diesem Versuch sind in einer antagonistischen Gesellschaft wie der kapitalistischen notwendig Grenzen gesetzt.

Organisationsstruktur, Staatsknete, Widersprüche

Genossenschaften sind grundsätzlich nichts anderes als eine Unternehmensform, die aufgrund ihres Selbstverständnisses und ihrer Unternehmensstruktur besonders geeignet scheint für Gruppen, die hinsichtlich demokratischer Entscheidungsfindung und Beteiligung aller am Geschäftsgeschehen qualitativ höhere Ansprüche stellen. Dieses bewirken hauptsächlich die drei Genossenschaften kennzeichnenden Prinzipien:

1. Das Förderprinzip besagt, daß Genossenschaften Zusammenschlüsse zu dem Zweck sind, die in ihnen vereinten Genossen zu fördern. Gewinnerzielung ist nicht originäres Ziel.
2. Das Demokratieprinzip bedeutet, daß jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl der von ihm gezeichneten Anteilsscheine, eine Stimme in der Mitgliederversammlung, dem obersten beschlußfassenden Organ, besitzt.
3. Das Identitätsprinzip soll durch das Bewußtsein des gemeinsamen Besitzes und der direkten Beteiligung an Entscheidungen und Selbstverwaltungsorganen eine Moralisierung der Genossen bewirken, was den verantwortlichen Umgang mit den genossenschaftlichen Gütern materieller als auch ideeller Art betrifft.

Mitglied einer Genossenschaft wird, wer mindestens einen Anteilsschein erwirbt, der bei Wohnungsbau-Genossenschaften in der Regel zwischen 500 und 1.000 DM liegt. Beim

Bezug einer Wohnung wird mindestens noch die Zeichnung eines weiteren Anteilsscheines fällig; wieviele es letztendlich sind, hängt von der Größe und dem Standard der Wohnung ab. Dies zeigt, daß gerade für einkommensschwache Bevölkerungskreise die Voraussetzungen für den Eintritt in eine Genossenschaft vielfach schwer zu erfüllen sind. Zudem sind auch gerade Familien mit Kindern, die größere Wohnungen brauchen, für die sie entsprechend viele Anteilsscheine erwerben müßten — neben der sich nach der Größe berechnenden Miete — wieder benachteiligt. Somit gilt auch hier, daß die ausreichende Versorgung mit Wohnraum eine Frage des Preises ist.

Aufgrund der gesetzlichen Anforderungen müssen Genossenschaften keineswegs sozial- bzw. gemeinorientiert sein. In Köln schlossen sich 1921 sogar Universitätsprofessoren zu einer Wohnungsbaugenossenschaft zusammen (vgl. Novy 1983, S.172). Solidarvorstellungen beziehen sich eher auf das Verhältnis der Genossen untereinander, nach außen können sie enormen Gruppenegoismus entfalten und sind aus Gründen der kapitalistischen Konkurrenz dazu vielfach auch gezwungen. Da in aller Regel die Kapitalkraft der Genossen nicht ausreicht, den Bau eines Hauses zu finanzieren, zumal durch das Demokratieprinzip der Anreiz, große Kapitalbeträge einzubringen, gering ist, sind sie bis auf wenige Ausnahmen auf staatliche Unterstützung nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) angewiesen. Dies ist mit etlichen einengenden Auflagen verbunden, wie der Bedürfnisprüfung, der begrenzten Gewinnausschüttung, der Belegungsbindung, der Wirtschaftlichkeitsprüfung und der Baupflicht, um die wesentlichen zu nennen. Im Gegenzug erhalten die Unternehmen dafür weitgehende Steuerbefreiungen. Dieser Katalog von Auflagen hat nun bestimmte Entwicklungen zur Folge gehabt, die von den einzelnen Genossenschaften unterschiedlich einengend bewertet werden — so das Ergebnis einer Anhörung, die die SPD im Oktober 1984 zum Thema Wohnungsbaugenossenschaften durchführte. Während sich die Anhänger einer neuen Genossenschaftsrenaissance bzw. -romantik vor allem gegen die sozialen Bindungen wenden, haben die »Alt«-Genossenschaften mit genügend altem entschuldetem Wohnungsbestand sich schon lange in diesem System etabliert und sind von anderen beliebigen großen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen nicht mehr zu unterscheiden. Deutlich wird letzteres in der Akribie, mit der bestimmte Genossenschaften einzelne Steuergesetze diskutieren (vgl. hierzu u.a. den vorab eingesandten Bericht der »Baugenossenschaft Esslingen eG« zu der SPD-Anhörung). Das WGG wird zwar durchaus bejaht, die Belegungsbindung jedoch mit stigmatisierenden Argumenten gegen Sozialmieter abgelehnt (vgl. hierzu den Bericht des »Bau- und Heimstättenvereins Stuttgart eG« zu demselben Anlaß). Sicherlich hat die Baupflicht, die besagt, daß überschüssige Gewinne wieder in den Bau (heute häufig nicht Neubau, sondern Modernisierung bzw. Sanierung) fließen müssen, viel dazu beigetragen, daß bestehende Wohnungsbaugenossenschaften sich aufgrund ihrer zunehmenden Größe von den Mietern entfremdeten und der Selbstverwaltung im wörtlichen Sinn wenig Raum blieb. Aber angesichts des Bedarfs an billigen Wohnungen ist es ausgesprochen problematisch, auf sie zu verzichten, wenn öffentliche Gelder verwendet werden. Die Sozialbindung erscheint allen ein Problem, den »alten«, weil sie sich soziale Problemfälle vom Hals halten wollen, den Neugründungen, weil sie heute als Neulinge auf dem Gebiet der Selbstversorgung mit Wohnraum ein starkes Interesse an einer von Anfang an homogenen Gruppe haben.

Wenn *Peter Conradi* im Pressedienst der SPD als vorläufiges Ergebnis der Anhörung versprach, »das neue SPD-Modell zur steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums ... auch auf das gemeinschaftliche Wohnungseigentum der Genossenschaften auszudehnen zu wollen«, macht das sehr deutlich, worum es geht: Vergenossen-

schaftlichung — nicht als Form der Vergesellschaftung, sondern als eine spezifische Form des Gruppeneigentums, für das teilweise enorme öffentliche Mittel zur Unterstützung gefordert werden. Der Reiz, den genossenschaftliche Selbsthilfe gerade auf konservativ-liberale Politik ausübt, hat seine Gründe.

»Der gesamte Miethausbestand wird durch Selbstverwaltungskörperschaften ... verwaltet. Bei wem das formelle Eigentum liegt (privaten Eigentümern, Staat oder Selbstverwaltungsorganen), ist nicht mehr von entscheidender Bedeutung, da einige Eigentumsfunktionen (treuhänderisch) auf die verschiedenen Selbstverwaltungskörperschaften übergehen, andere — wie die Einkommensfunktion — fortfallen.« (Novy 1983, S.116f.)

Nun ist dieses als Zukunftsvision auch für andere als genossenschaftsgläubige Reformisten träumbar, die Verwirklichung solcher »Zustände« ist jedoch genauso wenig realistisch wie die Einführung des Sozialismus per parlamentarischem Dekret.

Jede Frage ist eine Frauenfrage — oder: Was ist dran am Demokratieprinzip?

Bezeichnend auch für die Genossenschaften der damaligen Zeit war die Diskriminierung von Frauen. So wußte die *Gleichheit* vom 29. Januar 1902 zu berichten, daß vor dem Oberlandesgericht Sachsen eine selbständige Mitgliedschaft von Ehefrauen in Konsumgenossenschaften durchgesetzt werden mußte. Und noch am 18. November 1921 war in der *Süddeutschen Arbeiterzeitung* zu lesen, daß, wenn *der Mann* verhindert sei, die Frau ebenfalls wählen könne. One man, one vote! Inzwischen sind Frauen formal gleichberechtigte Mitglieder in den Genossenschaften, ihre Situation wird jedoch in der von Männern beherrschten Diskussion immer noch ignoriert. So ist die Forderung nach einer Reduzierung der Kosten im Wohnungsbau mittels weitgehender baulicher Eigenleistung und anschließender Selbstverwaltung schlicht frauenfeindlich! Neben den enormen Folgen, die eine Ausweitung laienhafter oder ehrenamtlicher Arbeit zu Lasten von Erwerbsarbeit ohne flankierende Maßnahmen in unserer Gesellschaft hätte — die Gewerkschaften haben schon lange auf diesen Umstand aufmerksam gemacht —, bringt sie eine Vermehrung der unbezahlten Arbeit im Reproduktionsbereich. Und diese blieb bekanntlich bisher immer an den Frauen hängen! Komme jetzt keiner mit dem Argument, diese Arbeit trüge zur Selbstverwirklichung bei. Kaum eine andere Arbeit ist derart ungesellschaftlich, so wenig auf die Entwicklung menschlicher Kooperationsfähigkeit gerichtet, wie die Hausarbeit. Außerdem ist es mit der Verallgemeinerbarkeit nicht weit her, wenn jederfrau, die sich keine Ehefrau zum Ausbeuten hält, der Weg zum billigen Wohnen versperrt ist.

Für Marxisten kann also die soziale Wohnungsversorgung aus diesem Grund nur über eine Vergesellschaftung und nicht Individualisierung laufen, d.h. über Kommunalen Wohnungsbau (vgl. Krätke 1981 und Exner/Kortz 1984). Solange dieser angesichts der politischen Kräfteverhältnisse nicht durchsetzbar ist, gibt es immer noch den gewerkschaftlichen Wohnungsbau, der potentiell die besseren gesamtgesellschaftlichen demokratischen Kontrollmöglichkeiten enthält als die teilweise an bornierte Eigentümerinteressen gebundenen Genossenschaften. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen (Genossenschaftsgesetz, WGG) lassen demokratisch artikulierte Interessen der Gesellschaft in der Tätigkeit der Genossenschaften nicht wirksam werden. Daß der Gewerkschaftskonzern *Neue Heimat* seinen Skandal gerade aufgrund der fehlenden Kontrolle produzieren konnte, verdeutlicht die Notwendigkeit der selbstkritischen, fachgerechten Umstrukturierung, aber praktikable Vorschläge auch eines Insiders, liegen hierzu vor (vgl. Hirche 1984).

Die vorstehenden Ausführungen sollten einen ersten, aufgrund des geringen Raumes

notwendigerweise verkürzenden, Einblick in die Diskussion um Genossenschaften geben. Weder waren sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung unumstritten, wobei die historischen Argumente die heutigen immer noch sind, noch stellen sie »Allheilmittel« gegen Staats-Frust und für kleine Netze dar. Gerade Wohnungsbaugenossenschaften waren schon immer und sind stärker denn je auf staatliche Unterstützung angewiesen, die sich das Bildungsbürgertum allemal besser anzueignen weiß. »Warum aber spricht dieser Tatbestand gegen eine genossenschaftliche Wohnlösung und nicht allenfalls gegen zu viel staatliche Förderung? War es illegitim ...?« fragt Novy mit Bezug auf die Kölner Universitätsprofessoren von 1921. Legal war es ohne Frage, aber es zeugt nicht gerade von der viel beschworenen hohen Moral, wenn ein Kölner Universitätsprofessor, der ständig darauf hinweist, daß der größte Anteil des Gesamtsteueraufkommens von den unteren Einkommen geleistet wird, 1985 selbst die Vorzüge einer von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreiten Gemeinnützigen Genossenschaft zu würdigen und nutzen weiß.

Anmerkungen

- 1 Diese Artikel für den Leipziger »Volksstaat« 1872 wurden als Borschüre unter dem Titel »Zur Wohnungsfrage« zusammengefaßt und veröffentlicht (vgl. MEW 18, S.209ff.).
- 2 Als einer unter vielen sei hier Conrade mit seiner burschikosen Abhandlung dieser Frage in Arch + 74, S.35, genannt. Und wenn Hoffmann-Axthelm, ebd. auf S. 30, befindet: »Wir sehen heute, daß Marx in seiner heroischen Renigungsarbeit ... eben alle jenen warmen Herzenskräfte des Kleinbürgertums aus der Arbeiterbewegung, überhaupt der Linken, herausgeworfen hat, die sie zu ihrem politischen Gedeihen und Durchhalten dringend gebraucht hätte: den ganzen sozusagen anthropologischen Zug, den 'menschlichen' Reichtum des Frühsozialismus«, ist dieses sicher als nicht nur sprachliche Hochnotpeinlichkeit zu bewerten.
- 3 Die Gründung der »Gemeinnützigen Kleinwohnungsbaugesellschaft Groß-Hamburg m. b. H.« 1926 wird von der *Neuen Heimat* als Geburtstag gefeiert.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang, 1978: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. 4. Aufl., Köln Arch + 74: Schwerpunkt zu Genossenschaften. Mai 1974
- Eisenberg, Christiane, 1985: Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Bonn Exner/Kortz, 1984: Für die Entwicklung eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts. In: *spw* 23, Berlin/W., S.174ff.
- Frei, Alfred Georg, 1984: Rotes Wien. Berlin/W.
- Hirche, Kurt, 1984: Der Koloss wankt? Düsseldorf, Wien
- Krätke, Stefan, 1981: Alternative Wohnungspolitik am Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus. In: *spw* 12, Berlin/W., S.19ff.
- Marx-Engels-Werke (MEW), 1977. Berlin/DDR
- Novy, Klaus, 1983: Genossenschafts-Bewegung. Berlin/W.
- Vorwärts — und nicht vergessen. Ausstellungskatalog zur Arbeiterbewegung in Hamburg um 1930. Berlin/W. 1982
- Zetkin, Clara, 1901: Der Entgegnung zur Antwort. In: Die Gleichheit. Nr.18

Volker Gransow

Die Massenmedien verschwinden

Vom fortgesetzten Strukturwandel der Öffentlichkeit

Abschied vom Proletariat, Auflösung der Arbeiterbewegung, Ende der Geschichte ... Angesichts solcher Schlagworte scheint es wenig originell, vom »Verschwinden der Massenmedien« zu reden. Und doch hat diese These ihre Berechtigung, wie im folgenden zu zeigen sein wird. Dabei geht es nicht nur um die platte Behauptung, daß die Medien gesellschaftlicher Kommunikation in ihrer bisherigen Form zu Ende gehen, vielmehr muß vor allem gefragt werden: *Wohin* verschwinden die Medien? Offensichtlich in Richtung »neue Medien/Technologien«. Daher sollen Phänomene aus diesen allemal mit Mikroelektronik verbundenen Gebieten mit einem tradierten Verständnis von Massenkommunikation verglichen werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Redefinition der Massenmedien, mithin auch die Frage nach einem veränderten Verhältnis von Privatem und Öffentlichem. Die Neuzusammensetzung der Öffentlichkeit soll weiter untersucht werden in ihren Elementen; was ist Öffentlichkeit anderes als: hören, sehen, sich begegnen? Zuerst aber ein paar Bemerkungen zum Stand der politologischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion.¹

I

Bei ihren Annäherungen an politische Kultur konzentrieren sich etablierte politische Soziologen nur zu oft auf deren integrative Funktionen. Sie ignorieren tendenziell, *wie* in bestimmten politischen Kulturen Hegemonie ausgeübt wird und beschäftigen sich nur mit Arten von Kontrolle und Konfliktlösung, die zu einer Transformation der Integrations-Institutionen führen können.² Mit Alain Touraine läßt sich freilich sagen:

»Jedes institutionelle System ist begrenzt, jeder Anspruch wird nicht verhandelt, alle gesellschaftlichen Interessen werden nicht repräsentiert, bestimmte Formen kollektiven Handelns sind Antworten auf die Blockierung und Geschlossenheit des institutionellen Systems.«³

Unzweifelhaft hat die etablierte politische Soziologie solche Probleme. Zweifelhaft ist allerdings, ob der Marxismus einen Weg aus der Sackgasse weist. Bekanntlich hat der Marxismus eine Geschichte wie jener Endzeitprophet, der gelegentlich mit dem Hinweis auftaucht, daß das Ende der Menschheit nunmehr nahe sei. Wenn dieses Ende — des Kapitalismus — nicht wie prophezeit eintritt, gehen Marxisten zurück in die Studierstube, erforschen die Vergangenheit und produzieren oft verblüffend einleuchtende Erklärungen, warum der Kapitalismus auch diese Krise überlebt hat.⁴ Schwerer fällt ihnen freilich die Erläuterung der Gegenwart, sogar des Marxismus der Gegenwart. Der »Marxismus des Marxismus« gehört zu ihren Hauptproblemen.⁵ So überrascht die Rede von der »Krise des Marxismus« nur wenig. Mehr als sieben Jahre nach der Publikation von Althusser's gleichnamigem Buch muß ich doch sehr an jenen Endzeitpropheten denken.⁶

Was in Wirklichkeit gebraucht wird — sowohl in der etablierten Soziologie wie im Marxismus (oder besser: den Marxisten) —, ist ein theoretischer Rahmen, der sowohl subjektive wie quasi natürliche Aspekte sozialer Systeme faßbar macht. Das bedeutet den Ruf nach einem »kulturellen Materialismus« im Allgemeinen oder den Wunsch nach »kulturalistischen Wenden« in einzelnen Bereichen. In jedem Fall muß der sich entwickelnde kul-

turelle Materialismus auch die physisch-materielle Existenz des Menschen mit einschließen.⁷

II

Eine wesentliche Voraussetzung für die Diskussion um einen kulturellen Materialismus ist technische Entwicklung. Mikroelektronik ist im gewissen Sinn die bemerkenswerteste Technologie, mit der die Menschheit es bis jetzt zu tun hatte. Sie betrifft Freizeit, Arbeit, den Wohlfahrtsstaat, den Sicherheitsstaat, die Dritte Welt und last but not least die Medien. Wenn man sich allgemeine Beschreibungen dieses Prozesses anschaut, findet man Worte wie Computertechnik, Compunication, Elektronische Datenverarbeitung, Hochtechnologie, Neue Informationstechnologien, Neue Kommunikationstechnologien, Neue Medien, Neue Medientechnologien, Neue Technologien, Telekommunikation, Telematik, Technotronik. Die Ungewißheit über die Korrektheit der Termini wird noch größer, je konkreter die Phänomene sind, von Algol bis zu »Virgin Media«.⁸

Diese Erscheinungen mögen tatsächlich unterschiedlich sein, aber sie haben zwei Elemente gemeinsam. Erstens sind sie entweder mikroelektronisch gesteuert oder mit Mikroelektronik verbunden, d.h. sie sind Teil der Einführung von Mikroelektronik in *alle* Sphären der Gesellschaft.⁹ Zweitens sind diese schon massenhaft produziert oder aber produzierbar. Auf diesen Gebieten werden nahezu jede Woche neue Informationen geschaffen. Dennoch notierte ein Experte des BDI, daß die Zeit der Diskussion nunmehr beendet sei.¹⁰ Diese Zeit war zur Diskussion von Medien- und Kulturpolitik oder zur Erörterung von Wirtschaftspolitik genutzt worden. Der entscheidende Punkt ist freilich, daß sowohl Kulturpolitik wie Wirtschaftspolitik in ihrer Verknüpftheit betrachtet werden müssen: Der Gebrauch neuer Technologien zur Ausdehnung von Unterhaltung und zur Etablierung des Privatfernsehens ist nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtbild. Zentrale Aufgabe »neuer Technologien« ist schließlich Rationalisierung von Produktion und Verwaltung. Oft genug wird das Fernsehen noch als Leitmedium betrachtet, aber auch wenn Bildschirmtext oder Privatfernsehen einstweilen Flops sein sollten, wandelt sich die Mattscheibe zum häuslichen Universalmonitor innerhalb eines Systems der Heimcomputer, Moderne, Teleprozessoren und Videorecorder.

III

Daher entfernt sich das Phänomen »Medium« immer mehr von seiner Definition. Ursprünglich ging es — z.B. beim Spiritismus — um irgendeine vermittelnde Agentur oder Substanz. Mit Rundfunk und Groschenpresse folgte dann das »Massenmedium«. Massenmedien können nur analysiert werden im Kontext von Massenkommunikation: Im gewissen Sinn sind alle Beziehungen zwischen gegebenen Einheiten Kommunikation. Bei Menschen reicht die Kommunikationsspanne von der Zeugung bis zum Mord. Hauptelement von Kommunikationsforschung ist dabei das Bild »Sender — Botschaft — Empfänger« zur Charakterisierung des Kommunikationsprozesses. Solche allgemeinen Definitionen sind nicht falsch. Sie können sogar revolutionär interpretiert werden, wie in Brechts Radiotheorie, wo eine Umwandlung des Rundfunk-Systems aus einem Verteilungsapparat in einen Kommunikationsapparat verlangt wird.¹¹ Aber diese Revolution schließt eine Revolution der Gesellschaftsstruktur ein, weil sowohl Sender wie Empfänger bestimmte soziale Funktionen in sozialen Beziehungen haben, d.h. der Sender muß nach den Regeln kapitalistischer Produktion arbeiten, der spezifische Charakter der Botschaft ist es, eine Ware zu sein usw.¹² Aber *Massen*kommunikation ist nicht nur sozial definiert, sondern

auch technisch. Wenn man versucht, gängige Definitionen von Massenkommunikation durch Massenmedien zusammenzufassen, dann findet man vier zentrale Elemente:

- (1) Die Empfängerseite bildet ein prinzipiell unbegrenztes, heterogenes und raum-zeitlich verstreutes (dispersed) Publikum, der Kommunikationsprozeß ist öffentlich.
- (2) Das Publikum ist anonym; Rezipienten sind dem Kommunikator unbekannt und haben untereinander keinen Kontakt.
- (3) Der Kommunikationsprozeß verläuft ganz überwiegend einseitig vom Kommunikator zum Publikum.
- (4) Wegen der hohen Produktions- und Verteilungskosten sind die Träger von Massenkommunikation meist komplexe Großorganisationen.

Wenn man diese Definition mit dem vergleicht, was schon heute im Feld der »neuen Technologien« technisch-sozial möglich ist, dann kann kein einziger Punkt aufrechterhalten werden:

- (1) Es sind Informationen für geschlossene Nutzergruppen möglich, die Empfängerseite bildet kein prinzipiell unbegrenztes Publikum.
- (2) Individuelle Mitteilungen sind machbar; das Publikum ist nicht unbedingt anonym; es kann begrenzt miteinander in Kontakt treten.
- (3) Das Publikum kann zielgerichtet im Kommunikator Informationen oder Unterhaltung abrufen, freilich nur im Verhältnis von Konsumenten und Anbietern. Ein im Sinn der Brechtschen Radiotheorie verstandenes »In-Beziehung-Setzen« ist dies nicht.
- (4) Komplexe Großorganisationen sind zwar dominierend, aber sie lassen als Alibiform zumindest auch Individuen, Gruppen, Klein- und Mittelbetriebe an der Vermittlung teilhaben.

Einerseits werden also klassische Funktionen von Massenmedien noch wahrgenommen, andererseits scheint eine Trennung der Informations-, Unterhaltungs- und Rationalisierungsfunktion unmöglich zu sein! Die sogenannten »Printmedien« wie Bücher, Zeitschriften und Zeitungen werden nicht nur mikroelektronisch produziert, sondern auch genutzt: Man sieht das in der Benutzung von Kopierautomaten wie bei Microfilm und Microfiche.

Radio verändert sich durch Radio-Recorder-Kombinationen, die das Verhältnis zwischen gesendeter und *gespeicherter* Botschaft schwimmend machen. Ähnliches geschieht beim Fernsehen: das Speichermedium Video macht den Empfänger sowohl abhängiger wie unabhängiger vom Sender. Mit anderen Worten: Die Überwindung der hergebrachten Trennung von individueller und Massen-Kommunikation bedeutet das Verschwinden der Medien. Sie verwandeln sich in einen integralen Teil großangelegter elektronischer Vermittlung. Gleichzeitig verändert sich das Verhältnis von Privatem und Politischem.

IV

Das ist so widersprüchlich wie evident. Andererseits gibt es einen Aspekt der Veränderung zwischen Privatem und Politischem, der im Kern nicht technologisch ist. Die allmähliche Auflösung der »neuen sozialen Bewegungen« bedeutet insofern nicht viel, als sie sich in Kultur auflösen, in eine politisch-unpolitische Alternativkultur, die nur in einem bestimmten Sinne politisch ist.

»Es ist eine Politik, die versucht, gegenüber der konventionellen Reichweite von Politik feste Grenzen zu errichten, indem 'private' Lebensweisen und Identitäten auf politische Weise verteidigt werden. Die Substanz des Privatlebens wendet sich in politische Aktion, eine Aktion, die Ziele und Rationalität des Wachstums-Sicherheits-Bündnisses herausfordert.«¹³

Es ist bemerkenswert, daß eine Kultur entsteht, die hauptsächlich durch ihre Neubestimmung des Verhältnisses von Privatem und Politischem charakterisierbar ist, während gleichzeitig mikroelektronisch induzierte Anonymität und Isolation allgemeiner denn je werden. Das führt zur Frage nach der Kontinuität im Strukturwandel der Öffentlichkeit, es führt zu Jürgen Habermas' soziologisch-historischer Untersuchung über Formation und Desintegration des Öffentlichen. Obwohl Habermas zu Recht kritisiert worden war, weil er ein idealisiertes Bild bürgerlicher Öffentlichkeit zeichnete und weil er das nicht-öffentliche private Eigentum an den Produktionsmitteln unterschätzte, so bleiben doch seine Schlußfolgerungen gültig: Die nicht-öffentlichen Meinungen werden durch kulturindustrielle Selbstverständlichkeiten und durch öffentlich-manifestierte Meinungen in dem bestehenden System integriert.¹⁴

Bloß: Zum Strukturwandel der Öffentlichkeit im ausgehenden 20. Jahrhundert gehört nicht nur das Auftauchen alternativer Kulturen, sondern auch die Veränderung der Vermittlungssysteme. Nicht nur Meinungen, Fähigkeiten, Bedürfnisse und Interessen werden elektronisch vororganisiert, sondern ganze Lebenszusammenhänge.¹⁵ Sie sind abgerissen von praktischen Möglichkeiten der Selbstbestimmung. Denn Öffentlichkeit existiert ausschließlich in menschlichen Handlungen wie Hören, Sehen, Sich-Treffen usw. Und genau diese Tätigkeiten sind Objekte technologischer Rekonstruktion von Öffentlichkeit.

V

Im Gebiet der Audio-Kommunikation etwa begibt sich das Gegenteil von dem, was das Wort *prima facie* besagt. Die Kombination von Uhren und Radios als Teil universeller Veruhung führt zur Integration von Information und Unterhaltung in die soziale Disziplinierung des Aufwachens. Musik wird mehr und mehr Bestandteil des Alltagslebens. Radio-Musik wird gehört beim Arbeiten, Autofahren, Reisen und Einkaufen. Zahllose Freizeittätigkeiten benötigen schon den musikalischen Hintergrund. Welt kann nur noch technisch erfahren werden. Wirklichkeit wird zum Medium. Wenn keine Musik im Sender ist, greift man zum Speichermedium, zur Kassette.

Zum »Walkman« also. Diese Kassetten-Recorder verändern nicht nur das Hören, sondern folgerichtig auch Sprech- und Wahrnehmungsgewohnheiten. Es gibt Walkman-Kassetten-Recorder, wo nur der Button »Talk« gedrückt werden muß — und schon kann man sich mit anderen Menschen unterhalten, ohne den Walkman abnehmen zu müssen. Manche Walkman-Benutzer erinnern an autistische Kinder. Sie sind abhängig von der direkten Befriedigung ihrer Wünsche und unfähig zu warten, sich zu versammeln oder gar Widerstand zu leisten. — Ein so simples Erzeugnis mikroelektronischer Innovation wie Guttang Gottong, ein Videospiele, bei dem es darum geht, mit Hilfe von Switch- und Action-Tasten einen auf dem Bildschirm sichtbaren Zug hin zu plötzlich auftauchenden Fahrgästen zu dirigieren, zeigt viererlei:

- (1) einen Beitrag zur Digitalisierung und Veruhung des Alltagslebens durch das Erscheinen der LED-Zeitanzeige nach jedem Spielende;
- (2) ständige Erhöhung der Leistungsanforderungen durch Steigerung der Spielgeschwindigkeit;
- (3) eine Einführung in die Netzplantechnik;
- (4) die Gewöhnung an einen nicht-menschlichen Gefährten, der Gegner, Kontrolleur und Kumpel zugleich ist.

Welch ein Fortschritt, verglichen mit simplen Einführungen in die Konkurrenzgesellschaft wie den Brettspielen »Mensch, ärgere Dich nicht« oder gar »Monopoly«!

VI

Das eingangs erwähnte Begriffschaos ist keinesfalls sinnlos. Es ist eine Reaktion auf die tatsächliche Ununterscheidbarkeit »neuer Medien« von »neuen Technologien«, zwischen den Funktionen Produktion, Verteilung, Rationalisierung, Unterhaltung und Information.

Klassische Formeln zur Bestimmung von Massenmedien und Massenkommunikation versagen. Das Ende der Trennung von individueller und elektronischer Kommunikation ist das Ende der Massenmedien. Sie verschwinden in einer elektronischen Vernetzung aller menschlichen Tätigkeiten. Die Beziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wandelt sich dramatisch, weil konstitutive Elemente des Öffentlichen auseinandergenommen und elektronisch rekonstruiert werden. Deshalb kann es in Zukunft keine Trennung von »Medienpolitik« und »Technologiepolitik« mehr geben.

Anmerkungen

- 1 Zum Gesamtzusammenhang vgl. ausführlich Volker Gransow, *Der autistische Walkman. Elektronik, Öffentlichkeit und Privatheit*, Berlin/W. 1985 (im Erscheinen).
- 2 Vgl. Richard R. Weiner, *Cultural Marxism and Political Sociology*, London/Beverly Hills 1981, S.65.
- 3 Alain Touraine, *The Self-Production of Society*, Chicago 1979, S.303.
- 4 Vgl. *Marxism Today*, Nr. 3/1983, S.9.
- 5 Vgl. Alvin W. Gouldner, *The Two Marxisms. Contradictions and Anomalies in the Development of Theory*, New Yrk 1980, S.10.
- 6 Vgl. Otto Bauer, *Marx als Mahnung*, Werkausgabe, Bd.9, Wien 1980; Louis Althusser, *Die Krise des Marxismus*, Hamburg 1978.
- 7 Vgl. Raymond Williams, *Problems in Materialism and Culture*, London 1980.
- 8 Vgl. Anthony Chandor, *The Penguin Dictionary of Microprocessors*, Harmondsworth 1981.
- 9 Vgl. Günther Friedrichs/Adam Schaff (Hrsg.), *Auf Gedeih oder Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft*, Wien 1982.
- 10 Klaus Brepohl, *Lexikon der neuen Medien*, Köln 1984, S.7.
- 11 Vgl. Bertolt Brecht, *Der Rundfunk als Kommunikationsapparat*. Gesammelte Werke, Bd.18, Frankfurt/M. 1967.
- 12 Vgl. Wulf, D. Hund/Bärbel Kirchoff-Hund, *Soziologie der Kommunikation*, Reinbek 1980.
- 13 Claus Offe, *The Emerging Coexistence of Two Paradigms of the Political*, unveröffentlichtes Msk., Bielefeld, Florenz 1980.
- 14 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1969, S.270.
- 15 Vgl. Oskar Negt, *Öffentlichkeit*. In: *Handlexikon der Politikwissenschaft*, München 1983.

Dokumentation

Jürgen Egert/Michael Müller/Horst Peter

Entwurf: Die Zukunft der Arbeit

Sozialdemokratische Reformen für eine menschenwürdige Gesellschaft

Vorbemerkung

Die Programmdebatte ist trotz Kandidatengerede in vollem Gange. Die linken Bundestagsabgeordneten Egert, Müller und Peter haben sich mit einem umfangreichen Papier zu den Anforderungen an ein Programm der SPD geäußert. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge hieraus: Aus dem Analyseteil ihre Einschätzung der Technologie- und Wirtschaftsentwicklung und den Schluß ihres Papiers, der die ihrer Ansicht nach wichtigen Eckpunkte einer sozialdemokratischen Perspektive benennt.

Die Red.

Gefahren und Chancen durch die dritte industrielle Revolution

Im Übergang von der »klassischen« zur technisch-wissenschaftlichen Industriegesellschaft ergeben sich durch den Einsatz neuer Basistechnologien Gefahren, aber auch neue Chancen für die Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitswelt. Die technologischen Innovationen führen zu erweiterten Gestaltungsspielräumen, die potentiell die Möglichkeiten für eine sinnvolle, ganzheitlichere Arbeitsgestaltung erweitern. Eine derartig attraktive Perspektive für die Entwicklung der Erwerbsarbeit setzt vor allem eine arbeitsweltbezogene Reformpolitik voraus, um die Technikentwicklung und die Arbeitsorganisation im Interesse der Arbeitnehmer zu gestalten und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für diese Zielsetzung zu verändern. Wichtige Schritte dazu sind die Qualifizierung der Arbeitnehmer, die Ausweitung ihrer Beteiligungsrechte, die Verkürzung der Arbeitszeit und insgesamt die Humanisierung der Arbeit. Dadurch könnte sich ein neuer, enger Kontakt zwischen Arbeits- und Lebensgestaltung ergeben. Die Produktivkraftentwicklung selbst schafft Möglichkeiten, die zu einer demokratischen und sozialen Weiterentwicklung der Gesellschaft benutzt werden müssen. (...)

Dabei wird die Erwerbsarbeit die gesellschaftliche Entwicklung weiterhin entscheidend prägen. Organisation, Inhalt und Ziel der *Arbeit* bleiben für die SPD das zentrale gesellschaftspolitische Thema. Für eine überzeugende Zukunftsperspektive eines sozialdemokratischen Programms zur Zukunft der Arbeit ist es entscheidend, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, auf der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Ebene zu verbessern, die Humanisierung der Arbeit voranzutreiben, die Anhebung der Bildungsqualifikation zu fördern und die Demokratisierung der Wirtschaft zur Festlegung einer »neuen ökonomischen Logik« für die Berücksichtigung sozialer und gesellschaftlicher Ziele zu verwirklichen, um zu einer menschenwürdigen Produktionssphäre und einer solidarischen Gesellschaft zu kommen. Dafür gilt es, vor allem auf der wirtschaftlichen Ebene, »mehr Demokratie zu wagen«, um eine Identifizierung der Arbeitnehmer mit diesen Zielen und eine entsprechende Durchsetzungsfähigkeit dafür zu erreichen.

Trendumkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist eine Trendumkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Industrieländer mit tiefgreifenden Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Konkurrenz zu verzeichnen. Ein Wohlfahrtsstaat-Kompromiß erlaubte es bis dahin, zugleich die Unternehmensgewinne, die Reallohne und die Sozialleistungen zu erhöhen.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wurden als Kompromisse um die Verteilung des Zuwachses geführt und damit weitgehend entschärft. Diese Phase der sozialökonomischen Entwicklung ist offenbar zu Ende gegangen. Die ständige Ausweitung der industriellen Massenproduktion durch hohe gesamtwirtschaftliche Innovationen, die lange Zeit das stabile wirtschaftliche Wachstum ermöglichten, ist tendenziell — und nicht nur aus ökologischen Gründen — angesichts folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen an Grenzen geraten:

- verschärfte Konkurrenz mit den hochentwickelten westlichen Industrieländern (insbesondere USA und Japan) auf den enger werdenden internationalen Märkten, vor allem bei hochtechnisierten Konsumgütern, zwischen Produkten und Investitionsgütern. Dies führte vor allem in den USA zu einer veränderten Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik, zur Absicherung nationaler Wirtschaftsinteressen (u.a. eine Wirtschaftsbelebung durch Steigerung der Ausgaben im Rüstungsbereich);
- weltweiter Aufbau von Überkapazität bei den industriell erzeugten Gütern (nicht zuletzt bedingt durch den Einsatz der Mikroelektronik);
- Abflachen der bisher stetigen Erweiterung der industriellen Konsumtion in den meisten Industrieländern;
- anwachsende Konkurrenz durch Schwellenländer bei der Herstellung industrieller Massengüter;
- Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere der Länder der Dritten Welt;
- Vernachlässigung binnenwirtschaftlicher und europäischer Wachstumsfelder, z.B. bei der Umweltsicherung und dem Ausbau sozialer Dienstleistungen.

Unter diesen wirtschaftlichen Bedingungen und verschlechterten Wachstumsaussichten fließt zunehmend anlagesuchendes Kapital angesichts des hohen Zinsniveaus in die Geldkapitalmärkte statt in produktive Investitionen. Gleichzeitig wird zur Sicherung internationaler Wettbewerbsvorteile die Entwicklung und Einführung neuer Produktionstechnologien beschleunigt vorangetrieben. Dies führt in erster Linie zu Prozeßinnovationen und weniger zu beschäftigungserweiternden Produktinvestitionen. (...)

Aber auch die weltwirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten geraten aus innen- wie außenpolitischen Gründen angesichts der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten und der wachsenden Nachfrageschwäche der meisten Länder an Grenzen und bedeuten auf Dauer die Gefahr wirtschaftlicher Instabilität und nicht zu verantwortender einseitiger Außenabhängigkeit. Eine Qualifizierung der Wachstumsentwicklung ist aber auch deshalb notwendig, um eine Abkehr von der ungeheuren Verschwendung nicht oder nur schwer wiederherstellbarer Ressourcen zu erreichen, um die Gefährdung von natürlichen Lebensgrundlagen und menschlicher Gesundheit zu verringern.

Mit dieser Entwicklung haben sich aber entscheidende Bedingungen für das bisherige sozialdemokratische Konzept abgestimmter staatlicher Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik entscheidend verändert. Eine Politik des sozialen Interessenausgleichs ist heute

nicht mehr nur durch eine Verteilung des wirtschaftlichen Zuwachses zu erreichen, Änderungen in der wirtschaftspolitischen Steuerung sind notwendig.

Ein Sozialdemokratisches Gegenkonzept ist notwendig

Sozialdemokraten und Gewerkschaften müssen eine neue wirtschafts- und sozialpolitische Reformkonzeption entwickeln. (...) Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung eines sozialdemokratischen Gegenmodells ist die zukünftige Gestaltung der Arbeit für eine humane Gesellschaft. Die Entwicklung der Erwerbsarbeit bleibt der Angelpunkt des Alltagslebens und eines menschenwürdigen Lebens für alle. Selbst bei fortschreitender Arbeitszeitverkürzung und zunehmender Technisierung bleibt die Arbeit (und das heißt vorwiegend die Erwerbsarbeit) ein entscheidendes Zentrum des Lebens und ein bestimmender Faktor für die Stellung des Menschen in der Gesellschaft. Die Erwerbsarbeit wird weiterhin die gesellschaftliche Entwicklung entscheidend prägen. Sie ist eine wichtige Grundlage für die Gestaltung der Gesellschaft, die Sicherung der menschlichen Existenz, die Bewahrung der sozialen Sicherheit und den Schutz der natürlichen Lebenszusammenhänge. Und nicht zuletzt würde eine hohe Massenarbeitslosigkeit auf Dauer die gesellschaftliche Stabilität insgesamt gefährden. Die SPD muß deshalb in der politischen und geschichtlichen Tradition einer sozialen Emanzipationsbewegung bleiben, aus der die Partei entstanden ist und durch die die SPD ihre Bedeutung gewonnen hat. Es ist an der Zeit, durch ein sozialdemokratisches Gegenmodell eine andere Fortschrittshoffnung gegen die neokonservative Politik der Ellenbogengesellschaft zu begründen. Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Befreiung des Menschen von unnötigen und unwürdigen Zwängen in der Arbeit, eine qualitative Verbesserung und Zunahme selbstbestimmter Tätigkeiten und eine solidarische Gesellschaft insgesamt. (...)

Wirtschaftliche Krisentendenzen werden wieder zunehmen.

Es ist bereits absehbar, daß der nächste wirtschaftliche Krisenzyklus auf einem ungleich höheren Sockel einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit einsetzen und damit die sozialen und ökonomischen Probleme verschärfen wird. Die Phasen einer beschleunigten Kapitalakkumulation und damit eines Wirtschaftswachstums, das die Arbeitsproduktivität weit überflügelt, sind vorbei. Die wirtschaftliche Wachstumsentwicklung hat sich weitgehend geändert und die Verteilungspositionen der Arbeitnehmer haben sich verschlechtert. Das für die Arbeitnehmer zur Verfügung stehende Verteilungsvolumen steigt insgesamt langsamer als der Verteilungsbedarf, zumal ein wachsender Aufwand für soziale Probleme und für die Sanierung der Umwelt hinzugekommen ist.

Da auch innerhalb des öffentlichen Sektors Umverteilungen zu Lasten der Arbeitnehmer (Sozialabbau) vorgenommen werden, während andere Bereiche (Rüstungsausgaben) unangetastet bleiben, werden nicht nur die sozialen Unterschiede in den Lebenschancen zwischen Arbeitnehmern und Kapitalbesitzern größer, sondern in erheblichem Maße nimmt auch die Differenzierung zwischen den sozialen Gruppen der Arbeitnehmer zu (Umverteilung innerhalb und zu Lasten der Arbeitnehmer insgesamt).

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung geht heute um die Zukunft der Arbeit und den Umbau der Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung kann nur durch ein Konzept für eine solidarische Gesellschaft mit der Ausweitung demokratischer (möglichst dezentraler) Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und größerer kultureller Entfaltung in eine reformpolitische Offensive kommen. Dazu ist eine sinnvolle Ausgestaltung und Umvertei-

lung der Erwerbsarbeit und eine Neuverteilung der Eigenarbeit zu erreichen. Eine solidarische Selbstverwirklichung des Menschen kann nur in beiden Bereichen der Arbeit gleichzeitig stattfinden. Solange im »Reich der Notwendigkeit« Entfremdung, Unterdrückung, Ausbeutung, Gesundheitsverschleiß und schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen, ist eine menschliche und solidarische Gesellschaft nicht vorstellbar. Auch eine selbstbestimmte Eigenarbeit ist für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur möglich, wenn die materielle und soziale Grundlage des Lebens gesichert ist. Die Situation der Arbeitslosen und vieler Hausfrauen zeigt, daß die heute vorherrschende Form der Eigenarbeit nicht mit dem »Reich der Freiheit« verwechselt werden darf.

Es geht um die Perspektive für eine Reformpolitik, die den wesentlichen Schwerpunkt in der Demokratisierung der Erwerbsarbeit sieht. Das heißt

- qualitativ und quantitativ verbesserte Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Arbeitnehmer; nicht nur für die Qualifikation der Arbeitskraft, sondern für die Gestaltung anderer gesellschaftlicher Tätigkeitsbereiche und die kulturelle Betätigung,
- demokratische Gestaltung der Wirtschaft mit einer ökologischen und sozialen Bedürfnis- und Gebrauchswertorientierung der Gesellschaft (Sicherung der sozialen Versorgung und Bewahrung der Umwelt) sowie
- soziale Kontrolle und Gestaltung der Technik, damit die Produktivitätsfortschritte der Verbesserung der Lebensqualität und den individuellen Entfaltungsmöglichkeiten aller zugute kommen.

Es ist das Ziel der Arbeiterbewegung, von entfremdeter Arbeit zu befreien und zu einer sozialen und demokratischen Gestaltung von Arbeit und Leben zu kommen. Dazu muß die wirtschaftliche Logik an gesellschaftlichen und sozialen Wertorientierungen ausgerichtet werden. Die Lebensqualität erfordert nicht nur die Entwicklung des industriellen Sektors durch eine stoffliche und technologische Umgestaltung, sondern auch gesellschaftliche und kulturelle Entscheidungen, mit welchen Zielen und wie die gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritte gefördert und verteilt werden. Hinzu kommt die Notwendigkeit des ökologischen Umbaus unseres Industriesystems und einer anderen partnerschaftlichen Politik vor allem zu den Ländern der Dritten Welt. Für die SPD sind heute mehr denn je gesellschaftspolitische Perspektiven über den Tag hinaus erforderlich, um Reformziele zu entwickeln, mit denen sich die Menschen identifizieren, und politisch-moralische Zielwerte gegen das konservative Alltagsbewußtsein zu setzen. Es ist Zeit zur Neubestimmung, wie wir morgen arbeiten wollen und können. Es geht z.B. bei dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung auch um eine kulturelle und soziale Utopie in der Gestaltung des Lebens, die zu weitreichenden Veränderungen für den Menschen, die Arbeitswelt und die Gesellschaft führt.

Mehr Lebens- und Arbeitsqualität

Wenn wir in Zukunft menschenwürdig, solidarisch und friedfertig leben und für dieses Ziel die ökonomischen, technischen, sozialen und kulturellen Potentiale des heutigen gesellschaftlichen Entwicklungsstandes umfassend nutzen wollen, dann dürfen Produktion, Verteilung, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht mehr quantitativen Wachstumszielen und einer Ellenbogenkonkurrenz untergeordnet werden. Das Umschalten von den alten Wachstumsschemata auf die Verfolgung qualitativer Ziele, das ist nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökologischen Gründen die zentrale Aufgabe für eine sozialdemo-

kratische Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts. Sinnvolle Arbeit und soziale Gestaltung der Technikentwicklung, vorsorgender Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, umfassende Beteiligung der Menschen auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Entscheidungen, breite Entfaltung von Kreativität und Qualifikation sowie die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, das sind Ansätze und Ziele eines sozialdemokratischen Konzeptes für ein solidarisches und menschenwürdiges Lebensverständnis. Dies erfordert eine Reformpolitik, die die ökonomische Logik nach gesellschaftlichen Kriterien verändert und die Zukunftsentwicklung nicht ausschließlich in der forcierten Anwendung kapitalorientierter Technik sieht. Eine sozialdemokratische Politik muß sich an diesen qualitativen Fortschrittskriterien bei der Ausweitung der Produktion, bei der Gestaltung der technischen Entwicklung und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums messen.

Angelpunkt des Alltagslebens bleibt ein angemessener Arbeitsplatz und eine menschenwürdige *Arbeit für alle*, die arbeiten können und wollen. Dazu ist eine Strukturveränderung des Arbeitsmarktes und eine weitgehende Reform der Arbeitssphäre erforderlich. Daß Arbeit sowohl Sicherheit und Stabilität in den persönlichen Lebensbedingungen gewährleistet, als auch lebenslanges Lernen in freier Selbstbestimmung ermöglicht — diese Lebensqualität befreiter Arbeit ist heute angesichts der technologischen Entwicklung und den Fähigkeiten zur Gestaltung des Lebens keine ferne Utopie mehr, sondern praktische politische Aufgabe.

Ohne die *Aufhebung der Diskriminierung der Frau* im ökonomischen Bereich wird auch die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Benachteiligung in anderen Sektoren nicht erreicht. Deshalb sind gesetzliche Regelungen nötig, die die Betriebsverfassungen und den Arbeitsmarkt an die Bedürfnisse berufstätiger Frauen und Familien anpassen.

Angesichts der erreichten Produktivität der Arbeit müssen die *öffentlichen Dienstleistungen* — von der Kinderversorgung, der Aus- und Fortbildung über die Kranken- und Altenversorgung bis zu den kulturellen Angeboten — qualitativ und quantitativ ausgeweitet werden, um die Lebensqualität und die individuellen Gestaltungsspielräume aller Menschen zu erweitern, statt sie von der Kaufkraft des Einkommens abhängig zu machen. Notwendig ist dabei allerdings eine Neustrukturierung des Sozialstaates durch mehr Demokratisierung, Kommunalisierung der sozialen Dienste und Ergänzung durch eine vorbeugende Sozialpolitik. — Ein weitgehender *ökologischer Umbau* der Gesellschaft ist notwendig, weil wir sonst bei einer Verlängerung der heutigen Umweltschäden den Wettlauf mit der Naturzerstörung verlieren würden. Es geht dabei nicht um eine umweltgerechte Anpassung des Industrieapparates, sondern um die Einbeziehung des ökologischen Ziels in die Steuerung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Damit die Befreiung in der Arbeit möglich wird, die Arbeit ein Mittel zur individuellen Gestaltung der Lebenswelt bleibt und die sozialen und kulturellen Dienstleistungen sinnvoll erweitert werden, müssen die *ökonomischen Steuerungsmechanismen* verändert, die Arbeitszeit erheblich verkürzt, die Wirtschaft demokratisiert und gesellschaftliche Zielsetzungen über private Verwertungskriterien gesetzt werden. Dazu gehören die Mitbestimmung vom Arbeitsplatz bis zur Gesamtwirtschaft, ein Ausbau wirtschaftlicher Rahmenplanung und Investitionslenkung, die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen und der Umbau und die Ausweitung des öffentlichen Sektors.

Für die Organisation von Arbeit und Gesellschaft gewinnt auch der *genossenschaftliche Gedanke* neue Aktualität. Darin bietet das Identitäts-, Demokratie- und Förderprinzip eine wichtige Grundlage für eine Demokratisierung der Erwerbsarbeit und den Ausbau selbstbestimmter Tätigkeiten.

Moderne Technologien und die Entwicklung der Arbeitsorganisation müssen in ein gesellschaftliches und politisches Konzept zur sozialen Beherrschung und gesellschaftlichen Gestaltung der Technik eingeordnet werden. Dabei geht es um eine solidarische Organisation und Verteilung der Arbeit für alle sowie eine Verbesserung der Bildungsqualifikation und Ausweitung der Beteiligungsrechte für alle Arbeitnehmer.¹

Befreiung in der Arbeit

Sozialdemokratische Reformpolitik muß Perspektiven zur Befreiung in der Arbeit aufzeigen. Dabei geht es darum:

- die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit an die Bedürfnisse der Menschen zu binden,
- die Entwicklung der Produktivkräfte nicht in einen Gegensatz zur lebendigen Arbeit zu bringen und
- die gesellschaftlich frei verfügbare Zeit nicht zum Gegensatz zur Erwerbsarbeit werden zu lassen.

Die solidarische Verteilung der Arbeit und ihre Ausfüllung durch sinnvolle Tätigkeiten schaffen die Voraussetzungen, sowohl um kreative und menschliche Fähigkeiten verstärkt in den Arbeitsprozeß einzubringen als auch um sinnvolle Verbindungen mit selbstbestimmter Eigenarbeit außerhalb der Arbeitssphäre einzugehen und mehr Zeit und Engagement für die Arbeit zum Wohle des Gemeinwesens zu haben. Die Ausweitung der Autonomie des Menschen ist deshalb sowohl unter individuellen als auch unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten mit der Ausweitung von Autonomie in der Erwerbsarbeit untrennbar verbunden.

Anmerkung

- 1 Siehe auch: Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1985, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985.

Berichte

Michael Wildt

»Grabe, wo du stehst ...«

2. Geschichtsfest der Geschichtswerkstätten 15. bis 17. Juni 1985 in Hamburg

»...aber, wo stehst du eigentlich?« Dieses Motto eines Workshops war symptomatisch für das »Geschichtsfest '85«. Zeichneten sich die letzten Jahre durch einen quantitativen und publizistischen Aufschwung der Geschichtswerkstätten, Initiativen, die »vor Ort« die Geschichte ihres Stadtteils, ihrer Region erforschen, aus, so stellten jetzt nahezu alle Teilnehmer/innen ein Bedürfnis nach Theorie, nach Reflexion über Alltags- und Regionalgeschichte fest.

Aus allen Teilen der Bundesrepublik waren über 400 Teilnehmer/innen angereist. Aus Süddeutschland fuhr ein »Geschichtsexpreß« nach Hamburg, ein dem »Schwarzwaldexpress« angehängter Sonderwagen, mit dem schon die Anreise Gelegenheit des Kennenlernens und Erfahrungsaustausches bot. Wie 1984 in Berlin stand auch das diesjährige »Geschichtsfest« nicht unter einem spezifischen Thema. In Anlehnung an die Treffen der britischen »history workshops« sollten die Initiativen breiten Raum finden, Projekte vielfältigster Art vorstellen zu können. Überdurchschnittlich gut besucht waren diejenigen Arbeitsgruppen, in denen über die eigene Arbeit, über Inhalte und Methodik diskutiert wurde.

So ging es in dem Workshop »Das Elend der Modernisierung« um die Kritik an dem theoretischen Grundmuster der Historischen Sozialwissenschaft. Die Hoffnung, mit fortschreitender Industrialisierung und Rationalisierung sozialer Beziehungen würde sich die materielle Lage der arbeitenden Klassen verbessern und ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten vergrößern, ist angesichts der sozialökonomischen, militärischen, ökologischen und globalen Krisenmomente des Industrialisierungsprozesses zumindest fragwürdig geworden. Daß die Modernisierung der Gesellschaft mit ihrer Demokratisierung Hand in Hand ginge, war ein Irrtum auch schon Bernsteins. Offensichtlich sind Großtechnologien, zentrale Verwaltungsapparate und Bürokratisierung wie Säkularisierung des Alltags nicht in der Lage, die Beziehungen zwischen Menschen humaner zu gestalten, gleichmäßigen Wohlstand in allen Teilen der Welt zu gewährleisten oder mit der natürlichen Umwelt des Menschen symbiotisch umzugehen. Von daher stellen sich auch für die Geschichtswissenschaft neue Fragen: Müssen Industrialisierungsprozesse neu, »gegen den Strich« erforscht werden? Gilt es nicht, den Blick auf jene Lebenswelten, Produktions- und Reproduktionsverhältnisse zu richten, die im Modernisierungsprozeß der letzten zwei Jahrhunderte ausgegrenzt, deformiert oder unterworfen wurden? Wäre also eine »Verlustgeschichte« zu schreiben?

Herrschende Paradigmen wurden auch in dem Workshop »Grabe, wo du stehst — aber wo stehst du eigentlich?« in Frage gestellt. Vor allem die polemischen Angriffe des Bielefelder Historikers *Hans-Ulrich Wehler* auf die Alltagsgeschichte, wie jüngst in der *Zeit*, waren Gegenstand der Diskussion. Der Versuch Wehlers, in gute und schlechte (weil nicht-akademische) Historiker zu unterscheiden, stieß auf scharfe Kritik innerhalb der Geschichtswerkstätten. Einer der wesentlichen Bestandteile ihrer Arbeit liegt ja gerade darin, diesen Gegensatz zu überwinden, in einer gemeinsamen Arbeit von akademisch ausgebil-

deten Historiker/innen, »Heimatforschern« und den betroffenen Menschen eine demokratische Geschichtsschreibung zu entwickeln. Es bleibt dahingestellt, ob die Polemik Wehlers vom Neid auf die publizistischen und öffentlichen Erfolge der Geschichtsiniativen her bestimmt werden kann, wie es Teilnehmer des Geschichtsfests formulierten. Die Gründe liegen m.E. eher in der Angst vor der Erosion eines Anfang der 60er Jahre in harten Auseinandersetzungen mit den konservativen Ordinarien gewonnenen Standards sozialwissenschaftlich geprägter Geschichtsforschung, den Wehler, Kocka, Rösen u.a. durch »unbekümmerte Barfußhistoriker« gefährdet sehen.

Wie weit dieses Bild einer theorielosen »neuen Geschichtsbewegung« von der Realität abweicht, wurde auf dem Workshop »Sinn und Theorie der Regionalgeschichte« erkennbar, veranstaltet vom Konstanzer Arbeitskreis für Regionalgeschichte, der schon seit Jahren in der Bodenseeregion forschet. In der »unaufhaltsamen Annäherung an das Einzelne« (so ein Buchtitel von Gert Zang) soll die künftige Aufgabe historischen Forschens liegen. Es gilt, den von Marx schon 1852 geschriebenen Satz ernstzunehmen: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« (MEW 8, S.115) Es müssen die »Räume« untersucht werden, in denen Menschen leben, durch die sie geprägt sind und in denen sie wirken: Alltag und Region. Angesichts komplexer Strukturen, verschiedener gesellschaftlicher Wirklichkeiten, kann der Weg der Geschichtsforschung nur in die Region, nach »unten«, zum Einzelnen führen. Erst von diesem Ausgangspunkt kann in einer neuen Synthese übergreifende Sozialgeschichte neu geschrieben werden. In diesem Workshop war nicht mehr allein von der Kritik an den akademischen Paradigmen die Rede, sondern der Ansatz einer eigenen, produktiven Theorie stand zur Diskussion. Daß die Konstanzer mit ihrem Theorievorschlag nicht nur auf Zustimmung stießen, verringert seinen Wert in keiner Weise. So sahen andere in der Vermittlung, in der Erforschung von Brechungen und Entsprechungen struktureller und lebensweltlicher Prozesse den Ansatzpunkt alternativer Geschichtsforschung. Das Interesse an dieser Debatte war jedenfalls so groß, daß sich die Teilnehmer Anfang 1986 in Konstanz treffen und weiter diskutieren wollen.

Neben den hier ausführlich vorgestellten Workshops gab es über ein Dutzend anderer, in denen über konkrete Themen gesprochen wurde, z.B. über den Bauernkrieg in Franken 1525, Nationalsozialismus in der Provinz oder die Lage von Frauen im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch neue, teilweise »spielerische« Zugänge zu Geschichte stießen auf Interesse. Der Konstanzer Arbeitskreis für Regionalgeschichte stellte ein Geschichts-Spiel vor, die Dortmunder Geschichtswerkstatt diskutierte in einer Arbeitsgruppe über »Geschichte für Kinder«. Geschichte im Film oder in linken Medien, hier der *taz*, wurden als Themen ebenso angeboten wie die »Geschichte des Körpers«.

Am Sonntag, dem 16. Juni, blieb die Kampnagelfabrik leer. An diesem Tag stellten die Hamburger Initiativen in Stadtrundgängen, Ausstellungen und Hafentrundfahrten ihre Arbeit dezentral vor. Weit über 300 Besucher kamen allein nach Altona, um an einem Rundgang des Stadtteilarchivs Ottensen teilzunehmen. In das Museum der Arbeit, das sich zur Zeit noch in der Aufbauphase befindet, fanden rund hundert Interessierte den Weg, um die verschiedenen Projekte des Museums zu Werften, Druckindustrie oder Frauenarbeit kennenzulernen (vgl. hierzu Kersten Albers, Museum der Arbeit Hamburg. Ein Projektbericht, in: *spw* 21, 1983, S. 439). Andere Rundgänge führten an Orte früherer Frauenarbeit und des Frauenalltags, die der »Arbeitskreis Frauenarbeit in der Geschichte e.V.« in mühseliger Arbeit vor dem Vergessen rettet. Wer sich über Städtebau nach dem

Zweiten Weltkrieg informieren wollte, hatte dazu ebenso Gelegenheit wie diejenigen, die auf einer alternativen Hafenrundfahrt die soziale und ökologische Kehrseite des Hafens erfahren wollten.

So vielfältig die einzelnen Veranstaltungen waren, sie machten gleichfalls deutlich, wie unverbunden Geschichtsinitiativen auch in einer Stadt wie Hamburg sind. Der seit drei Jahren existierende bundesweite Verein »Geschichtswerkstatt e.V.«, dem mittlerweile über 40 Initiativen und mehr als 350 Einzelmitglieder angehören, soll daher stärker diese koordinierende Funktion übernehmen. Das von ihm organisierte, jetzt zweite »Geschichtsfest« in Hamburg bestätigte das Ergebnis von Berlin 1984, daß diese jährlichen Treffen ein produktiver, wenn auch nur erster Ansatz sind, die regionalen Initiativen miteinander zu vernetzen.

Wer das informative Programmheft, das mit seinem reichlichen Maß an Selbstdarstellungen, Adressen etc. auch über das Geschichtsfest hinaus von Wert ist, haben möchte, überweise DM 5,00 zzgl. DM 1,50 Porto auf das Konto 20790-600 des Postgiroamtes Frankfurt und bestelle bei Margot Fuchs, Freibadstr. 6 in 8000 München 90.

Kurt Wand

»Alternative Hafen- und Küstenkonferenz«

Bericht über die Konferenz der Grünen in Hamburg am 4. und 5. Mai 1985

Rund 200 Teilnehmer besuchten die Veranstaltung in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, die auf Anregung der Hamburger GAL zustande gekommen war. Erschienen waren vor allem Vertreter von Initiativen des alternativen und grünen Spektrums, aus der Umweltbewegung und dem betrieblichen Bereich. Zusätzliches Gewicht erhielt die Tagung durch die Beteiligung von Vertretern des Greater London Enterprise Board (GLEB) und einiger internationaler Experten. Die Themen der Konferenz, die hauptsächlich in Arbeitsgruppen behandelt wurden, waren breit angelegt: Küstenentwicklung und Industrialisierung, europäische Hafenkonkurrenz, Umweltprobleme der Häfen, Situation der Hafenarbeiter, Rüstungsexport und Dritte Welt sowie Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Seeleute. Aus diesem Themenkreis soll hier vor allem auf die Diskussion um die Entwicklung regionalpolitischer Strategien eingegangen werden, denn hier ergaben sich interessante Parallelen zur Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen einer regionalen Wirtschaftspolitik in der SPD.

Den Ausgangspunkt der Konferenz umriß zu Beginn *Helmut Deecke* von der Hamburger GAL: »Immer mehr Menschen an den europäischen Küsten haben Angst, arbeitslos zu werden und zu verarmen. Viele machen sich Sorgen über die Verschmutzung und Vergiftung der Flüsse und der Nordsee, die Luftverpestung und die Giftmüllhalden der chemischen Industrie. Der Scherbenhaufen der Industriensiedlungspolitik der letzten Jahrzehnte tritt in der wirtschaftlichen Krise besonders kraß zutage. Weniger denn je ist eine Situation in Sicht, in der in den Küstenräumen Grundlagen für eine ökologisch sinnvolle und im Interesse der hier ansässigen Bevölkerung liegende Entwicklung vorhanden sind.« Diese Problembeschreibung nahm u.a. *Dieter Läßle*, Professor an der Universität Leyden, zum Anlaß, die Ursachen der krisenhaften Entwicklung von Hafen- und Küstenre-

gionen aus den Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung und in den weltweit angelegten Produktions- und Transportketten zu analysieren. Er beschrieb mit vielen empirischen Belegen, in welcher Abhängigkeit sich die großen Seehäfen vom internationalen Kapital befinden, wie stark die Umstrukturierungsprozesse ausgeprägt sind, die ihnen die Konkurrenz um das Transportaufkommen aufzwingt. Wie wenig die Häfen noch »Rettenksanker der Region« sein können, wurde nach seiner Einschätzung auch am Beispiel von Rotterdam deutlich: Obwohl die Stadt mit gewaltigem volkswirtschaftlichem Aufwand zum »main port« Europas und zum Schwerpunktstandort neuer Industrien aufgebaut wurde, liegt die Arbeitslosenquote hier bei über 20 Prozent.

Alternativstrategien wurden diskutiert am Beispiel des Greater London Enterprise Board, des Ostfrieslandprogramms der Grünen und der wirtschaftspolitischen Vorschläge der Bremer Grünen. *Nick Charman* vom GLEB beschrieb die Initiativen der dortigen Labour-Administration, bedrohte Arbeitsplätze durch ein alternatives System der kommunalen Wirtschaftsförderung, Auftragsvergabe und Technologieberatung zu erhalten und dabei die Einflußmöglichkeiten von Belegschaften und Gewerkschaften auszuweiten. Er stellte zugleich die Notwendigkeit heraus, die Ebene der nationalen Wirtschaftspolitik einzubeziehen, wobei er die Dringlichkeit betonte, in der Auseinandersetzung mit der Thatcher-Politik nicht beim traditionellen Keynesianismus stehenzubleiben.

Interessant war zugleich sein Hinweis, daß in der Förderkonzeption des GLEB auch die ökologischen Kriterien ihren Platz haben, wie es z.B. beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in London deutlich wurde. Bemerkenswert war auch der Beitrag von *Ralf Fücks* von den Bremer Grünen. Nach ihm müsse eine neue Regionalpolitik unbedingt über die dualwirtschaftlichen Ansätze hinausgehen, ansonsten bliebe es bei einer »Armutsverwaltung im Schatten des großen Kapitals«. Als Ziel nannte er die Entwicklung regionaler Gegenmacht gegen Konzernentscheidungen und gegen angebotsorientierte zentralstaatliche Wirtschaftspolitik, wobei er — wie auch *Christian Schmidt* von der Grünen Bundestagsfraktion — auf die Unverzichtbarkeit des Kampfes um veränderte nationale und internationale Weichenstellungen hinwies. In das Zentrum seiner Vorschläge stellte Fücks den systematischen Aufbau eines alternativen öffentlichen Wirtschaftssektors aus kommunalen Unternehmen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Betrieben sowie Alternativ- und Selbsthilfeprojekten. Sie seien zu ergänzen und zu verbinden mit Bürgerinitiativen und mit engagierten Kräften aus dem Wissenschafts- und Bildungsbereich. Gemeinsame Aktionen von Belegschaften, Gewerkschaften, Umweltinitiativen und wissenschaftlichen Einrichtungen könnten geeignet sein, eine andere regionale Wirtschafts- und Haushaltspolitik durchzusetzen, die sich nicht an »Wachstum«, »Modernisierung« und »Exportsteigerung« orientiert, sondern an den Gebrauchswerten, Arbeits- und Lebensbedingungen. Auf diesem Wege könnte es gelingen, die Voraussetzungen auch für die Veränderung des industriellen Kernbereichs der Ökonomie zu verbessern, die notwendig ist, wenn man nicht auf Dauer nur in den Nischen der Schattenwirtschaft bleiben will.

Hier kann sicher nur ein begrenzter Ausschnitt aus der Diskussion der »Alternativen Hafen- und Küstenkonferenz« wiedergegeben werden. Eines wird aber deutlich, es wäre durchaus lohnend, wenn diejenigen in der SPD, die auf ein rot-grünes Bündnis gegen die Politik der Rechtsregierung setzen, stärker auch die gemeinsame Diskussion und Auseinandersetzung mit den Grünen suchen würden. Sowohl die Formulierung der zentralen Problemstellungen als auch die Richtung der Lösungsvorschläge bieten reale Verständigungschancen, auch wenn im Verlauf der Diskussion wesentliche Meinungsverschiedenheiten sicher bestehen bleiben.

Gerwin Möller und Dieter Schönfelder

Lebendiger Marxismus

Konferenz der Juso-Hochschulgruppen vom 14. bis 16. Juni 1985 in Frankfurt

Die Strategie- und Theoriediskussion der Jungsozialisten/innen lebt gerade im zweiten Jahr der Programmdebatte in der SPD deutlich auf. Nach dem Kongreß »Feminismus als sozialistische Utopie« der Juso-Frauen im April, dem Kongreß »25 Jahre SHB« im Mai führten nun auch die Juso-Hochschulgruppen eine Theoriekonferenz zum Thema »Lebendiger Marxismus — Beiträge zur Überwindung der Krise« vom 14. bis 16. Juni in Frankfurt am Main durch. Auf den Einladungsplakaten wurde mit den Portraits von Karl Marx, Otto Bauer und Rosa Luxemburg für diese Veranstaltung geworben, die insbesondere durch die Teilnahme von Pietro Ingrao (PCI), Peter Glotz, Wolfgang Fritz und Frigga Haug (Argument), Elmar Altvater (Prokla) und Peter von Oertzen eine interessante Diskussion über die Aktualität des Marxismus für unsere Theorie und Praxis eines (dritten?) Weges zum Sozialismus versprach. Die Konferenz sollte einen Beitrag leisten zu dem momentan in der westeuropäischen Linken geführten Diskurs über Marxismus-Verständnis und die Entwicklung einer Strategie zur Überwindung einer Krise, die gekennzeichnet ist durch Massenarbeitslosigkeit, forcierte Zerstörung der Umwelt, Ausbeutung der »3. Welt«, fortdauernde geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frau und Bedrohung des Friedens. Gerade im Hinblick auf die Programmdebatte der SPD sollte diese Veranstaltung die Entwicklung und Diskussion von Juso-Positionen vorantreiben. Außerdem ist hervorzuheben, daß es anders als in der Vergangenheit diesmal gelang, in der Vorbereitungsphase der Konferenz alle Teile des Juso-Hochschulgruppenspektrums einzubeziehen.

So wurde z.B. Uli Schöler als Vertreter der Zeitschrift *spw* eingeladen. Auch die starke Beteiligung aus marxistisch orientierten Juso-Hochschulgruppen bleibt positiv zu bemerken.

Mit einer Diskussion über den Austromarxismus und die Bedeutung seiner Rezeption für eine heutige Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten/innen leiteten Uli Schöler (*spw*) und Gerd Storm (Arbeitshefte der Juso-Hochschulgruppen) am Freitagabend die Veranstaltung ein. Im Anschluß an die Referate entspann sich eine kontroverse Diskussion, die durch einen Beitrag von Peter v. Oertzen eingeleitet wurde, in dem er von Uli Schöler begründet wissen wollte, warum Otto Bauer eigentlich kein Reformist gewesen sei, gefolgt von der Frage nach Bauers Einschätzung der Oktoberrevolution. Peter v. Oertzen unterstellte, daß sich die Politik der SDAP z.B. im »Roten Wien« nicht von Ziel und Anspruch heutiger SPD-Linker unterscheide und daß das »Marxistische« am Austromarxismus lediglich Bauers Einschätzung der Oktoberrevolution sei. Selbst nicht als »Reformist« abgestempelt zu werden, dies motivierte v. Oertzen wohl vor allem zu diesem Beitrag, womit er bereits einen Teil seines »Sonntag-Vormittag-Programms« vorwegnahm.

Schöler stellte demgegenüber den Zusammenhang von sozialer Reform und revolutionärer Strategie in der Politik der SDAP heraus und unterstrich damit den Unterschied zu reformistischer »Krisenbewältigungspolitik«. Außerdem arbeitete er die differenzierte Einschätzung Bauers von der Sowjetunion als »Sozialismus im Werden« heraus. Unter Benennung auch der Defizite austromarxistischer Politik insbesondere in Hinblick auf soziale Bewegungen sah er dennoch im Austromarxismus fruchtbare Anknüpfungspunkte für unsere heutige Politik.

Linke Hegemonie

Am Sonnabendvormittag fand unter dem Motto »Gesucht: Linke Hegemonie« eine Podiumsdiskussion zwischen Pietro Ingrao und Peter Glotz statt. Dem schriftlich vorgelegten, ausführlichen Referat von Pietro Ingrao (in Auszügen abgedruckt in »Sozialistische Praxis«, Heft 4/85) schloß sich ein Redebeitrag von Peter Glotz an. Entscheidende Unterschiede zwischen beiden Diskutanten ergaben sich insbesondere an den Themen »Dritter Weg« und »Hegemonie«.

Während Pietro Ingrao in seinen Ausführungen über Strategien der westeuropäischen Linken zur Überwindung des Kapitalismus vom »dritten Weg« als Synthese aus Reformismus auf der einen und Weg der Oktoberrevolution auf der anderen Seite sprach, griff Glotz diesen Begriff als Weg »zwischen Neokonservatismus und dogmatischem Sozialismus« auf. Leider wurde diese Kontroverse wie einige andere zwischen Glotz und Ingrao wohl aus »diplomatischen Gründen« nicht offen ausgetragen, denn Ingrao ging es bei der Teilnahme an dieser Konferenz auch darum, gerade in Anknüpfung an die Programmdebatte in der SPD zu einer stärkeren Zusammenarbeit beider Parteien zu kommen. Glotz wehrte solche Angebote Ingraos allerdings mit Floskeln wie »wir diskutieren mit allen« ab und fand sich auch nicht zu einem ursprünglich geplanten weiteren Treffen mit Ingrao am Rande der Konferenz bereit. Beim Vortrag verschiedener Positionen blieb es leider auch beim Begriff der »Hegemonie der Linken«. Ingrao entwarf hierzu eine Strategie eines »gleichberechtigten Bündnisses« zwischen Arbeiterbewegung, Intelligenz und feministischer, ökologischer sowie Friedensbewegung, Glotz hingegen hielt solche Bündnisstrukturen für »fragwürdig« und setzte vor allem auf ein Herauslösen von Teilen der Intelligenz und »aufgeklärter« Unternehmer aus ihrer Bindung an die Konservativen durch die SPD, verbunden mit einer Klassifizierung der Friedens- und Ökologiebewegung als »defensiv«. Dies führte in der anschließenden Diskussion vor allem zur Kritik an einem bloß instrumentellen Verhältnis zu den sozialen Bewegungen.

Aktualität des Marxismus

Am Sonnabendnachmittag wurde die Konferenz mit einer Podiumsdiskussion über die Aktualität des Marxismus fortgesetzt. Wolfgang Fritz Haug setzte seine »skizzenhaften Pünktchen« zur Weiterentwicklung Marx', Elmar Altvater formulierte seine »skeptischen Anknüpfungen an Marxismen« und Christel Neusüß fügte ihre Fragen als »Mosaiksteine« an. Last but not least schwang sich Peter v. Oertzen zur Verteidigung des »alten Macho mit dem langen Bart« auf. Haug analysierte die gesamtgesellschaftliche Lage im Zuge der Rechtsentwicklung und kritisierte die Unfähigkeit der Linken, Alternativen aufzuzeigen. Er forderte ein »Aufbrechen alter Denkgewohnheiten«, wonach Antworten immer schon als gefunden gelten; es müsse mehr in Frage gestellt werden, kurz: »der Marxismus muß sich verändern«. An die Sozialdemokratie gerichtet erging die Aufforderung, eine »Wiederaufforstung des Marxismus« zuzulassen. Altvater rief dazu auf, sich verstärkt mit dem »Denken unserer Zeit« auseinanderzusetzen, auch den »Kosmos bürgerlicher Kultur« in die Diskussionen der Linken einzubeziehen. Er betonte die Notwendigkeit verschiedener »Marxismen«, denen es im Kern um eine »Durchbrechung der keynesianistischen Logik« gehen müsse. Christel Neusüß kritisierte den Marxschen Arbeits- und Produktivitätsbegriff als »untauglich« und warf dem heutigen Marxismus »Trennung von Geist und Körper« vor. Die Vernachlässigung der Einbeziehung der Frauenfrage in marxistische Diskussionen müsse überwunden werden, mit dem Zitat eines Mottos der italieni-

schen Frauenbewegung — »Zittert, die Hexen kommen wieder!« — stellte sie die Frage, warum die Frauenbewegung nicht vor 10, 40 oder 100 Jahren, sondern gerade heute so stark sei. Den Marxisten käme dies jedenfalls nicht als Verdienst zu. Als letzter Redner rief Peter v. Oertzen dazu auf, den Marxismus weiterzudenken. Zwar gebe es »für alle Probleme eine marxistische Lösung«, jedoch könnten die inhaltlichen Ergebnisse marxistischer Diskussionen heute zum Teil andere sein als die von Marx und Engels formulierten.

Frank Heidenreich

Kontroversen unter Marxisten und Strategien der Linken in Europa ...

6. Volksuni vom 24. bis 27. Mai 1985

Bei ihrer Gründung 1980 ging es der *Volksuni* darum, verfestigte und teilweise sektiererische Fronten in der Linken aufzulösen und linke Alternativen jenseits von Strauß und Schmidt unter den gegensätzlichen Kräften gemeinsam zu besprechen. Geschaffen werden sollte ein kultureller Raum für eine Art »linker Ökumene«, das Manifest kündigte an: »Die Referentinnen und Referenten der Volksuni kommen aus allen Lagern der Linken.« In diesem Konzept sollten ganz bewußt viele Stimmen hörbar werden. Also Beliebigkeit? Im Zentrum standen strategische und Basisprobleme der sozialen Bewegungen; das Verhältnis von verwissenschaftlichter Arbeit und arbeitsorientierter Wissenschaft war ebenso zu bearbeiten wie der Zusammenhang der Probleme von Ökologie- und Frauenbewegung mit dem sozialistischen Projekt der Arbeiterklasse.

An gemeinsame — etwa »rot-grüne« — Politik war damals noch nicht zu denken. Die Zersetzung des sozialliberalen Blocks war in vollem Gange, ohne bereits abgeschlossen zu sein, und die Grün-Alternativen zur *Regierungs*-SPD formierten sich gerade erst. Die Lage heute ist in mehr als einer Hinsicht gewandelt: Die bürgerlichen Parteien der Rechten üben gemeinsam die Regierungsmacht aus, eine ökologisch-radikaldemokratische Formation macht der Sozialdemokratie auch in den Parlamenten das Monopol auf die Opposition streitig, und die SPD befindet sich mitten in einem widerspruchsvollen Neuorientierungsprozeß. Gleichzeitig ist die Bereitschaft in der Linken zu grenzüberschreitender Diskussion gewachsen; es gibt Ansätze der Kooperation von Sozialdemokraten und Grünen, auch wenn sie nicht immer frei sind von einem naiven Pragmatismus. Die Entwicklung der letzten Jahre stellte die *Volksuni* in Frage: Gab es nicht mehr und mehr andere Projekte, die ihre Funktion übernehmen konnten?

Der Funktionsverlust auf den ersten Blick kontrastiert mit der Verbreitung der *Volksuni*-Idee. Einmal angeregt durch die »Marxistisk Folksuniversitet« der schwedischen Linkspartei-Kommunisten in Stockholm, existieren inzwischen außer dem westberliner Projekt *Volksuni*s in Hamburg, Zürich, Münster und Göttingen. Angesichts mancherlei Formen von Theoriefeindlichkeit und reformistischem Pragmatismus bleibt die Ermöglichung theoretischer Auseinandersetzung zwischen den »Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Kultur und der Umweltbewegung« (Manifest der westberliner *Volksuni*) aktuell und eine spezifische Anforderung. Und die *Volksuni* will, was die Großorganisationen einschließlich der DGB-Gewerkschaften trotz aller Bereitschaft zu »Dialog« und partieller Selbstkritik weiter vernachlässigen: Mitbauen an einer tragfähigen politischen Kul-

tur »von unten«, auf deren Grundlage allein die Linke auch politische Machtfragen stellen und über bloße Wahlsiege hinaus erfolgreich beantworten kann.

Nicaragua-Solidarität

Die Bedrohung der sandinistischen Revolution und die Aufgaben ihrer Verteidigung bildeten den Gegenstand der diesjährigen Volksuni-Eröffnungsveranstaltung. *Erich Wulff*, alias Georg W. Alsheimer, langjähriger Vorsitzender des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) der Bundesrepublik, erinnerte an die Solidarität mit Vietnam, er verglich die alten und neuen Versuche der Isolierung und der Ausmerzung antiimperialistischer Entwicklungen durch die USA. Daß die westdeutsche Friedensbewegung auch eine Massenbewegung der Solidarität mit Nicaragua werden muß, verlangte Dorothee Sölle. In der eindringlichen und zuweilen erschütternden Schilderung von Einzelschicksalen machte sie Motivationen der Revolutionäre und den Charakter der CIA-gestützten Contras faßbar. Das gemeinsame Engagement von Christen und Marxisten für die sandinistische Revolution repräsentiert die entscheidend neue Erfahrung, die Sprengkraft auch in anderen Ländern Lateinamerikas gewinnen kann.

»Wissen, was die Rechte tut, was die Linke tun kann«

In einer ganzen Folge von Veranstaltungen analysierten u.a. *Heinz Kleger* (Zürich) und *Uwe Wesel* (Berlin/West) die Politik der Rechten und den Neokonservatismus im internationalen Maßstab. Der Vergleich mit früheren »verstaubten« Konservatismen zeigt die Gefährlichkeit der Offensive von rechts heute. Ausgangspunkte ihrer Dynamik seien die ökonomisch-technischen Veränderungen ebenso wie gescheiterte Reformprogramme der Linken. »Neo-Pragmatismus« (wohlfahrtsstaatliche Politik = unpraktisch) bilde dabei das Einfallstor des Neo-Konservatismus in die Politik der Arbeiterparteien und Gewerkschaften. — Daß wirkliche Analysen der Strategien von rechts hierzulande (anders als etwa in Großbritannien) nur auf mäßiges Interesse stoßen, verweist auf eine vergleichsweise unentwickelte Diskussion und fehlende Schlüsselbegriffe (wie etwa »Thatcherismus«). Die Analyse des Neo-Konservatismus muß künftig verstärkt nach Punkten suchen, wo Interessen der Arbeitenden und linke Identität durch die Rechte empfindlich gestört sind.

Sozialdemokraten waren in den Diskussionen und auf Podien zahlreich vertreten wie nie zuvor auf der *Volksuni*. Technologieentwicklung und Ansätze neuer Technologiepolitik umrissen den Schwerpunkt des Ressorts »Betriebe und Gewerkschaften«; *Dieter Scholz*, ehemaliger Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, berichtete über Vorstellungen und Probleme gewerkschaftlicher Technologieberatung. Unterstützt durch *Peter Pelinka* (Redakteur der Wiener »Arbeiterzeitung«), der Erfahrungen aus der SPÖ-Programmarbeit von 1977/78 beisteuerte, informierte *Detlev Albers* über die programmatischen Diskussionen der Partei und über Positionen marxistischer Sozialdemokratien. Unter Leitung von *Erich Wulff* beleuchteten *Frank Deppe*, *Detlev Albers* und *Wolfgang F. Haug* aktuelle Streitfragen unter westdeutschen Marxisten. Von Haug entwickelte Begriffe wie »Strukturelle Hegemonie« (vgl. Das Argument 129, 1981, S. 628ff.) oder »pluraler Marxismus« (der sich bereits bei Lucien Sève/ZK der KPF findet) markieren Provokationen für das politisch-strategische und theoretische Denken von Marxisten, deren offene und ohne Ausgrenzungsabsichten und Boykottklärungen geführte Diskussion manchen sichtlich schwerfällt. Um so erfreulicher war die bloße Tatsache dieser Diskussion anläßlich der Volksuni und ihre weitgehend argumentierende Form, auch wenn eine

Verringerung der Differenzen, etwa hinsichtlich der Beurteilung der sozialistischen Länder, nicht absehbar ist. Von Bedeutung wäre mithin, daß die Diskussion unter Respektierung der Position des anderen als einer marxistischen nicht abrisse.

»Was die Linke tun kann«, ist die bewußte Entwicklung von Kooperationszusammenhängen ihrer wichtigsten Teile. Bereitschaft zur ernsthaften und direkten Auseinandersetzung mit der »Alternativen Liste« erklärte der neugewählte Berliner SPD-Vorsitzende *Jürgen Egert*. Allerdings vermutete er hinter einer Reihe gemeinsamer Themen (Arbeitslosigkeit, Umweltschäden, Sozialabbau etc.) durchaus divergierende Lösungsvorstellungen (etwa der AL-Vorschlag einer autofreien Stadt). *Renate Künast* und *Helmut Asche* (beide AL) forderten eine Rückbesinnung auf die sozialen Basisbewegungen, ohne allerdings deren Krise oder Scheitern zu erklären, was *Kurt Neumann* in der Diskussion zurecht kritisierte.

Eurolinke — wie weiter?

Hochkarätig und international wurden Alternativen der Linken auf dem Podium »Welche Perspektive hat die Linke in Europa?« vorgestellt. Zum ersten Mal konfrontierten sich SPD- und KPI-Vertreter miteinander in offizieller Funktion vor der deutschen Öffentlichkeit. SPD-Bundesgeschäftsführer *Peter Glotz* machte die rechte Politik der Spaltungen (»Zwei-Drittel-Gesellschaft«) zum Drehpunkt seiner Überlegungen, die inzwischen in seinem »Manifest für eine neue europäische Linke« nachzulesen sind. »Sozial gesteuerte Innovation« — natürlich ohne Vergesellschaftung und gesamtwirtschaftliche Planung, »High-Tech« ohne Weinerlichkeit, allerdings mit den Monopolen zum Nutzen westdeutscher Exporterfolge — alles in allem ein Konzept, das die Linke innerhalb und außerhalb der SPD ernst nehmen muß trotz seiner unvermeidlichen Widersprüche. *W.F. Haug* vermißte bei Glotz denn auch dreierlei: Selbstkritik sozialdemokratischer Politik, Probleme der sog. Dritten Welt und Benennung der (internationalen) Strategien des großen Kapitals. Im übrigen sei eine Hegemonie der Linken in der BRD zwar nicht als Führung durch eine Arbeiterpartei denkbar, aber eben auch nicht ohne die Klasse der abhängig Arbeitenden.

Als Repräsentant der italienischen Kommunisten war *Achille Occhetto*, Mitglied des ZK, der nationalen Leitung und des Sekretariats (zuständig für Propaganda und Wahlkampf) erschienen. Ausdrücklich teilte er den Glotz'schen Ausgangspunkt: Segmentierung der Klassen, Verelendung des schwächsten Drittels der Gesellschaft und Expansion der Rechten in Europa. Seine Schlußfolgerung jedoch unterstrich die Notwendigkeit der grundlegenden Umorientierung der Wirtschaft; mit bloßer »Modernisierung« sei es nicht getan. Occhetos vier Punkte:

- Kollektive Sicherheit auf Basis neuer Beziehungen zwischen Ost und West sowie Nord und Süd,
- industrielle Demokratie, die auch den Verlust an Kontrolle auf nationaler Ebene international zurückholt,
- Verknüpfung zwischen Rationalität und gesellschaftlicher Effizienz gegen militanten Individualismus,
- Verteidigung der Natur durch eine »neue ökologische Wirtschaft«

Occhetto schärfte ein, die Vertretung der Interessen der neuen Mittelschichten nicht den Rechtskräften zu überlassen, und verlangte eine Verteidigung der kulturellen Identität Europas gegen Tendenzen der Amerikanisierung (vgl. Neue Gesellschaft Nr. 8/85, S.682ff.).

Detlev Albers bezog sich vom Standpunkt marxistischer Sozialdemokraten kritisch vor allem auf Peter Glotz. Die Gattungsfrage sei nicht nur durch einen Atomkrieg, sondern

auch durch Welthunger und ökologische Katastrophen gestellt. Lösungen seien nur mit einem sozialistischen Konzept im internationalen Zusammenhang erreichbar; ohne Planung keine Technologieentwicklung im Interesse der Arbeiterklasse und der Dritten Welt und auch keine ökologische Wirtschaftsweise.

Die wünschenswerte Diskussion zwischen SPD und KPI birgt ihre Verständnisschwierigkeiten: Hinter dem gesprochenen Wort und gewissen begrifflichen Gemeinsamkeiten stehen recht unterschiedliche politische Praxen beider Parteien. Neuorientierungen kommunistischer Politik sind kein Argument für die reformistische Politik der SPD, die selber eine sozialistische Erneuerung dringend nötig hat.

Daß mit 1 300 Teilnehmern trotz eines insgesamt sehr gelungenen und interessanten Programms und einer wirksamen Pressearbeit nicht mehr als 1984 zur *Volksuni* kamen, mußte die Organisation enttäuschen. Finanzielle Anstrengungen zur Sicherung der nächsten westberliner *Volksuni* werden erforderlich sein — und mehr *Jungsozialisten*, die die *Volksuni* endlich als ein wichtiges kulturelles Angebot zum Mitmachen und Mitdiskutieren wahrnehmen.

Burkhard Exner

Stärkere Hinwendung zur Sozialdemokratie

25 Jahre Sozialistischer Hochschulbund — Jubiläumskongreß

»Stolz und ungeduldig zugleich — Die Zukunft für uns« lautete das Motto des SHB-Jubiläumskongresses vom 10. bis 12. Mai 1985 in Hamburg. Am 9. Mai 1960 hatten 289 Studenten unter tatkräftiger Hilfe des SPD-Parteivorstandes den Verband als »Sozialdemokratischen Hochschulbund« (SHB) und antikommunistische Rechtsabspaltung vom und gegen den SDS gegründet. Diesem rechtssozialdemokratischen Ursprungskurs zum Trotz entwickelte sich der SHB in einem langen und schwierigen Prozeß zu einer heute »eigenständigen marxistischen Studentenorganisation der sozialdemokratischen Bewegung« (SHB-Bundesvorsitzender Harald Weinberg). Begleitet wurde dieser Weg von ständigen Parteiangriffen gegen den SHB und seine Mitglieder: Namensentzug, Finanzsperren, Unvereinbarkeitsandrohungen, Bedrohung mit Berufsverböten, Parteiausschlüssen, Aberkennung des Symbols Faust mit Rose.

Auch vor dem Jubiläumskongreß gab es erneut Attacken von SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz und einigen reformistischen Jusos. Dabei sollte die gesamte marxistische Linke in der SPD getroffen werden — nicht zufällig zu Beginn der SPD-Programm-Diskussion und in einer Phase der relativen Stärkung marxistischer Jungsozialisten. Im Sozialdemokrat-Magazin 3/85 hieß es: Der SHB, der sich nur als sozialdemokratisch ausbebe, habe seine Theorie aus der DDR importiert und fahre als DKP-Vorfeld eine Unterwanderungsstrategie gegenüber der SPD. Vor Auftritten beim SHB und dem Engagement von SHB-Mitgliedern in der SPD wurde gewarnt.

Nun, der gesamte Verlauf des SHB-Kongresses, die Referate, Diskussionen und inhaltlichen Schwerpunkte, die starke Beteiligung und zahlreichen Grußworte und Grußansprachen aus der Sozialdemokratie (SPD-Bundestagsmitglieder Katrin Fuchs, Klaus Lohmann, Peter Paterna, Horst Peter; Olaf Scholz für den Juso-Bundesvorstand; die IUSY, Falken, Juso-Bezirke und -Unterbezirke u.v.m.) zeugten von einer klaren Verankerung

des SHB in der Sozialdemokratie. Jene Ausgrenzungs- oder Isolierungsversuche und »Warnungen« des SPD-Bundesgeschäftsführers hatten im Hinblick auf den Kongreß nichts gefruchtet; vielmehr wurden sie einhellig zurückgewiesen.

Hauptthemen, mit denen sich die 350 Delegierten und Gäste auseinandersetzten, waren: Imperialismus, Kriegsgefahr und Friedensbewegung, gesellschaftliche Rechtsentwicklung und die Reaktion der Linkskräfte, politisch-strategische Probleme der Sozialdemokratie, Lage der Intelligenz und neue Anforderungen an gewerkschaftlich orientierte Politik, gewerkschaftlich orientierte Frauenpolitik, Verschärfungen der Bedingungen an den Universitäten (HRG-Novelle) und Hochschulpolitik. Nur über einige dieser Themen kann hier — noch dazu skizzenhaft — berichtet werden.

In der *Friedensfrage* machte Gerhard Stuby erneut darauf aufmerksam, welche Rolle die Bundesrepublik im imperialistischen Lager einnimmt. Er wies auf revanchistische Tendenzen hin, die mit der ideologischen Aufrüstung von den Rechtskräften wieder verstärkt hoffähig gemacht werden. Insbesondere die These von der »offenen deutschen Frage« wurde vom ihm kritisch hinterfragt. Gegen die US-Kreuzungsvisionen forderte Harald Weinberg die Schaffung einer »weltweiten Koalition der Vernunft und des Realismus«. Allerdings zeigte sich auch die Notwendigkeit, bei nachlassender Motivation in der Friedensarbeit die bisherigen Erfolge der Friedensbewegung mehr herauszuarbeiten und genauere Antworten auf die Fragen nach Perspektive und Erfolgsaussicht der Friedensbewegung zu geben.

Wichtige Anstöße für die weitere Diskussion zur Lage und Entwicklung der Intelligenz gab das Referat von Frank Deppe über »*Intelligenz und Arbeiterbewegung — Perspektiven einer gewerkschaftlich orientierten Politik*«. Zunächst stellte er fest, daß die marxistische Intelligenzanalyse von vor 15 Jahren in ihren Grundzügen richtig gewesen sei. Dann benannte er bestimmte Fehleinschätzungen: Im Zuge der sogenannten dritten technischen Revolution und der steigenden Rolle wissenschaftlich qualifizierter Arbeit müsse erkannt werden, daß die Bedeutung der Funktion der Intellektuellen vernachlässigt worden sei. Unter dem Eindruck der Studentenbewegung seien die konservativen Verharrungspotentiale und die Möglichkeiten zur Reaktivierung ständischer Verhaltensmuster unter Anpassungsdruck unterschätzt worden. Bei allen Einbrüchen sei die konservative Hegemonie an den Spitzen verschiedener Intelligenzgruppen (Ärzte, Juristen, Professoren) niemals ernsthaft in Frage gestellt gewesen. Die Macht der herrschenden Verhältnisse auf die Intelligenz — gerade unter den Bedingungen von Krise, Arbeitslosigkeit, Einstellungsstopp, Sozialabbau und politisch-ideologischer Disziplinierung — sei verkannt worden. Ein unerbittlicher Überlebens- und Anpassungszwang führe zu massiven Entsolidarisierungs- und Individualisierungsprozessen. Dieser Druck wirke auf die Intelligenz ungleich stärker; denn hier sei der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedriger und die Verarbeitung der Krisenerfahrungen in ständischen Bewußtseinsformen sehr viel direkter als in der Arbeiterklasse. Die Politik der »gewerkschaftlichen Orientierung«, die in der Phase sozialliberaler Reformpolitik entwickelt worden sei, müsse sich neu einstellen auf Krise, konservative Gegenrevolution und die Zuspitzung weiterer Widersprüche — national und international.

Zusammen mit dem Begriff vom trade-unionistischen Konzept erinnerte Deppe an die Erkenntnis Lenins, daß nicht die unmittelbare ökonomisch betriebliche Erfahrung das Klassenbewußtsein der Arbeiter vorantreibt, sondern *die Vermittlung* dieser Erfahrung mit den gesamtgesellschaftlichen politischen Widersprüchen. Es sei zu fragen, ob nicht gegenwärtig das Verhältnis von gewerkschaftlich orientierter Interessenvertretung und allgemeinem politischem Engagement vom Primat des Politischen bestimmt wird und zu be-

stimmen ist! Deppe verwies auf den Teil der Gewerkschaften, der die unmittelbare Interessenvertretung verbindet mit einer alternativen Beschäftigungspolitik und letztlich einer gesellschaftlichen Alternative. In Erwähnung des Begriffs der Katharsis (Gramsci) als Reinigungsprozeß des Lernens und der Aktion im Klassenkampf umriß Deppe »tendenziell« die strategische Aufgabe, an deren gänzlichen Beginn wir uns befänden: »das Aufsteigen vom Konformatismus als einer klassischen Form des Trade-Unionismus zum politischen Kampf um die intellektuelle, moralische und schließlich auch politische Hegemonie«, die in diesem Sinne stets Deutungsmacht heiße und bei der der Intelligenz eine wesentliche Rolle zufalle. Wir müßten die neue Verbindung der verschiedenen Ebenen unseres Kampfes richtig begreifen, lernen, radikaler zu denken und zu handeln, die Abwehrkämpfe der Gegenwart selbstbewußter in eine viel gründlichere Kritik der Verhältnisse und in die Perspektive einer Alternative zu ihnen einfügen.

Mit einem Co-Referat gab Susanne Dahrendorf (SHB-Bundesvorstand) einen Einstieg in die Diskussion um gewerkschaftlich orientierte *Frauenpolitik* des SHB. Sie kennzeichnete die jüngste Hinwendung der CDU zur Frauenpolitik als »ideologisches Almosen« an die Frauenbewegung, hinter dem sich handfeste ökonomische Interessen verbergen. prinzipiell gelte: Je stärker die Teilhabe eines Individuums und sein Einblick in gesellschaftliche Prozesse sei, desto bewußter und effektiver könne es eingreifen in die Geschehnisse seiner Umwelt. Dabei komme dem Bereich der Arbeit besondere Bedeutung zu. Die Feststellung der den Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft gesetzten Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beinhalte zugleich die marxistische Strategie: Kampf für das Recht auf Arbeit für Frauen, bewußte zielgerichtete Politisierung und Organisation von Frauen. Es gehe darum, daß Frauen in allen ihren Lebensbereichen Ansprüche formulieren: im Arbeitsprozeß, in der Politik und im sogenannten Privatleben. Wenn Studentinnen der Geschlechterwiderspruch häufig der einzige ist, der im täglichen Leben greifbar wird, so sei selbstkritisch zu bemerken, daß dies »im Zusammenhang mit der teilweise äußerst mangelhaften und ideologisch unklaren 'Orientierung' gewerkschaftlich orientierter Frauenpolitik« zu sehen sei, die jahrelang ausgeklammert habe, daß es eigenständige Interessen von Frauen an der Hochschule gebe, die auch eigenständig vertreten werden müßten. Die Trennung von Privatsphäre und Politikbereich dürfe nicht aufrechterhalten bleiben, da sie die Persönlichkeit von Frauen reduziere.

Wohl bewußt herausragend im Kongreßverlauf plazierte war die Podiumsdiskussion zur *SPD-Programm-Diskussion*. Detlev Albers plädierte für die Ausformulierung einer zusammenhängenden Programm-Alternative, um den Konzepten der Modernisierung von Godesberg und der Modernisierung der Volkswirtschaft eines der sozialistischen Erneuerung der SPD entgegenzusetzen. Parteigeschichte und Programmgeschichte müßten einer gründlichen Bestandsaufnahme unterzogen werden. Das Kommunistische Manifest sei als Nummer Eins sozialdemokratischer Programme hervorzuheben. Der Diskussionsprozeß zur SPD-Programmatik könne und müsse mit Erfolgsaussicht genutzt werden, da die SPD sich immer durch den Gegensatz einer sozialrevolutionären Programmatik und einer nichtrevolutionären Praxis ausgewiesen habe. Michael Wendl meinte, die harten Modernisierer und »Markt-Fans« in der SPD seien in der Defensive. Er als »Realo« wende sich gegen »Fundamentalos« sozialistischer Reorientierung in der SPD. Es geht darum, gegen die Position von »mehr Markt — weniger Staat« einen »polit-ökonomischen Minimalkonsens« zu formulieren und durchzusetzen. In der Bundesrepublik hätten wir ein gemischt-wirtschaftliches System mit einem großen öffentlichen Sektor, aber dem Primat des Marktes und der Profitorientierung. Ein Reformbündnis müsse entwickelt werden, das

sowohl die Zukunft der Arbeit als auch die »ökologische Gesamtreform« in Angriff nehmen. Ingrid Petersen-Buggisch (Juso-Bundesvorstand) stimmte der Notwendigkeit eines Reformbündnisses zu. Wirtschaftspolitische Sofortmaßnahmen müßten die Verelendungs- und Entsolidarisierungsprozesse eingrenzen und Handlungsspielräume für eine Wende nach Links eröffnen. Allerdings müßten sie mit einer längerfristigen Perspektive des »Anders arbeiten, anders leben« und der grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternative verbunden sein. Harald Weinberg äußerte Skepsis hinsichtlich der SPD-Programmdiskussion. Die realen Kräfteverhältnisse in der Partei zeigten, daß die Programmdiskussion nicht *die* Chance für die Linke sein könne. Es gebe sogar gewisse Gefahren: Die SPD könne sich z.B. von erreichten Sozialstaatspositionen auch wieder verabschieden. Die zentralen Positionen der demokratischen Massenbewegungen müßten mit dem nötigen Druck eingebracht werden.

Im Referat von Fiete Saß (ehemaliger SHB-Bundesvorsitzender) und in der Arbeitsgruppe Sozialdemokratie zeigte sich ein weiteres Mal eine stärkere Hinwendung des SHB zu den strategischen und programmatischen Problemen der Sozialdemokratie, die aber nicht unkompliziert ist und auch nicht unwidersprochen bleibt. Es gibt Stimmen, die die Erfolgsaussicht einer solchen stärkeren Hinwendung für eine Illusion halten und lieber auf den Versuch der konstruktiven politischen Einflußnahme verzichten wollen, um nicht dem möglichen Risiko ausgesetzt zu sein, als SHB in diesem Prozeß etwas von den Kanten des eigenen Profils zu verlieren. Bei einer genauen Analyse und Strategiebildung kann dieses Risiko wohl weitgehend ausgeschlossen werden.

Burkhard Exner und Uwe Kremer

Blockadekongreß

Bundeskongreß der Jungsozialisten am 22. und 23. Juni 1985 in Bonn

Der diesjährige Bundeskongreß muß nach zwei Seiten hin beurteilt werden: Mit den beiden Beschlüssen »Anders arbeiten — anders leben. Einstieg in eine sozialistische Zukunft« und »Der Jugend eine Chance — Qualifizierte Ausbildung und Arbeit für alle« haben die Jusos einerseits wichtige Markierungspunkte für die gesellschaftspolitische Debatte gesetzt. Diese Tatsache wird aber andererseits überschattet von der zunehmenden politischen Verantwortungslosigkeit, die das Verhalten vieler Funktionäre und Verbandsteile gegenüber der Gesamtorganisation bestimmt und auf dem Bundeskongreß in erschreckender Weise deutlich geworden ist.

Mit den beiden Hauptbeschlüssen kann sich der Juso-Verband durchaus sehen lassen. So ging es im beschlossenen Antrag des Bundesvorstandes zum Bereich »Anders arbeiten — anders leben« um eine Aktualisierung unserer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen in doppelter Stoßrichtung: »Verständigung über konkrete vordringliche Maßnahmen im Kampf gegen ökonomische und gesellschaftliche Krisenprozesse und Verständigung über einen Rahmen von Zielvorstellungen und Zukunftschancen für das Arbeiten und Leben der Menschen«. Mit der Formulierung eines Sofortprogramms wurden zentrale Schnittstellen zwischen ökonomischem Krisenprozeß und sozialen Kämpfen herausgearbeitet. Daran anknüpfend erfolgt der Versuch, unter dem schon zitierten Motto das Diskussionsfeld »Zukunft der Arbeit / Zukunft des Lebens« anzugehen und den Zusammen-

hang zwischen der Veränderung der Lebensweise und der Umgestaltung der Produktionsweise zu thematisieren. In beiden Punkten — konkrete Antikrisenpolitik und Zukunftsperspektive — gilt die Feststellung am Anfang des Beschlusses, wonach es sich hierbei um den »Ausgangs- und nicht Endpunkt unserer Diskussion« handelt. In der Tat liegt die größte Schwäche des Beschlusses in der noch unzureichenden inneren Konsistenz: Insbesondere der Zusammenhang von konkreter Antikrisenpolitik und der Perspektive »Anders arbeiten — anders leben« ist durchaus entwicklungsbedürftig; es fehlt weiterhin eine durchdachte strategische Einordnung des gesamten Komplexes. Aber die Ausgangsposition für die kommenden Debatten ist mit diesem Beschluß hinreichend formuliert.

Die Weiterentwicklung des Ansatzes »Anders arbeiten — anders leben« wird allerdings durch den Verlauf des Bundeskongresses erheblich belastet sein. Schon in der Tatsache, daß der Beschluß Sonntagmorgen um 3.30 Uhr nur noch die Zustimmung von 111 Delegierten (von 180 noch anwesenden und 300 gemeldeten Delegierten) fand, kommt zum Ausdruck, daß es sich auch bei diesem Kongreß keineswegs um eine rauschende Ballnacht handelte. Wenn ich oben von um sich greifender politischer Verantwortungslosigkeit gesprochen habe, so bezieht sich dies vor allem auf den Verlauf dieser Debatte:

Schon im Vorfeld hatte sich der bayrische Landesverband aus der Entwicklung eines gemeinsamen Antrages verabschiedet. Ausgehend vom Grundsatz »pragmatischer Kompetenz« beschränkten sich die Bayern auf die Formulierung eines stark eingegrenzten Spektrums von Sofortmaßnahmen (in den Bereichen Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungsprogramm, Mindesteinkommen, Steuerpolitik, Mitbestimmung und Außenwirtschaft). Hervorzuheben ist das Bemühen um eine hohe innere Stimmigkeit des Sofortprogramms, um die Erlangung »pragmatisch-kompetenter« Argumentationsfähigkeit in den innerparteilichen Debatten. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß dieses Anliegen in der inhaltlichen Arbeit der Juso-Organisation eine stärkere Berücksichtigung findet.

Es ist allerdings ärgerlich, wenn dieses Bemühen um Kompetenz in eine völlig inkompetente Kritik an der Zukunftsdebatte umschlägt. Diese Debatte wird auch in der Partei und den Gewerkschaften in immer größerem Ausmaß geführt, die Programmdebatte der SPD wird sich zentral um den Bereich »Zukunft der Arbeit« drehen, und die Jungsozialisten haben dazu mit ihrem Bundeskongreßbeschluß einen ersten Beitrag geleistet. In dieser Frage kann die bayrische Position leider nur als ignorant bezeichnet werden. Der Versuch, die Bundesvorstandsposition als »utopischen Sozialismus« zu karikieren, wird dem eigentlichen Problem überhaupt nicht gerecht. Der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie wird im Bereich der Zielvorstellungen und Zukunftschancen für die Arbeits- und Lebensweise der Menschen ausgefochten. Es geht insofern — zugespitzt ausgedrückt — um die Wiedererlangung von pragmatischer und ideologischer Kompetenz der Jungsozialisten.

Es wäre möglich gewesen, den bayrischen Ansatz in eine gemeinsame und übergreifende Konzeption sinnvoll einzubinden. Die unnachgiebige Haltung und die unausgewiesene Polemik von Michael Wendl u.a. haben selbst zum unbefriedigenden Verlauf des Kongresses und zur Blockade inhaltlicher Fortschritte beigetragen. Man darf gespannt sein, inwieweit diese Blockadefunktion im Interesse des Gesamtverbandes selbst kritisch überprüft wird.

Ein Grundproblem für den Verlauf des Bundeskongresses war allerdings im Verhältnis der beiden Hauptströmungen des Verbandes angesiedelt. Im Vorfeld des Kongresses schien sich eine Einigung auf die Bundesvorstandsvorlage abzuzeichnen, ein Vorgang, der Hoffnungen auf eine konstruktivere Umgangsweise zwischen dem »undogmatisch-reformistischen« und dem »gewerkschaftlich-orientiert/marxistischen« Flügel weckte. Dem

Antrag »Anders arbeiten — anders leben. Einstieg in eine sozialistische Zukunft« kam insofern auch eine hohe verbandspolitische Bedeutung zu. Die hiermit gebotene Chance wurde auf dem Kongreß aber gründlich vertan.

Es mußte allen Beteiligten nach der grundsätzlichen Einigung im Vorstand klar sein, daß insbesondere bei strategischen Formulierungen ein gewisser Verzicht auf Präzision geboten war, weil es an diesen Punkten sonst mit Sicherheit zwischen den »Fraktionen« zum Bruch gekommen wäre. Zusatzanträge mit »fraktionsspezifischen« Positionen sollten zwar eingebracht, ihre Behandlung dann aber konsensual abgeklärt werden, um den Gesamtantrag nicht zu gefährden. Die wichtigsten Änderungswünsche kamen aus dem Bezirk Niederrhein und dem Landesverband Berlin: Die Niederrheiner verlangten eine noch stärkere Betonung von Selbsthilfe, Alternativprojekten und Genossenschaftsgedanken; sie wollten dies nicht nur als praktische Ansatzpunkte linker Politik, sondern als strategische Eckpfeiler verankert sehen, über die eine massenhafte Selbstorganisation mit sozialistischer Perspektive eröffnet werden könne. Die Berliner sahen hingegen im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den demokratischen Bewegungen das strategische Schlüsselproblem: Politisierung der Gewerkschaften, Bündelung der Kräfte auf dem Feld der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und eine gemeinsame, gegen das Großkapital gerichtete Bündnisstrategie galten ihnen als Eckpfeiler für eine »Wende nach links« und die Durchsetzung eines anderen Arbeitens und Lebens.

Während die Berliner ihr Papier allerdings als spezifische Positionsbestimmung verstanden, an deren Berücksichtigung ihre Zustimmung zum Gesamtantrag nicht gebunden war, deklarierten die Niederrheiner ihre Änderungswünsche zu »Essentials«. Obwohl der Berliner Antrag abgelehnt und große Teile der Änderungswünsche aus dem Niederrhein berücksichtigt wurden, sprangen die »undogmatisch-reformistischen« Bezirke dennoch von der Bundesvorlage ab und stimmten in der Schlußabstimmung dagegen. Schon in der Debatte selbst kündigte sich der »undogmatische« Versuch an, die gemeinsame Antragskonstellation zu sprengen und den Bundesvorstand zu demontieren: mit einer Flut von — überwiegend lächerlich kleinen — Änderungsanträgen, mit maßlosen Attacken auf »die Stamokaps« und den Bundesvorsitzenden und mit gezielten Versuchen, mich und andere in die DKP-Ecke zu stellen, gelang es den »Undogmatischen«, die Diskussion zunehmend zu chaotisieren.

Die »undogmatischen« Debattenbeiträge haben ebenso wie entsprechende Bundeskongreßbeurteilungen (z.B. von Kollatz und Oelsner) deutlich gemacht, daß der plötzliche Meinungswechsel (Zustimmung zum BuVo-Antrag im Vorfeld, Ablehnung auf dem Kongreß) im erneuten Aufbrechen von Antikommunismus und Stamokap-Haß begründet lag. Hierin besteht die entscheidende Blockade für eine konstruktive Verbandspolitik des »undogmatischen« Flügels.

In der Endabstimmung blieben jedenfalls nur noch die »gewerkschaftlich-orientiert/marxistischen« Stammbezirke des »Hannoveraner Kreises« und die Bezirke Braunschweig, Hannover und Westliches Westfalen über, die gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden Ulf Skirke dem Bundesvorstandsantrag ihre Zustimmung gaben. Verbandspolitisch besteht das Grundproblem in der Frage, ob es gelingt, die — völlig unterschiedlich zu bewertenden Blockierungen der Verbandsentwicklung seitens der Bayern und der »undogmatischen« Kräfte aufzulösen. Inhaltlich bietet der beschlossene Antrag des Bundesvorstandes dazu eine gute Grundlage. Die vorhergehenden Ausführungen haben allerdings auch deutlich gemacht, daß es noch weitergehender Veränderung in der politischen Kultur des Verbandes bedarf, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich will aus dem sonstigen Verlauf des Bundeskongresses nur noch einen sehr wichtigen und sehr positiven Aspekt herausheben: die Verabschiedung des Antrags »Der Jugend eine Chance — Qualifizierte Ausbildung und Arbeit für alle«, der auf Vorlagen der Bezirke Bremen und Franken basiert. In diesem Beschluß wird die soziale Lage von Jugendlichen vor dem Hintergrund der Jugendarbeitslosigkeit aufgezeigt und eine Konzeption entwickelt, die die soziale Existenzsicherung mit Eingriffen in den Zusammenhang von technologischer Entwicklung, Qualifizierung und beruflicher Bildung verbindet. Abschließend mit einem politischen Aktionsrahmen stellt der Beschluß eine geeignete Grundlage für unsere weitere politische Diskussion und Aktion dar. Zugleich handelt es sich um eine Konkretisierung von Antikrisenpolitik in einem zentralen Handlungsfeld der Jusos.

Von hier aus könnte es möglich werden, in einen Diskussionsprozeß einzutreten, der z.B. bei der Gewerkschaftsjugend und bei den Falken eine zunehmend wichtigere Rolle spielt. Es geht darum, ein zusammenhängendes jugendpolitisches Konzept zu entwickeln, das von konkreten Sofortmaßnahmen ausgeht und den gesamten Lebens- und Arbeitszusammenhang von Jugendlichen thematisiert. Die Debatte »Anders arbeiten — anders leben« ist gerade für die Perspektiven der nachwachsenden Generation von allergrößter Bedeutung. Hier bietet sich eine große Chance für die Überzeugungskraft der Jungsozialisten und hoffentlich auch für die innerverbandliche Konsensbildung, die wir nicht ungenutzt lassen dürfen.

Zum Schluß ein kurzes inhaltliches Fazit, das aus meiner Sicht die zentralen Aufgaben der kommenden Debatte benennt: Ich halte es erstens für notwendig, daß der Ansatz einer »pragmatischen Kompetenz« in der inhaltlichen Arbeit bewußt vorangetrieben wird. Dies gilt insbesondere für die Bereiche soziale Mindestsicherung, berufliche Bildung/Qualifikationspolitik, Steuerpolitik, regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik u.a.m. Zweitens müssen wir uns auf dem Feld »Zukunft der Arbeit« bzw. »Anders arbeiten — anders leben« in die Programmdebatte der SPD einschalten, klarer die Zukunftschancen in der Arbeits- und Lebensweise herausarbeiten und dann die Notwendigkeit weitgehender gesellschaftlicher Eingriffe in die ökonomischen Strukturen nachweisen. In diesem Bereich ist — wie schon gesagt — auch »ideologische Kompetenz« zu entwickeln. Schließlich hat der Bundeskongreß drittens den Bedarf an einer breit geführten Strategiedebatte aufgezeigt, in der eine Verbindung von handlungsorientierten Konzepten und Etappenzielen gesellschaftlicher Veränderung geleistet werden muß. Soll der nächste Bundeskongreß nicht genauso ätzend werden wie der vergangene, müssen die Aufgaben zügig in Angriff genommen werden.

Leserbrief

Betrifft:

Austromarxismusdebatte marxistischer Sozialdemokraten

(Uli Schöler in *spw* 23 und Christoph Butterwegge in *spw* 24)

Zwei Beobachtungen aus der sozialdemokratischen Wirklichkeit Mitte der achtziger Jahre: *Erstens* ist das Erscheinungsbild der SPD eigentlich konturlos. Forsche Kombination von Etatismus, normativer Prinzipienlosigkeit, Erpreßbarkeit durch Mächtige und Bereitschaft zur Repression waren Kennzeichen sozialdemokratischer Regierungspolitik in der Ära Schmidt. Nach dem Verlust der Bonner Regierungsmacht ist eine derartige Politik in Reinkultur kaum noch möglich, vor allem dort, wo Grüne sozialdemokratische Regierungen in Ländern und Gemeinden nachhaltig verunsichern. So verschwimmen Umrisse sozialdemokratischer Regierungspolitik. Als Oppositionspartei sieht sich die SPD in der unangenehmen Lage, ständig mit einer anderen Opposition konkurrieren zu müssen, die nicht nur den Oppositions-Diskurs bestimmt, sondern generell Problemfelder bundesdeutscher Politik benennt. Vom Waldsterben über Geschlechterfragen bis zur Friedenspolitik dominieren die Grünen die hegemoniale Auseinandersetzung. Dieser politisch-kulturelle Vorsprung wird noch deutlicher dadurch, daß die SPD sich selbst zwar auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des »Sozialen« und der »neuen Armut« mühsam zu einigen weiß, gleichzeitig aber registrieren muß, daß die Wahlerfolge der Grünen nicht unerheblich durch Arbeitslosen-Stimmen gespeist werden.¹

Zweitens wird die Austromarxismus-Diskussion von sozialdemokratischen Linken und Theoretikern (das ist fast dasselbe) fortgesetzt, vielleicht sogar intensiviert.² Es geht darum, ob aus Theorie und Praxis österreichischer Sozialdemokraten im ersten Drittel dieses Jahrhunderts etwas für die heutige Sozialdemokratie zu lernen sei oder nicht. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht Otto Bauer, wobei mit Formulierungen wie »Otto Bauer — nein danke« sprachliche Assoziationen an die Anti-Kernkraftwerk-Kampagne hervorgerufen werden.

Nicht nur darin zeigt sich der innere Zusammenhang der beiden scheinbar unverbundenen Phänomene. Ich will im folgenden begründen, daß die desolate Situation der SPD innerhalb der politischen Kultur der BRD *auch* daher rührt, daß es »Marxisten in der SPD« gibt, die in fester Orientierung auf den eigenen Nabel sowohl Vergangenheit wie Zukunft ignorieren. Ihr Dilemma, als »orthodoxe Marxisten« in der SPD sein zu *müssen*, weil sie die (Wahl-)Partei der Arbeiterklasse ist, dies aber gleichzeitig nicht zu *können*, weil die SPD eine Partei des »Reformismus« und der Klassenkollaboration ist, lösen sie in »Theorie« auf.³ Erboßt fechten sie Theoriekämpfe aus, die wie ein Wettstreit in Prinzipienreiterei wirken und mithin sofort die Frage nahelegen: »Was soll's?« (Kein Wunder, daß der Chefmanager der SPD, der »Mann ohne Eigenschaften«, Peter Glotz, trotz Zusage bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Austromarxismus nicht erschien⁴ — während er im Frankfurter »Pflasterstrand« Produkte des »Ökolibertären« Thomas Schmid rezensiert.)

Als Beispiel für solch unfruchtbare Diskussion will ich eine Broschüre von Uli Schöler nennen: »'Otto Bauer — nein danke'? — Austromarxismusdiskussion und historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten.«⁵ Die anschließende Kritik an diesem Text heißt nicht, daß ich mit Schöler nicht in vielem einig wäre. Auch ich

halte den Austromarxismus für eine wesentliche Tradition, auch ich schätze den Beitrag Christoph Butterwegges zur Vernichtung des Austromarxismus als wenig gelungen ein. Mir geht es vor allem um die *Form* der Austromarxismusrezeption und -diskussion. Eine »innermarxistische« Diskussion dieser Art trägt nicht zur Entwicklung einer Politik bei, die sich programmatisch auf gesellschaftliche Kräfte und Kämpfe stützt, offen gegenüber alternativen und oppositionellen Kulturen ist und damit normative Perspektiven gewinnt.

Die Broschüre ist vom Vorstand der Jungsozialisten/-innen Hochschulgruppe der Universität Bremen herausgegeben. Verheißungsvoll formuliert im Vorwort Gerwin Möller, daß es Uli Schöler gelungen sei, »den Kern der Theoriedifferenzen aufzudecken«. Er leiste damit einen wichtigen Beitrag, »um zur Verständigung verschiedener marxistischer Strömungen in der Sozialdemokratie zu kommen«. Generell gehe es darum, »inwieweit oder ob überhaupt die Rezeption des Austromarxismus zu einer Fortentwicklung marxistischer Positionen in der Sozialdemokratie führen kann« (5). So eingestimmt, erfährt man dann, daß die Aktualität des Austromarxismus nicht nur in der Suche nach der Revolution im Westen bestünde, sondern auch in einer »zeitlichen Parallele« zum Österreich der zwanziger Jahre. Dazu gehöre, daß die SPD heute »einer arithmetischen Mehrheit im Parlament näherückt« (9). Ein weiterer Gesichtspunkt neben anderen seien die Ansätze der Trennung der »toten Buchstaben« von den »noch heute lebendigen Lektionen« im Werk Otto Bauers (10). Den Rahmen der Darstellung liefere die Kritik Christoph Butterwegges an der Austromarxismus-Rezeption, der Aufsätze Wolfgang Abendroth gegenübergestellt werden sollten, anhand derer Perspektive gewiesen werde. Aus dieser Gegenüberstellung ergebe sich, wie wir die Arbeiten vor allem Otto Bauers für uns fruchtbar machen können (11).

Schöler läßt sechzehn Kritikpunkte am Austromarxismus Revue passieren. Die wohl wichtigsten sind: Der Austromarxismus ist praktisch gescheitert; der Austromarxismus ist antimarxistisch und revisionistisch; der Austromarxismus hat eine falsche Staatstheorie. Dabei wird in der Regel eine etwas ältere Kritik Butterwegges referiert, die gelegentlich »geradezu unsinnig« sei (11). Solchen Auslassungen Butterwegges — die in dieser Zeitschrift bereits hinreichend gewürdigt sind⁶ — läßt Schöler dann neuere Butterweggestatements folgen, die milder formuliert sind, aber eine ähnliche Tendenz haben. Anschließend betritt Wolfgang Abendroth die Bühne. Beim 1. Kritikpunkt sieht das so aus: Schöler berichtet von Butterwegges Ansicht, die Rezeption des Austromarxismus sei eine Modeerscheinung des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes. Dem widerspricht Abendroth: Die kritische Wiederaufarbeitung des Austromarxismus könne ein wichtiges Hilfsmittel zur Wiederentdeckung von Klassenbewußtsein bieten. Ergebnis: Jawohl, die Traditionslinie des Austromarxismus ist wichtig. Ende (12-14). Analog verfährt Schöler beim 3. Kritikpunkt (Antimarxismus), beim 9. Kritikpunkt (Diktatur des Proletariats), beim 10. (soziale Demokratie), 11. (Staatsverständnis) und 12. Kritikpunkt (Gleichgewichtstheorie). Wo Abendroth nicht erscheint, werden als Autoritäten wechselweise die *Herforder Thesen*, der KPI-Politiker Ingrao oder DDR-Theoretiker herangezogen. Von der eingangs erwähnten »Perspektive« erfährt man am ehesten etwas beim 2. Kritikpunkt (»Scheitern«), wo auf »neue Bündnis-konstellationen« hier und hegemoniale Politik-Erfahrungen im Roten Wien verwiesen wird. Ähnlich äußert sich Schöler am Ende des Büchleins. Er fordert noch einmal, was in der Broschüre selbst weitgehend unterblieben ist: Programmatische Positionen bezogen auf neue Fragestellungen unter bewußter Auf- und Einarbeitung bisher verschütteter Traditionslinien zu entwickeln (74).

Im Detail ist Schölers Polemik nicht immer überzeugend. Wenn Butterwege die Bedeutung sozialdemokratischer Fußballverbände bestreitet, sekundiert ihm Schöler mit dem Hinweis, um Kenntnisse über Fußballverbände gehe es »wohl kaum« (21). Wieso eigentlich nicht? Erstens ist Fußball ein zentraler Ideologieträger, zweitens waren die sozialdemokratischen Fußballer in den zwanziger Jahren der gesamten KPÖ zahlenmäßig überlegen. Zum Thema »Bauer und Gramsci« nennt Schöler nur einige Gemeinsamkeiten (33), während durchaus diskutabel ist, ob Bauers praxisgesättigte Theorie nicht der wolkigen Metaphorik des inhaftierten Leninisten um Längen voraus war. Vielleicht gibt es *Gründe*, warum die KPI nach Gramsci auf den Austromarxismus gekommen ist? Schöler versucht, Bauer als »Linken« zu portraituren und vor dem Anwurf des »Zentrismus« in Schutz zu nehmen (39). Vielleicht ist aber sozialdemokratischer Marxismus — auch in zentristischer Form — gar nicht verwerflich? (Im übrigen war Bauer in Österreichs Sozialdemokratie tatsächlich Zentrist.)

Solche Zweifel verblassen freilich vor dem grundsätzlichen methodischen Einwand, daß Schöler im Kampf gegen Butterwege gleichsam selbst zum Butterwege wird. Es widerspricht nicht nur der Marxschen Tradition, sondern jeder Wissenschaft, wenn autoritär Zitate an die Stelle von Beweisen gerückt werden. Gerade die Allerwelts-Floskeln des gewiß verdienstvollen Wolfgang Abendroth sind keine *Gegenargumente*, sondern allenfalls *Gegenbehauptungen*. In dieser Form wird der Austromarxismus — ohnehin weitgehend auf Bauer verkürzt — nur scheinhaft rezipiert. Der Kampf mit Butterwege gerät zum Schattenboxen, freilich ohne den ästhetischen Reiz dieser chinesischen Sportart.

Die Position des Austromarxismus zwischen Kommunismus und Reformismus bezieht daraus ihre Stärke, daß die Austromarxisten eine Theorie der Gesellschaft entwickelten, die offen für Kritik und Korrektur war, kein dogmatisches Bekenntnis wie der Leninismus (was von Butterwege zielgerichtet in einer Gleichsetzung von Marxismus und Leninismus vernebelt wird; daher kann Butterwege auch methodisch kein Vorbild sein). Gleichzeitig *hatten* sie eine Theorie und waren nicht auf Versatzstücke à la Bernstein angewiesen. Basis dieser Theorie war eine hegemoniale Praxis, die mit seitenlangen Trotzki-Zitaten o.ä. nicht bestritten werden kann. Wird also Austromarxismus holistisch begriffen, d.h. ebenfalls als »Möglichkeit« und nicht nur als »Lösung«, dann kann auch in sozialdemokratische bzw. »rot-grüne« Politik eingegriffen werden. Dann wird wirklich ein »Kern der Theoriedifferenzen« erkennbar.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Ursula Feist u.a., Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, in: aus politik und zeitgeschichte, Nr. 45/1984.
- 2 Vgl. neuerdings Richard Saage (Hrsg.), Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1985 (i.E.); Gerd Storm/Franz Walter, Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus, Berlin/W. 1984.
- 3 Vgl. Bodo Zeuner (Hrsg.), Genossen, was nun? Bilanz und Perspektiven sozialdemokratischer Politik, Hamburg 1983.
- 4 Vgl. Wolfgang Fritz Haug, Otto Bauer und der Austromarxismus in historischer Perspektive (Tagungsbericht), in: *Das Argument* 148/1984.
- 5 Uli Schöler, »Otto Bauer — nein danke!«? — Austromarxismuskonzeption und historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten. Berlin/W., Bremen 1984. Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diesen Text.
- 6 Vgl. Michael Krätke, Die Vernichtung des Austromarxismus, *spw* 7/1980.

Volker Gransow (Berlin/West, Bielefeld)

Besprechungen

Oskar Lafontaine: Der andere Fortschritt. Hoffmann und Campe, Hamburg 1985
(222 Seiten, 28,- DM)

Nur wenige Sozialdemokraten in führender Position repräsentieren als Person radikales Denken, Veränderungswillen und politischen Mut, so wie Oskar Lafontaine. Sein Buch »Der andere Fortschritt« untermauert diese Glaubwürdigkeit, auch wenn die hier vorgelegte Positionsbestimmung nicht sehr systematisch, zum Teil widersprüchlich und mit der Aneinanderreihung einer Unzahl von Zitaten nicht immer im Zusammenhang nachvollziehbar ist. Die Glaubwürdigkeit Oskar Lafontaines liegt vor allem im offenen Ansprechen der gesellschaftlichen Krisen. Die atomare Bedrohung, Armut und Verelendung in der Dritten Welt, Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Zentren und die Zerstörung der Natur werden nicht nur pflichtgemäß genannt, sondern eindringlich beschrieben. Die von ihm geforderte Fähigkeit, die gesellschaftlichen Probleme nicht zu verdrängen, sondern mitzuleiden, da »wir sonst präpariert (sind) für unsere Kultur der Ausbeutung, der Unterwerfung und der Gewalt«, hat er sich selbst bewahrt. Diese Haltung beeindruckt mich, und ich kann mir gut vorstellen, daß trotz erheblicher Kontroversen zwischen ihm als Vertreter des ethisch begründeten Sozialismus und Marxisten in der SPD eine hohe Übereinstimmung im Hinblick auf die aktuellen Aufgaben sowie ein gemeinsamer Lernprozeß möglich sind.

Kritik möchte ich anmelden an seiner Einschätzung der Ursachen der gesellschaftlichen Krisen. Lafontaine betont hierbei vor allem die Bewußtseins- und vernachlässigt die Analyse der ökonomischen und politischen Strukturen. Sein wichtigstes Thema ist das Problem der Entfremdung. Er beginnt mit dem Umstand der Verdrängung gesellschaftlicher Konflikte: »Lange vor Ausbruch eines thermonuklearen Krieges haben wir unseren eigenen Verstand verwüsten müssen«, und geht über zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsdenken seit der Aufklärung und dem »Verlust der Vernunft«. Lafontaine sieht in dieser Denktradition den Grund für die Unterdrückung anderer Kulturen und die Zerstörung der Natur im Namen des Wirtschaftswachstums. Seine Kritik mündet in der Einschätzung, daß es den Menschen an individuellem und gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein fehle. Bei der Beschreibung dieser Defizite bleibt der Autor jedoch nicht stehen, sondern fragt nach den Gründen: »Der Entwicklung einer solidarisch-gesellschaftlichen Verantwortlichkeit des Menschen im Arbeitsprozeß stehen ... der Privatbesitz an den natürlichen Produktionsmitteln, eine extreme, mechanische Arbeitsteilung und die Trennung von Hand- und Kopfarbeit entgegen.« Diese Reflexion über die Entfremdungsproblematik ist mit ihrem Bezug auf den Inhalt und die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit ein wichtiger Fortschritt verglichen mit den sonst in der SPD häufig vertretenen abstrakten Entfremdungstheorien. Dabei enthält Lafontaines Ansatz zweifellos Dimensionen, die in der marxistischen Diskussion zum Teil vernachlässigt bzw. ins Reich der Zukunftsgesellschaft abgeschoben werden und deshalb um so wichtiger sind. Problematisch ist dabei aber der Zusammenhang, in den Lafontaine die Entfremdungsproblematik stellt. Sie wird hier für die Erklärung der Ursachen der gesellschaftlichen Krisen als grundlegend herangezogen, dabei hätte sie ihren Platz bei der Diskussion um die ideologische Herrschaftssicherung haben müssen. Zwar nimmt Lafontaine auch Bezug auf ökonomische Gesetzmäßigkeiten. In diesem Zusammenhang macht er deutlich, daß die Logik der Gewinnmaximierung keine wirkliche »soziale Verantwortlich-

keit« zuläßt. Diese Abschnitte sind aber kurz und knapp gehalten, und der Leser merkt deutlich, daß die Analyse der ökonomischen Interessen nicht sein eigentliches Anliegen ist. Es entsteht somit der Eindruck, als läge die Verantwortung für die gesellschaftlichen Krisen in unserem Verhalten, in unseren Denkmustern und nicht in ökonomischen Interessen und Machtverhältnissen.

In verschiedenen Abschnitten des Buches ist deutlich zu erkennen, daß Lafontaine auch ein Interesse hat, sich von marxistischen Positionen abzugrenzen. Er bezieht sich zwar positiv auf die philosophische Seite des Marxismus, auf das darin entwickelte Menschenbild, die Bedeutung der Arbeit und die Ideale einer kommunistischen Gesellschaft. Dies ist für sich genommen schon bedeutsam. Aber er setzt sich doch wenig sorgfältig mit dem wissenschaftlichen Sozialismus auseinander, fühlt sich häufig veranlaßt, die Palette der sogenannten Irrtümer von Marx aufzuführen und beschäftigt sich nur sehr pauschal und oberflächlich mit den Problemen der sozialistischen Länder. Jede Kapitalismuskritik wird sofort entkräftet mit einer entsprechenden Kritik an den sozialistischen Ländern, offensichtlich, um dem Vorwurf der »Einäugigkeit« zu entgehen. Die zweifellos notwendige Kritik an den sozialistischen Ländern geschieht hier unhistorisch, wobei die Schwierigkeiten des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft unter dem Vorzeichen der Dominanz kapitalistischer Weltherrschaft überhaupt nicht reflektiert werden.

Als unzureichend empfinde ich auch die Auseinandersetzung Lafontaines mit der Politik der Sozialdemokratie während der sozialliberalen Koalition. Die Ursache ihrer Krise wird im wesentlichen in einer wirtschaftlichen Wachstumskrise gesehen und erscheint damit auch ein Stück entschuldigt, da diese Probleme als neu hingestellt werden. Dabei sind die Probleme im Grundsatz nur dann neu, wenn die historischen Erkenntnisse der SPD ausgeblendet werden und die Zeitrechnung erst bei Godesberg beginnt. Gescheitert ist doch aber im wesentlichen der relativ junge »Godesberger Weg«, der unter Verzicht auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und statt dessen allein mit Hilfe wirtschaftlicher Zuwächse den sogenannten sozialen Ausgleich herstellen wollte. Damit sollen die neuen Probleme, und hierzu gehört auch die Verschärfung der Wachstumsproblematik, nicht gering geschätzt werden. Wenn Lafontaine heute jedoch die Notwendigkeit von Strukturreformen betont und dabei bereit ist, Konflikte mit den herrschenden Interessen einzugehen, so bezieht er sich damit im Grundsatz auf die Forderungen und Kampftraditionen der alten Sozialdemokratie.

Eine hohe Übereinstimmung mit Lafontaine sehe ich in vielen kurz- und mittelfristigen Forderungen. Er tritt ein für Beschäftigungsprogramme in ökologisch sinnvollen Bereichen, für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die Humanisierung der Arbeit und die paritätische Mitbestimmung. Anregend ist seine Kommentierung des informellen Sektors, dem er zwar unter ökonomischen Gesichtspunkten keine Bedeutung beimißt, aber doch als eine positiv vorgelebte Utopie bewertet. Zu fragen ist sicherlich, ob die Strukturen nicht idealisiert werden, trotzdem wäre eine vertiefte Diskussion darüber fruchtbar. Problematisch erscheint mir Lafontaines Plädoyer für die Aufwertung der unbezahlten Arbeit. Welche Schlußfolgerungen kann man aus seiner Einschätzung ziehen, daß die Vollbeschäftigung nur unter Berücksichtigung der nichtbezahlten Arbeit herstellbar ist? Zu fragen ist, ob er das Ziel der bezahlten Arbeit für alle nicht doch aufgegeben hat und damit die schöpferische Eigenarbeit nicht als eine trügerische Idylle für die Arbeitslosigkeit bemäntelt.

Über die Perspektive der Veränderung dieser Wirtschaftsordnung wird mit Lafontaine zu streiten sein. Positiv ist auf jeden Fall, daß er die Frage nach der Eigentumsordnung

stellt und nicht als »Instrumentendebatte« abwehrt: »Wer also die Selbstbestimmung des Menschen in der Arbeit verlangt, wird die Bedingungen der industriellen Arbeit ändern-müssen. Dies sind in den kapitalistischen Ländern die privaten wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse; das sind in den realsozialistischen Ländern die parteibürokratischen Herrschaftsverhältnisse ...«

Lafontaine schwebt eine Wirtschaftsordnung vor, in der die Unternehmen in das Eigentum der jeweils dort beschäftigten Arbeitnehmer übergehen. Sein Ziel ist die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln, unter Beibehaltung einer marktwirtschaftlichen Verfassung. Wie in einer solchen Wirtschaftsordnung Betriebsegoismus vermieden und gesamtwirtschaftlich sinnvolle, demokratisch legitimierte Strukturentscheidungen gefunden werden sollen, bleibt unklar. Bemerkenswert ist dabei auch seine unkritische Haltung zum Wettbewerb. Hier scheint Lafontaine seinem eigenen positiven Menschenbild doch zu mißtrauen, wie sonst könnte er der Ansicht sein, daß produktives, schöpferisches Arbeiten nicht durch die Freude an der Sache selbst, sondern durch äußere Anreize wie den Wettbewerb in Gang gesetzt werden müßten.

Ausnehmend positiv sind Lafontaines Aussagen zur politischen Bündnisstrategie zu werten. Er tritt für eine Verständigung zwischen Grünen/Alternativen und Arbeiterbewegung ein. Sein Verhältnis zu den Grünen ist nicht taktisch, sondern von den anstehenden politischen Aufgaben bestimmt. Er fordert, daß die SPD sich auf eine Zusammenarbeit mit den Grünen auf der Grundlage einer inhaltlich veränderten Politik einstellt. Er fordert aber auch die Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung bei den Grünen. Er bekennt sich außerdem dazu, daß der Druck der grünen und alternativen Bewegung auch innerparteilich zur Durchsetzung einer anderen Politikauffassung nötig ist.

Zusammenfassend kann man trotz aller Kritik feststellen, daß Lafontaine sich für eine grundlegend andere Politik als sie die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten vertreten hat, einsetzt. Die Diskussion des Buches lohnt sich also auch in Parteiveranstaltungen. Seine Darlegungen insbesondere zum Thema Rüstung, Dritte Welt und Zerstörung der Natur sind kenntnisreich und deutlich. Da die SPD sich auch heute noch nicht wirklich den gesellschaftlichen Problemen stellt, kann das Buch eine wichtige Hilfe sein.

Traute Müller (Hamburg)

Stefan Krätke/Renate Hirsch-Borst/Fritz Schmall: Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie. Neue Wege für die Kommunale Wohnungspolitik. VSA-Verlag 1984 (239 Seiten, 19.80 DM)

Eine Gruppe Berliner Wissenschaftler, die am Forschungsschwerpunkt der Hochschule der Künste Berlin zusammenarbeiten, haben vor einigen Monaten ein Buch vorgelegt, in dem sie ein Modell für den kommunalen Wohnungsbau und seine Realisierung entwickeln. Es wird aufgezeigt wie — durch die momentane Stadterneuerungspolitik für Spekulanten interessant gewordene — Altbauquartiere als auch verfallsbedrohte Altbauten und Sozialwohnungen im Besitz städtischer Gesellschaften in kommunales Eigentum überführt werden können. Zusammen mit an einem Fallbeispiel durchgerechneten Neubauten unter kommunaler Regie bilden sie den langfristig entschuldeten und von kapitalistischen Verwertungsinteressen befreiten kommunalen Wohnungsbestand.

Zu finanzieren sei dieser Wohnungsbau der öffentlichen Hand, indem die jetzt für Subventionen in diesem Bereich verausgabten Gelder direkt von der Kommune verbaut werden. Die Autoren entkräften Einwände, wonach die sowieso schon hoch verschuldeten

Kommunen neben den bisher eingegangenen Zusagen und damit für die nächsten Jahre weiterhin fälligen Subventionen für Sozialwohnungen keinen eigenen Wohnungsbau finanzieren können. Sie rechnen nach, daß für Berlin/West bei sofortiger Umstellung die Haushaltsbelastungen insgesamt sowohl der Stadt als auch des Bundes bereits im 8. bzw. 10. Jahr der Umstellung geringer als bei Beibehaltung der jetzigen Förderungspraxis werden, je nachdem, ob auf kommuneeigenen oder angekauften Grundstücken gebaut wird. Berlin ist aufgrund der speziellen Berlin-Förderungsgesetze zwar ein extremes Beispiel, denn die indirekten Förderungen machen, wie nachgewiesen wird, einen enormen Betrag aus, jedoch ist prinzipiell diese Entwicklung mit entsprechender zeitlicher Verzögerung auch für westdeutsche Großstädte zu erwarten.

Die auf die Mieter zukommenden Belastungen sind deutlich geringer als die heutigen Sozialmieten oder die in anderen Alternativen errechneten Mieten. Sie orientieren sich ausschließlich an den tatsächlich anfallenden Bewirtschaftungskosten (Instandhaltung und Verwaltung) plus einer Abschreibungspauschale, aus der langfristig sogar der gesamte Neubau finanziert werden kann. Um eine ungewollte Bürokratisierung des Bestandes zu vermeiden, soll dieser in regional überschaubare Einheiten zusammengefaßt werden können, in denen die Bewohner nach Wunsch Teile oder die gesamte Organisation in Selbstverwaltung übernehmen. So entsteht eine gegenseitige Kontrollmöglichkeit zwischen Wohnungergemeinschaft und Behörden, die Gruppenegoismus verhindern und noch um örtliche Mieterinitiativen und ähnliche gesellschaftlich relevante Gruppen erweitert werden könnte.

Dieses Buch stellt bei der Forderung nach kommunalem Wohnungsbau eine wichtige Konkretisierung dar, wengleich einige Bereiche noch ausgespart wurden. So erscheint vor allem die politische Durchsetzbarkeit ein Problem, das sich, angesichts der realen Politik in Bund und Ländern, eher noch verschärft. Dieses spricht jedoch keineswegs gegen ein Modell, wie es hier entwickelt wurde.

Karin Renzelmann (Berlin/West)

Gerd Storm und Franz Walter: Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? Berlin/West 1984 (134 Seiten, br., 12,80 DM)

Der in sechs Abschnitte und ein umfangreiches Nachwort von *Detlef Lehnert* gegliederte Band macht Fragen zum Gegenstand, die für eine geschichtlich begründete Ortsbestimmung linker und marxistischer Sozialdemokraten heute berücksichtigt werden müssen. Den Schwerpunkt der Arbeit bildet die kenntnisreiche Nachzeichnung von Differenzen und Berührungspunkten in den Ansichten zumeist linkssozialdemokratischer Theoretiker zu Kernproblemen sozialistischer Politik in den 20er Jahren: Demokratie und Diktatur, Koalitionsfrage, Militärpolitik, Nation und Arbeiterklasse, Stellung zur Sowjetunion.

Das besondere Interesse der Autoren gilt dem Einfluß des *Austromarxismus* in Theorie und Politik auf den deutschen Linkssozialismus, soweit er sich in der SPD artikuliert. Darüber ließe sich nicht viel schreiben, hätte die österreichische Sozialdemokratie (schließlich) für linke Sozialdemokraten im Reich einfach als bewundertes Vorbild gewirkt; und die Kopie ist immer schlechter als das Original. Daß dem trotz zahlreicher Übereinstimmungen zwischen Austromarxisten und linken Sozialdemokraten in Deutschland nicht überall so war, zeigen die Reaktionen in der SPD auf das Linzer Programm der österreichischen Partei von 1926 in doppelter Weise. *Paul Levi*, Kampfgefährte Rosa Luxemburgs, 1919/20 Vorsitzender der KPD und seit 1922 führender Repräsentant der SPD-

Linken, kritisierte es wegen demokratischer Illusionen. Der bewaffnete Kampf war für ihn im Übergang zum Sozialismus nicht vermeidbar. »In dieser Einstellung zum Bürgerkrieg war der entscheidende Unterschied zwischen Bauer und Levi begründet.« (55) *Otto Bauer*, der Hauptschöpfer des Linzer Programms, lehnte Gewalt und Bürgerkrieg als offensive Strategie der Arbeiterklasse ab — allerdings nicht nur aus Gründen der »Menschlichkeit«, wie die Autoren anzunehmen scheinen (vgl. ebd.), sondern aus einer ganzen Reihe politisch rationaler Überlegungen. Ihren eigenen Standpunkt zur Frage der Demokratie beschreiben die Autoren in Anlehnung an Otto Bauer so: »Sozialisten haben wohl in erster Linie an der Ausschaltung aller Bedingungsfaktoren für einen Bürgerkrieg zu arbeiten, sei es durch die Überzeugung der Mittelschichten und der Landbevölkerung, sei es durch die Neutralisierung oder demokratische Umstrukturierung der Staatsorgane und nicht zuletzt durch die Schaffung einer politischen Kultur, in der sich die verschiedenen weltanschaulichen Lager nicht gegenseitig zu vernichten suchen.« (61)

Auf der anderen Seite gab es »rechtes« Sozialdemokraten, bei denen das Linzer Programm wegen seiner prinzipiellen und kämpferischen Haltung auf Anerkennung stieß. *Theodor Haubach*, der allerdings »kein Sympathisant des handwerkenden Praktizismus, sondern ein energischer Anhänger ... einer militant machtbewußten Strategie zur Erkämpfung des Sozialismus« (14) war, lobte es als einen ausgereiften Aufmarschplan der Arbeiterbewegung, der den aktuellen Verhältnissen Rechnung trüge.

Daß der Weimarer Linkssozialismus im Vergleich mit dem Austromarxismus durchaus mit »eigenständigen Denkleistungen« (19) aufwartete, zeigt u.a. die kritische Untersuchung der politischen Theorie des linken Austromarxisten *Max Adler*. Gegen seine abstrakte Entgegensetzung von »politischer« und »sozialer Demokratie«, von »unsolidarischer« und »solidarischer Gesellschaft« machten deutsche Linke wie *Arkadij Gurland*, die spätere SAP-Mitbegründerin *Anna Siemsen* und der Tiner Arbeiterbildner *Otto Jenssen* grundsätzliche Einwände geltend. Im Unterschied zu vielen Jungsozialisten, die begeisterte Schüler Adlers waren, lehnten sie die Identifikation von Demokratie und Diktatur (der Bourgeoisie) ab. So faßte *Anna Siemsen* die »politische Demokratie« präziser als Parlamentarismus mit Presse- und Koalitionsfreiheit, was ihr erlaubte, »die Richtung einer demokratischen Politik deutlicher zu skizzieren als mit dem globalen Erkenntnisinstrumentarium Adlers« (26).

Daß Max Adler andererseits nicht bloßer Propagandist des revolutionären Bewußtseins, des »ganz anderen«, war, desinteressiert an der konkreten politischen Analyse (vgl. 31), belegt etwa seine realistische Stellungnahme zur Regierungsbildung von SPD u.a. mit der DVP 1928. In dieser Koalition seien sozialdemokratische Ziele wie die Demokratisierung der Reichswehr oder der Justiz nicht erreichbar (vgl. 34). Seit Ende der 20er Jahre machte Adler deutlich, daß auch der sozialdemokratische Reformismus Opfer der bürgerlichen Reaktion werden würde. »Die Verteidigung der Demokratie und Republik selbst in ihrer erst noch bürgerlichen Form ist daher heute zu einer Lebensfrage des internationalen proletarischen Kampfes geworden.« (Adler, zit. 36) In ihrer Kritik an der Koalitionspolitik des SPD-Parteivorstands, die in der Partei während der ganzen Weimarer Republik einen der Hauptstreitpunkte bildete, berief sich die SPD-Linke verstärkt seit 1927 immer wieder auf die Haltung der österreichischen Schwesterpartei und ihres Vordenkers Otto Bauer, die den Eintritt in eine Regierung mit bürgerlichen Parteien von einer ganzen Reihe eng gefaßter Bedingungen abhängig machte und grundsätzlich vor der Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die Politik des Bürgertums warnte.

So überzeugend die Darstellung der verschiedenen Positionen und ihrer Verknüpfungs-

punkte ist, so ärgerlich machen an einigen Stellen Bewertungen, welche die Autoren teilweise erst gar nicht zu begründen suchen. Von Max Adler wird gesagt, er habe sich »in der Tat vom demokratischen Sozialismus verabschiedet« (104). An keiner Stelle legen die Autoren ihr Verständnis des bekanntlich sehr schillernden Begriffs des »demokratischen Sozialismus« offen, um ihn vielleicht als wissenschaftliche Kategorie brauchbar zu machen. Die Unschärfe des Begriffs dient der Ausgrenzung. Ein anderes Beispiel: Die Differenz zwischen Bauer und Levi »war die Differenz zwischen der Position eines zentristischen Sozialdemokraten und der eines unabhängigen Kommunisten, der Paul Levi, wie wir meinen, auch während seiner sozialdemokratischen Mitgliedschaft unzweifelhaft geblieben war« (55). Unzweifelhaft ist es Unsinn, Levi und Adler (Kommunisten) Bauer und Hilferding als Sozialdemokraten gegenüberzustellen.

Im Kapitel über »Sowjetrußland« (99ff.) argumentieren die Autoren vom Standpunkt *Karl Kautskys*, der der Sowjetunion »jeglichen fortschrittlichen Charakter absprach« (106), und der Menschewiki, deren zutreffender Einschätzung des bolschewistischen Weges »auch nach Jahrzehnten nichts hinzuzufügen« (111) sei. Hier soll nur angemerkt werden, daß die Auffassung, wonach die Ablehnung der sozialistischen Revolution für das unterentwickelte Rußland die einzig marxistische sei, nicht haltbar ist (vgl. Karl Marx, Brief an Vera Sassulitsch, in: MEW, Bd. 19, 242f.). — Otto Bauer wird der »Apologie der Sowjetdiktatur« (100) und der »hemmungslosen Idealisierung der 'kühnen Aufbauleistung' der Bolschewiki« (104) bezichtigt, nicht ohne daß dem aufmerksamen Leser eben noch Bauers scharfe Kritik an der »terroristischen Diktatur« ins Auge fiel. Man merkt die Absicht — und ist verstimmt bei der Lektüre des Resumees, das — vom Nachwort abgesehen — die einzig direkte Bezugnahme auf den Untertitel des Buches darstellt: »... wer nach historischen Traditionslinien für einen heutigen 'dritten Weg' sucht, wird in ihren Schriften [der Menschewiki] ... viel Lehrreiches und Anregendes finden.« (107f.)

In diesem Kontext erhält das Nachwort seinen Sinn. *Detlef Lehnert* trennt Austromarxismus-Rezeption und das Interesse am Weimarer Linkssozialismus, um die Zeitschrift *spw* und marxistische Sozialdemokraten heute mit letzterem zu identifizieren (vgl. 130, Fn. 4). Diese Zeitschrift wählte seinerzeit bewußt den Titel der alten *Levi-Korrespondenz*, um die *Tradition* der Linksopposition in der SPD von Weimar hervorzuheben. Sicher ist Lehnert darin Recht zu geben, daß die *politische Theorie* Otto Bauers für die Konzeption sozialistischer Politik heute von größerer Aktualität sein wird als die Paul Levis. Aber Otto Bauer war der überragende Theoretiker der ganzen deutschsprachigen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit; es besteht kein Grund, Austromarxismus und Weimarer Linkssozialismus gegeneinander auszuspielen (vgl. 129). Von einer historisch-kritischen Lektüre beider kann heute noch politisch manches gelernt werden in dieser Partei.

Frank Heidenreich (Berlin/West)

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft

spw



26 '85

Aktuelle Kommentare

- Ch. Rix: Die wirkliche Chance in Genf
K.-P. Wolf: Berufsverbote und innere Militarisierung
K. Rave: Tu was mit der SPD. Peter Glotz' organisationspolitische Thesen

Analysen

- U. Schöler: 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (II)
A. Böckmann u.a.: Thesen des Hannoveraner Kreises zur Lage und Perspektive der Jungsozialisten in der SPD
H. Weinberg: 25 Jahre SHB

M. Steinacker/A. Westphal: Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten
M. Häupl: SPÖ nach Hainburg
A. Genç: Rückkehrhilfe als »Integrationspolitik«

Rot-grüne Bündnisse

- F.O. Wolf: Notwendige Brüche und mögliche Bündnisse. Probleme eines realistischen grünen Radikalismus
A. Wehr: Rot-grüne Bündnisse — aber welche?
H. Janßen: Gewerkschaften und Grüne
H. Peter/N. Sprafke: Rot und Grün — Realität in Kassel
G. Schilling: Rot-grüne Perspektiven jenseits machttaktischer Bündnisse? Erfahrungen und Chancen

Interview/Berichte/Dokumentationen/Besprechungen

8. Jg. 1985

Max Steinacker/Andreas Westphal

Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich

Projet Socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft

Das vorliegende Buch liefert die erste umfassende Analyse der Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten im deutschsprachigen Raum.

Die Linke erhoffte sich vom Wahlsieg Mitterrands im Mai 1981 die Einleitung eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels. Mit dem im ersten Jahr betriebenen Keynesianismus verschärfte sich der außenwirtschaftliche Druck. Seitdem wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zum obersten Gebot der Regierung, dem man eine wirksame Beschäftigungspolitik und eine an nationalen Zielen orientierte Industriepolitik opferte. Somit bestehen von der grundsätzlichen Logik her kaum noch Differenzen zwischen der französischen und der bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Strategie.

Max Steinacker und Andreas Westphal versuchen die Fragen zu beantworten, wie es zu einer derartig grundlegenden Umorientierung kommen konnte, welche Handlungsalternativen vorhanden gewesen sind und wieso diese nicht genutzt wurden. Die Analyse erstreckte sich dabei auf die Bereiche der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik sowie der Industriepolitik.

Wissenschaftlicher Autorenverlag Berlin/W., 546 Seiten

Buchhandelspreis: 29,80 DM; spw-Leser erhalten das Buch zum Preis von 25 DM incl. Porto. Schriftl. Bestellung an: Andreas Westphal, Langobardenallee 6, D-D1000 Berlin 19, bei gleichzeitiger Überweisung von 25 DM auf das Konto: Andreas Westphal, Postgiroamt Berlin (West), BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 182109-104.

Über die Autoren / Autorinnen

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und der Geschichtswissenschaften an der FU Berlin, Mitglied der HBV, des Juso-Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion.

Borm, William, geb. 1895; von 1924-1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei, ab 1946 Schatzmeister des Berliner Landesverbandes der FDP, 1960 Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner FDP, 1965-1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP von 1960-1982. 1982 Austritt aus der FDP und Gründungsmitglied sowie Ehrenvorsitzender der Liberalen Demokraten.

Demele, Ottwald, geb. 1945; Dr.rer.pol., Hochschulassistent am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der FU Berlin. Wichtigste Veröffentlichung: *Ursachen der Inflation* (1981). Mitglied der Memorandums-Gruppe und der IG-Metall.

Egert, Jürgen, geb. 1941; Mitglied des Deutschen Bundestages. Arbeitsschwerpunkt: Sozial- und Gesundheitspolitik. Landesvorsitzender der Berliner SPD.

Exner, Burkhard, geb. 1958; Gerichtsreferendar. Mitglied im Berliner Mieterverein, in ÖTV und SPD. Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten.

Gransow, Volker, geb. 1945; Hochschullehrer. Arbeitsgebiete: Politische Kultur, politische Soziologie. Jüngste Veröffentlichung: *Der autistische Walkman* (1985). Mitglied im Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Grigoleit, Jörg, geb. 1961; Studium der Rechts- und Politikwissenschaft an der FU Berlin. Beisitzer im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten für Friedens- und Entspannungspolitik. Mitglied der SPD und der DPG, Delegierter der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Zt. Doktorand und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD-Die Falken, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Heimann, Gerhard, geb. 1934; Hochschullehrer, Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretender Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen.

Herr, Hansjörg, geb. 1951; Diplom-Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am Institut für Theorie der Wirtschaftspolitik der FU Berlin. Hauptarbeitsgebiete: Geld- und Konjunkturtheorie. Mitglied der GEW.

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Mitglied in AWO, GEW, VVN.

Möller, Gerwin, geb. 1961; Student der Politikwissenschaften, Juso-Landesvorsitzender Bremen. Mitglied in SPD, ÖTV, AWO und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Müller, Michael, geb. 1948; Dipl.-Betriebswirt. Mitglied des Deutschen Bundestages. Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Düsseldorf. Mitglied der GEW und der AWO.

Müller, Traute; Dipl.-Pädagogin. Kreisvorsitzende der SPD Hamburg-Eimsbüttel. Mitglied der Programm-Kommission des Landesvorstandes der Hamburger SPD, Mitglied der ÖTV.

Paech, Norman, geb. 1938; Hochschullehrer für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg. Hauptarbeitsgebiet: Internationale Beziehungen. Mitglied der SPD, GEW und des Ausschusses der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«.

Pausch-Gruber, Ursula, geb. 1933; Journalistin. Mitglied des Bayrischen Landtags, des Rundfunkrates beim Bayrischen Rundfunk, stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende. Mitglied der SPD und des DJV.

Peter, Horst, geb. 1937; Gymnasiallehrer. Mitglied des Bundestags für Kassel. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Kassel. Mitglied der SPD und GEW.

Renzelmann, Karin, geb. 1953; Studentin der Architektur an der TU Berlin. Mitglied in SPD und ÖTV.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Schoeller, Wolfgang, geb. 1943; Professor für Volkswirtschaftslehre an der HWP Hamburg. Arbeitsschwerpunkt: Probleme der Weltwirtschaft. Mitglied der ÖTV.

Schönfelder, Diether, geb. 1960; Studium der Rechtswissenschaften. Mitglied in: SPD, Werkstatt Winterhude, Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe Uni Hamburg.

Staa, Michael, geb. 1959; Dipl.-Politologe, Doktorand, Mitarbeiter an einem außenpolitischen Forschungsprojekt der FU Berlin, 1981-1984 wiss. Mitarbeiter von William Borm, 1975-1982 Mitglied der FDP, Bundesparteitage delegierter und Landesvorsitzender der Jungdemokraten in Niedersachsen. Mitglied der SPD seit 1984.

Wand, Kurt, geb. 1944; wiss. Angestellter. Mitglied des Kreisvorstandes der SPD Hamburg-Eimsbüttel und der IG Bau Steine Erden.

Wildt, Michael, geb. 1954; gelernter Buchhändler, Studium der Geschichtswissenschaft an der Universität Hamburg. Mitglied der Grünen, der HBV und der Geschichtswerkstatt e.V.

Zimmer, Jochen, geb. 1947; Hochschullehrer am Integrierten Studiengang Sozialwissenschaften der Gesamthochschule Duisburg. Veröffentlichungen: *Rock-Soziologie* (1981); *Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde — Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkultur-bewegung* (Herausgeber, 1984); *Jugendbildungsarbeit im Sport* (1984). Mitglied in SJD-Die Falken, Touristenverein, Die Naturfreunde und GEW.

Zipser, Matthias, geb. 1959; Diplom-Politologe. Landessekretär der Berliner Jungsozialisten.

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft

spw



27 '85

Analysen

M. Barrett: Marxismus-Feminismus und das Werk von Karl Marx

D. Albers: Zukunft der Grünen und Zukunft der Linken

W. Zellner: Bundeswehrplan 1985 — Ziel ist militärische Überlegenheit

J. Becker: Das Erstarken der extremen Rechten in Frankreich — Quellen, Verbindungen und Perspektiven

SPD-Programm

U. Kremer: Zur Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte

M. Wendl: Sozialdemokratische Programmideen — Zwischenbilanz der wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD

G. Bäcker: Sozialpolitische Anforderungen und Perspektiven

Interviews

»Theorie- und Perspektivlosigkeit wird zu weiteren Niederlagen führen« — Peter v. Oertzen zur Programmdebatte

»Sie will sich als etwas Neues darstellen« — Lucien Sève über LePen und die politische Rechte in Frankreich

Berichte

A. Frohmann: Tagung der historischen Kommission der SPD vom 28.2.-1.3.1985

H. Burmester, B. Ernst: Juso-Frauenkonferenz vom 26.-28.4.1985

B. Paschert: Interdisziplinärer Friedenskongress in Münster vom 17.-20.1.1985

8. Jg. 1985

SPD Jenseits von Godesberg

Wolfgang Abendroth
Gerhard Bäcker
Leonhard Hajen
Heinz-Gerd Hofschien
Horst Isola
Hagen Kühn
Leonhard Mahlein

Harald Mattfeldt
Erich Ott
Norman Paech
Herbert Schui
Gerhard Stuby
Oswald Todtenberg
Fritz Vahrenholt

**Distel
Hefte 7**



198 Seiten, DM 19,80

Beiträge zur Programmdebatte:

Wolfgang Abendroth: Zur Programmgeschichte ■ *Heinz-Gerd Hofschien*: Inhalte und Funktion der Programmdiskussion ■ *Herbert Schui*: Macht und Konzentration ■ *Leonhard Hajen/Harald Mattfeldt*: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik seit 1945 ■ *Erich Ott*: Arbeit, Technik und Gesellschaft ■ *Gerhard Bäcker/Hagen Kühn*: Grundfragen zur Sozialpolitik ■ *Leonhard Mahlein*: Krisenmanagement oder Politik für die arbeitenden Menschen? ■ *Fritz Vahrenholt*: Die ökologische Krise als Herausforderung ■ *Gerhard Stuby*: Grundzüge sozialdemokratischer Außenpolitik nach 1945 ■ *Horst Isola*: Sicherheitspolitik 2000 ■ *Norman Paech*: Verfassungs- und Rechtsstaatsentwicklung ■ *Oswald Todtenberg*: Die verlorene kulturelle Identität der Sozialdemokratie.

DISTEL VERLAG
Sonnengasse 9 · 7100 Heilbronn

SOZIALISMUS



»WIR SCHAFFEN DAS NEUE LIBERALE ZEITALTER«

Auch wenn Optimismus zur Leitlinie der Regierungspolitik geworden ist — die Neokonservativen kommen um die nächste Krise nicht herum. Keine Schönfärberei — kein Geißler und kein Kohl — können die rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf Dauer verbrämen.

»ANDERS ARBEITEN UND ANDERS LEBEN« lautet die zusammenfassende Formel für eine Erneuerung der politischen Linken. Die Debatte über die ZUKUNFT DER ARBEIT voranzutreiben, ist die Aufgabe der Zeitschrift **SOZIALISMUS**.

Unsere Themen u.a.:

- Weltwirtschaft vor einer neuen Krise — Alternativen für die Erste und Dritte Welt statt Hochrüstung und Armut
- Was leistet der Sozialstaat — was nicht? Argumente zur Erneuerung.
- Umwelt und Technik: Erfordernisse einer ökologischen Gesamtreform.
- Gesellschaftspolitische Alternativen der Linken in Großbritannien, Italien, Frankreich usw.
- Reformen in den sozialistischen Ländern: Sowjetunion, China usw.

Unsere Autoren: ... von B — Z

Bäcker/Conert/Wettig-Danielmeier/Fischer/Glotz/Hickel/Ingrao/Kofler/Mahlein
Natta/Oertzen/Peter/Reichlin/Scharpf/Therborn/Voigt/Welzmüller/Zinn u. v. a. m.

SOZIALISMUS erscheint monatlich mit 60 Seiten im Großformat zum Preis von DM 6,— **Jahresabo:** DM 55,— (+ Porto)

Bestellungen bitte an: VSA-Verlag, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50